Heft 7 Juli 1990 6,80 DM

C 4143 E

# konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Heim ins Reich: Der Zug ist abgefahren
- Endsieg über die RAF?
- Napoleon im Baltikum
- Genokratie und Männer-Justiz
- Marx und Engels suchen einen Verleger
- Deutsche im Test III: Das Michel-Syndrom

# in konkret Juli 1990

## von konkret

## an konkret

**Vorwärts und vergessen** von Hermann L. Gremliza

**Bewegung 2. Juli** von Rainer Trampert
Was eigentlich ist dieser Staatsvertrag, und was geschieht, wenn er jetzt in Kraft tritt?

**Ein Volk lernt um** von Conrad Schuhler
Was ist und wie wird man eine »Unternehmerpersönlichkeit«? Erscheinung und Vorgang sind in diesen Wochen östlich der Elbe in ihren noch rohen, fast unschuldigen und von PR-Agenturen ungeschönten Formen zu besichtigen. Da lacht das Herz der freien Welt

**Eigentum verhaftet** von Otto Köhler
Die Zeit ist vorbei, in der Helmut Kohl die Schaffung eines neuen großen Deutschland als seine Privatangelegenheit betrachten durfte Denn der deutschen Sozialdemokratie ist es in letzter Minute gelungen, den Staatsvertrag akzeptabel zu machen, indem sie eine Forderung durchsetzte, die die Situation in ganz Deutschland revolutionär verändern wird

**Was machen wir jetzt?** von Thomas Kieseritzky; Detlef zum Winkel
Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten beim Kongreß der Radikalen Linken (an Pfingsten in der Uni Köln), zugleich ein Vorschlag, wie man der Heldenstadt Leipzig und ihrem Volk die Jahresfeier verderben könnte

**Die zweite Grande Armée** von Georg Fülberth; Gert Meyer
»Zwischeneuropa« und das »Baltikum« seien auf dem Weg zurück zur Freiheit, heißt es. Wie frei sie waren und wozu, bevor Stalin sie ihrer Freiheit beraubte, wird mit Fleiß verschwiegen

**Nation in Not** von Hermann L. Gremliza
Die Einheizer der Nation haben Stress: Die Deutschen (West) sorgen sich mehr um ihre Prämiensparzinsen als um die baldige Vereinigung mit ihren Brüdern und Schwestern Leider ist auch das hin Grund zur Schadenfreude

**Endsieg über die RAF?** von Oliver Tolmein
Nach den Verhaftungen in der DDR hat Groß-Deutschland einen gemeinsamen Volksfeind: Stasi-RAF. Die bundesdeutschen Krisenstäbler wollen sich für den Deutschen Herbst 1977 rächen, die Linksliberalen sehen das »RAF-Problem« gelöst. Von der Lösung der Imperialismus-Frage redet keiner (mehr)

**Zuviele Menschen?** von Heide Mertens
Die Weltbevölkerungs-Planer zeichnen ein düsteres Szenorio, bundesdeutsche Medien machen Lösungsvorschläge: Soja-Schnitzel für uns, Zwangssterilisation für die Afrikanerinnen

**Der Weg zur inneren Einheit III** von Wolfgang Pohrt
In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert. Nach dem einleitenden Essay (KONKRET5/90),

Bemerkungen zur empirischen Methode und einer Version des Fragebogens (KONKRET 6/90) präsentiert Pohrt nun Ergebnisse eines ersten Fragebogendurchlaufs und unternimmt den Versuch, auf der Grundlage damit gewonnener Informationen die Konturen eines deutschen Nationalcharakters zu zeichnen – »und zwar als Worst-Case-Hypothese«

**Männerjustiz und Genokratie** von Regine Geraedts

Daß die Einführung des genetischen »Fingerabdrucks« in das Strafverfahren vor allem den Frauen nütze, weil mit seiner Hilfe Vaterschaften bestimmt und Vergewaltiger überführt werden könnten, ist eine leicht zu widerlegende Behauptung. Mit ihr wird in Wahrheit die These einer genetischen Bedingtheit von Kriminalität und abweichendem Verhalten plausibilisiert. Schon diskutieren Wissenschaftler die Einrichtung von Erbgutkarteien, in denen die genetischen Daten aller Neugeborenen gespeichert werden sollen. Damit könnten, so die Begründung, schließlich alle zukünftigen Täterinnen und Täter präventiv erfaßt werden

**Alle vs. Behinderte** von Udo Sierck

Um die 'Liberalität' ihrer Thesen zu unterstreichen, bemühen sich »Euthanasie«-Befürworter darum, die Behinderten in die Tötungsdebatte einzubeziehen

**Demütiger Antifaschismus** von Oliver Tolmein

**Ein Königreich für die MEGA** von Winfried Schwarz

Unter der Parole »Freiheit für Forschung und Lehre« rollt die bundesdeutsche Dampfwalze längst auch den Wissenschaftsbetrieb der DDR platt. Dort versuchen ganze Fakultäten, Sektionen und Institute das verräterische Etikett »marxistisch« in ihrem Namen loszuwerden, um unter der neuen Staatsmacht wenigstens als Planstelle zu überleben. Gibt es unter solchen Bedingungen noch eine Chance für die Weiterführung der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werte von Marx und Engels?

**Päckchen von drüben** von Werner Rügemer

Über Nutzen und Nachteil der Finanzierung des ehemaligen Pahl-Rugenstein Verlags durch die DDR

**What a Mess** von Matthias Altenburg

Offener Brief an den amerikanischen Schriftsteller Tom Wolfe, den Umgang mit Bestien betreffend.

**Literatur und Umständlichkeit** von Brigitte Kronauer

**Buch des Monats: Die Trompeter der Nation** von Wolfgang Schneider

Otto W Johnston Der deutsche Nationalmythos Ursprung eines politischen Programms, J B Metzlerische Verlagsbuchhandlung Stuttgart 1990, 296 Seiten, 33 Mark

**Sinn ohn´ Form - Radikale Antifa**

**Pick up the spear** von Mzwakhe Mbuli; Oliver Tolmein; Uli Hentschel

In Südafrika werden die Verhandlungen zwischen dem ANC und der Regierung, die »talks about talks«, sehr viel kritischer bewertet als im westlichen Ausland. Der Dichter und Musiker Mzwakhe Mbuli hält gerade jetzt »entschlossene Aktionen gegen jede Form von Rassendiskriminierung« für äußerst wichtig

**Platte des Monats: Codiert und umcodiert** von Diedrich Diederichsen

Inspiral Carpets: Life; Mute/lntercord

**Wie verspielt die Partei die Macht?** von Dietrich Kuhlbrodt

1965 gedreht diskutiert, abgesetzt, 1990, als alles vorbei ist, gezeigt: Frank Beyers DEFA-Film »Spur der Steine«

**Tomayers ehrliches Tagebuch** von Horst Tomayer

**Gremlizas express** von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/90, S. 4

# von konkret

Die Extreme berühren sich In einem Streitgespräch, veranstaltet von der Wiener »Monatszeitung«, hat der Ostberliner Philosoph Wolfgang Harich gesagt:

*Diese Defensive in der nationalen Frage ist der eigentliche Hemmschuh, der die Linke lähmt. Notwendig wäre ein gesunder natürlicher Patriotismus der fortschrittlichen Kräfte. . . Die Entwicklung der nationalen Frage ist so gelaufen, daß sie der Rechten zugespielt wurde, weil die Linken in Westdeutschland dagegen waren – und nicht umgekehrt. Das ist ja der eklatante Fehler von meinem alten Freund Hermann Gremliza, der einen vollkommen falschen Standpunkt in dieser Frage hat. In ihm sehe ich heute einen Helfershelfer von Schönhuber.*

Weil es so schön ist, wenigstens in einem Punkt, und sei es ein falscher Standpunkt, Vollkommenheit erreicht zu haben, gibt der alte Freund klein bei: Um die nationale Frage und ihre Symbole nicht länger den Rechten zu überlassen, schlägt er vor, daß gesund-patriotische Genossen sich künftig mit einem »Heil Freundschaft!« (ersatzweise: »Heil Harich!«) zu erhobenem Arm und gestreckter Hand begrüßen. Schönhuber wird sich braun ärgern.

Um den gesunden natürlichen Patriotismus der fortschrittlichen Kräfte noch einmal zu lähmen:

*Herrn Detlef Hensche c/o Bundesvorstand der IG Medien Friedrichstr. 15 7000 Stuttgart I*

*Hamburg, den 22. Mai 1990*

*Lieber Detlef Hensche, ich habe heute dem Landesbezirk Nordmark, dessen Mitglied ich zwei Jahrzehnte lang gewesen bin, meinen Austritt aus der IG Medien erklärt. Gegenüber dem Bezirksvorstand, der mir bereits vor zehn Jahren mitgeteilt hatte, daß meine aktiven Rechte als Gewerkschafter ruhten, weil ich inzwischen Arbeitgeber geworden sei, und ich nur meine passiven Rechte, d h. Bezahlung der Beiträge, »vorläufig« noch wahrnehmen dürfe, habe ich auf eine Begründung meines Austritts verzichtet. Dir will ich den Grund nennen:*

*Ich trete aus der IG-Medien aus, weil ich nach den Erklärungen von Ernst Breit und anderen hohen DGB-Funktionären, sie wollten die Vereinigung der Gewerkschaften der BRD und der DDR noch schneller herbeiführen als die staatliche Vereinigung, damit rechnen muß, während des Urlaubs oder einer Reise, also quasi über Nacht, etwas zu werden, was nie werden zu wollen oder zu müssen den Sinn meiner Arbeit ausgemacht hat: Mitglied eines gesamt-deutschen Vereins. Es wäre mir recht, wenn Du meine Austrittsbegründung in den Leserbriefteil der Mitgliederzeitschrift aufnehmen würdest.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Hermann Gremliza*

*Lieber Hermann Gremliza, vielen Dank für Deinen Brief vom 22. Mai. Ich hätte bereits vorher geantwortet; doch der »Verein«, aus dem Du nunmehr ausgetreten bist, hatte in den letzten Tagen und Wochen einen nicht leichten Tarifkonflikt durchzustehen.*

*Die Gründe Deiner Entscheidung kann ich nur so hinnehmen; nachvollziehen kann ich sie aber beim besten Willen nicht. Was sich auf gewerkschaftlicher Ebene vollzieht, ist eine zwangsläufige Folgewirkung der wirtschaftlichen, nicht: der staatlichen Einheit.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Industriegewerkschaft Medien*

*Hauptvorstand*

*Detlef Hensche*

Ja, die zwangsläufigen Folgewirkungen: aus nichts als solchen besteht die patriotische Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Erst wird nachvollzogen, was nachvollzogen werden kann, bis schließlich, wer schwer nachvollziehbar ist, in den offenen Nachvollzug kommt.

Zu den zwangsläufigen Folgewirkungen der patriotischen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zählen auch die Umstände, die zumindest Punkt 3 des folgenden Schreibens veranlaßten:

*Prof. Hermann Demmler*

*Dresden, 8020*

*Neuer Konkret Verlag GmbH*

*- Verlagsleitung*

*Sehr geehrte Damen und Herren! 1. Ihr Heft hat mir gefallen.*

*2. Irgendwann werde ich abonnieren.*

*3. Die soziale Lage ab 01. 07.90 ist ungewiß. 4. Ich entscheide mich später.*

*Mit freundlichem Gruß*

*H. Demmler*

Um all denen, die sich in ähnlicher Lage befinden, die Entscheidung zu erleichtern: Alle Menschen, die auf dem heutigen Territorium der DDR leben, können ab 1.7. bis zum 31.12.1990 ein KONKRET-Jahresabonnement zum ermäßigten Preis von DM 45,- bestellen. Lieferung nur in die DDR.

Am 2S Juni ist die vierte Ausgabe der Zeitung »Nie wieder Deutschland« erschienen. Sie enthält auf diesmal 6 Seiten u.a. Texte zur Währungsunion, zum Paragraphen 218, zu den Verhaftungen ehemaliger RAF-Mitglieder in der DDR, den 2 plus 4-Verhandlungen und dem Einfluß der Banken auf die DDR-Wirtschaft. Sie kostet 40 Pfennig pro Stück und kann ab 10 Exemplare bei NWD c/o Konkret, Osterstraße 124, 2 Hamburg 20 bestellt werden.

Konkret 07/90, S. 6

# an konkret

Gefühligkeit

**KONKRET 6/90 »Auch '33 schon« von Wolfgang Schneider**

Wolfgang Schneider, offenbar nach der Devise »Viel Feind, viel Ehr« verfahrend, ordnet mich einer »konformistischen Linken« zu, die »auf dem Marsch in die Volksgemeinschaft« sei und »von deutscher Geschichte nichts wissen« wolle. Er zitiert dabei zusammenhanglos und falsch verbindend einige Sätze aus einem Artikel von mir in der Zeitschrift »Sozialismus«.

Der enthält zwar in einem auch für diese Zeitschrift ungewöhnlichen Ausmaße Druckfehler, aber so sinnentstellend waren diese denn doch nicht, daß es ihm, hätte er den Beitrag von mir vollständig gelesen, hätte entgehen können: Ich warne dort die Linke vor dem Marsch in die Volksgemeinschaftsideologie und weise auf die nationalistischen Verirrungen in der Geschichte auch der Linken in Deutschland hin.

Allerdings gehe ich davon aus, daß es die Sache einsichtiger Menschen in Deutschland selbst ist, gegen die neuen »großdeutschen Risiken« anzugehen – wer sollte ihnen diese Arbeit abnehmen? Eine atlantische oder sowjetische »Kontrolle« wird dies jedenfalls nicht tun, und die Fiktion einer Erhaltung deutscher Zweistaatlichkeit wird auch nicht weiterhelfen. Wenn in der »radikalen Linken« derzeit der Spruch umgeht, »wider die Vereinigung« müsse »der Haß auf das eigene Vaterland geschürt werden«, so steckt darin m.E. eine vaterländische Gefühligkeit, bei der man nicht sicher sein kann, wo der Haß anfängt und wo die Liebe aufhört; an Verstand fehlt es beiden.

Arno Klönne

Paderborn

Niemals mit Gott

**KONKRET 6/90 »Christus siegt bei Leningrad« von Hermann L Gremliza**

Da der hellsichtige Text »Ich, Josef Stalin« trübsinnige Leserbriefe zur Folge hatte, sind auf den scharfsinnigen Text »Christus siegt bei Leningrad« durchsichtige Reaktionen zu erwarten. Denn eine über ihre Schwäche und von ihrem Taumeln entzückte Linke dürstet zur Zeit nach nichts mehr als nach Bündnispartnern, insbesondere nach christlichen. Sie folgt damit ihrer augenblicklichen Mission, den kürzeren zu ziehen, statt Lehren aus der Geschichte. Im andern Fall würde sie das gerade zu Ende gegangene Lehrstück beherzigen, daß Kommunisten, wenn sie Pfaffen und deren Anhang die bündnispolitische Hand reichen, von diesen als kleiner Finger ausgeschieden werden, mit welchem man sich bestenfalls auf jene Stirn tippen kann, hinter welcher die uralte Erfahrung, die Goethe noch geläufig war, in Vergessenheit geraten ist, daß man sich in irdischen Angelegenheiten, schon gar in Liebes- und in Geldsachen, zwar mit dem Teufel, niemals aber mit Gott verbünden darf.

Michael Scharang

Wien

Ammenmärchen

**KONKRET 5/90 – »Der Weg zur inneren Einheit«, Wolfgang Pohrts Studie über die Empfänglichkeit der Deutschen für faschistische Propaganda, Teil I**

Merke auf Leservolk, nicht Reaktionäre und Rechtsextremisten, nicht Imperialisten und Militaristen, nicht Monopolkapitalisten haben den Nationalsozialismus an die Macht gebracht. Glaubt doch diese Ammenmärchen nicht! Jetzt wissen wir es besser: »Der Faschismus war stark nicht aus eigener Kraft, sondern durch seine Widersacher.« »Die Depression nach dem Börsenkrach von 1929 führte zum Faschismus.« Aber nicht, weil durch die große Arbeitslosigkeit die Gegensätze zwischen Kapital und Proletariat so groß wurden, daß eine proletarische Revolution drohte und deshalb aus kapitalistischer Sicht der Faschismus notwendig wurde. Das sind nur kommunistische Parolen. Nein, die Forderung, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, hat alle in die Arme der Nationalsozialisten getrieben. Diese unsinnige Forderung, die es auch nur in Deutschland gibt. Denn woanders will man gar nicht arbeiten.

Überhaupt sind diese Deutschen ein seltsames Volk, die nie das tun, was normale Menschen tun werden. Statt die Juden dort umzubringen, wo sie angetroffen wurden, hat man sie noch aus ganz Europa zusammengekarrt (wo doch Transportmittel so knapp waren) und dann auch noch den Ärger gehabt, den Ärger zu beseitigen.

Krieg wurde nicht geführt um wirtschaftliche oder politische Ziele zu verwirklichen. Wo denkt ihr hin! Die Deutschen haben Krieg geführt, weil sie von zu Hause weg wollten. Sie hassen nämlich ihre Familie, ihre Wohnungen und sogar ihr Mobiliar.

B. Klar

Berlin

Liest Jochen Hanisch in KONKRET von psychischen Defekten mancher Deutschen fühlt er sich »an ein Gespräch mit einer sowjetischen Reiseleiterin erinnert«. Lese ich, wie Hanisch diese Frau »Olga, die Reiseleiterin« nennt, fühle ich mich an den psychischen Defekt derjenigen Deutschen erinnert, für die ich Sommer für Sommer nur Hermann, der Kellner bin.

Hermann Pfennig

Kronberg

Varianten

**KONKRET 5/90 »Ökonomie der Endlösung«, zu der von Susanne Heim und Götz Aly eröffneten Debatte über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik**

Der Streit darum, ob die Judenvernichtung ökonomisch-rational oder 'Vernichtung um der Vernichtung willen' war, läßt sich nicht klären mit ausschließlich ökonomisch-strategischen Begriffen. Daß von mehreren möglichen Varianten (Einsatz als Zwangsarbeiter, jüdische Kolonie, Ausweisung) gerade diese »Endlösung« gewählt wurde, hat mit der psychischen 'Ökonomie' der Faschisten zu tun: »... den Wunsch nach besserem Leben zu einer Krankheit zu erklären, die menschlichen Lüste zu einer Seuche und als schlimmsten Träger dieser Seuche das 'Jüdische das ständig auf Vermischung aus ist.« (Theweleit, »männerphantasien«, Band 2,S. 12).

Hartmut Regitz

Saarbrücken

Fettes Kompliment

**KONKRET 6/90 »Tödlicher 'Zeit'-Geist« von Oliver Tolmein**

Du nimmst den ersten Satz in Deinem Artikel selbst nicht ernst, demzufolge die »... Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft keine vom Nationalsozialismus war«. Du willst am Befund, der öffentlich geführten Diskussion über die Euthanasie, den Beweis führen, daß namhafte Journalisten inzwischen ungeniert den alten Zeitgeist pflegen.

Dabei rüsten sie die zu euthanisierenden Menschen mit nur einer einzigen Qualität aus: NUTZEN! Ein nationalistisch denkendes Hirn, das sich freiwillig seinem höchsten Herrn, dem Erfolg der Nation unterwirft, kennt logischerweise gar keinen anderen Standpunkt mehr. Du sagst es selbst, wo Du den Lebensinhalt der Journalisten im Streben nach dem »erfolgreichen« Leben ausgerichtet siehst. Und weil Du Deiner eigenen Erkenntnis nicht traust, streichst Du sie im gleichen Satz wieder durch. »Nicht ökonomischen Quellen« entspringe die »Angst« vor solch einer »Lage«, schreibst Du. Was denn sonst? Sie sind wie jeder andere Bürger auf's Streben nach Erfolg = Geld »normiert«. Um an Geld zu kommen, müssen sie sich einem Herrn nützlich machen. Das ist doch der Witz am Klassenstaat.

Ein paar Zeilen später wirfst Du der »Zeit« vor, sie könne und wolle sich ein Leben außerhalb des Produktionsprozesses nicht vorstellen. Richtig! – Der produzierende Mensch schafft Wert und leitet, abstrakt bestimmt, aus diesem Prozeß seinen Wert ab.

Das ist der erbarmungslose, von den Machthabern in Bonn, Paris... durchgesetzte Maßstab, der die anfallenden Opfer schlicht kalkuliert. Und für die möchtest Du ein Gut gewahrt sehen, – den Menschen an sich – , das zu töten verboten sei. Von wem?

Merkst Du, welch ein fettes Kompliment Du da Deiner gnädigen Herrschaft spendierst, die Du vor der »vierten Gewalt« in Schutz zu nehmen müssen glaubst?

Auf das Zitat, »aber die Gesundheitskosten...« reagierst Du sehr matt. Du kritisierst seinen Standpunkt nicht, sondern bestätigst ihn mit Deinem ironischen Vorschlag. In dem Zitat ist nichts ethisch verklärt, sondern erfrischend ehrlich. So

denkt ein Nationalist, wenn er sich Sorgen um die Kosten für das Gesundheitswesen macht.

Dein schlimmster Vorwurf an die »Zeit« lautet, sie hätte zuvorderst das Tabu Euthanasie gebrochen. Ja wenn's sonst nix is! An Theo Sommers »natürlich die Behinderten nicht« fällt Dir auf, daß die Behinderten dankbar sein müssen, nicht vergast zu werden.

Während die BRD ihren Bürgern manche Härten aufmacht, an denen sich die Nazis ein Beispiel hätten nehmen können, bemühst Du im Lichte der Geschichte die moralistisch aufrechte BRD. Das ist linker Nationalismus. Den Kommunisten brauchst Du Deine Dienste nicht anzudienen, denn die wollen den »Gnadentod« der Herrschaft. Ein Kommunist hat kein Vaterland!

Hans Dieter Keidel

München

Konkret 07/90, S. 8

**Hermann L. Gremliza**

# Vorwärts und vergessen

Die Lebenserwartung der DDR-Bürger ist um zwei Jahre niedriger als die im übrigen industriellen Europa. In den Industriegebieten (Halle etwa) ist sie um vier bis sechs Jahre, in Bitterfeld um acht Jahre niedriger. Das grenzt an Mord – wenn die Verantwortlichen das wußten, was anzunehmen ist. Man wird sie um Aufklärung ersuchen müssen, zum Beispiel Gysi und Modrow. Es sieht so aus: Im Interesse des eigenen privilegierten Lebens haben sie die Bevölkerung vergast.
Gerd Bucerius

Geldgeiler jüdischer Kommunist schickt deutsches Volk ins Gas: Ist in diesem Resümee, das der Verleger der »Zeit« ziehen kann, ohne daß auch nur einer der hochsensiblen Autoren der liberalen Wochenzeitung seine Mitarbeit aufkündigte, nicht alles aufgehoben, was den Herbst 1989 zu einem deutschen Datum macht? Die Befreiung von der Geschichte, das Ende aller Scham und der Triumph eines schweißfüßigen Ökofaschismus, der das eigene Leiden durch die Amputation minderwertiger Rassen sanieren will?

Der Zusammenbruch dort hat hier die letzten Reste von Selbstzweifel und Kritik mitgerissen. Die Vergangenheit, die nach Bewältigung verlangt, ist der Kommunismus; die Abkürzung für Schutz-Staffel heißt Stasi; die Gasöfen standen in Bitterfeld, der Eichmann, der nach Ansicht des Haussatirikers von Bucerius aufgehängt gehört, steht als Gregor Gysi auf der Fahndungsliste, und weil sie ihn noch nicht festnehmen dürfen, spucken sie ihn an: die Schnulzenduse Meysel, die nichts dabei findet sich »Mutter der Nation« nennen zu lassen obwohl es dafür heute kein Kreuz mehr gibt, wie der Chefredakteur des Touristenmagazins »Geo«, den ich seit 27 Jahren kenne und nie anders erlebt habe denn als ängstlich-devoten Beschreiber und Begleiter von Leuten, die ihm heute oder doch irgendwann die Butter vom Brot nehmen könnten. Jetzt, zum ersten Mal in seinem Angestelltendasein, das so lange währt wie die DDR und länger währen wird als sie, gönnt er sich, im Fernsehen, ein *coming out* – er, der noch jedem in die Fuge kroch, wird plötzlich laut, ja er schreit: Eine Schande, Herr Gysi, wenn auch nur *eine* Mark, die Sie dem Volk geraubt und abgepreßt haben, in Ihren Taschen bliebe. Und auf dem Alexanderplatz verteilt der Nachwuchs Adressen der neuen Staatsfeinde an den pogromwütigen Mob.

Die DDR ist ein therapeutisches Gerät, ein Donnerbalken, der den vor Angst in gekachelten Räumen chronisch Verstopften Mut macht, sich zu erleichtern. Der kleine Mann, der immer schon mal aufbegehren wollte, wenn sein Vorgesetzter ihm in den Arsch getreten oder sein Kontoführer ihn abgewiesen hatte – endlich darf er ihn öffentlich einen Ausbeuter, ein Schwein oder schlimmeres schimpfen, den Honecker. Der sozialliberale Fernsehredakteur, der sich beim Reinigen der Manuskripte von ungehörigen Kommata ein Magengeschwür geholt hat – hier ist er Mensch, hier darf er die Sau rauslassen. Rassismus, Ausplünderung der Dritten Welt, Staatsschutzjustiz, prügelnde Bullen, Arbeitslosigkeit, Aufrüstung, Waffen für Südafrika – alles Petitessen. Sogar das »Waldsterben« haben sie sterben lassen. Wenn heute die Fernbedienung an einer Talkshow hängenbleibt, in der gerade das Wort Konzentrationslager fällt, weiß man, daß schon wieder mal die DDR dran ist.

Und wie sie die Grenzen im Osten erst anerkannten, als es keine mehr waren, machen sie sich heute über eine kritische Öffentlichkeit, die sie gestern zu fürchten vorgaben, nur noch lustig: Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, erzählt launig, wie man zwecks Überprüfung von Kontakten der Stasi-Schnüffler Adressen über einen BRD-Computer »abgeklärt« habe, in dem alles gespeichert ist, was sich hierzulande regt, und der Präsident des Westberliner Abgeordnetenhauses, Jürgen Wohlrabe (CDU), erklärt wg. PDS vor Publikum, daß es nur eine anständige Art der Parteienfinanzierung gebe, nämlich durch die Beiträge der Mitglieder. Keiner lacht.

»Die Beseitigung da DDR ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer menschlicheren Gesellschaft auf deutschem Boden«, schreibt da Literaturredakteur der »TAZ«, und die Herren Eltern von der »FAZ« loben die »dankenswerte Deutlichkeit« des Juniors. (Nein, a bekommt zum werten Dank keinen Porsche, sondern einen 10.000 Mark-Job bei einem anderen Modeblatt, da »Vogue«.) Daß und wie es bei da Beseitigung menschelt – siehe oben. Daß sich gegen den »deutschen Boden«, in dem die Söhne so verwurzelt sind wie die Väter, nicht für die DDR polemisieren läßt, weil es auch »deutscher Boden« war, von dem Honecker nie wieder Krieg ausgehen lassen wollte, ist eins von vielen Indizien dafür, daß der Haß deutscher Kleinbürger, und vor allem der schreibenden unter ihnen, nicht zuletzt deshalb so leicht auf die DDR zu lenken ist, weil er dort auf Bekanntes trifft: eben nicht auf Sozialismus oder Kommunismus, sondern auf ein durch die Beseitigung des Privateigentums nur mäßig verzerrtes Spiegelbild der eigenen Gesellschaft.

Alles unterm Druck der kapitalistischen Konkurrenz verscheuert zu haben, was der Sache genannt Sozialismus den Sinn gegeben hatte, bis alles, fast alles, so wurde wie hier, nur ärmer, roher, ungeschminkt und deshalb häßlicher, das bleibt die Schuld der regierenden Kommunisten. Daß der Druck, der ökonomische, der militärische und der politische, übermächtig war und zu dem Zweck ausgeübt wurde, den realen Sozialismus in jenen Zustand zu treiben, in dem ihn alle hassen

konnten, sei nie vergessen. Und doch: War es, um nur ein in der ideologischen Kriegsführung besonders zugkräftiges Beispiel zu wählen, wirklich nötig, sich »dem Wunsch der Werktätigen« zu beugen und, statt eines vernünftigen, sparsamen, der Gesundheit zuträglichen öffentlichen Verkehrssystems, Unmassen von knatternden, stinkenden und brandgefährlichen Personenkraftfahrzeugen zu produzieren, damit dem Schaden auch der Spott folge? Das Lächeln des Benz-Fahrers über den neben ihm im Stau wartenden Trabant erstirbt im Nu, wenn auf dem Bahndamm neben der Autobahn ein Schnellzug vorbeizieht.

»Aber unsere Arbeiter wollten das so«? Wenn doch stets den Kleinbürgerträumen der realen Proleten gefolgt wird, bleibt für die Diktatur da Avantgarde in da Tat nur noch der Erhalt ihrer eigenen Macht – und schließlich deren Verlust. Der Wettlauf mit dem Konsumvermögen da benachbarten kapitalistischen Gesellschaft war nie zu gewinnen, das *keeping up with the* Krupps führt für die Krauses privat wie gesellschaftlich immer zuerst zum Kredithai und dann zum Offenbarungseid.

Und zu kürzerem Leben in Halle und Bitterfeld. Aber eben nicht weil sie Sozialisten waren und sozialistische Politik trieben, sondern im Gegenteil: weil sie sich am kapitalistischen Weltmarkt beteiligen wollten, lieferten sie ihm auch die Natur aus, wie das alle müssen, die sich ihm ausliefern, besonders die Ärmeren und Ärmsten unter ihnen, und meist im Auftrag und auf Rechnung der Anzeigenkunden des Herrn Bucerius, die (ein Blick auf den Krebsatlas genügt) zwar auch in der BRD dafür sorgen, daß nicht alle die gleiche Lebenserwartung haben wie ein Verleger in Blankenese, aber an ihren gefährlichsten Giftstoffen lieber Afrikaner verrecken lassen als die eigenen Volksgenossen.

Das grenzt an Mord – wenn die Verantwortlichen das wissen, was anzunehmen ist. Man wird sie um Aufklärung ersuchen müssen, zum Beispiel Bucerius. Es sieht so aus: Im Interesse des eigenen privilegierten Lebens (sein Vermögen wird auf das Hundertfache dessen geschätzt, was das komplette Politbüro der SED besaß) drückt er ein Auge zu.

Konkret 07/90, S. 10

**Rainer Trampert**

# Bewegung 2. Juli

**Was eigentlich ist dieser Staatsvertrag, und was geschieht, wenn er jetzt in Kraft tritt?**

Die Geschichte Deutschlands und seines Vorläufers Preußen bietet eine wiederkehrende und somit berechenbare Größe. Als die Preußen Dänemark überfielen, entrissen sie den Dänen Schleswig-Holstein, weil dieses Gebiet angeblich konstituierend sei für die Bildung eines deutschen Reiches. Als die Preußen Frankreich überfielen, diente dieser Krieg zwar dem Hauptzweck, das deutsche Reich zu schmieden, aber so nebenbei wurde das angeblich deutsche Elsaß angeschlossen. Als Hitler an der Spitze einer Militärkolonne in Österreich einmarschierte, da ging es auch um die angebliche Notwendigkeit, ein deutsches Volk in Selbstbestimmung heim ins Reich zu holen. Was immer sie zu deutschem Gebiet und zu deutscher Rasse gehörig erklärt hatten, holten sie sich. Am berechenbarsten von allen Staaten Deutschlands war die BRD. Sie hatte sich die Annexion eines souveränen Nachbarstaates schon per Verfassung zum Auftrag gemacht.

Neu ist die Methode. Da wird einem Volk weltweit beschieden, es könne sich überaus glücklich schätzen, nach mehr als 50 Jahren wieder eine eigene Staatsregierung in freien und geheimen Wahlen nominiert zu haben – und was folgt? Die neugewählte Staatsregierung vereinbart mit einer anderen Staatsregierung in einem Staatsvertrag, daß der eine Staat mit allen Menschen, Schweinen, Maschinen, mit seinem Grund und Boden und all seinen Hoheitsrechten komplett an den anderen Staat sich verscherbelt. Freiwillig. Das verwirrt.

Die preußischen Eroberungskriege abzulehnen fällt leicht. Es waren schließlich Kriege. Den Anschluß Österreichs abzulehnen fällt leicht, es war schließlich Hitler. Im übrigen müßte es jenen schon schwerer fallen, den Anschluß Österreichs zu kritisieren, die das Selbstbestimmungsrecht unterjochter Völker auf imperiale Staaten und selbsternannte Herrenrassen übertragen wollten. Denn der Anschluß Österreichs erfolgte unter Berufung auf ein Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, und wer mag schon sagen, ob der Anschluß in Wien oder in Leipzig lauter bejubelt wurde. An der Souveränität der beiden angeschlossenen Staaten ist kein Unterschied auszumachen.

Um den Anschluß der DDR von der deutschen Geschichte abzusetzen, bliebe noch der Hinweis, daß im Rahmen zügelloser Vertragsfreiheit jeder Vertrag rechtens sei. So wie früher Spanien durch eine glückliche Fügung des Erbrechts Portugal erbte und Staaten durch manch kluge Eheschließungen übernommen wurden, so wird im aufgeklärten Zeitalter halt ein Vertrag gemacht. Auch dieses Argument hat einen Haken, der mit einem historischen Beispiel belegt werden soll:

Am 4. Dezember 1884 trafen sich unter der glühenden Sonne Afrikas der Sultan Muinin Sagara und Dr. Carl Peters mit ihren Delegationen und schlossen einen Staatsvertrag folgenden Wortlauts ab: »Sultan Muinin Sagara und Dr. Carl Peters, als Vertreter der Gesellschaft für deutsche Kolonisation, schließen hierdurch einen ewigen Freundschaftsvertrag. Sultan Muinin Sagara erhält eine Reihe von Geschenken; weitere Geschenke für die Zukunft werden ihm versprochen. Sultan Muinin Sagara tritt das alleinige und ausschließliche Recht völliger und uneingeschränkter privatrechtlicher Ausnutzung von ganz Usagara an Herrn Dr. Carl Peters ab, ferner alle diejenigen Rechte, welche nach dem Begriff des deutschen Staatsrechts den Inbegriff staatlicher Oberhoheit ausmachen.«

Dieser Staatsvertrag enthielt fast alle Kernelemente des deutsch-deutschen Staatsvertrages, der ab Juli 1990 gültig sein wird. Er enthielt die uneingeschränkte privatrechtliche Ausbeutung eines anderen Staates, die Übertragung der staatlichen Hoheitsrechte, die uneingeschränkte Anwendung des Staatsrechts des Okkupanten. Trotz der scheinbaren Vertragsfreiheit und der Selbstbestimmung wissen wir, daß in dem Staatsvertrag 1884 der Kolonialist eines mächtigen Staates einem ohnmächtigen Staat die Bedingungen reiner Kapitulation diktierte. Daß diesem Vorgang kein Krieg vorausgegangen war, beschönigt ihn nicht. Ähnlich diktiert der deutsch-deutsche Staatsvertrag der DDR die bedingungslose Kapitulation.

Der »freiwillige« Vertrag, der vermutlich allen völkerrechtlichen Normen entspricht, verwirrt offenbar auch deshalb, weil kein Blut an ihm klebt. Selbst das ist falsch. Neben der Tatsache, daß die »realsozialistischen« Staaten im Inneren ihren eigenen Akzeptanzverlust organisierten, war eine andere wesentliche Ursache für den Zusammenbruch, daß jeder sozialistische Befreiungsversuch vom kapitalistischen Westen mit großen Vernichtungskriegen, mit Söldner- und Mörderbanden, mit Boykott, Isolation und Rüstungsexplosion überzogen wurde. Daß den Geschundenen kurz vor dem Abgrund mit einigen Dollars oder DM oder IWF-Krediten gewunken wird, setzt die blutige Geschichte logisch fort. Von dieser Geschichte haben die Deutschen profitiert, die in der Niederschlagung des deutschen Faschismus immer ihre eigene Niederlage sahen, die es bald wettzumachen gelte.

Viele Menschen in der DDR freuten sich über die Demontage ihrer Staatsfürsten. Sie konnte ihnen gar nicht schnell genug gehen. Bereitwillig nahmen sie die Hilfe aus dem Westen an. Sie genossen es, von einer Blaskapelle geehrt zu werden. Willig ließen sie sich durch die Kaufhäuser schleusen und bewunderten ihre eigene Gehirnwäsche. Als sie begannen, »einig Vaterland« zu brüllen und Transparente aufhingen mit der Aufschrift: »Helmut, gib uns Arbeit«, da waren sie reif für die

Unterwerfung. Der Ruf nach dem Vaterland ist immer ein untrügliches Erkennungszeichen dafür, daß die Masse zu jedem Mißbrauch herangereift ist.

Heute spüren einige, daß die Demontage ihrer Staatsfürsten ihnen selber galt. Zuerst ahnte die kritische Intelligenz, daß ihr die Rolle des nützlichen Idioten zugewiesen wurde, die vielen von ihnen allerdings auch auf den Leib geschneidert ist. Dann wurde Frauen die Kündigung überreicht, weil der Schutz Schwangerer nun nicht mehr gelte oder eine betriebliche Kinderbetreuung sich in freier Marktwirtschaft nicht mehr rechne. Dann folgte die »Freisetzung« von Frauen und Männern, denen gesagt wurde, das alte Recht auf Arbeit und Existenz sei mit marktwirtschaftlicher Konkurrenz nicht zu vereinbaren. Viele werden folgen.

Der Kapitalismus und seine Marktwirtschaft kollidieren bisweilen mit nationaler Wärme. Würde das vaterländische Opfer sich so erzwingen lassen, wäre sich auch heute kein Politiker zu schade, noch einmal im Parlament oder auf einem Baugerüst das Deutschlandlied anzustimmen. Wenn nicht, muß trotzdem vollstreckt werden, weil die Geschichte ihnen diese Chance nicht noch einmal bieten werde, wie Genscher sagte.

Dem mehr anarchischen Überfall der marktwirtschaftlichen Zwangscharaktere, an dem sich Konzerne, Gastronomen, Zuhälter, Dealer, Händler, Haus- und Grundstückshaie, Reiseunternehmen, Verlage und verfassungstreue Durchschnittsfamilien gleichermaßen beteiligen, folgt jetzt der organisierte und juristisch einwandfreie Raub. Die Bundesbank übernimmt die Währungshoheit. Im neuen Rat ist die DDR ohne Stimmrecht vertreten. Für die Anwendung westdeutschen Staatsrechts werden hunderte von Richtern gesucht zwecks Stationierung in der DDR. Eine Fahndungs-Union unter westdeutscher Führung soll den Zugriff auf alle Bewohner und Bewohnerinnen der DDR ermöglichen, deren die BRD habhaft werden will. Der Generalstaatsanwalt der BRD prüft zur Zeit, ob er die alte Staatsführung dieses immerhin noch souveränen Staates wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung hinter Gitter bringen soll. Stoltenberg kündigte eine einheitliche deutsche Armee an. Der NVA solle vorwiegend den inneren Objektschutz übernehmen. Weil die Fernseh- und Rundfunkanstalten der DDR als SED-verseucht gelten, werden sie keine Frequenzen mehr erhalten und müssen schließen. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wurde vorerst ausgeklammert.

Im Zentrum des Staatsvertrages stehen die Ausdehnung der D-Mark auf »das gesamte Währungsgebiet« und die Marktwirtschaft die »bestimmt wird durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und. . . volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen«. Des weiteren wird diktiert: »Vorschriften, die... auf die sozialistische Gesetzlichkeit, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung..., das sozialistische Rechtsbewußtsein, die sozialistischen Anschauungen der einzelnen Bevölkerungsgruppen oder Parteien, die sozialistische Moral oder vergleichbare Begriffe verpflichten, werden nicht mehr angewendet.«

Der Staatsvertrag erzwingt nicht nur die vollkommene marktwirtschaftliche Erschließung dieses Raumes unter der Führung der D-Mark, er verbietet gleichzeitig jeden Weg zurück. Jeder Bezug auf irgendein sozialistisches Versatzstück, und sei es noch so kümmerlich, wird untersagt. Wer will bestreiten, daß ein Verbot, entlassen zu werden, auch in einer warenproduzierenden Gesellschaft mit entfremdeter Arbeit ein wenig Erleichterung bietet, oder das Gebot, Frauen nach einem Schwangerschaftsurlaub wieder einstellen zu müssen, oder dieser Restposten von Egalité, den die Verbilligung aller Lebensmittel, Verkehrsmittel und des Wohnraumes noch in sich bargen?

Die Siegermacht bemüht sich, mit dem generellen Verbot sozialistischer Wünsche eine Befreiungsidee restlos auszutrocknen. Sie darf nicht mehr als Alternative erscheinen. Niemand bestreitet heute, daß auf die Bevölkerung der DDR harte Zeiten zukommen. Ihr Wirtschaftsminister rechnet gar mit einem »heißen Herbst«. Deshalb muß den bevorstehenden Enttäuschungen dieser eine Weg abgeschnitten werden.

Die DDR-Wirtschaft wird ab 2. Juli jäh von dem erfaßt werden, was der BMW-Chef Kuenheim so beschrieb: »Es stört uns nicht, wenn ein Wettbewerber oder eine Branche ins Hintertreffen geraten. So ist es schließlich in einer freien Marktwirtschaft, die den Wettbewerb bejaht und damit die Auslese der jeweils Erfolgreicheren.« Vermutlich war ihm nicht bewußt, daß er mit diesem sozialdarwinistischen Marktgesetz die ihm innewohnende Ideologie des Faschismus ansprach, nach der das, was sich durchsetzt – bei Auslese des Minderwertigen – naturgesetzlich legitimiert ist.

Die Durchsetzung der Auslese erfolgt zentral über die Einführung der herbeigewünschten D-Mark. Die kapitalistische Reichtumsproduktion verlangt zwingend nach einem im Welthandel rechenbaren Geld. Die Einführung der D-Mark zwingt die DDR-Betriebe quasi über Nacht dazu, mit einer weitaus produktiveren BRD-Wirtschaft im Welthandel zu konkurrieren. Währungsunterschiede, die einen Produktivitätsunterschied im Außenhandel etwas ausgleichen helfen, entfallen. Mensch stelle sich vor, wo die BRD mit ihrem Exportboom abgeblieben wäre, hätten die aus der BRD importierenden USA nicht einen Dollar in vier Mark umrechnen dürfen, sondern für ihren Dollar nur eine Mark erhalten. Die »Süddeutsche Zeitung« kommentierte: »Befürchtungen laufen darauf hinaus, daß nicht weniger als 70 Prozent der DDR-Betriebe in den Wochen und Monaten danach zahlungsunfähig werden, weil sie nicht in der Lage sein werden, genügend harte D-Mark zu verdienen, um ihre Kosten decken zu können... Polen beispielsweise, das eine ähnliche Roßkur durchmacht, (hat) nicht einmal genug zu essen – ein Umstand, der den DDR-Bürgern erspart bleiben wird.«

Dieser Sturz ins kalte Wasser bietet dem BRD-Imperialismus gleich eine Reihe von Vorteilen. Soweit der zusammengebrochene Teil der DDR-Produktion interessant erscheint, wird er fast kostenlos zu übernehmen sein. »Um ein warmes Plätzchen bei einem westdeutschen Unternehmen zu bekommen, räumen DDR-Stellen bundesdeutschen Firmen zu einem Spottpreis 99jährige Nutzungsrechte an wertvollen Immobilien ein oder DDR-Betriebe bringen Sachwerte, ihr Personal und ihre Kunden nahezu zum Nulltarif ein« (»Süddeutsche« vom 5.4.90). Daraus ist ein zweiter unschätzbarer Vorteil abzuleiten. Wozu sonst aufwendige Diktaturen nötig sind, wird hier als Rettungstat von notleidenden Belegschaften angehimmelt werden.

Der dritte Vorteil folgt aus dem kalkulierten Ruin vieler Betriebe, deren Märkte dann vom Westen aus bedient werden. Der Waschmittelkonzern Henkel kalkuliert für 1990 ein Umsatzplus von 250 Millionen D-Mark allein in der DDR und 740 Millionen im RGW-Bereich. Die Vereinigung »Stahl« rechnet damit, daß in Osteuropa 50 Millionen Tonnen Stahl nicht mehr produziert werden können, und sagt: »Niemand wird erwarten, daß unsere Unternehmen die Milliarden bereitstellen, die zur Sanierung alter Kapazitäten notwendig sind.«

Nach der Währungs-Union werden rund 16 Prozent aller Importe der Sowjet-Union aus Großdeutschland kommen. Die DDR bringt so nützliche Dinge mit wie einen Auftrag von 1,2 Milliarden D-Mark für eine Erdgasleitung oder Schiffbauaufträge für 4,7 Milliarden. Auf die Frage, wie nützlich die Vertriebsschienen der DDR in den Osten seien, antwortete ein Unternehmensberater: »Deswegen müssen sie (die westdeutschen Konzerne) keine Fertigungskapazitäten in der DDR aufbauen. Wir beobachten, daß westdeutsche Firmen gezielt die Vertriebsmitarbeiter der DDR-Betriebe abwerben und ihnen einen attraktiven Standort in der BRD anbieten« (»Spiegel« vom 11.6.90). Am Gesamtexport der DDR in den RGW sind 66 Prozent Maschinen enthalten. Sie bezieht dafür aus der Sowjetunion 50 Prozent ihres Steinkohlebedarfs, 80 Prozent ihres Ölbedarfs, 99 Prozent Schnittholz, 100 Prozent Erdgas. Die BRD kann also in die typischen Tauschverhältnisse von Erster und Dritter Welt einsteigen.

Der vierte Vorteil ist der unmittelbare Raub von Grund und Boden. Nach dem neuen Aneignungsrecht wird geschätzt, daß sich annähernd eine Million Bundesbürgerinnen und -bürger über rund ein Drittel der DDR-Flächen hermachen werden.

Als ein Fernsehreporter – den Kopf voll von Propagandalosungen – den stellvertretenden Bundesbankchef fragte, ob die BRD-Wirtschaft denn überhaupt genug Geld habe, um die marode DDR-Wirtschaft zu reparieren, antwortete der süffisant, er verstünde die Angst nicht, die manche Leute davor hätten, daß der BRD nach realistischen Schätzungen ein Vermögen von 1,5 Billionen D-Mark zufalle. Schon die ersten Markteroberungen ließen die Wachstumsrate des BRD-Bruttosozialprodukts auf 4,4 Prozent hochschnellen. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet mit 300 Milliarden zusätzlichem Wachstum durch die Vereinigung (»FAZ« vom 15.6.90) und die BRD-Regierung mit zusätzlichen Steuereinnahmen zwischen 75 und 100 Milliarden. Soviel kann die wirtschaftliche Zerschlagung des vormals zehntstärksten Industriestaats – dessen Bruttosozialprodukt pro Kopf vor Großbritannien und etwa gleichauf mit Belgien lag – einbringen.

Allerdings wird nur dann Kasse gemacht, wenn der Handel mit Arbeitskräften erlaubt ist und freie Preise gelten. Beides regelt der Staatsvertrag. Er wird den Menschen in der DDR erstmals Massenarbeitslosigkeit bescheren und – im ersten Schub – eine Verdreifachung vieler Preise: Briefe, Telefon, Kinderkleidung, Strom, Grundnahrungsmittel... Die Mieten einer 70 Quadratmeter großen Durchschnittswohnung sollen kontrolliert steigen, sofort von 63 Mark auf 147 Mark, dann auf 224 und 378 Mark, bis sie schließlich ganz freigegeben werden.

Viele Menschen in der DDR werden eine weitere große Enttäuschung erleben. Sie hatten gehofft, mit der D-Mark mehr kaufen zu können, und müssen nun feststellen, daß ihre ungeliebte Ost-Mark für sie eine erheblich höhere Kaufkraft hatte. Gewiß, einige high-tech-Produkte werden billiger, aber unter dem Strich rechnet das Deutsche Institut der Wirtschaft (DIW) bei den Beschäftigten einen Kaufkraftverlust von 25 Prozent aus, bei Arbeitslosen eine Halbierung und bei Rentnern und Rentnerinnen einen Verlust von 40 Prozent. Nicht kalkuliert wurde, daß heute 90 Prozent der Frauen erwerbstätig sind und viele von ihnen zu einem Familieneinkommen beitragen, das nach den bevorstehenden Entlassungen von Frauen arg dezimiert wird.

Auch wird gern übersehen, daß die relativ hohen Ersparnisse nicht nur dem Autokauf galten, sondern in der DDR eine fest eingeplante Zusatzrente waren, die jetzt ab 4.000 Mark halbiert wird. Als Auffangnetz bietet die Sozial-Union diesen Menschen garantierte 495 D-Mark im Monat.

Nach all dem, was an uns vorbeigezogen ist und nicht erahnt wurde, verbietet sich Hellseherei. Vermutlich wird weder eine schnelle Angleichung an den BRD-Status kommen noch eine reine Armutsgesellschaft, letztere allein deshalb nicht, weil das BRD-Kapital mit seiner Vormachtstellung bei der Verteilung des Ostens die Vormachtstellung in der Welt anstrebt und in seiner großdeutschen Operationszentrale ein gewisses Maß Ruhe und Ordnung benötigt. Das wird nicht gehen ohne nationale Notopfer im Westen. Bei der Durchsetzung trifft der Staat zwar auf ein von ihm miterzogenes Warenbewußtsein, das keine müde Mark abgeben möchte. Andererseits sollte dieses Bewußtsein nicht zu hoch veranschlagt werden. Bisher

gingen alle Mehrwertsteuer-Erhöhungen anstandslos durch, und wenn die »Bild«-Zeitung eine Kampagne hochzieht mit der ersten erfrorenen deutschen Rentnerin, sollte erheblich mehr drin sein als in Konzerten für Afrika.

Es deutet sich an, daß auch »Deutschland« in Zukunft wie Italien oder Großbritannien mit einer reichen und einer ärmeren Region leben wird. Einer Zerschlagung von Großbetrieben stehen 5.000 Gewerbeanträge für Handwerksbetriebe, KFZ-Werkstätten, Schlossereien, Tankstellen, Gastronomien, Transport- und Taxibetriebe gegenüber. Dies kündigt typische Strukturunterschiede zwischen hochindustrialisierten Gebieten und ärmeren Regionen mit konsumorientiertem Kleingewerbe unter dem Dach eines Staates an. Von allem wird es Ausnahmen geben. So rechnet der BDI zwar auch mit zwei unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen, glaubt aber, daß sich der Süden der DDR industriell modernisieren ließe. Unter solchen Umständen könnte die Flucht der Arbeitskräfte in die industriell stärkeren Gebiete – bisher Flucht zur D-Mark genannt – zu einer permanenten Angelegenheit werden . Italien lebt schon lange damit, und dort entsteht ein spezifischer Nationalismus des Nordens, der sich weigert, den Süden »durchfüttern zu müssen«.

Innerhalb der DDR wird sich die ausgebeutete Klasse vermutlich spalten. Neben den Verlierern und – besonders – Verliererinnen zeichnen sich bereits jetzt die profitierenden Berufe ab: 40 Prozent Gehaltsanhebung im Kreditgewerbe.

Wohin wird die Enttäuschung der vielen Menschen in der DDR sich wenden, die sich unter dem Anschluß etwas ganz anderes vorgestellt hatten? In eine abwartende Resignation, wie bei dem LPG-Vorsitzenden, der sagt: »Wir wissen bisher nur, daß die Guthaben auf unserem Konto halbiert wurden – sonst nichts«? In die Anpassung, wie bei der Frau, die eine Anzeige aufgab: »Sekretärin, 25 Jahre, Fremdsprachenkenntnisse, Computererfahrung, ohne Kind (!!!), sucht neuen Wirkungskreis«? In den Protest, wie auf der Betriebsversammlung des Betriebes »Erzprojekt«, wo die Belegschaft dem Chef vorwarf, er reise immer in den Westen, um seine neue GmbH ins Reine zu bringen auf Kosten der Leute, und dann beschloß, dem Chef, seinem Justitiar und Personalchef das Mißtrauen auszusprechen?

In Nationalismus und Rassenwahn, die sich in der DDR in Bahnen, auf Straßen und Plätzen breit machen und in Vietnamesinnen oder Mozambiquanern die »Schmarotzer« entdeckt zu haben glauben? Wo schon die Vision einer Lohnerhöhung den Ruf nach dem Vaterland weckte – wonach wird dort bei einigen Millionen Arbeitslosen gerufen werden? Und wer in der Bundesrepublik meinte, in einem gesicherten Kaufhaus zu sitzen, kann viele alte »Feinde« entdecken, wenn ihm diese Sicherheit unter den Füßen weggezogen wird. Die Antwort auf die Frage, zu welcher Art Nationalismus und Rassismus die deutsche Großmacht fähig sein wird, steht aber erst dann bevor, wenn ihr das, was ihr heute im Osten zufällt, wieder genommen werden soll, ob in Aufständen oder von Konkurrenten.

Konkret 07/90, S. 13

**Conrad Schuhler**

# Ein Volk lernt um

**Was ist und wie wird man eine »Unternehmerpersönlichkeit«? Erscheinung und Vorgang sind in diesen Wochen östlich der Elbe in ihren noch rohen, fast unschuldigen und von PR-Agenturen ungeschönten Formen zu besichtigen. Da lacht das Herz der freien Welt**

Wer es symbolisch will, der gehe in diesen Wochen in eine der vielen Buchhandlungen der DDR. Zum Beispiel in die des Kaufhauszentrums Stern in Potsdam. Immer noch beginnen hier die Regale mit dem Stichwort »Marxismus-Leninismus«. Doch die Flächen sind leer, eine einzige schmale Schrift liegt staubig herum – der Stadtplan von Moskau. Am aktuell-Tisch neben der Kasse hingegen ein Berg bunter Bücher eines Titels: »Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre« von einem besonderen Kenner der Materie, dem früheren Ford- und späteren SPD-Manager Klaus von Dohnanyi.

Nun, Regale sind so geduldig wie Papier. Man kann sie schnell ausräumen und wieder auffüllen. Köpfe auch? Offenbar nicht so schnell und nicht so gründlich. Die Lehrstunde Freiheit & Democracy ist noch in vollem Gange. Wir treffen den Klassenprimus, die Unternehmenspersönlichkeit, die endlich »konsequent marktwirtschaftlich« vorgehen und die Gewinnspanne von 50 auf 200 Prozent erhöhen kann. Aber auch den Lümmel von der letzten Bank, einen Betriebselektriker des VEB »7. Oktober«, der fordert, die Demonstranten für die Wende sollten jetzt auch als erste in die Arbeitslosigkeit gehen. Einen ehemaligen hochrangigen SED-Funktionär, der darum bittet, ihm die »Umkehr zur Reue« offenzuhalten, und sagt, in den dichten Monaten Oktober und November 1989 habe er mehr begriffen als in acht Jahren Studium. Den ehemaligen stellvertretenden Leiter der Abteilung Organisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, der nun eine Würstchenbude am Alex betreibt. Oder die vielen, die von ihrem Glück sprechen, erst 35 (40/45) Jahre alt zu sein und nicht schon 45 (50/55), so daß sie noch biegsam genug für das Neue seien und es wohl noch schaffen könnten.

DDR 1990, ein Volk lernt um. Zum Beispiel Herr Hans-Jürgen Völz, der gerade in Babelsberg seinen zweiten Videoshop aufbaut. Am 6. Oktober 1989 war Herr Völz noch Trainer der Nationalauswahl der Damenjugend im Florettfechten. Am 7. Oktober, dem Tag des Honecker-Saluts auf 40 Jahre Fortschritt in der DDR, trat er aus der SED aus. »Da war ich natürlich nicht mehr würdig, als Auswahltrainer zu arbeiten.«

Auch seine weitere Entwicklung kann Herr Völz sehr genau an den Wendetagen der DDR markieren. Als er am 9. November mit der ersten Welle DDR-Bürger nach Westberlin kam, »da kaufte ich mir vom Begrüßungsgeld erstmal ne Videokamera«. Der junge DDR-Mensch muß die Firma Matzke sehr beeindruckt haben, denn seitdem hilft sie ihm beim Aufbau seines Video-Verleihgewerbes, stellt ihm Kassetten aus dem eigenen Fundus zur Verfügung und greift ihm wohl auch mit den nötigen DM unter die breiten Leistungssportlerschultern.

Und DM hat Hans-Jürgen Völz sehr nötig, muß er doch sogar seine Miete an die staatliche Handelsorganisation in DM zahlen. Wie bitte? »Ja«, sagt Herr Völz, »der Vertrag über diesen Raum neben der HO-Kaufhalle war schon fix und fertig, da sagte die HO-Leitung, wenn Sie statt der DDR-Mark keine DM zahlen, dann kriegen Sie den Raum nicht. Eine Westberliner Firma steht schon auf der Matte.« Das sei doch völlig ungesetzlich, wenden wir ein, hätte er sich doch an die Polizei wenden sollen. Gleichmütig belehrt uns Herr Völz: »Recht hätte ich vielleicht bekommen, aber mit Sicherheit nicht den Raum.«

Allerdings haben sich die 540 DM für die 30 Quadratmeter schnell rentiert. An 70 Kunden vermietet Herr Völz pro Tag insgesamt rund 150 Kassetten zu 15 Mark das Stück, sechs Tage in der Woche, das sind im Monat fast 45.000 Mark Umsatz, Tendenz steil nach oben. Von »Rambo« bis zum aktuellen Hardporno hat er alles im Angebot, was der DDR-Staat an Kriegshetze und Inhumanität verbietet. »Mich interessiert nicht, was die hier verbieten oder nicht verbieten«, sagt Herr Völz, »ich richte mich nach den bundesdeutschen Gesetzen. Was dort gilt, gilt auch hier.«

Es sind überhaupt wonnige Zeiten für Unternehmerpersönlichkeiten, die der Realsozialismus an der Entfaltung ihrer Triebe und Talente gehindert hatte. Was dem Herrn Völz der Filmverleih, ist Herrn Horn die Gastronomie. Er ist Pächter der »Elsässer Weinstuben« unweit des nationalen Wallfahrtsortes Schloß Sanssouci (tatsächlich führen die Elsässer Weinstuben nun erstmals in der Geschichte der DDR auch einen Elsässer Wein) und steht dem örtlichen Verband der privaten Gastronomen vor, eine Zunft, deren Wachstum nur noch von dem der Reisebüros und der Video-Shops übertroffen wird.

Eigentlich, Herr Horn lächelt in durchaus angenehmer Erinnerung, sei ihm eine solche Existenz nicht an der Wiege gesungen worden. Er habe eine gesunde Einstellung »zu unserem Staate« gehabt. Aber dann sei es zum Bruch gekommen. Er hatte sich beim Regiment »Felix Dschierzynski« beworben, dem Garderegiment des Ministeriums für Staatssicherheit. Aber die Stasi wies ihn ab. Als Sohn eines »Reisekaders«, der als international renommierter Filmarchitekt regelmäßig auch in den Westen reise, komme er für die Elite der Staatssicherheit nicht in Frage. Da sei er dann bockig geworden. Zwar ging er noch für zehn Jahre als Berufsoffizier zur Nationalen Volksarmee, aber Mitglied der SED wurde er nicht. Wenn nicht Eliteregiment, dann gar nischt. Schließlich ödete ihn auch die Armee an – er sattelte um und lernte Koch. »Vom ersten Moment an hatte ich das Gefühl, in die richtige Sache gegriffen zu haben.« Er wurde Küchenmeister in Interhotels,

Meisterkoch im Grillspezialitätenrestaurant – »in der ganzen DDR nichts Vergleichbares« – und schließlich Geschäftsführer von HO-Gaststätten. Da konnte er zwar im engen Rahmen schon schalten und walten, wie er wollte, »aber mich hat gestört, daß es nicht auf deine eigene Arbeit ankam bei der Gewinnbeteiligung, denn das wurde nach den Umsätzen des Großbereichs ausgezahlt«. Voriges Jahr hat der heute 35jährige Herr Horn deshalb ernsthaft daran gedacht, über Ungarn in den Westen zu machen und dort sein Gastronomen-Glück zu suchen.

Das Schicksal selbst bewahrte ihn davor, indem es ihm die Gelegenheit gab, sich um die Pacht der »Elsässer Weinstube« zu bewerben. Unter 15 Bewerbern erhielt er vom Rat der Stadt den Zuschlag, da er auf die gediegenste Ausbildung und auf das beste Gastronomie-Konzept verweisen konnte: sowohl auf den Tourismus wie den individuellen Gast eingehen, im Mittelpunkt die deutsche Hausmannskost, »für haute cuisine fehlt hier das Hinterland«.

Aber auch mit der deutschen Hausmannskost macht Herr Horn einen sauberen Schnitt. Das liegt daran, daß er »psychologische Hemmschwellen wie viele meiner Kollegen bei der Preisfestsetzung« einfach nicht hat. Er habe in Westberlin Kurse in Marketing und Wirtschaftsrecht besucht und richte sich strikt nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Und das bedeute? Das bedeute, daß die Handelsspanne früher 50 Prozent betragen habe und jetzt 150 bis 200 Prozent.

So aufgeklärt, kommen wir auch dahinter, wieviel Herr Horn heute schon von den Segnungen der freien Marktwirtschaft abbekommt. Bei 2000 Mark Tagesumsatz hat er, der Westberliner Kurs macht sich bezahlt, den break-even-point erreicht, die Kosten also eingespielt. Er macht aber – mit 14 Beschäftigten und 84 Plätzen – schon über 5000 Mark Umsatz pro Tag. Bei einer »Handelsspanne« von 200 Prozent sind das 2000 Mark Gewinn pro Tag. Bei 20 Geschäftstagen im Monat 40.000 Mark Gewinn. Herr Horn lacht: »Ob ich Millionär werde, ist mir wurscht. Der Service muß gut sein, das Angebot muß stimmen. Lieber hab ich nur zu zwei Dritteln besetzt, aber alles ist tipptopp.«

Die marktwirtschaftlichen, das heißt hohen Preise – der Niersteiner Domtal zu 28 Mark, die Forelle Müllerin runde 15 – haben auch einen Vorteil: die Offiziere aus der nahen russischen Garnison bleiben weg. »Früher«, sagt Herr Horn, »konnten sie sich für 20 Mark hier ausgiebig betrinken. Heute müssen sie für Essen, Wodka und Bier schon 150 Mark hinlegen.«

Herr Horn hat bereits einen Biergarten in der Nähe von Potsdam im Visier und will sich auch in Westberlin engagieren. »Nach meiner Meinung«, sagt er, »hat das bundesdeutsche System den besseren Weg zur Lösung aller sozialen Probleme.«

Der Diplom-Gesellschaftswissenschaftler Wolfgang Siegel hat eine davon erheblich abweichende Meinung. Der Kollege Siegel ist angestellt beim früheren Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, der heute »Dachverband« des FDGB heißt. Wolfgang Siegels pessimistischere Sicht hat einen Grund darin, daß es in seinem Hause früher 400 politische Mitarbeiter gab, während es heute nur noch 78 sind, deren Weiterbeschäftigung aber auch mehr als ungewiß ist, da der DGB die FDGB-Zentrale für »nicht erneuerungsfähig« hält und ganz dichtmachen will. Wolfgang Siegel verweist in diesem Zusammenhang auf die konstruktive Haltung der Ost-CDU, die meinte, man müsse dem FDGB dasselbe Recht auf Erneuerung einräumen wie ihr selbst. Aber optimistisch stimmen kann das den Kollegen auch nicht, denn schließlich wird Gewerkschaftspolitik nicht von der CDU bestimmt, sondern von der SPD, und die senkt den Daumen nach unten.

Nun ist aber der Kollege Siegel noch relativ gut dran, vergleicht man sein Schicksal mit dem der Mehrheit aus seiner früheren Abteilung 'Organisation'. Von den rund 80 Mitarbeitern ist gerade ein halbes Dutzend übriggeblieben. Die Entlassenen, allesamt Hochschulabschluß, betätigen sich nun als Rinderzüchter und als stellvertretender Hausmeister, als Bademeistergehilfe und als Taxifahrer, als Schuhverkäuferin oder als Würstchenbudenunternehmer. Mein Interesse an solchen Schicksalen treffe sich sehr gut mit den kalendarischen Abläufen, sagt Wolfgang Siegel – an diesem Abend gäbe es eine Abschiedsfeier für alle Kolleginnen und Kollegen der früheren Org-Abteilung im »Wintergarten« des früheren FDGB-Restaurants, was jetzt natürlich der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich sei. Da solle ich einfach hinkommen.

Sie waren alle da, vom Rinderzüchter bis zum Würstchenunternehmer, einschließlich der Schuhverkäuferin, die über ihre Lage nicht sprechen kann, mit den Tränen kämpft und sagt: »Es tut noch zu weh.« Und sie werden vorzüglich bedient. Die kalten Platten, die Biere, die Schnäpse, weiß und braun, rauschen nur so heran, auch für die gewendete DDR ein seltenes Erlebnis. Die kellnerische Fürsorge hat ihren sehr speziellen Grund, der Kellner ist auch ein Ehemaliger, und zwar, wie man mir sagt, einer der initiativreichsten Mitarbeiter der Abteilung 'Kultur' beim FDGB.

Der Kellner-Lehrling Klaus Viereck sagt: »Das Kellnern liegt mir. Hätte ich mal 18 Jahre früher damit anfangen sollen.« Vor 18 Jahren nämlich begann seine hauptamtliche Gewerkschaftstätigkeit. Der junge Maschinenbauer wird zu Gewerkschaftsschulungen delegiert, dann vier Jahre Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung eines Fleischkombinats, so erfolgreich, daß ihn die Gewerkschaft auf ihre Hochschule schickt, die er als »perfekter Gewerkschafter«, nämlich mit Betriebserfahrung und mit Diplom, verläßt. Seitdem Funktionär beim Bundesvorstand. »18 Jahre hauptamtlich, das ganze Leben darauf eingerichtet, und dann von heute auf morgen – keiner will dich mehr sehen, für dich gibt's keine Verwendung mehr.« Daß man nach 18 Jahren einfach einen Tritt kriegt, war für Klaus Viereck auch der Grund, im November 89 aus der SED auszutreten.

Das Fiasko der SED habe er seit Frühjahr 89 kommen sehen. Damals ging es um die Vorbereitung der Arbeiterfestspiele, die 1990 in Cottbus hätten stattfinden sollen. Die Kollegen hätten zu ihm gesagt: Uns fehlen die Ersatzmittel, und Du redest von Kultur. Sein Neffe, ein Schlosser, habe nur abgewinkt: Ich brauch nen Drehmeißel, keen Gedicht. Dann kam er nach Cottbus, und der Rat des Bezirkes habe ihm gesagt: Eure Arbeiterfestspiele könnt Ihr machen, aber von uns kriegt Ihr keinen Pfennig. Da habe er gewußt: »Irgendwann geht das an den Baum.« Recht hätten sie doch gehabt, die Genossen in Cottbus, vorne machste een Riesenfest und hinten fällt die Bausubstanz endgültig zusammen.

Warum hat der FDGB auf die Klagen und Flüche seiner Mitglieder nicht geachtet? Das hänge mit der Struktur der Organisation zusammen. Auf jeder Stufe würden die Probleme gefiltert. Kam mal ein Bericht, der die Probleme offen ansprach, dann habe man gesagt, das klären wir alleine, dazu brauchen wir die Hilfe der übergeordneten Ebenen nicht. Auf dieser Weise sei die konkrete Wahrheit auf dem Weg nach oben immer auf der Strecke geblieben, und unten sei der Wurm immer größer geworden.

Ein Kellner-Kollege kommt vorbei und raunt ungehalten: »Du kannst hier nicht ewig am Tisch sitzen. Du bist Kellner und kein Gast.« Im Stehen sagt Klaus Viereck, in vollendeter Kellner-Haltung: »Ab nächsten Monat gehe ich auf die Kellner-Berufsschule. Es wird schon werden.«

Daß die SED-Nachfolgerin PDS es noch schwerer haben könnte als der FDGB, darauf deutet der Umstand hin, daß das FDGB-Hauptquartier heute zum größten Teil für ein Hotel herhalten muß, das Gebäude des Zentralkomitees der SED aber zum »Haus der Parlamentarier« ausgerufen wurde und nun vor allem die Parteien der neuen Zeit beherbergt. Die Mitarbeiter des Parteivorstands der PDS dürfen nicht den Haupteingang benutzen, sie haben das Haus durch einen Seiteneingang zu betreten. Der reicht allerdings insofern aus, als nicht mehr wie früher 700 politische Mitarbeiter die Geschicke der Partei allseitig wissenschaftlich bearbeiten, sondern nur mehr 250. Bald werden es nur noch 130 sein.

Der Diplom-Gesellschaftswissenschaftler J.B. ist einer der wenigen, der schon im ZK der SED war und nun dem Parteivorstand der PDS zu Diensten ist. Er sei, sagt er, »relativ unbelastet«, weil seine Arbeit, zunächst Jugend-, dann Gewerkschafts- und Betriebspolitik, »auf einer relativ kritischen Strecke stattfand«. Auf die Frage, wie er sich persönlich fühle, hat der Genosse B. eine verblüffend präzise Auskunft zur Hand. »Vom November bis zum Februar habe ich 8 Kilo abgenommen. Seitdem halte ich mein Gewicht. Das entspricht meinem Gemütszustand. Ich sehe jetzt, daß diese Partei wieder eine Chance hat, für den Sozialismus in Deutschland was einzubringen.« In den Betrieben gäbe es eine Erwartungshaltung, daß die PDS was erreichen könne in Sachen soziale Forderungen, daß man vor allem erhobenen Hauptes in den Einigungsprozeß gehen könne.

Wir haben in Straßen und Betrieben anderes festgestellt, nämlich einen anhaltenden Groll gegen die SED und ihre Nachfolgerin. Der Groll, sagt der Genosse J.B., sei nicht mehr das entscheidende Thema. Heute fühle man sich in erster Linie verraten und betrogen von den Propheten des Anschlusses.

Ob er sich persönlich mitschuldig fühle an der Katastrophe, die die SED angerichtet hat? »Ja, das muß ich doch sagen. Ich bin seit meinem 23. Lebensjahr, seit über 20 Jahren, hauptamtlich. Zunächst bei der FDJ, da hat man einiges eingebracht, aber das gibt es nun alles nicht mehr. Aber man hat nie konsequent versucht, realistische Befunde durchzusetzen. Man hat gewußt, die oben bauen Potemkinsche Dörfer, aber man hat stillgehalten, weil man doch hinter der allgemeinen Richtung auf Propaganda stand. Hätte man Kritik an den Zahlen und Statistiken geäußert, hätte man doch die Projekte – sagen wir mal die BAM oder den Aufbau in Berlin oder auch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung – ins Zwielicht gebracht. Schließlich gab es genügend Leute, die da Schwierigkeiten machen wollten.«

Kann man eine solche Disziplin für vernünftig halten, wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage todernst ist?

So klar, sagt der Genosse, sei ihm das nicht gewesen. Natürlich sei der Widerspruch ins Auge gefallen, sieben Prozent plus in der Statistik, aber vor Ort siehste nischt. Aber er habe gedacht, die Probleme lägen auf der Ebene der mittleren Leitungskader und vor allem zwischen den Betrieben, die Verbindung habe nicht geklappt. Zu dieser Überzeugung sei er gekommen, weil sie als Zentralkomitee 80 Prozent der Eingaben vor Ort hätten erfolgreich bearbeiten können. So habe er die Vorstellung gehabt, wenn man es nur richtig machte, dann gäbe es schon Mittel und Wege.

Nun gab es in der DDR eine Spezies von Menschen, die sehr genau über das Ausmaß der Misere im Bilde war und auch wußte, daß es sich keineswegs um ein Problem der mittleren Leitungskader handelte, sondern offenkundig um ein Strukturproblem. Wir sprechen von den rund 150 Generaldirektoren der Kombinate, die sich zweimal im Jahr mit den Spitzen von Partei, Wissenschaft und einschlägigen Institutionen trafen, um, wie es hieß, den Wirtschaftskurs der DDR abzustimmen. Der PDS-Funktionär J.B. ist auch insofern ein wichtiger Zeitzeuge, als er seit 1985 regelmäßig an diesen Konferenzen der Generaldirektoren teilnahm.

Man dürfe, warnt er vorsorglich, von diesen Seminaren der Generaldirektoren keine übertriebenen Vorstellungen haben. Der zuständige ZK-Sekretär Mittag habe eine Grundsatzrede gehalten, alles laufe beachtlich, alles müsse aber noch besser werden, insbesondere bei den Konsumgütern und der Material- und Energieeinsparung, deshalb müßten die Kombinate

sich zu höheren Leistungen verpflichten. Die Generaldirektoren hätten stumm dagesessen und genickt. Nach dem Mittag-Referat hätte es keine Aussprache gegeben, vielmehr hätte sich das Plenum in Seminare aufgeteilt. Dort sei es darum gegangen, alle Betriebe auf das Niveau der Schrittmacher zu bringen. Da sei es oft zu sehr kritischen Leistungsvergleichen gekommen, aber niemals zu einer Kritik am System oder zu Vorschlägen für neue Strukturen. In den vier Jahren habe er das Wort »Markt« auf diesen Konferenzen kein einziges Mal gehört. Er wundere sich deshalb über die so plötzlich ausgebrochene Leidenschaft der Generaldirektoren für den Markt. Am Ende der Seminare hätten die Bosse dann ihre Zusatzverpflichtungen – die sie natürlich schon in der Tasche und auch zu Beginn des Jahres bereits eingeplant hatten – geleistet und einen grundsätzlichen und vorwärtsweisenden Brief an Generalsekretär Honecker beschlossen.

An dieser Stelle fällt mir ein, den Genossen J.B., einen ehemaligen Arbeiterkader, zu fragen, wie er mit der neuen Parteiführung zurecht käme, die ausschließlich aus Intellektuellen besteht. Es handele sich um eine Übergangssituation, sagt er, die jetzt gar nicht zu vermeiden gewesen sei. Jetzt brauche man Leute, die argumentieren, sich mit anderen auseinandersetzen könnten. In der alten SED habe man das nicht gelernt, aber Rechtsanwälte könnten das von Berufs wegen . Außerdem seien die Arbeiter am meisten enttäuscht von der Entwicklung, sie würden sich gar nicht für Parteiämter zur Verfügung stellen. Er sei der Meinung, das Übergewicht der Intellektuellen müsse abgebaut werden, und dazu komme es auch, wenn auch nicht so bald.

Werde er in einem Jahr noch Funktionär der PDS sein? »Das weiß ich nicht«, sagt der Genosse. »Solange die Partei mich braucht und will, mach ich es. Wenn ich hier ausscheide, weiß ich nicht, was ich machen soll.«

In dieser Hinsicht hat es der ehemalige Genosse Dr. Sch. besser getroffen. Schon seit November 89 strebte er aus einem der höheren Ränge des ZK-Mitarbeiterstabs heraus, verließ kurz danach auch die Partei, um in der Grundsatzabteilung einer der Einzelgewerkschaften das Zusammengehen mit der bundesdeutschen Parallelorganisation vorzubereiten. Dafür bringt Dr. Sch. gute Voraussetzungen mit, hat er doch zuvor u.a. die Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa im Auftrag der SED analysiert. Zu recht sagt er: »Ich bin gut ausgerüstet für den neuen Job.«

Dr. Schuster hat die letzten Tage des Egon Krenz als Nachfolger Honeckers aus nächster Nähe miterlebt. Krenz, sagt er, war keine Chance. Der habe geglaubt, er könne mit einem bißchen neuen Lack auskommen. Das ganze Land war in Aufruhr, und Krenz begreift nicht einmal, daß ein Parteitag stattfinden muß! Sie hätten keinerlei Konzept gehabt, sondern in seiner Umgebung habe man geurteilt: »Das ist ein Scharlatan mit einem krankhaften Sendungsbewußtsein.« Sie hätten Modrow nicht seine politischen Ansichten übelgenommen, sondern seine Integrität, daß er sich nicht habe einbinden lassen in den Macht- und Privilegienapparat.

Wie wird es weitergehen mit dem Gewerkschaftsfunktionär Dr. Sch.? Wenn es nach den Vorstellungen der bundesdeutschen ÖTV geht, dann gibt es für ihn keine Perspektive. Die ÖTV habe nämlich angeboten, alle Angestellten der DDR-Gewerkschaft zu übernehmen, sofern sie keine Kontakte zur Stasi hatten. Die hatten aber gut 90 Prozent der Mitarbeiter. Die mußtest du doch haben, wenn du was für die Sache herausholen wolltest, sagt Dr. Sch. Im Gegensatz zu diesen Berufsverbietern hätten die Kirchen in der DDR die richtige Einstellung, nämlich jedem die Chance zur Umkehr zu geben. Dr. Sch., der seinerzeit vom Theologiestudium zur Philosophie und schließlich zur SED kam, ist bereit, zu bereuen und Buße zu tun.

So gewiß es einerseits Einigungsgewinner und andererseits Einigungsverlierer gibt, so gewiß ist, daß die große Masse der DDR-Bevölkerung sich noch fragt, auf welcher Seite sie sich wiederfinden wird. In die Hoffnung auf ein gutes Leben im Land der D-Mark frißt sich Angst und Unsicherheit: Wird auf den Rausch der große Katzenjammer folgen? Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte nahm diese Herausforderung beherzt an und schickte vier Informationsbusse in die DDR, um mit einer gründlichen Aufklärung über die Struktur ihres Versicherungssystems Zuversicht zu verbreiten. Zwei Busse mit vier Beratern verzeichneten in vier Tagen auf dem Berliner Alexanderplatz über 1000 Ratsuchende. Herr Förster vom Beraterteam hat die beunruhigende Erfahrung gemacht, daß die Leute ganz andere Dinge interessieren als die allgemeinen Gliederungsprinzipien des bundesdeutschen Versicherungssystems. »Die Menschen hier«, sagt er, »wollen vor allem wissen, ob sie ihre Arbeitsplätze behalten und ob sie mit ihren Löhnen und Renten hinkommen bei dem neuen Preissystem.« Was antwortet er da? »Zu den Arbeitsplätzen kann ich ihnen gar nichts sagen. Aber bei den Löhnen und Renten sage ich ihnen meine persönliche Meinung, daß mit den steigenden Preisen auch die Löhne und die Renten hinaufgehen werden. Dafür werden schon die Gewerkschaften sorgen.«

Ob er wirklich glaubt, Löhne und Renten könnten Schritt halten mit der Entwicklung der Preise? »Um das definitiv beantworten zu können, bin ich zu wenig Ökonom. Aber eines weiß ich: die Leute hier wollen und werden hart arbeiten, und die Jungen werden es auch schaffen. Manche werden es natürlich auch schwer haben, vor allem die Älteren und die Kranken.«

Vor der Tür wartet eine 55jährige Lohnbuchhalterin, die im Auftrag ihrer ganzen Abteilung den Westexperten fragen soll, »wie es jetzt überhaupt weitergeht. Auch wenn meine künftige Rente von 500 Mark jetzt 1 zu 1 umgestellt wird, kann ich bei den Westpreisen davon doch nicht existieren«.

Die über 50 Beschäftigen der GPG »Blütenfreunde« in Luckenwalde sind weder alt noch krank, und doch haben sie von ihrer Genossenschaft im April folgenden Brief erhalten: »Die derzeitige wirtschaftliche Situation zwingt die GPG Blütenfreunde zu umfangreichen Stabilisierungsmaßnahmen. Aufgrund dieser Tatsache können wir Sie ab 1.7.1990 nicht mehr weiterbeschäftigen. In Ihrem Interesse möchten wir Sie bitten, sich umgehend um eine andere Tätigkeit zu bemühen.«

Auch der öffentliche Protest der entlassenen Blütenfreunde hat ihnen bisher nicht zu einer neuen Tätigkeit verholfen. Denn auch außerhalb des Gartenbaus sieht man sich »zu umfangreichen Stabilisierungsmaßnahmen« gezwungen. Der Generaldirektor des Kombinats Baumwolle, Bertram Höfer, teilt mit, daß nur 15 Prozent der Produkte des Kombinats unter Vertrag genommen wurden. Die Regale sind schon voll mit Westwaren. Wörtlich sagt er: »Den Werktätigen des Kombinates wie auch den Beschäftigten anderer Zweige der Textilindustrie stehen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen schwere Zeiten bevor.«

Thea S., Verkäuferin in einem Berliner Textilladen, kann das bestätigen. Der neue Eigentümer, eine Firma aus Aachen, wird von den 20 Angestellten nur vier übernehmen. »Bitte machen Sie hier im Geschäft keine Notizen«, sagt Thea S., »dann wissen die, daß die Informationen von mir kommen.«

Auch der Betriebselektriker eines großen Maschinenbaubetriebes möchte seinen Namen lieber nicht nennen. Die Geschäftsleitung hat darüber informiert, daß von den 3000 Beschäftigten mindestens 900 entlassen werden müßten. »Ich hab den Westen nie gebraucht,« sagt der Arbeiter wütend, »sollen jetzt die als erste in die Arbeitslosigkeit gehen, die die Einigung herbeidemonstriert haben.« Er hofft, mit seinen 45 Jahren vielleicht gerade noch jung genug zu sein, weiterbeschäftigt zu werden.

»Noch« gehört er zur PDS, von der einstmals stolzen Betriebsgruppe von 400 Mitgliedern sind 80 übriggeblieben. Ist der Generaldirektor noch Mitglied? »Gibt es noch einen Generaldirektor, der noch Mitglied ist?«, fragt er zurück. »Die haben doch alle gemerkt, daß sie eigentlich schon immer für Marktwirtschaft und Demokratie waren.«

Wie wir wissen, kann eine wirkliche Demokratie ohne eine wirklich freie Presse nicht existieren. Es gibt deshalb überall in der DDR energische Bestrebungen, das früher von der SED zentral gesteuerte Zeitungswesen so schnell wie möglich in private Hände zu überführen. Die Kolleginnen und Kollegen von der »Märkischen Volksstimme«, mit einer Auflage von 340.000 Exemplaren die größte Zeitung der Mark Brandenburg, haben in den letzten Wochen lernen müssen, daß Privatisierung und Demokratisierung zwei ganz verschiedene Dinge sein können.

Von Anfang an war die Zeitung, die heute als unabhängig und überparteilich firmiert und immer noch volkseigen ist, heftig vom Springer-Konzern umworben. Das Redaktions- und Verlagskollektiv, das in diesen Zeiten des Umbruchs und der Rechtsunsicherheit als Vertreter des Volkseigentums fungierte, wollte jedoch in Ruhe den Markt nach der günstigsten Möglichkeit sondieren. Diesem naiven Verhalten setzte Springer ein jähes Ende. Eine Verhandlung in Hamburg mit dem Chefredakteur und dem Verlagsleiter der »Märkischen Volksstimme« beendete der Medienkonzern mit dem Ultimatum: Entweder Sie verkaufen an uns, oder wir machen Sie kaputt.

Die Zeitungsmacher aus der Mark waren zwar erschrocken, sannen aber immer noch auf Abhilfe. Vielleicht könnte man mit dem »Spandauer Volksblatt«, mit dem es schon eine punktuelle Zusammenarbeit gab, in größerem Stil kooperieren. Doch siehe da – das »Spandauer Volksblatt« gehörte zum Springer-Imperium. Aber die größte oldenburgische Regionalzeitung, vom Zeitungstyp der eigenen so verwandt – wäre das nicht eine Lösung? Der Westleser ahnt es, für die Ostredakteure war es hingegen der Schlag, der ihren Widerstand brach: Auch die Oldenburger gehören zu Springers Heerscharen.

Nun hat Springer 49 Prozent der »Märkischen Volksstimme«, und niemand zweifelt, daß er nach der Wirtschaftsunion das Kommando ganz übernimmt.

»Wir wollen«, schrieb das Neue Forum in den Tagen des Goldenen Oktober, »Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. . . Die Zeit ist reif.« Es war aber nicht die Zeit, es war die DDR, die reif war für den ellenbogenstarken Zugriff der reicheren Teile der Westverwandten. Ahnungsvoll hatte das Präsidium der DDR-Akademie der Künste im selben Oktober seine Sorge geäußert: »Die Vernunft, die wir unsrer gemeinsamen Zukunft schulden, wird bedroht durch Kräfte, die uns noch immer die Existenz bestreiten, auch durch Leute, die uns plündern mit dem Ausdruck des Bedauerns.« Auch das ist überholt. Die Existenz ist hin, und von Bedauern kann keine Rede sein.

Konkret 07/90, S. 18

**Otto Köhler**

# Eigentum verhaftet

**Die Zeit ist vorbei, in der Helmut Kohl die Schaffung eines neuen großen Deutschland als seine Privatangelegenheit betrachten durfte Denn der deutschen Sozialdemokratie ist es in letzter Minute gelungen, den Staatsvertrag akzeptabel zu machen, indem sie eine Forderung durchsetzte, die die Situation in ganz Deutschland revolutionär verändern wird**

Die Enteignung unrechtmäßig erworbenen Eigentums betrifft zwar – nach dem erklärten Willen der sozialdemokratischen Führung – nur das Vermögen der PDS/SED und der ehemaligen Blockparteien. Aber die Konsequenzen sind klar. Erstmals seit den Restaurationszeiten Konrad Adenauers ist der Vorsatz, unrechtmäßig erworbenes Vermögen zu enteignen, in der Bundesrepublik diskutabel geworden. Und es ist ein Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, ausgerechnet Helmut Kohl, den legitimen Enkel Adenauers, zur Anerkennung dieses Gedankens gezwungen zu haben. Die Idee des Sozialismus, die schon begraben schien, ist damit lebendiger denn je wiederauferstanden.

Denn nach ihrem großen Erfolg in der Frage des SED-Vermögens wird die deutsche Sozialdemokratie jetzt konsequent auch die Frage nach der Herkunft der großen Banken- und Industrievermögen in der Bundesrepublik stellen. Und da wird es, wenn erst einmal die Frage nach der Rechtmäßigkeit aller Vermögenserwerbe ansteht, Enteignungen geben müssen, die unser Wirtschaftssystem auf den Kopf stellen.

Auschwitz war mit seinem zur Vernichtung durch Arbeit bestimmten Sklavenarbeiter bestand eine feste Größe in der Gewinnkalkulation von Krupp, Siemens und jener Interessengemeinschaft Farben, deren Erbe Bayer, BASF und Hoechst antraten. Von Daimler, Rheinmetall, BMW, Volkswagen bis zu Loden-Frey in München – sie alle erwarben unrechtmäßig ein Vermögen durch die Ausbeutung von KZ-Zwangsarbeitern.

Die großen Konzerne im Verein mit den Großbanken plünderten halb Europa aus, übernahmen die Konkurrenz und häuften Vermögen auf Vermögen – unrechtmäßig, wie damals die Ermittler der US-Militärbehörden feststellten und Historiker heute bestätigen. Gegen die Deutsche Bank und die Dresdner Bank gab es wegen ihrer Raubzüge umfangreiche Ermittlungen – ein Prozeß kam nicht mehr zustande, weil ihre Hilfe im Kalten Krieg gebraucht wurde. Der verhinderte auch ein gerechtes Urteil im Kriegsverbrecherprozeß gegen Flick und gegen die IG Farben, deren Direktoren nahezu ungeschoren davonkamen. Es gab nur einen einzigen Fall, in dem in einem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß ein Industrie-Vermögen enteignet wurde: Krupp.

Bis in die letzten Tage des Dritten Reiches hatte Alfried Krupp – und er nicht allein – versucht, sein gewaltiges Vermögen zu verschieben und zu verschleiern. Im August 1944 trafen sich Vertreter von Krupp, Röchling, Rheinmetall-Borsig und VW im Hotel Rotes Haus in Straßburg und überlegten, wie sie ihre Vermögen ins Ausland verlagern und über die nun doch gewisse Niederlage hinwegretten könnten.

Das war Verrat. Alfried Krupp, Patenkind Kaiser Wilhelm des Zweiten, war 1931 – ein Jahr vor Adolf Eichmann – der SS beigetreten, 1936 wurde er Vorstandsmitglied im Konzern seines Vaters. Und 1943 erließ der Führer nur für den jetzt 36jährigen die Lex Krupp: ein Ausnahmegesetz, das Alfried, ohne daß der dafür hätte Erbschaftssteuer zahlen müssen, zum alleinigen Eigentümer über die 171 deutschen Betriebe und die 60 ausländischen »Filialen« des Krupp-Konzerns machte.

Ein Jahr zuvor, auf dem Höhepunkt von Hitlers Siegen, hatte Vater Gustav noch nahezu eine Viertel-Milliarde Mark Reichsschatzanleihen für die Rüstung gezeichnet, die dem Konzern so guttat (Krupp-Biograph Gert von Klaas 1953: »Wenn nicht alles täuscht, dann hat der Zweite Weltkrieg das große Schwungrad der Technik erst richtig in Bewegung gesetzt«). Doch die für das gewaltige Krupp-Rüstungsgeschäft nötigen Anleihen des Reiches stieß der Erbe von Hitlers Gnaden vor dem Kriegsende schnell wieder ab. Während sein Werkschutz aus Wut über die bevorstehende Niederlage immer brutaler auf Sklavenarbeiter und Kriegsgefangene einschlug und viele noch in den letzten Tagen des Krieges sadistisch zu Tode quälte, gelang es Alfried Krupp im Rahmen der verschärften Vaterlandsverteidigung noch rechtzeitig, 162 Millionen der bald wertlosen Rüstungspapiere zu verkaufen. 68 Millionen behielt er aus besonderem Grund. Auch die hätte man noch abstoßen können, berichtete Krupp-Finanzdirektor Friedrich Janssen im Gerichtssaal, »aber das hätte zusehr nach Defätismus ausgesehen.«

Genauso wie er die wertlos gewordenen Kriegsanleihen schnell noch verkaufte, schickte Krupp im März 1945 jüdische Mädchen aus Ungarn, aus denen er den letzten Rest an Arbeitskraft mit den Hundepeitschen seiner Aufseher herausgepreßt hatte, zur Entsorgung an das KZ-Buchenwald zurück. Er hatte die zuvor kräftigen Mädchen aus dem KZ Auschwitz bezogen, wo ihre nicht nutzbaren Eltern vergast worden waren. Die Mädchen überlebten nur, weil sie im Chaos der letzten Kriegstage statt nach Buchenwald ins KZ Bergen-Belsen verfrachtet wurden, das bald darauf befreit worden ist.

Während oben im Krupp-Hauptverwaltungsgebäude das Kruppvermögen ins Ausland verschoben wurde, stand im Keller für jeden sichtbar nur zehn Meter neben der Nacht-Telefonzentrale ein 1,50 Meter hoher enger Stahlkäfig, in den die »Stücke«, wie Alfried Krupp die Zwangsarbeiter nannte, die er persönlich bei Himmler bestellt hatte, zur Bestrafung

tagelang hineingepreßt und an Wintertagen durch die beiden einzigen Luftlöcher oben mit eisigem Wasser begossen wurden – eines der Opfer war eine im siebten Monat schwangere Frau.

Jeder in der Krupp-Hauptverwaltung wußte darüber und über die Krupp-KZs in Essen Bescheid. Überhaupt nicht jeder wußte, auf welche Schweizer Konten damals große Teile des Kruppvermögens wanderten – ein kleiner Teil davon diente nach 1945 der aufwendigen Verteidigung durch 33 Anwälte im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß.

Seinen ersten Brief aus dem sehr angenehmen Kriegsverbrechergefängnis – »Landsberg war ein einziger sonniger Ferientag«, erinnerte sich sein miteinsitzender Direktor Friedrich von Bülow – schrieb Alfried Krupp im August 1948 an den US-Militärgouverneur General Clay: Sein Unternehmen sei so groß – allein die Gußstahlfabrik umfasse fast einhundert Werke – , daß all diese Sachen, die man ihm vorwerfe, »für den Krupp-Konzern Kleinigkeiten seien«. Die Zeugen hätten gelogen, und wo nicht, da seien die Nazis schuld. Sollte es aber trotzdem Übergriffe durch Kruppianer gegeben haben, so schrieb der Mann, unter dessen Fenster die »Stücke« totgeschlagen wurden, »kann ich einfach nicht begreifen, daß meine Mitarbeiter und ich die Strafverantwortung für Übergriffe durch einzelne Untergebene dieser riesigen Organisation tragen sollen«. Außerdem sei es unfair gewesen, ihn wegen Plünderei zu verurteilen, schließlich sei das alles in der Haager Landkriegsordnung gar nicht so eindeutig geregelt. Das Gericht sei ganz einfach beeinflußt und voreingenommen gewesen, deshalb fordere er seine sofortige Entlassung, vor allem aber die unverzügliche Aufhebung der Beschlagnahme seines Besitzes.

Das war vielleicht doch noch etwas zu früh und zu arrogant. Der Revisionsausschuß, an den Clay die Beschwerde weiterreichte, bestätigte das Urteil, und Clay selbst schrieb: »Im ganzen gesehen waren diejenigen, die verantwortlich für die Gerichtsverfahren sind, dennoch der Meinung, daß das volle Beweismaterial der Geschichte einen beispiellosen Bericht darüber bieten wird, wie Gier und Habsucht skrupellose Hände verleiten, Unglück und Zerstörung über die Welt zu bringen. So ist es verständlich, daß ich bei der Überprüfung der Fälle, die mir vorgelegt wurden, keine Hemmung fühlte, die Urteile zu bestätigen.«

Hemmungen aber waren gerade im Fall Krupp verlangt. Unter den fast zweihundert Deutschen, die das Nürnberger Tribunal verurteilte, ist keiner außer Alfried Krupp enteignet worden. Enteignung – das war eine so fürchterliche Strafe, schlimmer als das Hängen am Galgen. Bezeichnenderweise sind es die Sowjets gewesen, die im vorausgegangenen Hauptkriegsverbrecherprozeß auf die Idee gekommen waren, das persönliche Vermögen verurteilter Kriegsverbrecher als zusätzliche Strafe einzuziehen. Der US-Vertreter im Tribunal, Richter Jackson, hatte sofort widersprochen: »Es würde wohl etwas überholt sein als Strafe – wie Rädern und Vierteilen.«

So muß es auch Krupp selbst empfunden haben, als am 31. Juli 1948 sein Urteil verkündet wurde. Die zwölf Jahre Gefängnis nahm er unbewegt hin – doch dann kam dieser unerwartete Satz: »Das Gericht verurteilt Sie zum Einzug Ihres gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens.« Da wurde Alfried Krupp im Gesicht »weiß wie ein Laken«, beobachtete der Ankläger Rawlings Ragland: »Ich dachte, er würde ohnmächtig werden. Er schien am Rande des Zusammenbruchs zu sein.«

Doch Krupp wurde nicht ohnmächtig. In der freien Welt stieß dieses Urteil auf Unverständnis, ja Entsetzen. Jetzt waren all die Warnungen bestätigt, die insbesondere in Großbritannien dagegen erhoben worden waren, Industrielle vor Gericht zu stellen.

Auch der Vorsitzende Richter H.C. Anderson, der das Enteignungsurteil verlas, dachte selbst dabei in Wirklichkeit viel gesitteter. Er verlas anschließend seine »dissenting opinion«, in der er zwar die Höhe der Gefängnisstrafe billigte, aber den Einzug des Krupp-Vermögens ablehnte. Anderson hatte sich gegen die beiden anderen Richter nicht durchsetzen können, von denen einer, William J. Wilkins, seinen finsteren Absichten deutlich Ausdruck gab: »Wir beschlossen, die Firma Krupp auszulöschen und gaben die Anordnung, daß der gesamte Besitz zu beschlagnahmen sei, weil wir glaubten, daß die Werke in die Hände friedliebender Deutscher fallen würden...«

Mit in Landsberg, dem – so ein US-Offizier – »komfortabelsten Gewahrsam der Alten Welt«, residierte Friedrich Flick, auch eine der großen Verbrechergestalten der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Flick war mit sieben Jahren Gefängnis davongekommen. Doch sein Vermögen durfte er behalten, obwohl natürlich auch er seinen Zwangsarbeitern den Lohn enteignet hatte, und er dirigierte seinen Konzern aus dem »Schloß Landsberg« heraus, wie er sein Gefängnis nannte. Zweimal in der Woche brachte man ihm kistenweise Konzernpapiere, bis Friedrich Flick 1951 – viel zu früh – wieder frei kam.

Krupp saß auch nicht länger, denn er hatte es bald nicht mehr mit Militärgouverneur Clay, sondern mit dem Hohen Kommissar John McCloy zu tun, einem Mann – er stieg später zum Vorstandsvorsitzenden der Chase Manhattan Bank auf – , für den der sittliche Wert des Privateigentums absoluten Vorrang hatte. Seiner Meinung nach widersprach die Konfiszierung der amerikanischen Auffassung von Gerechtigkeit – und im Fall Krupp ganz besonders. Der Hochkommissar: »Ich bin der Meinung, daß eine Beschlagnahme in diesem einen Fall eine Diskriminierung des Angeklagten darstellt, die durch keine Erwägung bezüglich speziell dieses Angeklagten gerechtfertigt ist.« Was waren

schon 80.000 totgeschundene Arbeitssklaven gegen das Kruppvermögen, das damals auf zwei bis drei Milliarden geschätzt wurde.

Für McCloy war es unerträglich, daß deutsche Industrielle im Kriegsverbrechergefängnis saßen, und sei es noch so komfortabel. Er ließ sie alle frei. Alfried Krupp feierte seine Entlassung am 4. Februar 1951 mit einem Sektfrühstück im zweitbesten – das beste hatte er für immer verlassen – Landsberger Hotel. Vierzehn Tage später fand in Paris eine Konferenz über die Bildung einer europäischen Armee statt. Die junge Bundesrepublik war als gleichberechtigter Partner vertreten durch Adenauers Staatssekretär Hallstein, der Europa schleunigst bis zum Ural integrieren wollte.

1953 schlossen die drei West-Alliierten mit ihrem Ex-Delinquenten Alfried Krupp einen Vertrag, der ihm die volle Handlungsfreiheit über seinen Besitz zurückgab.

Krupp-Historiker Norbert Mühlen: »Es war ein Staatsvertrag, den drei souveräne Mächte mit einer vierten vereinbarten.« Der Verbrecher, den das Nürnberger Gericht der »Ausraubung anderer Länder« und der »Ausmerzung und Mißhandlung breiter Massen fremder Zwangsarbeiter« schuldig gesprochen hatte, war plötzlich wieder ein hochvermögender Ehrenmann, wie schon vor 1945. Und einer der ersten Betriebe, die wieder in Krupps Hände gelegt wurden, war das heute so bekannte Stahlwerk Rheinhausen. Die Krupp-Dynastie mußte ihr Eigentum schon selbst zugrunderichten. Der bundesdeutsche Steuerzahler übernahm die Spesen und die Großbanken den Gewinn.

Man hat das, was seit November 1989 in der DDR geschah, die erste authentische deutsche Revolution genannt. Diese Formulierung ist ohne Zweifel berechtigt, wenn nach den Kommunisten endlich auch die Wirtschaftsunternehmen enteignet werden, die von den Verbrechen der NS-Zeit kräftig profitierten: Krupp, Flick, die Farbennachfolger Bayer, BASF und Hoechst, die Deutsche und die Dresdner Bank und viele andere mehr. Das alles – die Enteignung aller unrechtmäßig erworbenen Großvermögen – wird jetzt mit Sicherheit auf uns zukommen. Denn auf die deutsche Sozialdemokratie war noch immer Verlaß.

Konkret 07/90, S. 20

**Thomas Kieseritzky; Detlef zum Winkel**

# Was machen wir jetzt?

**Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten beim Kongreß der Radikalen Linken (an Pfingsten in der Uni Köln), zugleich ein Vorschlag, wie man der Heldenstadt Leipzig und ihrem Volk die Jahresfeier verderben könnte**

Ein Kongreß der Radikalen Linken ist Anlaß, das agitatorische und aktionistische Element zugunsten der Reflexion in den Hintergrund treten zu lassen. Das kann zu Fehlinterpretationen führen. Die Leute wollen wissen, wie es nach der Demonstration vom 12. Mai in Frankfurt weitergeht, und wenn nichts kommt, glauben sie vielleicht, das sei's gewesen, oder das ließe sich nicht mehr steigern. Um solche Mißverständnisse zu vermeiden, soll ein Aktionsvorschlag für den Herbst vorgestellt werden. Er ist in diversen Debatten im kleineren Kreis entstanden und besagt, daß wir am 9. November nach Leipzig gehen. Veranstaltung am 9., das ist ein Freitag, und zentrale Demo am Samstag, dem 10. November. Damit würden wir unser Anliegen von Frankfurt vertiefen, wie es die »Bildzeitung« erkannt hat: »So verhöhnen sie Deutschland«. Wir werden uns radikal mit der These auseinandersetzen, daß die Deutschen an diesem Tag das glücklichste Volk der Welt sind. Leipzig wird vorgeschlagen, weil sich dort das *eine Volk* konstituierte und man ihm behilflich sein muß, sich im Spiegel seiner Reichspogromnacht-Tradition zu erkennen. Der Heldenstadt werden wir die Lust am Feiern verderben und Momper und Vogel ihren Feiertag.

Die antifa-Veranstaltung soll keine Gedenkstunde, sondern eine Arbeitsversammlung werden. Unter anderem geht es um die Frage, warum der Antifaschismus der DDR scheiterte. Daß er scheiterte, ist zunächst nichts Unehrenhaftes: unehrenhaft ist es für diejenigen, die ihn scheitern ließen. Gleichwohl müssen wir klären, was am Antifaschismus der DDR bewahrenswert, also zu rekonstruieren ist, und was daran falsch war, also zu korrigieren ist. Für die Demo empfiehlt sich der Markentitel »Nie wieder Deutschland«.

Die beachtliche Erregung, die dieser Vorschlag bereits unter Linken provoziert, ist ein milder Vorgeschmack auf die öffentliche Empörung, die der Aktion zuteil werden wird, wenn es erst an die Realisierung geht. Eben das ist bezweckt. Es ist nicht Aufgabe radikaler Linker, eine Wiedervereinigung mit artigen Protesten und klug ausgedachten Forderungen kritisch zu begleiten. Im November dieses Jahres wird sich herausstellen, ob das postfaschistische Unternehmen »Schlußstrich unter die Geschichte« gesiegt oder verloren hat. Wenn es verlieren soll, müssen wir einen Höllenlärm veranstalten.

Die Hälfte diese Lärms wird durch die Wahl des Datums, die andere durch die Wahl des Ortes garantiert: Leipzig, um zu prüfen, ob dort eine Revolution oder eine Konterrevolution oder beides oder keines von beiden stattgefunden hat. Am Abend des 10.11.1990 wird man es wissen. Im Grunde kann die vorgeschlagene Aktion nur zwei Resultate zeitigen. Entweder wird sie die Bevölkerung geschlossen gegen sich haben. Dann ist der Mythos von 1989 dahin, und man wird künftig einfach und allgemein verständlich von einer germanischen Heldenstadt sprechen. Oder die Leute, die die ersten, noch riskanten Montagsdemonstrationen bestritten haben, kommen wieder auf die Straße und solidarisieren sich. Dann wird ein neues Kapitel außerparlamentarischer Politik aufgeschlagen. Eine auch internationale Mobilisierung ist schon deshalb angebracht, um einer Stadt klarzumachen, daß es früher oder später Konsequenzen hat, wenn dort immer wieder junge Linke, Nonkonformisten und Antifaschisten drangsaliert werden. Eine Demo in Leipzig würde einen autonomen, neuen politischen Prozeß in Gang setzen.

Und nun zum gemütlichen Teil, d.h. zur Stärkung des linken Gemüts in diesen herrlichen Zeiten.

*1. Zur Sinnfrage:* Der Sozialismus geht, wenngleich er als *real-existierender* wenig mit unseren Zielen und Programmen gemein hatte. Trotzdem: anstatt zu kommen, geht er. Daß er kommen würde, war den Sozialisten ein wissenschaftlich erwiesenes Gesetz und lange Zeit persönliche Gewißheit zugleich. Aus dieser Gewißheit begründete sich das Engagement vieler Linker, häufig solcher mit lauten Organen. Als sich herausstellte, daß die Massen nicht nach links wollten, verließen diese Linken in massenhaften Schüben ihre KBWs und KPD-AOs, ihre SEDs und DKPs. Unter den Verbliebenen geben viele den rechten Stimmungen unter den Massen nach, weil sie dem Gesetz treu bleiben, daß die Massen letztlich den Sozialismus schaffen werden. Die Haupttendenz in der linken Welt ist heute der Opportunismus. Er wird folglich nicht erst von denen produziert, die das sozialistische Lager verlassen oder verraten, sondern von den dominierenden Auffassungen der Sozialisten selbst.

Man müßte mit der sozialistischen Gesetzesgläubigkeit brechen. Das heißt: wenn wir für den Sozialismus eintreten, dann nicht, weil er sowieso kommt, oder weil die Produktivkräfte ihn fordern oder die Arbeiterbewegung ihn irgendwann auf die Tagesordnung setzen wird. Sondern weil es eine Menge überzeugender Gründe gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln gibt. *Diese Gründe liegen in der Vergangenheit und Gegenwart, nicht in der Zukunft.* Reicht es nicht zu sagen, weil das Kapital Hitler finanziert hat, muß es enteignet werden? Warum müssen Sozialisten immer addieren: Weil das Kapital Hitler finanziert hat *und* weil es sowieso ein (irgendwann) überholtes Produktionsverhältnis ist, deshalb sind wir dagegen?

Also: Weil der Imperialismus für den Hunger in der dritten Welt verantwortlich ist, gehört er abgeschafft. Punkt. Das soll reichen. Überflüssig und nicht einmal richtig ist die versichernde prognostische Zugabe, daß er übrigens ja sowieso ein Papiertiger sei, der unter dem Ansturm der Befreiungsbewegungen etc. etc.... Revolutionär sein, ist mehr als Siegen lernen.

Die »TAZ« kommentierte die Frankfurter Demo unter der Überschrift »Warten auf Godot«, Unterzeile: »Die Frankfurter 'Wiedervereinigungs'-Gegner sind keine Aktivposten«. Da hat uns ein Reaktionär was reindrücken wollen und in all seiner unverbildeteten Alternativunschuld nicht bemerkt, welches Kompliment es für die Angegriffenen darstellt, mit einem großen Stück Weltliteratur in einem Atemzug genannt zu werden. Aus der letzten im Fernsehen gezeigten Aufführung erinnere ich einen Dialog nach Betrachtung eines Bäumchens auf der Bühne: *Wladimir: » Wir haben uns jetzt der Natur zugewandt.« Pause. Estragon: »Was machen wir jetzt?« Pause.* – Prägnanter kann man die vergangenen zehn bis zwölf Jahre der BRD-Linken nicht resümieren.

Was machen wir jetzt? Weiter warten, würde Beckett sagen, ohne daran zu glauben, daß das, worauf wir warten, kommt. Denn wenn es kommt, ist es etwas Anderes als das Erwartete, dann ist es der brutale, blinde Pozzo und nicht Godot. Dann ist es Wiedervereinigung statt Multikultur.

Das richtet sich nicht gegen konkrete ökologische Anliegen, die wir auch weiter verfolgen werden. Es richtet sich aber gegen die Ökologie als Godot, also als Gottersatz, und es richtet sich gegen den Sozialismus als Gesetz, also ebenfalls Gottersatz. Keineswegs sollen die wissenschaftlichen Erkenntnisse, zu denen Marx und Co. verholfen haben, abgeräumt werden. Vielmehr müssen sie auf Stand gebracht werden. Aber wir dürfen nicht so tun, als sei das humane Wertesystem, das der Kommunismus ist, determiniert und als würde es wissenschaftlich berechenbar produziert werden. Selbst wenn es so wäre, über lange Zeitabläufe betrachtet, nützte es uns nichts und brächte uns eher auf falsche Ideen. Der Sozialismus geht. Man könnte Kommunist werden. Oder man läßt es bleiben. Jedenfalls wird die Entscheidung besser unabhängig vom Trend getroffen.

*2. Zur Täterfrage:* Aus dem Gesagten folgt, daß sich die Haltung zur Wiedervereinigung nicht so sehr aus der Prognose ihres Verlaufs, also nicht aus ihrer Zukunft, sondern aus ihrer Vergangenheit begründet. Zwar sind wir uns sicher, daß sie sich mit einer nationalistischen und nur nationalistischen Dynamik vollzieht. Diese Dynamik drückt sich in widersprüchlichen Bewegungen aus. Neben dem Hurra-Patriotismus Leipziger Prägung gibt es westliche Arroganz gegen die Zonies, DDR-Aggressionen gegen die Aussiedler, Euro-Chauvinismus der Besitzenden, Rassismus der Weißen, gebremsten Antisemitismus. Außerdem sind die Hamburger gegen die Bayern und die Frankfurter gegen die Offenbacher, aber deswegen ist der Nationalismus nicht durch einen Regionalismus ersetzt. Der Nationalismus ist noch auf der Suche; das gibt dem Widerstand eine befristete Chance, ihn wirksam zu bekämpfen. Man bedenke allerdings, daß der Nationalismus in der Regel schneller zu sich findet als seine Analytiker zur richtigen Therapie.

Aber selbst wenn unsere Befürchtung übertrieben wäre, müßte man die Wiedervereinigung ablehnen: aus antifaschistischen Motiven, aus einem Gerechtigkeitsgefühl. Dagegen wird der Vorwurf erhoben, man begebe sich zur moralischen Selbstvergewisserung in eine Opferpose. In der Tat ist es mit der Einnahme eines Standpunkts nicht getan. Es ist nicht damit getan, dem Auschwitz-Komitee oder der VVN auf die Schulter zu klopfen. Man muß sich mit den Zeugnissen der Opfer des Naziregimes konfrontieren, man muß ihre Texte studieren, ihre Worte ernst nehmen. Denn ihr Urteil über dieses Land und seine Population ist das relevanteste. Hundert Bücher der Noltes und Stürmer wiegen ein Tagebuch von Anne Frank nicht auf. Hundert Leitartikel, Sonderdrucke, Fernsehsendungen sind nicht so wichtig wie die Eindrücke, die eine belgische Widerstandskämpferin auf dem Frankfurter Römer vorgetragen hat.

Trotz solcher Anstrengungen bleiben westdeutsche Linke auch Produkt der Täter-, Komplizen- und Verdränger-Gesellschaft BRD. Daher muß es uns etwas sagen, wenn von dem Journalisten Dieter Gütt, der sich im letzten Herbst das Leben nahm, referiert wird, daß er keine Lust mehr gehabt habe, denn: »Ich habe genug Deutsches in mir, um zu wissen, was kommt.« Das zielt nicht auf den sogenannten Faschisten in uns allen. Zu bedenken ist aber, ob wir von dieser Gesellschaft nicht so viel abgekriegt haben, daß wir, wenn wir kritisch sind, eine gewisse Kompetenz bei der Erkennung und Beurteilung von Täterpersönlichkeiten erwerben können. Wir müssen durch eine Ausstellung wie jene über das Ghetto von Lodz, die zur Zeit im Frankfurter Jüdischen Museum gezeigt wird, hindurchgehen und die Bilder auf ihren *Wiedererkennungswert* hin prüfen: Dieser tretende Wachmann – ähnelt er nicht dem Sportlehrer, den ich einmal hatte? Jener Gestapo-Agent, der ein Kind abführt – hat man ihn nicht gestern als Kaufhausdetektiv erlebt? Oder die NS-Verwalter des Ghettos, mit gierigen Blicken beim Zählen geraubten Geldes – sind das nicht unsere hochanständigen Bürgerfamilien mit ihrem durch Arisierung gewonnenen Vermögen? Und was unterscheidet dann den »BILD«-Bericht über des Kanzlers ersten Auftritt in Dresden von den Jubelchören über des Führers Ankunft in Wien?

Diese Arbeit ist mit dem Vorschlag gemeint, einige dringend notwendige sprachliche Korrekturen vorzunehmen und die sogenannte Judenfrage umzuformulieren in die jüdische Frage, die sogenannte deutsche Frage aber umzuformulieren in die *Deutschenfrage.* Mit einem Wort: Wir müssen uns als Kronzeugen gegen Deutschland verstehen.

*3. Zur Erfolgsfrage* verhält es sich entsprechend den Punkten eins und zwei. Wir können weder wissen, ob das einige Deutschland noch zu verhindern ist, noch wie es aussehen wird, und wir können den Widerstand nicht von der Beantwortung dieser Frage abhängig machen. Günstigstenfalls werden wir später sagen können: Wir haben uns dem Antifaschismus zugewandt, was machen wir jetzt? Aber die Proportionen müssen stimmen. Es wäre mehr als peinlich, ja, es wäre das Aus, wenn wir gegen die Wiedervereinigung nicht mindestens die gleiche Show veranstalteten wie gegen eine Flughafenerweiterung oder eine Atomanlage oder eine Rüstungsmaßnahme oder für eine Arbeitszeitverkürzung. Also die ganze Palette von Aktionsformen, in denen wir uns halbwegs auskennen. In diesem Kontext ist auch der Lafontainesche Vorstoß 'zum' Staatsvertrag – 'dagegen' wäre gelogen – fortschrittlich, wenn man eine kritische Lesart von Fortschritt pflegt. Die bürgerliche Pseudo-Opposition, der gewohnte Betrug, der faule sozialdemokratische Zauber, das gehört einfach zur Planerfüllung dazu, hoffentlich aber nicht zu unserer.

In der Politik will man etwas erreichen, das ist klar. Die Radikale Linke will die Revolution, um sie abzulehnen, wenn sie real existiert, das ist auch klar, oder jedenfalls scheint es uns klar zu sein. Deshalb ist die Revolution oder die Annäherung an dieselbe ein durchaus zweifelhaftes Erfolgskriterium. Überhaupt kein Erfolgskriterium ist das Urteil des Zeitgeistes, das sich im Urteil der herrschenden Medien manifestiert. Erfolg oder Nicht-Erfolg sind möglicherweise gar nicht so leicht objektivierbar, wie man es häufig gewohnheitsmäßig versucht. Es kommt eben darauf an, *wen* man erreichen will. Wenn sich die Freunde von der VVN gefreut haben, daß es in Frankfurt doch doppelt so viel Demonstranten wurden, wie sie selbst erwartet hatten; wenn sich einige Immigrantinnen und Immigranten in oder im Umfeld der Demo wohlfühlten; wenn einige Franzosen überrascht und einige Polen zufrieden die Fernsehbilder sahen, wenn einige Israelis an jenem Abend vor dem Bildschirm gut gelaunt waren und wenn einige Mitbürgerinnen und Mitbürger vielleicht gedacht haben, schade, daß ich nicht da war, ich habe etwas verpaßt, dann rechtfertigt das den ansonsten durch nichts begründbaren Optimismus.

Nichts ist umsonst.

*Thomas Kieseritzky ist Rechtsanwalt; Detlef zum Winkel ist Journalist. Beide leben in Frankfurt*

Konkret 07/90, S. 22

**Georg Fülberth; Gert Meyer**

# Die zweite Grande Armée

**»Zwischeneuropa« und das »Baltikum« seien auf dem Weg zurück zur Freiheit, heißt es. Wie frei sie waren und wozu, bevor Stalin sie ihrer Freiheit beraubte, wird mit Fleiß verschwiegen**

Die Nationen, welche jetzt ihre Losreißung von der UdSSR (Entlassung ~ aus dem Staatsverband oder Auszug aus dem RGW) sowie die Einführung des Kapitalismus betreiben, marschieren unter den Fahnen ihrer vor-bolschewistischen Geschichts-Perioden auf. Jetzt, so ist zu hören, kehre die Freiheit zurück. Das ist merkwürdig, denn versteht man ( = diese Leute selbst) unter Freiheit die parlamentarische Demokratie, so war sie in jenen Ländern kaum jemals früher vorhanden gewesen – und falls doch, dann war sie schon längst zerschlagen, bevor die Rote Armee kam. Diese brachte also zunächst einmal die Befreiung von faschistischer Okkupation oder von hausgemachten Diktaturen bzw. autoritären Regimes. Ein Blick auf den Atlas – vielleicht von Süden nach Norden – und in ein beliebiges historisches Handbuch (nehmen Sie doch einfach den jedem größeren Schulkind vertrauten Dicken Ploetz) ist dabei aufschlußreich genug.

In Bulgarien, einer Monarchie, wurde nach einem Offiziersputsch, der 1923 stattgefunden hatte, 1924 die Kommunistische Partei verboten und der Belagerungszustand verhängt. Ein späterer Übergang zu einem eher liberalen Regime wurde 1934 durch einen neuen Staatsstreich und eine einjährige Diktatur gestoppt. Parlamentarische Experimente änderten nichts am autoritären Regime, im zweiten Weltkrieg besetzte Bulgarien jugoslawische und griechische Gebiete, befand sich im Kriegszustand mit Großbritannien, wandte sich 1944 auch noch gegen die UdSSR und wurde, nach einem pro-sowjetischen Regierungswechsel, von der Roten Armee besetzt.

In Rumänien, ebenfalls einer Monarchie, sind 1938 per Staatsstreich alle Parteien verboten worden. Am zweiten Weltkrieg nahm das Land auf der Seite Hitler-Deutschlands teil. 1944 kam die Rote Armee.

In Ungarn amtierte seit 1920 der Admiral Horthy – darf man ihn eigentlich noch einen Faschisten nennen? – als »Reichsverweser«. Das Land war im zweiten Weltkrieg mit Deutschland verbündet und wurde 1944 von der Roten Armee besetzt.

Fast hätten wir, tief im Süden, Albanien vergessen. Es war bereits seit Anfang der dreißiger Jahre vom faschistischen Italien praktisch kolonialisiert.

Polen war seit 1926 eine Militärdiktatur. Die Beibehaltung parlamentarischer Versatzstücke veranlaßte die beschönigende Benennung »Gelenkte Demokratie«.

Einzig die Tschechoslowakei hatte sich seit 1918 zu einer parlamentarischen Demokratie im Wortsinne entwickelt. Sie endete als Staat 1938/39 durch die deutschen Annexionen.

Wenden wir uns nun den baltischen Staaten zu, dann sollte dies wohl etwas ausführlicher geschehen, denn hier wird gegenwärtig der Konflikt: hie »Wiederkehr der Freiheit« – hie Fortdauer der Fremdherrschaft, exemplarisch ausgetragen. Die »Unabhängigkeitsbewegungen« wollen an die Geschichte selbständiger Staaten zwischen den Weltkriegen anknüpfen. Sie berufen sich damit auf eine Tradition, die keineswegs durchgehend demokratisch war.

Seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts gehörte die baltische Region zum Zarenreich. Ihre Loslösung nach der Oktoberrevolution entsprach einerseits der bolschewistischen Nationalitätenpolitik, andererseits – und vor allem – den Interessen der bürgerlichen und adligen Oberschicht, für welche die Eigenstaatlichkeit das probate Mittel war, um sich selbst vor den Folgen der Revolution zu schützen. Damit geriet sie allerdings in Konflikt mit der Arbeiterbewegung. Der dritte Faktor waren die Truppen des Deutschen Reiches. Sie okkupierten im Ersten Weltkrieg Litauen und Südlettland und beseitigten nach der Abtrennung der baltischen Territorien im Frieden von Brest-Litowsk (1918) auch die Räte-Herrschaft, welche sich inzwischen in Estland etabliert hatte. Nun wurde das »Baltikum« von der deutschen militärischen Besatzungsmacht (die mit der deutsch-baltischen Ritterschaft zusammenarbeitete) ausgeraubt und galt als künftiges Siedlungsland für die nach dem erwarteten Endsieg demobilisierten deutschen Soldaten. Dieser Traum war mit der deutschen Kriegsniederlage ausgeträumt.

Im November und Dezember 1918 entstanden die »Estländische Arbeitskommune« sowie die lettische Räterepublik, seit Februar 1919 die vereinigte litauisch-belorussische Sowjetrepublik. Sie alle wurden zusammengehauen von einer ganz großen Koalition, bestehend aus: den einheimischen »nationalen« Kräften (das sind die Vorläufer der heutigen Unabhängigkeitsbewegungen); britischen Flottenverbänden vor den Küsten; der antibolschewistischen russischen Nordarmee; finnischen Weißgardisten, die in Estland einmarschierten; regulären deutschen Truppen unter dem General Rüdiger Graf von der Goltz, welche nach dem Willen der Entente (Artikel 12 des Waffenstillstandes von Compiégne) im Nordosten für Ruhe und Ordnung sorgen sollten; und deutschen Freikorps, in denen sich übrigens auch ein Sozialdemokrat, August Winnig, hervortat. Unterstützung fanden die antirevolutionären Bewegungen in den städtischen Mittelschichten, unter der Masse der Bauern und vor allem auch durch das von den Deutsch-Balten getragene

schlagkräftige »Baltenregiment«. Estland wurde im Februar 1919 eingenommen, Riga am 22. Mai 1919, Litauen wenig später. 1920 schloß Sowjetrußland mit den nun selbständigen Republiken Friedensverträge.

Die Geburtshelferin der »Unabhängigkeit« war in allen drei Staaten die Gegenrevolution. Fast durchgehend waren die kommunistischen Parteien verboten. Kommunisten wurden auf offener Straße erschossen. 1922 wurde Viktor Kingissepp, einer der Führer der estnischen Kommunisten, wegen »staatsfeindlicher Bestrebungen« angeklagt und zum Tod verurteilt. Nach einem mißglückten kommunistischen Aufstandsversuch in Tallinn 1924 sind mehr als 100 Arbeiter ermordet worden.

Zugegeben: Diese Gegenrevolution hatte eine breite Massenbasis von Sozialdemokraten, konservativen Bauernparteien (aus denen sich meist die politischen Spitzen rekrutierten) und Nationalliberalen. Einheitsstiftend wirkten Landreformen, die sich in Litauen gegen die polnischen, in Lettland gegen die deutschen Großgrundbesitzer richteten und die ländlichen Unterschichten pazifizierten. Der Konsens war stabil genug, um auch den Aufbau nationaler Bildungseinrichtungen, die Beseitigung des Analphabetentums und – in Estland – einen kulturellen Minderheitenschutz zu ermöglichen.

Ab 1926 aber begann in den baltischen Staaten ebenfalls die Wende zu autoritär-diktatorischen Regimen: zunächst in Litauen mit einem Staatsstreich, der zur Aufhebung der Verfassung und der Etablierung einer Einparteienherrschaft der »Tautininkai« (Nationalisten) führte. In Estland organisierte 1934 die regierende Landwirtepartei mit Hilfe des Generals Johan Laidoner selbst einen Staatsstreich, um dem nationalistisch-faschistischen »Verband der Freiheitskämpfer« zuvorzukommen. Dasselbe passierte im gleichen Jahr in Lettland: Unter dem Vorwand eines drohenden »kommunistischen Umsturzversuchs«, in Wirklichkeit aber zu dem Zweck, sich die Bestrebungen der faschistischen »Feuerkreuzler« (später: »Donnerkreuzler«) zu Nutze zu machen, verhängte der Ministerpräsident Ulmanis den Ausnahmezustand. Parteien und Parlament wurden aufgelöst.

In den drei baltischen Staaten wurden rechtsradikale Tendenzen von den neuen Regimes absorbiert und integriert. Die wissenschaftliche Literatur bezeichnet die politischen Systeme Estlands und Lettlands interessiert-höflich als »autoritäre Demokratien«. Aber ihre faschistische Grundspur reicht bis zur Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht 1941-44 und der Teilnahme baltischer Formationen an der Judenvernichtung (vgl. Lea Rosh und Eberhard Jäckel, Der Tod ist ein Meister aus Deutschland, Hamburg 1990, S. 30-58.) Ökonomischer Hintergrund der Rechtsentwicklung seit den ausgehenden zwanziger Jahren war die große Wirtschaftskrise, die alle drei Staaten in schwerster Weise traf und sich in hoher Arbeitslosigkeit, in Firmenzusammenbrüchen, im Preisverfall für Agrarprodukte, sinkendem Lebensstandard und stockendem Außenhandel zeigte. In Estland hatte die Industrieproduktion 1940 noch nicht wieder den Stand von 1913 erreicht.

»Zwischeneuropa« – so nannte einst Franz Josef Strauß teils verächtlich, teils begehrlich die Landstriche zwischen Passau und Brest: Es waren Staaten und Völker, die seit der Vorbereitungsphase der kapitalistischen Entwicklung im späten Mittelalter eigentlich immer nur deren Opfer gewesen waren: als Lieferanten von Rohstoffen, billigen Arbeitskräften und Siedlungsland, geknutet von regionalen Großmächten (dem zaristischen Rußland und der k.u.k. Monarchie), nach deren Zusammenbruch 1917/18 nur die Herren wechselnd: Statt des Väterchens Zar und des Kaisers Franz Joseph hatten sie nun ihre nationalen Diktatoren bzw. Notstands-Regierungen und die Pressionen eines kollabierenden Weltmarkts, an dem sie die allerschlechtesten Chancen besaßen. Polen geriet 1923 in eine Finanzkrise, Ungarn 1931, Rumänien 1933 (dieses Land wurde dann vier Jahre unter Kuratel des Völkerbundes gestellt). Ideologisch kam dabei oft heraus, daß der Jud an allem schuld ist, und derlei Glaube wurde zuweilen staatliche Sanktion: Ungarn erließ 1938/39 antisemitische Gesetze, Rumänien 1938, im katholischen Polen war der Antisemitismus ohnehin Staatsreligion .

Als die Rote Armee ab 1939 in diese Länder einmarschierte (in Polen offen, in den baltischen Staaten kaum verdeckt völkerrechtswidrig, in beiden Fällen nach Absprache mit Hitlerdeutschland), zerstörte sie dort Regimes, die Sie, geneigte Leserin und lieber Leser, nicht geschenkt haben wollten: heimische Diktaturen oder faschistische Besatzungsherrschaft.

Allerdings wurde es dann kaum besser. Stalin sah in den eroberten Ländern in erster Linie Objekte für seine Politik der maximalen territorialen Sicherheit. »Zwischeneuropa« war bis 1939 zu großen Teilen ein antisowjetischer Cordon sanitaire gewesen. Jetzt wurde das Vorzeichen geändert. Die inneren Reformen, welche tatsächlich stattfanden, wurden nur nach Maßgabe dieses Primats der Außenpolitik vorgenommen. Mit dem Ausbruch des offenen Kalten Krieges ab 1947 nahm die Glacis-Funktion vollends überhand (auch die Tschechoslowakei verlor bald nach der Revolution von 1948 ihre Sonderstellung: nicht wegen, sondern trotz dieser Revolution. Die außenpolitische Systemverteidigung in hoffnungsloser Situation erstickte alles andere).

Das Prinzip *präventiver* Machtentfaltung, um angebliche zukünftige Gefahren auszuschalten, bevor sie wirksam werden können, ist keineswegs auf den Stalinismus beschränkt, findet sich dort allerdings – vielleicht bedingt durch die extreme Gefährdung des Sowjetstaates – besonders ausgeprägt. Ein solches Putativ-Verfahren schließt notwendig ein sehr hohes Maß an Willkür ein. Hierher gehört die Vorab-Zerstörung jeder denkbaren künftigen innenpolitischen Opposition. Dies gilt wohl auch für die von der UdSSR inzwischen eingestandene Ermordung polnischer Offiziere im Wald von Katyn: die

Ausschaltung einer antikommunistischen militärischen Elite lange vor dem allerdings absehbaren Zeitpunkt, an dem sie für die Sowjetunion gefährlich geworden wäre. Solch präventive Machtpolitik vermag mit physischer Gewalt Opposition niederzumachen, aber sie verschafft keine Hegemonie, zumindest dort nicht, wo sie – anders als zeitweilig in Rußland – nicht auch noch ideologische Hilfstruppen (in diesem Fall: den russischen Nationalismus und anderes Zurückgebliebenes bis hin zum Antisemitismus) für sich zu mobilisieren vermag. Wo als Ursache sozialer Probleme fälschlich »Fremdherrschaft« ausgemacht wird, füllen Klerikalismus (in Litauen, Polen, Aserbaidshan) und Nationalismus den Hohlraum, den der Hegemonieverzicht des »Stalinismus« schuf.

Die Erfahrungen der Stalinzeit und ihrer – eher epigonalen – Nachwirkungen haben im kollektiven Gedächtnis »Zwischeneuropas« (auch aufgrund ihrer langen Dauer, vierzig Jahre) die Vorkriegsmisere (zwanzig Jahre) völlig verdrängt, zumal das eigene Schicksal im Kalten Krieg (sowie, in Polen und im Baltikum, während der Jahre 1939/40 bis 1945) nicht mit der elenden Vergangenheit vorher verglichen wird, sondern mit den Wonnen des Imperialismus in Skandinavien, Westeuropa und in den USA. Dabei hat kein Dozent für Marxismus-Leninismus den Leuten jemals gesagt, daß das eine (volksgemeinschaftliches eigenes Wohlergehen) ohne das andere (Unterdrückung fremder Völkerschaften) im Kapitalismus eben nicht zu haben ist.

Falls überhaupt, so können die Prozesse und Verfolgungen der Jahre 1936-1938 und 1948-1952 nur durch Stalins Strategie der Vorab-Ausschaltung jeden potentiellen Risikos erklärt (nicht gerechtfertigt) werden, und diese Erfahrung ist auch zu einem Posten in der Rechnung geworden, welche die Balten heute den Russen aufmachen. Die Haltung der kommunistischen Partei-Mehrheiten in Litauen, Lettland und Estland mag vor allem auf Opportunismus zurückzuführen sein, dieser aber kann sich eine historische Legitimation beschaffen: In den dreißiger Jahren fielen zahlreiche Angehörige der baltischen kommunistischen Parteien, die in die UdSSR emigriert waren, Repressalien zum Opfer. (Roy Medwedew, Die Wahrheit ist unsere Stärke, Frankfurt/M. 1973, S. 246). Unter Stalin wurden mehr estnische, lettische und litauische Kommunisten umgebracht als von den reaktionären Regimes dieser Länder selbst. Für die folgenden Jahrzehnte bedeutete dies, daß die ohnehin schwache Basis der Linken in diesen Territorien noch schwächer wurde.

Durch die geheimen Zusatzabkommen zwischen Hitler-Deutschland und der UdSSR am 23. August und am 28. September 1939 wurden das Völkerrecht und die bestehenden Abkommen zwischen der UdSSR und den drei baltischen Staaten gebrochen. Infolge einer Kombination aus innenpolitischem Protest gegen die dortigen Rechts-Regimes und – ausschlaggebend – außenpolitischem Druck sind diese Länder 1940 Teil der Sowjetunion geworden. Obwohl es in der Arbeiterklasse und in den anderen Unterschichten der baltischen Staaten unter der alten Ordnung zweifellos große Unzufriedenheit gegeben hatte und es nun die Hoffnung gab, daß sich die Lebensverhältnisse bei einer sozialistischen Entwicklung verbessern würden, bedeutete die Eingliederung keine »Befreiung«. Zwar standen einige Maßnahmen der Jahre 1940/41 (Nationalisierung großer Wirtschaftsbereiche, Bodenreform) auch in der Tradition der revolutionären Politik von 1917-1919. Zugleich aber wurde die Repression, die inzwischen für die UdSSR typisch geworden war, durch Stalins Sonderbeauftragte V. E. Dekanosow in Litauen, A. J. Wyschinski in Lettland und A. A. Shdanow in Estland exekutiert. Es kam zu umfangreichen Deportationen vor allem von Angehörigen der Mittel- und Oberschichten, darunter auch vieler Juden. Wie groß die Zahl der Verschleppten insgesamt war, ist bis heute nicht bekannt.

Dann fielen, 1941, die Deutschen ein. Etwa 250.000 Juden wurden ermordet, über 100.000 Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt.

Diese Abfolge von stalinistischer und faschistischer Repression wird auf den Demonstrationsplakaten von Vilnius, Riga und Tallinn durch ein Gleichheitszeichen zwischen Hakenkreuz einerseits, Hammer und Sichel andererseits symbolisiert. Das ist auch ein probates Mittel der Verdrängung eigener Schuld: Unter der deutschen Besatzung kam es zu Kollaboration, deren Ausmaß bis heute noch nicht genügend geklärt ist.

Die Eroberung der baltischen Republiken 1944/45 durch die Rote Armee, die dabei immense Verluste hatte, war – anders als 1940 – Befreiung im vollen Wortsinne. Ihr folgte aber eine neue Phase der Repression: abermalige Deportationen. Erst unter Chruschtschow besserten sich die Verhältnisse:

Der Wirtschafts- und Kulturaufbau machte große Fortschritte. Die baltischen Republiken standen bald hinsichtlich des Lebensstandards, der Versorgung mit Bildungs-, Gesundheits- und Dienstleistungs-Einrichtungen, der Entwicklung der Infrastruktur, der Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft an der Spitze der UdSSR. Der Anteil von Angehörigen der baltischen Nationalitäten an der Parteimitgliedschaft stieg (obwohl ihr Organisationsgrad in der KPdSU bis heute deutlich unter dem Durchschnitt der UdSSR liegt).

In der langdauernden Periode der »Breschnewschen Stagnation« aber wurde die sogenannte nationale Frage zum Katalysator von Unzufriedenheitspotentialen, die letzten Endes sozial bedingt sind. Zwar war der Lebensstandard der baltischen Staaten, gemessen am Durchschnitt der UdSSR, hoch, aber im Vergleich zu dem Nachbarstaat Finnland (dessen Bevölkerung zwischen den Kriegen ein ähnliches Lebens-Niveau hatte wie Litauen, Lettland und Estland) fiel er immer weiter zurück. Eine Ursache hierfür lag in der innersowjetischen Mittelumverteilung zwischen den entwickelten nördlichen

und nordwestlichen und den weniger entwickelten südlichen und südöstlichen Gebieten. Im Grunde handelte es sich dabei um ein Stück praktischen Internationalismus: das Abbild einer gerechteren »Weltwirtschaftsordnung« – noch nicht im globalen Rahmen, sondern innerhalb der riesigen Sowjetunion.

Aber sagen Sie das einmal Leuten, die es so gut haben wollen wie die Finnen und die Westdeutschen und sich darin durch Russen und Kirgisen gehindert sehen. Ihre Losung lautet deshalb: nichts wie raus. Der Nationalismus, welcher sich da artikuliert, richtet sich vor allem gegen die russische Minderheit in Litauen, Lettland und Estland. Politisch und administrativ hat diese in den drei Republiken während der vergangenen Jahrzehnte ein paar Vorteile gehabt, sozial aber werden die Russen als Türken des Baltikums behandelt.

Für Sozialistinnen und Sozialisten könnte es Jacke wie Hose sein, ob die zum Kapitalismus strebenden baltischen Republiken zur demnächst mindestens möchtegern-kapitalistischen Rest-Sowjetunion gehören werden oder nicht, vollzöge sich der Ablösungsprozeß nicht im Zeichen einer der reaktionärsten Ideologien überhaupt: des Chauvinismus. Zweifellos ist er nicht auf die baltischen Staaten und die anderen nichtrussischen Völker beschränkt: Mit dem Scheitern der Leninschen Nationalitäten-Politik gewann unter Stalin der großrusssische Nationalismus wieder Akzeptanz, in seiner frustrierten Form kann er fürchterlich werden. Und das sollte Internationalisten (Gesellschaftsformation hin, Gesellschaftsformation her) allerdings nicht wurst sein. (Daß Gorbatschowismus nicht demokratisierten Sozialismus oder kapitalistische Modernisierung bedeuten muß, sondern auch Atavismus der ärgsten Art nach sich ziehen kann, lesen Sie bitte im Kriminalroman nach: Doris Gercke, Moskau, meine Liebe).

War denn die Geschichte »Zwischeneuropas« tatsächlich nur eine ständige Abfolge von Regen und Traufe? Die baltischen Nationalisten sehen es anders, denn sie kennen ja ein Goldenes Zeitalter: die Periode der »Gelenkten Demokratien« bis 1940. Nur für die Tschechoslowakei ist eine solch positive Erinnerung tatsächlich keine Legende. Ansonsten aber gilt, daß sämtliche Staaten Osteuropas in den vergangenen knapp fünf Jahrzehnten eben nicht nur unterdrückt wurden, sondern zugleich entwickelt. Keiner von ihnen war vor dem Einmarsch der Roten Armee eine voll entfaltete kapitalistische Gesellschaft. Unter dem volksdemokratischen und dem sozialistischen Etikett sind die materiellen Grundlagen einer kapitalistischen Ordnung geschaffen worden, die tatsächlich jetzt dort entsteht – eben nicht als Rückkehrerin, sondern als Newcomer (Ausnahmen wieder einmal: DDR und Tschechoslowakei). Die Rote Armee hatte somit eine ähnliche Funktion wie einst Napoleons Grande Armée.

Wir erinnern uns: Als sich die Französische Revolution gegen das feudal gebliebene übrige Europa wehrte, trugen ihre Heere nicht nur den Krieg in fremde Länder, sondern auch die Herausforderung der Revolution selbst. Die alten Mächte konnten sich nur behaupten, indem sie sich reformierten. In Preußen schenkte der Freiherr vom Stein uns die Städteordnung und ließ die leibeigenen Bauern laufen. In Rußland reformierte Speranskij, in Bayern der Graf Montgelas. Der Absolutismus mußte ein paar Schritte in Richtung Kapitalismus gehen (nicht allzuweit und mit der dann auch gern wahrgenommenen Möglichkeit der Restauration). Die Rote Armee hat letztlich nirgendwohin den Sozialismus exportiert. Stattdessen trug die kommunistische Herausforderung zur Modernisierung der am höchsten entwickelten kapitalistischen Staaten bei. Dort, wo der Kapitalismus noch gar nicht richtig hatte Fuß fassen können, wurde er zwar nicht eingeführt, aber der Boden ist bereitet worden.

Napoleon wurde 1812/13 von den Völkern, deren Zwingherren er Mores gelehrt hatte, als Fremdherrscher aus dem Land geworfen. Stalins Werk – verstehen wir darunter lediglich das »Imperium« – hat seinen Schöpfer zwar nur um einige Jahrzehnte überlebt, aber *N* wird der größte Modernisierer Osteuropas bleiben, und zwar – wie sich jetzt herausstellt – im kapitalistischen Sinne.

*Gert Meyer ist Verfasser des Buches: Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion. Köln, PapyRossaVerlag 1990. Von Georg Fülberth erschien jetzt: KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. Heilbronn, Distel Verlag 1990*

Konkret 07/90, S. 26

**Hermann L. Gremliza**

# Nation in Not

**Die Einheizer der Nation haben Stress: Die Deutschen (West) sorgen sich mehr um ihre Prämiensparzinsen als um die baldige Vereinigung mit ihren Brüdern und Schwestern Leider ist auch das hin Grund zur Schadenfreude**

Als der Kreis »Radikale Linke« vor einem Jahr Kritik an seinem ersten Entwurf einer politischen Grundlage sammelte, blieb ein Satz fast gänzlich unbestritten: daß die Bundesrepublik in eine Epoche rosa-grüner Besoffenheit eingetreten sei. Diese Annahme war falsch, die Epoche, die mit der Westberliner Koalition begann, ist kein Jahr alt geworden; mit dem Kollaps des realen Sozialismus war die Rolle der ökopazifistischen Alternative hier so ausgespielt wie dort. Als vor einem halben Jahr die Frankfurter Demonstration gegen die Wiedervereinigung vorbereitet wurde, war ebenso unbestritten von nationaler Besoffenheit und von Deutschtümelei die Rede. Wieder falsch. Wie es, gut ein halbes Jahr nach der realen Besoffenheit unterm Brandenburger Tor, in der Wirklichkeit der Bundesrepublik aussieht, sagt uns in diesen Tagen die bürgerliche Presse:

Zum Beispiel der Chefredakteur der Illustrierten »Stern«: Wo *bleibt denn das »Das kriegen wir hin, wir haben schon ganz anderes geschafft, das wäre doch gelacht!« aus den Anfangstagen der Einheit? Der kleinkarierte Mief ist dabei, sich der Einheit zu bemächtigen. Einverstanden, wir können froh sein, daß der befürchtete neue Nationalismus (noch) nicht über uns hereingebrochen ist. Er ist aber prächtig ersetzt worden durch das Zetern um die Groschen.*

Zum Beispiel der Chefredakteur der Wochenzeitung »Die Zeit«: Hinter der Kritik am Staatsvertrag verberge sich *nichts anderes als der Sozialneid der Stammtische und die Besitzstandsmentalität der beati possedentes in der Bundesrepublik.*

Zum Beispiel die Westberliner Kinder-FAZ: *Auch vom westdeutschen Mann auf der Straße drohen weniger Euphorie und Überschwang als Ressentiments und marktwirtschaftlich geschultes Mißtrauen gegenüber den Brüdern und Schwestern.*

Alle drei beklagen den Mangel an sog. Nationalgefühl, denunzieren dessen Abwesenheit als Zeichen einer minderwertigen Gesinnung, als Zetern um den Groschen, Besitzstandsmentalität und Kleinkrämergeist. Nach einer Emnid-Umfrage von Ende Mai, welche politischen Aufgaben sie für »besonders wichtig« halten, nennen von den befragten BRD-Bürgern: 77 Prozent den Umweltschutz, 68 Prozent die Drogenbekämpfung, 54 Prozent das sog. »Ausländerproblem« und ganze 28 Prozent die deutsche Einheit. Kurz vor der Erfüllung des »nationalen Traums«, der Wiedervereinigung, der Gründung des Vierten Reichs, scheint der deutsche Nationalismus in Nöten, jedenfalls in der BRD. Warum?

Ganz allgemein ist Nationalismus in einem modernen Industriestaat, also jenseits von Stammesgesellschaften, ein ideologisches Programm, das den Beherrschten, dem »kleinen Mann auf der Straße«, dem Stammtischbruder, nicht aus ihren unmittelbaren Interessen ablesbar ist und auch nicht gemacht werden kann. Nationalismus fingiert als ein höheres gemeinsames, ein volksgemeinschaftliches Interesse, das es real in einer Klassengesellschaft nicht gibt.

Diese Fiktion eines gemeinsamen Interesses muß immer wieder durch Propaganda erneuert werden, beispielsweise durch das tägliche Absingen einer nationalistischen Schnulze auf allen Fernsehkanälen oder durch Intellektuelle, die einer Bevölkerung, deren 90-Prozent-Mehrheit nicht weiß, wie man Goethe schreibt, einredet, sie bilde eine Kulturnation oder sei das Volk der Dichter und Denker. Das Vaterland ist eine Erfindung, an die die Armen glauben sollen, damit es ihnen leichter fällt, dran glauben zu müssen. Die Sorge um seine und seiner Kinder Ernährung hat noch keinen Schuster dazu gebracht, sich freiwillig nach Verdun oder auch bloß verdrossen nach Stalingrad zu melden.

Soweit die gesellschaftlich Herrschenden selbst die nationale Propaganda betreiben, hat diese an Wirksamkeit von 1870/71 über 1914, 1933 und 1939 bis 1989 erheblich eingebüßt: Einer Klasse, die im Fall, daß im feindlichen Ausland drei Prozent mehr zu holen sind, das Vaterland flieht, wird selbst im glaubensstarken Deutschland nicht mehr so recht geglaubt, wenn sie ans Nationalgefühl appelliert. Dafür braucht sie a) den Sport, Boris und Steffi und den guten Kaiser Franz, aber auch das laßt nach, und b), viel wichtiger, eine Opposition, die als sozialpolitische Vertreterin der beherrschten Klasse(n) die vaterländische Lüge mit »Glaubwürdigkeit« versieht: Ohne die Liberalen hätte Bismarck 1870/71 keine nationale Kriegsbegeisterung entfachen können, ohne Sozialdemokraten Wilhelm 11. nicht 1914, und Hitler 1933 nicht ohne eine deutsche Linke, die sich in der nationalistischen Agitation gegen das Versailler Diktat von keinem übertreffen ließ und – in Form der SPD-Fraktion – am 17. Mai 1933 im Reichstag nach der außenpolitischen Erklärung des Führers und Reichskanzlers zusammen mit der NSDAP das Deutschlandlied anstimmte. Eine Cover-Version dieses Titels wurde dann im November 1989 im Bundestag eingespielt, wieder mit der SPD und nun auch mit den Grünen.

So ist es gar nichts Neues, sondern es bestätigt bloß die historische Erfahrung, daß auch 1989/90 (und in der Vorbereitung dieses Datums) die nationalen Töne vor allem die Linke beizusteuern hat: Von den Alternativen, die die »deutsche Frage« dadurch offengehalten hatten, daß sie den realen Sozialismus der DDR zum Problem der westdeutschen Linken erklärten und sozusagen um der Schönheit eines besseren Sozialismus willen den zweiten deutschen Staat nicht anerkannten, vom Sohnemann Peter, der die »nationale Frage von links« schon vor Jahren inszenierte, über eine Friedensbewegung, welche

den eigentlichen Schrecken da atomaren Rüstung darin erblickte, daß ihr Einsatz zuerst die Deutschen treffen würde, vom Vater Willy, der rassistisch-biologistisch zusammenwachsen lassen will, was zusammengehört, und damit besser als Schönhuber das »Ausländerproblem« als eines von Leuten definiert, die nicht zusammengehören, bis hin zu den Feuilletonisten des Fortschritts, den Augsteins und Hartungs.

Warum ist ihr nationalistisches Engagement dennoch in Nöten, warum macht der nationale Fusel, den sie austeilen, nur sie selbst besoffen, den kleinen Mann und den Stammtisch aber nicht? Weil das Nationale und das Soziale, im Nationalsozialismus schon nur noch gewaltsam zusammengezwungen, so offenkundig auseinanderfallen (ein Erlebnis, das spätestens beim dritten Besuch der DDR-Verwandten in vier Wochen zum Alptraum wird), daß keine Propaganda in der Lage ist, die Stimme des Interesses, oder, wie Theo sagt, den Sozialneid der beati possedentes, zum Schweigen zu bringen.

Diese Diagnose wird bestätigt durch den Niedergang der neuen national-sozialistischen Partei: Noch vor einem Jahr waren die REPs auf dem Weg von 10 zu 20 Prozent der Wählerstimmen; heute, da ihre deutschnationalen Parolen von Augstein und anderen Bundesverdienstmännern verbreitet werden, geben die Demoskopen ihnen noch zwei Prozent. Dafür hätten sie nun gute Chancen in der DDR: Dort ist der Eindruck, das Nationale falle mit dem Sozialen zusammen, noch zu erwecken, jedenfalls solange, als große Teile der DDR-Bevölkerung glauben, die Wiedervereinigung werde die BRD zwingen, in der dann ehemaligen DDR die gleichen Lebensbedingungen zu schaffen wie in der heutigen BRD. Daß dies nicht so kommen muß, könnten die Beispiele Norditalien/Mezzogiorno oder England/Schottland lehren.

Natürlich haben die einstigen REP-Wähler sich um keinen Deut verändert, sind sie, zurückkehrend zu CDU, SPD, FDP, den Grünen oder den Nichtwählern, dieselben geblieben. Aber es ist so naheliegend wie falsch, ihre Abkehr von den REPs damit zu erklären, daß sie an anderem Ort ihre nationalistischen Ressentiments besser aufgehoben finden. Die Nation, und das belegt die Studie, die Wolfgang Pohrt zur Zeit erstellt, interessiert die Wähler der Republikaner einen Dreck. Sie sind, obwohl treu-deutsch-doof, nicht deutschtümelnd, sondern Liebhaber von sog. Negermusik, und der Ausländer, den sie noch mehr fürchten als den Türken, ist der Sachse aus Siebenbürgen oder aus Chemnitz. (Nebenbei: Wen freut der Gedanke, daß dieses Kaff wieder den zu ihm passenden Namen trägt, nicht?)

Der deutsche Sozialcharakter, der natürlich nicht erbbiologisch, sondern durch gemeinsame historische Erfahrung erworben ist, zeichnet sich gerade nicht durch ein übertriebenes Zusammengehörigkeitsgefühl aus, sondern durch dessen Gegenteil: Weil jeder reichlich Gelegenheit hatte, sich an Verbrechen zu beteiligen oder von ihnen zu profitieren, hat er auch Entdeckung zu fürchten durch den lieben Nächsten, den er deshalb fürchtet und haßt und mit dem zusammen er es nur im Ausnahmezustand aushalten kann, im sentimentalen oder alkoholischen Exzeß, betroffen oder besoffen. Am Morgen danach heißt das Vaterland wieder Wüstenrot, wird der heilige Verteidigungskrieg im Wohngebiet, am Arbeitsplatz oder auf dem Sozialamt geführt.

Daß die Nation den Deutschen/West im Normalfall ziemlich wurst ist, bedeutet freilich nicht, daß ihr Sozialverhalten deshalb weniger aggressiv wäre: Ihre Abneigung gegenüber dem Nationalen gilt ja nicht dessen Versprechen, die Eigenen auf Kosten anderer zu bereichern, sondern im Gegenteil: Das Nationale scheint die individuelle Bereicherung (jedenfalls auf absehbare Zeit) zu behindern und den sozialen Besitzstand zu gefährden. Blüms aufs nationale Sentiment zielender Appell, die deutsche Einheit sei nicht zum Nulltarif zu haben, wurde als Drohung verstanden und bei den Wahlen in NRW und Niedersachsen entsprechend quittiert.

Dennoch: kein Grund für Schadenfreude und Hoffnungen. Denn die herrschende Klasse, deren Haushaltsbücher etwas weitsichtigere Spekulationen erlauben, und die ja weiß, daß die Verwertungsbedingungen für das Kapital durch die Erschöpfung der Dritten Welt und den Bankrott des Ostblocks sich so verschlechtert haben, daß – wie Pohrt zurecht meint – jetzt ein mittelschwerer Weltkrieg angesagt wäre, wird sozusagen ersatzweise das Vierte Deutsche Reich auch gegen den Willen der Wähler durchsetzen. Die Selbstverständlichkeit, mit der alle Kommentatoren der Bürgerpresse die DDR, den immerhin zehntgrößten Industriestaat der Erde, mit dem kriegszerstörten Deutschland von 194S verglichen, verrät mehr über die ökonomische Notwendigkeit ihrer Eroberung, als die Autoren sagen wollen. Und die fast hysterische Ablehnung einer Volksabstimmung über die Wiedervereinigung durch die Propagandisten des »Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk« zeigt, wie sie die Lage einschätzen. (Daß das Verlangen nach einer solchen Volksabstimmung dennoch zurückgewiesen werden muß, weil es ein völkisches Recht der Deutschen voraussetzte, über die Größe ihres Staates selbst zu bestimmen, soll zur Vermeidung von Mißverständnissen gleich dazugesagt sein.)

Gegen den Willen heißt zunächst einmal: auf Kosten. Wie hoch die hier und dort sein werden. weiß keiner genau. auch die sogenannten Experten handeln nach dem Motto: Augen zu und durch! Nur wer sie zu tragen haben wird, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Und daß sie von oben nach unten durchgebucht werden: vom westdeutschen Kapital auf die westdeutschen Angestellten und Arbeiter, auf die westdeutschen Frauen, auf die Rentner, auf die ostdeutschen Arbeiter und Bauern, auf die Frauen, auf die Rentner, auf die Ausländer: zunächst auf die Türken hier und die Polen dort.

In einem Land, dessen Geschichtsschreibern der Verlust des Arbeitsplatzes und Mieterhöhungen immer als entschuldigende Begründung für Rassismus und Pogrome gegolten haben und noch gelten, darf man sich auf alles gefaßt machen. Denn erst, wenn die inneren sozialen Konflikte einerseits auf einen inneren Feind – auf wen wohl? – und vor allem, weil der nicht mehr so sehr viel hergibt und ein Jude namens Gysi doch nicht Beleg genug ist für eine jüdische Verschwörung, nach außen abgelenkt werden müssen; wenn die Rolle, welche die französischen Truppen im Rheinland bis 1933 für den Erfolg der nationalistischen und nationalsozialistischen Propaganda spielten, die auf dem Gebiet der heutigen DDR stationierten Truppen der Roten Armee übernommen haben; wenn, was damals die Reparationszahlungen waren, demnächst die noch von der DDR eingegangenen Lieferverpflichtungen an die Sowjetunion und andere osteuropäische Entwicklungsländer sein werden – dann wird die nationalistische Propaganda wieder die Resonanz finden, die sie heute noch vergeblich sucht, wird das habeigezwungene gemeinsame Soziale sich wieder mit dem Nationalistischen zusammenzwingen lassen.

Was gäbe es dagegen zu tun?, Mitmachen, um Schlimmeres zu verhindern, wie die approbierte deutsche Opposition rät? Mir scheint, das Schlimmste, was zu verhindern wäre, sind Illusionen, die sich die Nachbarn in Ost und West von den wundersam gewandelten Deutschen machen. Solche Illusionen verbreitet natürlich die staatsloyale Linke, aber auch andere tun es, ungewollt, wenn sie mit Demonstrationen und Kongressen oder mit der Herausgabe einer Zeitschrift wie KONKRET den Eindruck erwecken, es gebe in diesem Land eine nennenswerte, womöglich sogar einflußreiche antivölkische Opposition, die mehr ist als eine Gruppe »hypermarginalisierter Outlaws«, wie das Blatt der Massenbewegung SOST die »Radikale Linke« nennt. Dieser auch integrierenden, auch Illusionen weckenden Funktion wäre freilich nur durch die Einstellung aller politischer Tätigkeit ganz zu entgehen. Immerhin stellt diese Einsicht aber die Aufgabe, zugunsten keines wie auch immer gearteten »breiten Bündnisses« die Kritik zu domestizieren und – nach dem Vorbild der Friedensbewegung – die Quantität wieder einmal der Qualität zu opfern.

Also: Nein zu Deutschland, nicht *obwohl* wir wissen, daß es nicht zu verhindern ist, und bis zum letzten Augenblick noch so tun wollen als ob, sondern *weil wir* es wissen und es auch sagen, hier und den Nachbarn, vor denen wir unsere politische Ohnmacht nicht verbergen und denen wir mitteilen wollen: daß auf das, was sich in Deutschland die Linke nennt, im Fall des Falles kein Verlaß ist; daß ihre Neinsager nicht zählen und ihre Jasager, angeführt von der SPD und noch ein Weilchen begleitet von den Grünen, nicht beiseite stehen werden, wenn das Vaterland ruft.

Konkret 07/90, S. 28

**Oliver Tolmein**

# Endsieg über die RAF?

**Nach den Verhaftungen in der DDR hat Groß-Deutschland einen gemeinsamen Volksfeind: Stasi-RAF. Die bundesdeutschen Krisenstäbler wollen sich für den Deutschen Herbst 1977 rächen, die Linksliberalen sehen das »RAF-Problem« gelöst. Von der Lösung der Imperialismus-Frage redet keiner (mehr)**

Anfang Mai, als der 3. Senat des Bundesgerichtshofes das Urteil gegen Ingrid Strobl kassierte, sahen die Links- und Nationalliberalen in »Tageszeitung« und »Stern« den autoritären deutschen Sicherheitsstaat, verkörpert durch Generalbundesanwalt Rebmann, schon fast am Boden: Hatte die Bundesanwaltschaft nicht auch in den Wochen und Monaten zuvor in den Verfahren gegen Uli Winterhalter, Rudolf Hartung und Thomas Kilpper ihr Ziel, eine Verurteilung nach Paragraph 129a, verfehlt? »Das Ende einer Ära exzessiver Strafverfolgung gegen mutmaßliche Terror-Anhänger« zeichne sich ab, hieß es im Deutschland-Magazin »Der Spiegel«. Im linksradikalen Spektrum übten sich manche in Zweckoptimismus: »Ingrid Strobl ist draussen! Wie kriegen wir die nächsten raus?!«.

Glaube und Hoffnung währten keinen Monat: Die kurz aufeinanderfolgenden Verhaftungen von Susanne Albrecht, Inge Viett, Ekkehard von Seckendorf-Gudent, Monika Helbing, Werner Lotze und Sigrid Sternebeck in der DDR haben, mitten im Juni, daran erinnert, wie frostig das Klima für die militante Linke auch bei »normaler Strafverfolgung« ist, wenn die Fahnder erstmal eine Spur »mutmaßlicher Terror-Anhänger« gefunden haben.

Lauter als die kritischen Töne gegen den zur Allzweckwaffe der politischen Justiz entwickelten 129a jemals waren, schrill und aggressiv wie lange nicht mehr, feierten die Medien den großdeutschen Fahndungserfolg nach den Festnahmen von Inge Viett und Susanne Albrecht – so als seien nicht zwei unbewaffnete Frauen, die seit Jahren an keinem Anschlag mehr beteiligt waren, sondern wild um sich feuernde Attentäter kurz vor einer Großaktion eingeknastet worden: »Terror-Nest DDR«, »Teuflische Verbindungen zwischen Stasi und RAF aufgedeckt«, »Die alte SED-Führung schreckte nicht einmal davor zurück, sich abgetauchter RAF-Terroristen zu bedienen, wenn es darum ging, die Bundesrepublik zu destabilisieren«.

Während der Anschlag auf den Deutsche Bank-Chef Herrhausen schon nach wenigen Tagen keinen Kommentator mehr zu einer, auch nur formal empörten Zeile bewegen konnte, schreiben sich die Staatsschutz-Berichterstatter in Springer-Presse und »Spiegel«, öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »Morgenpost« und »Bild« jetzt mit jeder neuen Verhaftung gegen das »Kartell des Todes« mehr in Rage.

Es geht dabei nicht, wie sich bei der Verfolgung von illegalen Militanten formal erläutern ließe, um Staats-Schutz – der Staat ist in dieser Phase außerordentlicher Aggression nicht einmal scheinbar bedroht, und schon gar nicht durch die jetzt Verhafteten, die den bewaffneten Kampf vor Jahren aufgegeben haben. Die Restauration Großdeutschlands liefert die Gelegenheit und den passenden Anlaß, Rache an denen zu nehmen, die mit dem »Konzept Stadtguerilla« die BRD zwar nie in ernsthafte Bedrängnis bringen, aber für ein paar Jahre doch immer mal wieder empfindlich treffen konnten – zuletzt 1977: Die RAF hatte zwar ihre ursprünglichen sozialrevolutionären Ansätze und die auf Unterstützung des antiimperialistischen Befreiungskampfes vor allem in Vietnam ausgerichteten Aktionen bereits aufgegeben, legale und illegale Linke hatten sich längst weit voneinander entfernt, aber auch bei der auf die Befreiung der Gefangenen zielenden, großangelegten Aktion »Big-Money« konnte sich die RAF eines, im Vergleich zu heute, erheblichen Maßes an Sympathie sicher sein: Deswegen erwies sie sich mit dem Attentat auf Generalbundesanwalt Buback, der fehlgeschlagenen Entführung des Bankiers Ponto und vor allem mit der geglückten, aber erfolglosen Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer für die BRD-Regierung nicht nur als polizeiliches, sondern auch als politisches Problem. Die Einrichtung des Krisenstabes, das Kontaktsperregesetz und die Gleichschaltung der Medien zeigten, wie weit die politische Führung zu gehen bereit war, um diese innenpolitische Auseinandersetzung zu beenden – und sie erklären den Haß, der die veröffentlichte Meinung sofort nach der Verhaftung von Viett und Albrecht formierte.

»Dreizehn Jahre danach tut sich die Chance auf, die Wahrheit über den Deutschen Herbst 1977 herauszufinden, weil es einen deutschen Herbst 1989 gab«, kommentierte die mogadischuliberale »Zeit«, das Sprachrohr des damaligen Kanzlerdiktators, Helmut Schmidt, erfreut die Verhaftung Susanne Albrechts. Den Herrschenden kann jetzt, kurz bevor sie aus dem »Modell Deutschland« Europas Führermacht machen, gelingen, was die Linke auf absehbare Zeit nicht schaffen wird: Den »Deutschen Herbst«, mit dem alle jetzt Verhafteten in Verbindung gebracht werden, für sich endgültig zum Abschluß bringen und damit die letzten Rechnungen zu begleichen, um vollends befreit von der eigenen Geschichte neue Verbrechen in Angriff nehmen zu können. Von denen, die die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik theoretisch begründet haben, sind die meisten tot: Auf der Flucht und im Knast erschossen, erhängt oder bei Hungerstreiks zu Tode behandelt. Von denen, die versucht haben, ihre Genossen und Genossinnen vor diesem Schicksal zu bewahren und aus dem Knast zu holen, sind etliche seit Jahren selber unter entwürdigenden und zerstörerischen Bedingungen in den Hochsicherheits-Trakten eingesperrt. Jetzt folgen fast alle anderen nach.

Indem die BRD-Justiz jetzt Militante, die alle schon 1977 in der Illegalität waren, in ihre Gewalt bekommen hat, zerstört sie die Hoffnung, es gebe zwischen einem Leben in der Illegalität und dem Leben im Knast einen dritten Weg. »für die, die weggingen, suchten wir einen zusammenhang, der mehr ist, als sicheres versteck, der vielmehr leben und perspektive wird. die lösung wurde eine gute sache. sie war deshalb möglich, weil solidarität und verantwortlichkeit in der gruppe (und ihre politischen verbindungen) über persönliche und politische widersprüche um die weiterführung des kampfes hier nach 77 rausgetragen haben«, schrieben zehn Gefangene aus der RAF im August 1988 in der Auseinandersetzung mit dem Aussteiger Peter Jürgen Boock (KONKRET 10/88).

Natürlich war es falsch, daß RAF und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR »die lösung« für die Genossinnen und Genossen als geheimdienstliches Projekt im Verborgenen gesucht haben, anstatt die DDR ganz offen als ein Land zu benennen, das Illegalen die Chance gibt, ihren bewaffneten Kampf zu beenden, ohne in Isolationshaft gesteckt und dort psychisch (und physisch) mißhandelt zu werden. Das hätte auch die Möglichkeit einer offeneren Diskussion über Mittel und Zielsetzung aller Fraktionen der Linken eröffnet, über Erfahrungen im bewaffneten Kampf, Gründe diesen aufzugeben oder weiterzuführen – eine Auseinandersetzung, die jetzt auch mit diesen sechs wieder nur zwischen drinnen und draußen, über kontrollierte Post und Halbstundenbesuche entwickelt werden kann; den Denunzianten wäre heute die Möglichkeit zur Denunziation und der BRD die Chance zur nationalen und internationalen Stimmungsmache genommen worden: Das Bekenntnis der DDR, politisch radikalen Oppositionellen eines imperialistischen Staates Asyl zu gewähren, hätte dem anklägerischen Gestus der Verantwortlichen für Stammheim viel an Wirkung genommen.

Ob klandestin oder offen: Für eine Guerilla ist die Möglichkeit sich zurückzuziehen, den eigenen Aktiven einen Ausstieg ohne Verrat zu ermöglichen, von erheblicher Bedeutung. Nur wer ein Rückzugsgebiet hat kann reflektieren, ob und wie der Kampf weiterzuführen ist oder einzustellen, wenn man ihn sinnvoll nicht mehr glaubt weiterführen zu können – ohne sich dem Regime, gegen das man mit guten Gründen gekämpft hat, auszuliefern und damit dessen Triumph zu besiegeln. Die DDR ist nicht deswegen zu loben, weil sie, wie die »TAZ« meint, die die RAF anscheinend nur noch aus der Fahndungsperspektive des Staatsschutzes wahrnimmt, »das RAF-Problem effektiver löst als alle Hochsicherheitstrakte der Bundesrepublik zusammen«, sondern weil sie aus der Erkenntnis heraus gehandelt hat, daß es bei allen auch grundsätzlichen Differenzen zur westdeutschen Guerilla nicht um ein »RAF-Problem« ging, das »gelöst« werden mußte, sondern um ein »Imperialismus-Problem«. Die DDR hat ermöglicht, was wir in der Bundesrepublik nicht durchsetzen konnten: Daß Leute den bewaffneten Kampf in Westeuropa aufgeben, ohne dem Antiimperialismus eine Absage zu erteilen, sich von den Mitteln der RAF zu verabschieden, ohne ihre Ziele aus den Augen zu verlieren, die Taktik zu ändern, ohne die Strategie umzukehren.

Die BRD-Führung hat andere Interessen – und daß Kurt Rebmann sie nicht mehr realisieren darf, ist der einzige, sehr schwache Trost: Hochsicherheits-Trakt und Kronzeugen-Regelung, zu deren Anwendung die Hobby-Staatsschützer in den Medien raten, wollen die Menschen, die in den Widerstand gegangen sind, brechen: psychisch und/oder physisch. »'die zeit' proudly presents. und im 'spiegel': 'weizsäcker interessiert sich für den fall'. die großen medienkampagnen – das ist die verwertung des zertretenen, reuigen ex-militanten, exemplarische befriedung als treibstoff für die expandierende weltgeltung des neuen deutschen imperialismus«, heißt es in dem Papier von 1988 zu Boock – und es steht zu befürchten, daß die Genossen und Genossinnen hellsichtiger waren, als sie selber es wissen konnten.

Peter Jürgen Boock, der weiß, wie mies die BRD Ex-Militante behandelt, die niemanden verraten wollen, meldet sich wieder pünktlich in den bundesdeutschen Medien zu Wort und klärt uns über den »Fall Albrecht« auf, noch bevor die Gefangengenommene selber auch nur die Chance hatte, eine Stellungnahme abzugeben oder sich zu verhalten. Seine Version liefert die Stichworte für die Kampagne gegen die RAF und die jetzt Eingeknasteten, die uns variiert die nächsten Monate begleiten werden: Die RAF – ein Terrorclub von Führern und Verführten. Susanne Albrecht sei bei Aktionen »regelrecht verheizt worden. Sie ist regelrecht gezwungen worden. Das war gehirnwäschemäßig. Tagelang haben mehrere auf sie eingeredet; danach war sie so fertig, daß sie für nichts mehr zu gebrauchen war«.

Das BKA dankt. In der Wahl der Mittel, die so als aussagewillig Präsentierte zum Sprechen zu bringen und zu brechen, wird es nicht zimperlich sein. »Die Zeit«, sicherlich bestens informiert, hat entsprechende Andeutungen bereits gemacht: »Von Susanne Albrecht allerdings versprechen sich die Fahnder mehr Kooperation. Sie verweisen darauf, daß Susanne Albrecht schon vor zehn Jahren ausstieg, daß sie eine 'relativ ruhige Existenz' suchte, und dies in Deutschland, daß sie verheiratet und Mutter eines siebenjährigen Kindes ist. Sie hat anscheinend schon zu reden begonnen, weil sie hofft, so die BKA-Ermittler, nicht allzulange von ihrem Kind getrennt zu werden« – über etwaige Aussagen Albrechts sagt das erstmal wenig (daß der Staat desinformiert, wo er kann, ist bekannt), es sagt allerdings einiges über die Erpressungstaktik, die BKA und Bundesanwaltschaft bereits entworfen haben.

Sie werden wohl die Chance bekommen, sie am lebenden Subjekt auszuprobieren. Zwar gibt es zwischen der BRD und der DDR kein Auslieferungsabkommen und es gibt keinen international bindenden Vertrag, der die DDR juristisch zwingen könnte, die verhafteten neun, die ja außerdem Staatsbürger der DDR sind, den BRD-Behörden zu übergeben. Der rechtsfreie Raum wird aber politisch gefüllt werden – keine Regelung zu haben, macht jede Regelung möglich: auch die,

daß die Gefangenen hier nach dem einzigartigen 129a, zu dem es auch im DDR-Strafrecht kein Pendant gibt, angeklagt werden können. Effizient daran ist, daß sich gleichzeitig der Haß des einigen Volkes austoben kann, und ein Exempel statuiert wird, das anderen das Maul stopfen soll. Im Deutschen Herbst wurden der Linken die Instrumente gezeigt, jetzt werden wir daran erinnert, daß es sie gibt. Rasterfahndung in der DDR, durch Groß-Deutschland reisen BKA-Teams und halten Pressekonferenzen ab: »Wie erkennen Sie Terroristen.« Der mißtrauische Blick wird wieder einstudiert. Der Volksfeind trägt heute, ganz modern, einen Doppelnamen: Stasi-RAF. Das stimuliert das ganze deutsche Volk.

Als »Staatsterrorismus« hat ausgerechnet die Bundesregierung, die gute Kontakte zu lateinamerikanischen Diktaturen wie nach Südafrika hält, die Unterstützung des MfS für die RAF-Kader, die wieder legal leben wollten, bezeichnet. Es sei davon auszugehen, behaupten SPD, FDP, CDU und CSU, daß die DDR als Operationsbasis für

Anschläge in der BRD gedient habe. Als besonders phantasievoll erweist sich Bundesinnenminister Schäuble, der befürchtet, daß RAF-Aktive und Stasi-Agenten künftig gemeinsam im Untergrund Aktionen durchführen könnten. Der Zweck, zu dem derartige Spekulationen in die gesamtdeutsche Öffentlichkeit gebracht werden, ist so klar wie die Indizien dürftig: Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Boeden, hat die jahrelange Erfolglosigkeit der bundesdeutschen Fahnder damit erklärt, daß bei den nach 1982 erfolgten RAF-Aktionen, anders als früher, keine eindeutig einzelnen Personen zuzuordnenden Beweise gefunden wurden, also nur noch die Tätergruppe, aber nicht mehr einzelne Täter zu identifizieren seien. Daß Ekkehard von Seckendorf-Gudent 1984 seinen Arbeitsplatz in der DDR verlassen hat, um eine Würzburger Bank auszurauben, ist also ebenso spekulativ wie die Unterstellung, daß Werner Lotze 1985 aus seiner Rolle als Familienvater in Cottbus geschlüpft ist um den MTU-Vorstandsvorsitzenden Zimmermann zu erschießen.

Schlimme Folgen kann der spektakulärste Sieg, den »das Volk« über die alten Kader der RAF erringt, auch in den derzeit laufenden 129a-Verfahren haben. Bestand bisher die Aussicht, an Erfahrungen aus dem Strobl-Prozeß anknüpfend, die Richter zum Beispiel im Düsseldorfer PKK-Verfahren oder im Stammheimer-Revisionsverfahren gegen Luitgard Hornstein (siehe Kasten) durch öffentliche Aufmerksamkeit unter Druck zu setzen, die mit einem positiven Verständnis von Rechtsstaatlichkeit kaum in Übereinstimmung zu bringenden, weniger als dürftig belegten Anklagen abzuweisen, besteht jetzt angesichts der aktuell entfachten Stimmung die Gefahr, daß substantielle Kritik sich den Interessen des Staatsschutzes unterordnet. Vor der Volksgemeinschaft sind alle Staatskritiker gleich.

Dagegen läßt sich wohl nur etwas unternehmen, wenn ähnlich wie 1978/79, als es darum ging, die Auslieferung der nach jahrelangem getarntem Leben aufgeflogenen Astrid Proll aus England und ihre Verurteilung in der BRD zu verhindern, die zersplitterte Linke in der BRD die Bereitschaft entwickelt, den historischen Fixpunkt, von dem aus wir so unterschiedliche Wege gegangen sind, wieder in den Blick zu nehmen. »Keine Opfer, keine Märtyrer« heißt das Einleitungskapitel der Broschüre, die am Anfang der Kampagne zur »Verhinderung der Auslieferung von Astrid Proll« veröffentlicht wurde und die heute wieder höchst aktuell ist: »Die Widersprüchlichkeit von Astrids Geschichte erlaubt es uns eben gerade nicht, nur Teile davon zu vereinnahmen – sei es nur ihre Frauengeschichte oder auch nur ihre Guerillageschichte« .

Kasten »129a« auf Seite 30

Staatsschutz-Märchen

In Stuttgart läuft zur Zeit das Revisionsverfahren gegen Luitgard Hornstein – eine ebenso unendliche wie unglaubliche Geschichte

Der Prozeß gegen Luitgard Hornstein liefert mehr Stoff für eine der geduldigen, sich in zahllosen Seitenpfaden und Irrwegen verlierenden, immer aber am Kampf des Guten gegen das Böse interessierten Erzählerinnen, als für einen Justizberichterstatter. Er hat in Teilen den Charakter einer unendlichen Geschichte, die nicht von Logik und Entwicklung lebt, sondern von der beharrlichen Variation des schon immer Dagewesenen. Deswegen ist der heimliche Held des Verfahrens auch nicht die Angeklagte, sondern der Schriftgutachter Hans Ockelmann. Ohne diesen älteren Selfmademan aus Hamburg, der keine Fortbildungsveranstaltungen besucht und Intuition und Willensstärke allemal wissenschaftlich anerkannter Methodik vorzieht, gäbe es kein Revisionsverfahren gegen Luitgard Hornstein, keine rechtskräftigen Urteile gegen Christian Kluth, Andrea Sievering und Rico Prauss – kurz: keine »RAF in der Kiefernstrasse«. Um zu zeigen, wie Ockelmann, eine Art Tintengeist aus der Wunderlampe, der Bundesanwaltschaft aus argen Beweisnöten und zur Entdeckung einer ganzen »Kämpfenden Einheit« verhalf, bedarf es einer Rückblende ins Jahr 1986.

1986 wurden Christian Kluth und Luitgard Hornstein eingeknastet, weil sie mit der per Haftbefehl gesuchten Eva Haule am 2. August 1986 beim Eisessen erwischt und verhaftet worden waren. Gemeinsames Eisessen mit einer Illegalen – das reichte der Bundesanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter als Beweis für eine »mitgliedschaftliche Betätigung in der RAF« aus, war ihnen aber noch nicht Fahndungserfolg genug. Sie suchten eine Verbindung zwischen den Verhafteten und dem am 25. Juli 1986 erfolgten Anschlag auf ein Dornier-Werk am Bodensee.

Ein bei Kluth gefundener Zettel, auf dem handschriftlich eine antiimperialistische Parole notiert war, die auch im Bekennerschreiben zu dem Anschlag auf Dornier auftauchte, machte die Ermittler hoffnungsfroh. Ein erstes Gutachten von BKA-Schriftsachverständigen wurde eingeholt: Als mutmaßlicher Schreiber der Parole wurde Rico Prauss identifiziert – es paßte gut ins Bild der Fahnder, daß er mit Luitgard Hornstein befreundet war.

Kurz darauf ließ die Bundesanwaltschaft ein zweites Gutachten der BKA-Schriftsachverständigen einholen: Könnte eine der in die aktuellen Ermittlungen einbezogenen Personen die Bekennerschreiben, die zum Dornier-Anschlag versandt wurden, handschriftlich adressiert haben? Die BKA-Gutachterin Wagner meinte: »Möglicherweise ist Andrea Sievering (die Freundin Christian Kluths) die Schrifturheberin.« Möglicherweise heißt in der Terminologie von Sachverständigen: wahrscheinlich nicht. (Auf einer sechsstufigen Skala, die von »nicht entscheidbar« bis »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« reicht, ist »möglicherweise« die zweitniedrigste Qualifizierung.)

Im April 1987 zog der BKA-Sachbearbeiter, der die Ermittlungen zum Dornier-Anschlag leitete, die Konsequenzen aus den dürftigen Indizien und den kaum aussagekräftigen Schriftgutachten: Er schrieb einen abschließenden Vermerk, in dem auf 70 Seiten erläutert wurde, daß ein konkreter Tatverdacht gegen bestimmte Personen nicht bestehe. Die Anklage gegen die einsitzenden Kluth und Hornstein stützte sich also im wesentlichen auf das gemeinsame Eisessen und warf den beiden »Mitgliedschaft in der RAF« vor, Sievering und Prauss konnten relativ unbehelligt weiter draußen leben.

Seitdem hat sich am Ermittlungsstand nichts geändert. Es sind keine weiteren Indizien aufgetaucht und keine Beweisstücke verschwunden – neu ist, wie Luitgard Hornsteins Verteidiger in einem Beweisantrag resigniert festgestellt haben, nur der Schriftgutachter, Herr Ockelmann: »Erst nachdem das Verfahren insoweit nahezu abgeschlossen war, gelangte es offensichtlich zur Kenntnis der Bundesanwaltschaft, daß es in Hamburg einen Schriftgutachter gäbe, der in der Lage war, jedes gewünschte Ergebnis zu produzieren.«

Am 3.12.1987 bekam Herr Ockelmann den Auftrag, zu begutachten, ob Andrea Sievering nicht doch die Briefumschläge der Dornier-Bekennerschreiben adressiert habe. Noch vor Heiligabend flatterte das Ergebnis in Karlsruhe auf den Tisch: Während das BKA prinzipiell nur bereit ist, eine »an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit zu konstatieren«, räumte Ockelmann in diesem speziellen Fall jeden Zweifel aus. Mit hundertprozentiger Sicherheit steht demnach fest, was die BKA-Gutachterin Wagner für eher unwahrscheinlich hielt: Andrea Sievering hat die Bekenner-Briefumschläge beschriftet. Prompt wurde sie, zusammen mit Rico Prauss, inhaftiert. Für den Aktenvermerk des BKA-Sachbearbeiters interessierte sich nur noch die Verteidigung.

Im April 1988 wurde mithilfe der gleichen Indizien, die vorher selbst nach Ansicht der Fahnder keinen konkreten Tatverdacht gegen bestimmte Personen aufkommen ließen, eine schlüssige Beweislage gegen Sievering, Prauss und Kluth konstruiert. Alle drei wurden wegen Teilnahme am Dornier-Anschlag zu Haftstrafen von neun und zehn Jahren verurteilt. Luitgard Hornstein hat es lediglich formalrechtlichen Erwägungen des Stammheimer Oberlandesgerichts zu verdanken, daß sie nicht wegen des Dornier-Anschlags, sondern »nur« wegen mitgliedschaftlichen Eisessens verurteilt wurde.

Diese formalrechtlichen Bedenken des OLG Stuttgart mochten die Richter des 3. Senats beim Bundesgerichtshof nicht teilen. Sie verwiesen das Hornstein-Verfahren nach Stammheim zurück, damit auch diese Angeklagte wegen des Dornier-Anschlages zur Rechenschaft gezogen werde: »Aus dem Inhalt der Anklage ergibt sich, daß mit ihr dem Oberlandesgericht als Lebenssachverhalt Handlungen der Angeklagten Hornstein zur Prüfung und Aburteilung unterbreitet worden sind, die falls diese Angeklagte an dem Explosionsverbrechen zum Nachteil der Firma Dornier beteiligt war, als Ausführung dieses Verbrechens bewertet werden können.«

Das Revisionsurteil des BGH datiert vom 8. November 1989. Knapp zwei Wochen später wird der Schriftsachverständige Ockelmann, der mittlerweile zum Lieblingsgutachter der Bundesanwaltschaft avancierte, im Prozeß gegen Rolf Hartung, dem ebenfalls Beteiligung am Dornier-Anschlag unterstellt wird, weil er einen nach dem Anschlag gefundenen »Warnhinweis« geschrieben haben soll, vollständig demontiert. Hartungs Verteidigern gelang, was die Verteidiger von Sievering, Kluth, Prauss und Hornstein nicht durchzusetzen vermochten: Daß ein Obergutachter des Landeskriminalamts Baden-Württemberg die unterschiedlichen Ergebnisse von Ockelmann und BKA bewerten sollte. Der Befund des Obergutachters Nissen war eindeutig: Ockelmanns Gutachten sei »im Ergebnis falsch«, die verwendete Methodik unwissenschaftlich .

Hartung wurde aus der Haft entlassen und enthielt Haftentschädigung. Die Urteile gegen Sievering, Prauss und Kluth, die, siehe oben, ohne das Gutachten Ockelmanns nicht zustande gekommen wären, sind aber rechtskräftig – und auch das Revisionsverfahren gegen Luitgard Hornstein wegen ihrer angeblichen Beteiligung am Dornier-Anschlag, die ebenfalls nur durch Ockelmanns Tätigkeit unterstellt werden konnte, wurde am 8. Mai 1990 aufgenommen. »Offensichtlich stellt es sich jetzt für die Bundesanwaltschaft so dar, daß man Ockelmann zwar gebraucht hat, um überhaupt die 'Tätergruppe Dornier' konstruieren zu können, daß man ihn aber jetzt, wo er mit seinen Methoden offensichtlich entlarvt ist, auch nicht mehr braucht, da die Gruppe, einmal erstellt, sozusagen ein Selbstläufer wird«, kommentieren Hornsteins Verteidiger den Gang

der Dinge. Sie fordern deswegen die sofortige Freilassung ihrer seit vier Jahren inhaftierten Mandantin. Kollegen von ihnen verlangen die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Prauss, Sievering und Kluth.

Die Chancen? Sie stehen schlecht. Märchen, zumal solche, die im real existierenden Rechtsstaat BRD von der Bundesanwaltschaft erdacht werden, enden selten gut.

*Prozeßtermine: 3.7., 10.7., 12.7., 17.7. jeweils 9 Uhr, Stuttgart-Stammheim*

Konkret 07/90, S. 32

**Heide Mertens**

# Zuviele Menschen?

**Die Weltbevölkerungs-Planer zeichnen ein düsteres Szenorio, bundesdeutsche Medien machen Lösungsvorschläge: Soja-Schnitzel für uns, Zwangssterilisation für die Afrikanerinnen**

Im Mai 1990 veröffentlichte der »Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen« (UNFPA) seinen Weltbevölkerungsbericht. Für die Medien in den Industrienationen ein Anlaß, Alarm zu schlagen: »Der Fortschritt wird aufgezehrt«, warnte die »Zeit«, »ohne Dämpfung des Bevölkerungswachstums ist der Dritten Welt nicht mehr zu helfen«. Nach der Kostendämpfung im Gesundheitswesen jetzt also die Bevölkerungsdämpfung: Es geht allemal um eine Gewaltkur.

Familienplanung und Sozialplanung in Afrika, Asien und Lateinamerika gilt den Profiteuren der Ausbeutung im freien Westen, die Weltbank hat das stets schamlos offen zugestanden, als Investition in »menschliche Ressourcen«: Die Menschen sind zum Rohstoff verdinglicht, dessen Qualität und Quantität erhalten, aber auch sorgfältig berechnet werden muß. »Lieber weniger und dafür bessere Kinder« ist die Devise der Bevölkerungspolitik, die so alt ist wie die eugenische Bewegung, und tatsächlich sind die Maßnahmen, die auf Senkung der Geburtenrate in den Ländern der sogenannten Dritten Welt zielen, und die eugenischen Tendenzen in der Familien- und Gesundheitspolitik der Industrieländer Bestandteil ein und desselben politischen Konzepts.

Das Dilemma für die Bevölkerungsplaner ist allerdings, daß die am westlichen, liberalen-Fortschrittsdenken orientierten eugenischen Programme, die auf eine Verbesserung der biologischen Anlagen des Menschen zielen, sich gegen Menschen in den andersentwickelten Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens nicht durchsetzen lassen. Während die Bevölkerungsplaner in Staaten wie der BRD gute Partner in den Eltern finden, die die Werte der kapitalistischen Leistungsgemeinschaft schon lange verinnerlicht und deshalb ein Interesse haben, an die Normen der Industriegesellschaft angepaßte Kinder (»selbstbestimmt«) zu produzieren, stoßen sie in den andersentwickelten Ländern auf zum Teil tiefverwurzelte andere Vorstellungen vom Menschen, aber auch auf völlig andere soziale Bedingungen.

Deswegen gab der Weltbevölkerungsbericht 1989 noch die emanzipatorisch klingende Parole aus: »Vorrang für Frauen«. Patriarchale Traditionen in Stammesgesellschaften, islamischer Fundamentalismus und Katholizismus bieten eine gute Angriffsfläche für Familienplaner, um die eigene Fortschrittlichkeit und Frauenfreundlichkeit unter Beweis zu stellen. Die westliche Kleinfamilie, in der die Frau Mutter höchstens zweier Kinder und vielleicht Teilzeitarbeiterin ist, wird als Universalmodell der Emanzipation angepriesen. Denn in Ehen, so das Kalkül der Planungsstäbe von UNFPA und Weltbank, in denen die Partner miteinander kommunizieren, Lebens- und Karriereplanung abstimmen, wird auch die Kinderzahl kontrolliert. Die neuen Formen von Abhängigkeit und Unterdrückung, denen Frauen in diesen Beziehungen ausgesetzt werden, ist genausowenig ihr Thema, wie die gesundheitlichen Folgen der Bevölkerungskontrolle, die in den Regionen und Ländern, wo fremdgelenkte Selbstbestimmung nicht durchzusetzen ist, allein die Frauen zu tragen haben: Weil Kondome und Diaphragmen den Planern als zu unsicher gelten, nicht dauerhaft kontrollierbar sind, werden Dreimonatsspritzen, Implantate oder Spiralen eingesetzt. Bestenfalls wird also das Diktat der Reaktionäre durch das Diktat der Technokraten ersetzt.

Diese Politik wird allerdings auch ökologisch verbrämt: Überbevölkerung verursacht die globale Umweltkatastrophe. Das ist eine These, der kaum jemand zu widersprechen wagt und die die Internationale der Alternativen sofort bewegt. »Der Zeitpunkt ist nicht präzise vorherzusagen«, weiß der »Spiegel«, »weil es keinen wissenschaftlich definierbaren Grenzwert für die zumutbare Höchstmenge Menschen und Elend gibt, mit welchem der betroffene Teil der Erde gerade noch leben kann.« Die Terminologie trifft: Wenn wir und die Erde betroffen sind, sollen die Farbigen ein Einsehen haben müssen.

Zwar werden deutlich mehr als die Hälfte der Energie, der Rohstoffe und des Wassers auf der Erde von der in relativem Wohlstand lebenden Minderheit der Weltbevölkerung verbraucht – aber wer will das schon so genau wissen, wenn die Apokalypse droht: Da gibt es keine Ursachen und Verursacher mehr, sondern nur noch Betroffene.

14 Milliarden Menschen werde es im 21. Jahrhundert geben, setzen die Statistiker nach: »Angesichts solcher Dimensionen breitet sich Ratlosigkeit aus«, meint die »Zeit«, »die Menschen fressen den Fortschritt auf«. Der »Spiegel« illustriert die Öko-Überbevölkerungs-Katastrophe mit eindrucksvollen Bildern: Flüchtlinge in Äthiopien, Elendsviertel in Manila, Verkehrschaos in Sao Paulo. In Äthiopien fliehen die Menschen allerdings nicht vor ihren Kinderscharen, sondern vor dem Bürgerkrieg, und in Sao Paulo verstopfen nicht gerade die Slumbewohner mit ihren Straßenkreuzern die Stadt.

Aber auf solche Details kommt es den Bevölkerungskontrolleuren nicht an. Sie brauchen Stimmung, keine Wahrheit. Und da macht es sich gut, ein Problem für die ganze Menschheit auszumachen, die Lösung aber an die Bewohnerinnen und Bewohner der Entwicklungsländer delegieren zu können. Kein Planer käme darauf, angesichts angeblich zu hoher Geburtenziffern im Rest der Welt den bundesdeutschen Trend zur Ein-Kind-Familie zu begrüßen; die gleichen Politiker, die den Afrikanerinnen Zwangssterilisationen und Drei-Monats-Verhütungsspritzen verabreichen lassen wollen, beklagen, daß die Deutschen aussterben.

»Die Trendwende«, so fordert der UNFPA-Report, »muß, wenn sie Erfolg haben will, Anfang der neunziger Jahre eingeleitet werden«, schreibt der »Spiegel« und hat sich gleich ein paar eigene Gedanken gemacht, wie das Verhältnis von Industrienationen und Entwicklungsländern in dieser Frage sozialverträglich gestaltet werden könnte: »In den Industrienationen sollen die Menschen umweltfreundliche Soja-Koteletts statt energieaufwendig produzierter T-Bone-Steaks essen. Derlei flankierende Solidarität würde es den Armen in Asien, Lateinamerika und Afrika leichter machen, eine schärfere Geburtenkontrolle zu akzeptieren. Aber nicht viel mehr. Schwerer als die Verschwendung in der Ersten wiegt die Überbevölkerung in der Dritten Welt.«

Die Armen sind nicht nur selbst an ihrem Elend schuld, sie machen auch noch uns den Wohlstand kaputt, resümiert die »Zeit« und fordert deswegen die Weltgemeinschaft zu entschlossenem Handeln auf: »Der Wunsch, allen Menschen ausreichenden Wohlstand zu bringen, hat sich als Utopie erwiesen. Mit einem Programm zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums allein läßt sich das Überlebensproblem der Menschheit nicht lösen. Ohne eine solche Anstrengung aber verurteilen wir alle anderen Maßnahmen zum Scheitern«.

Konkret 07/90, S. 34

**Wolfgang Pohrt**

# Der Weg zur inneren Einheit III

**In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert. Nach dem einleitenden Essay (KONKRET5/90), Bemerkungen zur empirischen Methode und einer Version des Fragebogens (KONKRET 6/90) präsentiert Pohrt nun Ergebnisse eines ersten Fragebogendurchlaufs und unternimmt den Versuch, auf der Grundlage damit gewonnener Informationen die Konturen eines deutschen Nationalcharakters zu zeichnen – »und zwar als Worst-Case-Hypothese«**

## Das Sample

ist ein großes Wort für die kleine Gruppe, welche die Testversion der Skala beurteilen sollte. Von Dezember 1989 bis Mitte Februar 1990 wurde das Formular 21 Personen, 11 Männern und 12 Frauen vorgelegt, wobei es nur ein einziges Auswahlkriterium gab, nämlich die Gelegenheit. Befragt wurde also, wer erreichbar war und nicht weglief, und dabei ergab es sich, daß die Personen zwischen 16 und 69 und im Mittel 31 Jahre alt waren. Heterogen wie die Altersverteilung ist auch die Verteilung auf die Berufe: Soziologin, Sozialpädagoge, Maler, Sekretärin, Ausbilder, Verkäufer, Justizangestellte, Bankkauffrau, Soziologe, Studentin, Sekretärin, Schneiderin, Schneider, Student, Student, Ingenieurin, Maurer, Technischer Angestellter, Banklehrling, Angestellter, Angestellter, Schülerin. An sozialen Milieus waren vertreten: der linke akademische Mittelstand, die alternative studentische Wohngemeinschaftsszene, der vorstädtische Angestelltenhaushalt, Handwerker im Ruhestand, jüngere Arbeiter und Angestellte, die noch nicht im eigenen Haushalt gebunden sind, Mitglieder einer Homosexuellengruppe, eine 16-jährige »TAZ«-Leserin mit linken Denkschablonen und völkisch-reaktionärer Gesinnung. Parteigänger weder der REP noch der CDU waren dabei, vorhandene Sympathien verteilen sich auf Grüne, SPD und, in geringerem Umfang, auf die FDP. Die meisten Befragten aber mochten sich für keine Partei entscheiden.

Beim Versuch, Auskunftswillige zu finden, zeigte sich, daß die seinerzeit von den Linken und Alternativen während der Kampagne gegen die Volkszählung zum perfekten Wahnsystem entwickelte Bespitzelungs-Paranoia eine Geisteskrankheit ist, unter welcher auch der Rest der Bevölkerung leidet'. Angaben zur Parteipräferenz entfallen zwar in der Regel deshalb, weil die Leute keine Präferenz besitzen. Häufig aber, und manchmal auch unter Verweis auf das Wahlgeheimnis, wird die Auskunft vorsätzlich verweigert. Erstaunlicherweise sind viele Leute eher bereit, über ihre finanzielle Situation oder über ihre soziale Lage (Arbeitslosigkeit, Bezug von Sozialhilfe) zu berichten, als daß sie ihre politische Meinung äußern würden, so daß manchmal der Eindruck entsteht, die Bundesbürger hätten es immer noch nicht ganz kapiert, daß dies nun eine Demokratie ist, wo man über Politik diskutieren kann. Sie benehmen sich, als lebten sie in einem totalitären Staat mit Einheitspartei, oder so, als würden sie ihre politische Präferenz der eigenen Intimsphäre zurechnen, als ein kostbares und daher besonders zu hütendes Geheimnis, worüber man nicht mit jedermann spricht.

Gerade auch bei den Linkskonformisten hat man den Eindruck, sie ließen sich nur ungern in ihre Karten schauen. Ein Beispiel dafür: Ein junger Mann, im Jugendhauscafé dazu aufgefordert, ist zunächst bereit, den Fragebogen auszufüllen. Bei Satz Nr. 23 bricht er abrupt ab und gibt sich unendlich viel Mühe, alle vorigen Eintragungen so gründlich durchzustreichen, daß sie absolut unleserlich sind. Seine Erklärung: »Ich werde doch nicht die Thesen der Republikaner unterstützen.« Auf den Hinweis, daß jeder Satz schließlich abgelehnt werden könne, reagiert er wütend. Die Erklärung dafür: Er hatte brav alles so ausgefüllt, wie dies seiner Meinung entsprach, und dann bei Frage 23 den Braten gerochen. Er hatte sich selber dabei ertappt, wie er Sätzen seine Zustimmung gab, die er eigentlich für Thesen der Republikaner hätte halten müssen. Nur hatte er das etwas spät gemerkt, und darüber war er wütend.

## Ergebnisse

Bei Likert-Skalen – um eine solche handelt es sich hier – ist es üblich, einige Kenndaten mitzuteilen, welche sich auf eine errechnete Summenvariable beziehen. Zur Summenvariablen – hier F genannt – wurden die Werte aller Items aufaddiert, mit Ausnahme des Werts von Satz 45, der umgekehrt gepolt war und kaum Trennschärfe besaß.

Variable Mean StdDev Minimum Maximum N

F 214.26 64.75 95.00 312.00 23

Üblich ist ferner, einen Zuverlässigkeitskoeffizienten zu ermitteln. Wie in der »Authoritarian Personality« (AP) wurden zu diesem Zweck hier zwei Summenvariablen gebildet, eine Summenvariable für die geradzahligen Items und eine für die ungeradzahligen, um dann die Korrelation zwischen diesen beiden Variablen zu berechnen. Der ermittelte Wert betrug

0.9414 und ist beinahe identisch mit dem Wert, der für die F-Skala bei der günstigsten Gruppe errechnet wurde. Schließen darf man daraus, daß die Sätze nicht beliebig zusammengewürfelt waren.

Neben den Kenndaten für die Skala interessieren beim Test die Kenndaten der einzelnen Sätze, die in der folgenden Tabelle aufgelistet sind: Ganz links die Nummer des Satzes aus dem Fragebogen (in KONKRET 6/90), in den nächsten drei Spalten drei verschiedene Mittelwerte, dann ein Trennschärfeindex (T) und schließlich in der letzten Spalte ein Korrelationskoeffizient (r).

M M-h M-n T r

1) 4,39 6,33 2,83 3,50 0,63

2) 5,09 6,00 3,50 2,50 0,45

3) 4,26 5,67 2,83 2,84 0,65

4) 4,26 5,67 2,67 3,00 0,56

5) 3,57 S,00 1,33 3,67 0,68

6) 5,09 5,83 5,00 0,83 0,11

7) 4,26 6,83 1,17 5,66 0,86

8) 4,70 6,50 2,83 3,67 0,66

9) 6,39 6,50 5,67 0,83 0,30

10) 1,87 3,17 1,17 2,00 0,37

11) 3,87 5,00 2,83 2,17 0,53

12) 2,96 5,50 1,67 3,83 0,70

13) 3,09 6,33 1,50 4,83 0,75

14) 3,91 5,67 2,17 3,50 0,57

15) 3,48 6,33 1,33 5,00 0,80

16) 3,87 4,83 2,00 2,83 0,44

17) 4,61 6,00 2,83 3,17 0,56

18) 3,83 5,67 3,00 2,67 0,59

19) 4,26 5,33 3,17 2,16 0,50

20) 2,13 2,17 1,17 1,00 0,23

21) 4,39 6,67 1,83 4,84 0,73

22) 3,87 5,50 3,50 2,00 0,55

23) 3,83 5,67 2,33 3,34 0,55

24) 3,61 5,50 2,00 3,50 0,60

25) 4,87 6,83 2,83 4,00 0,74

26) 2,91 4,83 1,33 3,50 0,62

27) 3,52 5,67 2,00 3,67 0,70

28) 3,04 4,50 1,33 3,17 0,69

29) 3,17 4,33 2,17 2,16 0,37

30) 4,87 4,83 4,00 0,83 0,18

31) 2,74 4,17 1,67 2,50 0,45

32) 1,78 3,00 1,17 1,83 0,49

33) 4,09 5,50 3,17 2,33 0,39

34) 5,35 6,17 3,17 3,00 0,45

35) 3,00 3,83 1,17 2,66 0,46

36) 4,35 5,83 3,00 2,83 0,43

37) 2,04 1,67 1,67 0,00 – 0,02

38) 4,04 4,83 3,67 1,16 0,17

39) 2,35 4,00 1,00 3,00 0,72

40) 2,61 4,17 1,50 2,67 0,56

41) 2,17 3,33 1,50 1,83 0,52

42) 2,57 4,50 1,67 2,83 0,66

43) 3,48 5,33 1,50 3,83 0,72

44) 3,61 4,83 1,83 3,00 0,54

45) 5,61 5,83 6,33 – 0,50 – 0,23

46) 4,61 5,50 3,33 2,17 0,57

47) 3,17 5,33 2,17 3,16 0,72

48) 4,35 5,83 3,17 2,66 0,56

49) 3,57 5,00 2,17 2,83 0,58

50) 2,96 4,33 1,83 2,50 0,52

51) 3,09 4,67 1,33 3,34 0,74

52) 5,22 6,33 3,83 2,50 0,62

53) 3,83 5,17 2,17 3,00 0,75

54) 2,78 4,33 1,17 3,16 0,67

55) 5,96 6,83 4,67 2,16 0,43

56) 4,74 5,17 3,50 1,67 0,49

57) 4,52 5,33 1,33 4,00 0,70

58) 3,35 3,33 1,67 1,66 0,44

**Spalten-**

**Miltel** 3,79 5,15 2,42 2,73

Die Mittelwerte in Spalte M sind so zu verstehen, daß der Wert 1 ausnahmslos entschiedene Ablehnung eines Satzes durch sämtliche Testpersonen bedeuten würde, der Wert 7 hingehen ausnahmslos höchste Zustimmung. Bei der Eingabe wurden die Zahlen auf den Fragebögen nämlich folgendermaßen umkodiert:

-3 = 1 (starke Ablehnung)

-2 = 2 (mittlere Ablehnung)

-1 = 3 (schwache Ablehnung)

+1 = 5 (schwache Zustimmung)

+2 = 6 (mittlere Zustimmung)

+3 = 7 (starke Zustimmung)

Ein Wert 0 (unentschieden) im Fragebogen würde daher einem Wert 4 bei der Eingabe entsprechen, nur kam dieser Wert nicht vor, weil die Befragten sich entscheiden mußten.

In den restlichen Spalten stehen Zahlen, die Auskunft über die Trennschärfe des Items geben sollen. Der Zweck: Ausreißer oder Abweichler unter den Items zu identifizieren, Sätze also, bei welchen die Faschistoiden und die anderen einer Meinung sind. Das Verfahren zur Bestimmung der Trennschärfe beruht auf der Annahme, im Großen und Ganzen würde die Skala bereits zutreffend messen: Dann verrät die Gesamtpunktzahl, die einer erreicht, ob er autoritär ist oder nicht. Und wenn man weiß, wer die Guten und wer die Bösen sind, kann man ihre Reaktion auf einzelne Items wiederum als Kriterium für deren Qualität benutzen. Man trennt deshalb sogenannte Extremgruppen ab, zunächst die 25 Prozent der Befragten, welche die höchste Gesamtpunktzahl haben, und errechnet bei dieser Gruppe die Mittelwerte für sämtliche Items (Spalte M-h). In den Genuß der gleichen Prozedur kommen nun die low-scorer (Spalte M-n), und die Differenz zwischen den Mittelwerten von high-scorern und low-scorern ist der Trennschärfeindex (Spalte T). Je größer er ist, desto besser.

In der AP wurde die Trennschärfe der Items ausschließlich nach diesem Verfahren bestimmt, welches noch immer den Vorteil besitzt, plausibel und einfach zu sein. Ein anderes besteht darin, die Korrelation jedes einzelnen Items mit dem Gesamtpunktwert (total score) zu ermitteln (Spalte r), und wieder gilt: je größer, desto besser. Ein Wert kleiner als 0,3 würde hindeuten auf einen schwachen Zusammenhang, ein Wert nahe 1 auf einen außerordentlich starken. Noch nachzutragen: In der letzten Zeile stehen die Spalten-Mittelwerte. Den ersten krassen Ausreißer mit dem außerordentlich geringen Trennschärfeindex von 0,83 findet man beim Durchsehen der Tabelle für Skalensatz Nr.6. Ein Blick auf die Mittelwerte zeigt, daß high-scorer wie low-scorer der Meinung sind, solange es Menschen gibt, werde es auch Kriege geben. Obgleich die Friedensbewegung in der BRD so furchtbar lange noch nicht vorbei ist; obgleich sie hier eine Massenbewegung gewesen war; obgleich im Sample die links-alternative Szene dominiert, und obgleich gerade derzeit alle Welt von der Abrüstung und dem mit ihr ausbrechenden Globalfrieden spricht, erfreut sich also der Satz »Solange es Menschen gibt, wird es auch Kriege geben« solch allgemeiner Zustimmung, daß er aus Mangel an Trennschärfe für die Skala nicht brauchbar ist. Umso mehr erstaunen muß dies, als der Satz: »Es wird immer Kriege und Konflikte geben, die Menschen sind nun einmal so« auf der F-Skala (Form 40 und 45) der AP in den USA den deutlich geringeren Mittelwert von 4,48 und einen viel höheren Trennschärfe-Index von 2,65 erzielte. Denn immerhin wurde die F-Skala in einer Zeit getestet, als der 2. Weltkrieg gerade vorbei war und der Korea-Krieg kurz bevorstand. Unter Verhältnissen also, welche den Glauben an die Friedfertigkeit der menschlichen Natur auf eine harte Probe stellten, wurde die Möglichkeit einer Welt ohne Krieg von Amerikanern weit weniger bezweifelt als heute von den Bundesbürgern, die auf 40 Jahre Frieden zurückblicken können.

Noch größer war die allgemeine Zustimmung zur Behauptung »Wichtiger als äußere Schönheit ist, daß ein Mensch echte Persönlichkeit besitzt« (Satz Nr.9), und ein solches Meinungsbild, welches die Unterscheidung zwischen faschistoiden und nicht-faschistoiden Personen partiell hinfällig werden läßt, wirft die Frage auf, ob »wir in potentiell faschistischen Zeiten leben« (Studien, S. 178). In der allgemein hohen Zustimmung zu diesem Satz nämlich drückt sich zunächst eine allgemein große Bereitschaft aus, die eigenen wahren Interessen zu verleugnen, denn kaum jemand dürfte in einer Gesellschaft, wo mit Schlankheitskuren, Fitness-Centern, Schönheitsoperationen, Toupets und Bräunungsstudios Millionenumsätze erzielt werden, ganz frei sein vom Wunsch, den Heldinnen und Helden aus den TV-Serien zu ähneln. Längst hängt von der äußeren Erscheinung einer Person nicht nur ihre erotische Attraktivität ab, sondern das 'Gute Aussehen' ist gleichermaßen Bedingung für den beruflichen Erfolg wie diesen Erfolg sichtbar machendes Statussymbol geworden. Es ist bekannt, daß Menschen unter vorhandener oder eingebildeter Häßlichkeit außerordentlich leiden können, während man mit seiner eigenen Dummheit oder seinen moralischen Defekten in der Regel recht gut auskommt. Erwartet werden darf daher, daß jeder schnell hergeben würde, was er für seine Persönlichkeit hält, wenn er zum Tausch dafür die äußere Erscheinung eines Sylvester Stallone oder einer Isabelle Adjani bekäme.

Das Verleugnen der eigenen wahren Interessen wiederum dürfte im Dienst einer Rationalisierung stehen, und das Unbewußte würde, wenn es sprechen könnte, ungefähr folgende Begründung geben: *Ich bin nicht so schön wie der Stallone oder die Adjani, soviel sehe ich. Neidlos die überlegene Schönheit bewundern aber kann ich nicht, soviel weiß ich, denn was ich bei anderen sehe, muß ich selber haben. Ich tröste mich also, indem ich die Schönheit einfach disqualifiziere: Darauf kommt es doch garnicht an, viel wichtiger sind die inneren Werte, und sie haben den Vorteil, daß keiner ihre Qualität überprüfen kann. Aber leicht fällt der Selbstbetrug mir nicht, man hat ja im Kopf schließlich Augen. Schönheit quält mich förmlich, deshalb hasse ich sie. Ich sage zum Beispiel: Wer schön ist, wird auch dumm und verdorben sein, ein Papagallo, ein Playboy, ein Geck, ein Flittchen. Und daß mir keiner von denen je zwischen die Finger komme: Dann geht's ihnen dreckig, dann werden ich denen alles heimzahlen, was ich unter ihnen gelitten habe.*

Traditionsgemäß zeichnet Deutschland sich vor anderen Ländern deshalb dadurch aus, daß Menschen ihrer Schönheit wegen benachteiligt oder sogar verfolgt werden und das gesellschaftliche Selektionssystem Häßlichkeit prämiert, wie an den bundesdeutschen Spitzenpolitikern leicht zu erkennen ist, wenn man sie mit den politischen Repräsentanten anderer Länder vergleicht. Der Alltag wird hier, wo der Satz »Die deutsche Frau schminkt sich nicht« geprägt wurde, von der Angst beherrscht, durch Schönheit aufzufallen und sich damit unbeliebt zu machen. Der Konflikt zwischen dieser Angst und dem Wunsch, besser auszusehen, führt bei den Ehefrauen bundesdeutscher Spitzenpolitiker, die sich auch auf internationalem Parkett bewegen und gleichsam in zwei Welten leben müssen, dazu, daß sie in einem Akt der Selbstbestrafung bei der Auswahl ihrer Gala-Garderobe zu den scheußlichsten Mißgriffen neigen. Zum Extrem gesteigert schließlich ist dieser Reflex bei Gruppen deutscher Rechtsradikaler, deren physische Erscheinung vom Gesicht bis zum Körper meist ein einziger und unumstößlich erscheinender Beweis für den von ihnen vertretenen Rassismus und für die von ihnen vertretene Meinung ist, daß man die Menschen in minderwertige und höherwertige einteilen könne. Verbunden mit der Verdrängung der Tatsache, daß jeder Mensch zunächst selber gern schön wäre und andere Menschen selbstverständlich zunächst nach ihrem Aussehen beurteilt, sind eine gestörte Wahrnehmung, ein gewisser Realitätsverlust einerseits, und andererseits Distanzlosigkeit oder Zudringlichkeit im Verkehr mit anderen. Sie werden mit Fragen oder Blicken durchbohrt, weil es gilt, durch die äußere Erscheinung hindurch unmittelbar auf das Wesen, eben die echte Persönlichkeit, zu schauen . Die

Wesensschau wiederum drückt sich darin aus, daß man in Deutschland viele Leute findet, die auf Fotos von spielenden Kindern nicht diese, sondern kleine Juden oder Türken erkennen.

Aus der Verhärtung gegen die naheliegendsten Wünsche resultiert vielleicht jene Unfähigkeit, unmittelbare Erfahrungen zu machen, welche im Dritten Reich ihren Ausdruck sowohl in der krankhaften Mitleidlosigkeit gegenüber Verfolgten und Gequälten ihren Ausdruck fand als auch beispielsweise darin, daß es Volksgenossen gab, die Hitler allen Ernstes für blond und blauäugig hielten.

Mittelwerte und Trennschärfe-Indizes für die Testversion der Skala führten also zu dem Resultat, daß auf zwei Sätze trotz ihrer Wichtigkeit in den folgenden Versionen verzichtet werden konnte. Es durfte als bewiesen gelten, daß im hiesigen Sozialcharakter noch immer oder schon wieder eine ausgeprägte Unfähigkeit bestand, sich ohne Ressentiments mit der Tatsache abzufinden, daß andere Menschen oder Gruppen von Menschen Vorzüge haben, die man selber nicht besitzt. Dieses Neid-Syndrom genauer zu spezifizieren, war dann eine der Aufgaben, welche die folgenden Versionen leisten sollten.

Bislang wurden die einzelnen Sätze jeweils separat (Mittelwert) oder ihre Beziehung zum Gesamtpunktwert (Trennschärfe-Index) betrachtet. Will man Bezüge zwischen den Sätzen erkennen, so kann man sich eine Korrelationsmatrix errechnen lassen, eine Tafel mit (in diesem Fall) 58 x 58 Feldern. Jeder Satz wird dabei mit jedem anderen korreliert, und die Werte in den Feldern sind ein Maß für den Zusammenhang zwischen jeweils zwei Sätzen. Dabei ergab sich zum Beispiel, daß der Satz Nr. 24 deutlich (r größer als 0,6) mit den Sätzen 7, 15 und 28 korreliert, etwas schwächer (0,5 bis 0,6) mit den Sätzen 12, 18, 20, 40, 54. Satz 24 lautet:

*24. Die Ausländer hier machen sich manchmal unbeliebt, weil sie sich gegen die Deutschen abkapseln und nur mit ihren eigenen Landsleuten verkehren.*

Wer diesem Satz zustimmt, neigt also stark dazu, auch folgenden Sätzen zuzustimmen:

*15. Wer ein Europa ohne Grenzen will, muß damit rechnen, daß dann auch das organisierte Verbrechen seinen Weg nach Deutschland findet. (r = 0,62)*

*28. Wenn Gastarbeiter in deutsche Familien einheiraten, bringt das nur Probleme für beide Seiten. (r = 0,75)*

Und ebenfalls mögen wird er, wenn auch nicht unbedingt im gleichen Maße, diese Sätze:

*18. Heute, wo so viele Menschen ständig unterwegs sind und jeder mit jedem zusammenkommt, muß man sich besonders sorgfältig gegen Infektionen und Krankheiten schützen. (r = 0,57)*

*20. Ausländer als Vorarbeiter oder Vorgesetzte ihrer deutschen Kollegen einzustellen heißt, daß man den Betriebsfrieden gefährdet. (r = 0,51)*

*40. Den Ausländern hier mangelt es oft am guten Willen, sich den Sitten des Gastlandes anzupassen. (r = 0,58)*

Wer also den Ausländern vorwirft, sie würden sich abkapseln, projiziert in Wahrheit seine eigene Ablehnung auf sie. Das Unbewußte denkt: *Ich mag keine Ausländer, schon gar nicht in der Familie. Ausländer sind Verbrecher, und sie haben ansteckende Krankheiten. Und wenn ich mir vorstelle, einem Ausländer auch noch gehorchen zu müssen, weil er mein Vorgesetzter ist, wird mir übel. Wie gesagt: Ich mag keine Ausländer, sie sollen mir vom Hals bleiben, sie sollen verschwinden.*

So denkt also das Unbewußte. Und was meint der Mensch, daß er denken würde? Folgendes: *Die Ausländer mögen uns Deutsche nicht, sie wollen immer nur unter sich bleiben, und das kränkt uns. Gegen Ausländer haben wir im Grunde nichts, es ärgert uns nur, daß sie sich den Landessitten nicht anpassen mögen.*

Viele solche und ähnliche Überlegungen, die im einzelnen darzustellen nur ermüden würde, führten zu dem Resultat, daß auf manche Sätze der alten Skala verzichtet werden mußte, weil sie keine ausreichende Trennschärfe besaßen, während andere Sätze wiederum entbehrlich waren, weil sie mit Sätzen verwandten Inhalts hoch korrelierten. Es gab demnach wieder freie Kästchen auf dem Fragebogen-Formular, und bevor sie mit neuen Sätzen gefüllt wurden, war nocheinmal unabhängig von Trennschärfeindizes und Korrelationskoeffizienten zu klären, welches denn nun eigentlich der Zweck der Testbefragung gewesen war, und was man dabei gelernt hatte. Es steht also ein neuer Anlauf bevor, und die Preisfrage heißt wieder: Was soll das alles bedeuten?

**Das Michel-Syndrom**

Die kleine Befragung mit der Test-Skala sollte nicht die Richtigkeit von Hypothesen oder Vermutungen prüfen, der Zweck der Übung bestand eher darin, den einen oder anderen empirischen Anhaltspunkt zu finden, etwa so, wie bei der ersten Tatortbesichtigung jede auffällige Wahrnehmung interessiert, die zum Spekulieren und Kombinieren Anlaß gibt. Erst muß man die Vorstellung von der faschistoiden Charakterstruktur nämlich haben, bevor man sie prüfen, korrigieren, modifizieren kann, und Vorstellungen entwickelt das träge Hirn bekanntlich nur, wenn es über Ungereimtheiten stolpert.

Was im Krimi das Kaninchenhaar auf dem Katzenfell ist, war in diesem Fall die generell hohe Zustimmung zu Satz Nr. 9, ein Phänomen, welches eben schon kurz diskutiert wurde. Erwartet worden war, daß der Satz »Wichtiger als äußere Schönheit ist, daß jemand echte Persönlichkeit besitzt« ähnliche Werte wie Satz Nr. 14 aufweisen würde: »Die Deutschen sind steifer als die Italiener und die Franzosen, aber dafür sind sie auch nicht so oberflächlich« – eine Behauptung, die ebenfalls den sichtbaren Mangel als Indiz für unsichtbare Überlegenheit interpretiert. Während der Ausländer-Satz aber den geringen Mittelwert 3,91 und die überdurchschnittliche Trennschärfe 3,50 besaß, kam der unverfänglichere Satz über die Schönheit auf den imposanten Mittelwert von 6,39 und die minimale Trennschärfe von 0,83. Weil er keines der Themen berührte, die den aufgeklärten Bundesbürger vorsichtig werden, ihn den Braten gewissermaßen riechen lassen, hatte der Schönheits-Satz also die allgemein verbreitete Neigung offenbart, mit Ressentiments auf Eindrücke zu reagieren, die Bewunderung und Freude hervorrufen müßten.

Wenn 20 Befragte der Meinung sind, daß 2 plus 2 die Summe 4 ergibt, kann man nicht von einer Gruppe sprechen, weil die einzelnen keine besondere Eigenschaft verbindet. Im Hinblick auf elementare Leistungen des Verstandes sind sie einfach nur so normal, wie man das von jedem Menschen erwartet. Erklären von 20 Befragten 19 jedoch, 2 plus 2 mache 5, so hat man es offensichtlich mit einer Gruppe zu tun, deren Mitglieder sich von anderen Menschen dadurch unterscheiden, daß sie nicht addieren können. Die massenhafte Bereitschaft, kurzum zu disqualifizieren, für unerheblich, ja minderwertig zu erklären, was man normalerweise genießt und verehrt, ließ deshalb auf einen besonderen Sozialcharakter schließen, auf einen Sozialcharakter nämlich, der lieber eine schwere Störung seines Kontakts zur Realität hinnimmt, als den Gedanken zu ertragen, daß hinter den sieben Bergen bei den sieben Zwergen jemand tausend mal schöner ist als er.

Eine schwere Störung ihres Kontakts zur Realität liegt vor, wenn Menschen es abstreiten, daß man bei anderen an einer verkorksten Seele wenig Anstoß nimmt, weil sich die Seele leicht ignorieren läßt, während entstellte Gesichter oder verstümmelte Gliedmaßen schnell aufs Gemüt und den Appetit drücken. Erinnert werden darf in diesem Zusammenhang an die publizistische Entrüstungswelle, die vor einigen Jahren über eine Urlauberin hereinbrach, die gegen den Reiseveranstalter auf Schadensersatz klagte, weil in ihrem Hotel gleichzeitig eine Behindertengruppe logiert hatte. Die Kommentatoren sprachen von Menschenverachtung und hatten kein Verständnis dafür, daß jemandem der Urlaub gründlich verdorben ist, wenn er zwischen Rollstühlen und Beinamputierten frühstücken soll.

Wenn bei einer Gruppe einerseits die Ansicht dominiert, man dürfe sich beim Anblick massenhaft auftretender Krüppel nicht gruseln, und wenn diese Gruppe andererseits Ressentiments gegen Schönheit zeigt oder gegen eindeutig benannte bewundernswerte Eigenschaften ganz allgemein – an Stelle von Schönheit hätte vermutlich auch Intelligenz stehen können – , dann muß man nach einer Erklärung suchen. Erklärt werden könnte das sonderbare Verhalten beispielsweise durch die Unfähigkeit, sich einer Empfindung hinzugeben oder sich mit einer Person zu identifizieren, welche intensive Empfindungen – Bewunderung oder Mitleid – auslöst: *Der Mensch im Rollstuhl flößt mir, dem identifkationsunfähigen Beobachter, kein Entsetzen ein, er läßt mich kalt, weil ich mich in ihn nicht hineinversetzen kann. Es tritt, wenn ich ihn sehe, nicht schockhaft das Gefühl bei mir ein, ich selber hätte keine Beine mehr, der Anblick des Beinamputierten wirkt auf mich nicht wie eine an mir selber vorgenommene Beinamputation. Kein Grund daher, weshalb ich mich vor dem Krüppel gruseln sollte, wo er doch nicht mal richtig laufen und mir also bestimmt nicht gefährlich werden kann. Und umgekehrt freue ich mich über ein schönes Gesicht ebensowenig, wie der Ziegenbock am Anblick eines schöneren Ziegenbocks Gefallen findet, sondern das Prachtexemplar als Rivalen haßt und fürchtet. Ich müßte nämlich, um von dem schöneren fremden Menschen angezogen zu werden, so empfinden, wie er dies meiner Ansicht nach tun muß. Der Schönere muß glücklich sein, ein solches Gesicht, eine solche Figur etc. zu besitzen, und dies Glück empfände ich, während er sich an seine Schönheit vermutlich ebenso gewöhnt haben dürfte wie der Krüppel an den Verlust seiner Beine. Das Glück, welches ich bei seinem Anblick empfände, käme also auch ihm zugute, weil es ihm zum Bewußtsein von seiner Schönheit verhilft oder dieses zumindest auffrischt.*

Stattdessen aber scheint das auf Selbstbehauptung um jeden Preis und in jeder Lage dressierte Subjekt seine Wahrnehmung ausschließlich nach dem Schema Freund – Feind, Konkurrent oder nicht, besser als ich oder schlechter zu organisieren, mit dem Effekt, daß es Glück oder Schönheit eher meidet und die Gesellschaft von häßlichen, elenden, verunstalteten, dummen Menschen sucht, die ihm seine eigene Überlegenheit beweisen. An Tieren schätzt dieses auf Selbstbehauptung dressierte Subjekt, daß sie ihm den eigenen Rang nicht streitig machen, und der Hund ist ein guter Kamerad, weil keine Gefahr besteht, der Kläffer könnte plötzlich anfangen zu sprechen.

Bezeichnend für dieses auch unter dem Namen 'Sozialarbeitersyndrom' bekannte Verhaltensmuster in der Bundesrepublik ist, daß die Linken in den Einwanderern »die ganz unten« lieben, unterdrückte, elende Menschen, die nichts als nur Probleme haben. Die gleichen Linken, und zumal solche, die selber unter der Last ihrer Vater- oder Mutterfreuden ächzen, geben es hingegen ungern zu, daß türkische kleine Kinder niedlicher und putziger als die einheimischen sind, weil sie eher noch den animalischen Charme kleiner Tiere besitzen, welcher Kinder so reizvoll und unwiderstehlich machte, bevor sie ein Opfer der Frühvergreisung und daher kindisch, infantil schon im Kindesalter wurden. Zur Neigung, das Offensichtliche zu verleugnen, wenn es nicht mit den eigenen Interessen harmoniert, paßt dann auch die allgemein in der BRD zu beobachtende Tendenz, erfolgreicher und daher unbestreitbar gewordener Schönheit mit Häme zu begegnen. Immer wieder

staunt man beispielsweise darüber, zu welchem Scharfsinn und boshaften Witz sonst lahme hiesige Feuilletonisten sich aufraffen können, vorausgesetzt nur, daß sie die Waffen der Aufklärung in den Dienst des muffigsten Ressentiments stellen dürfen und die Attacke auf amerikanische Popstars wie Michael Jackson, Prince oder Madonna zielt.

Während es sonst ein Gattungsmerkmal des unter menschenwürdigen Bedingungen lebenden Menschen ist, sich auch über für ihn unnütze oder unerreichbare Dinge freuen zu können, im Unterschied zum Hund etwa, der den ästhetischen oder intellektuellen Genuß nicht kennt, sondern ein Sklave seiner auf den Nutzeffekt abgerichteten Instinkte bleibt, scheint bei diesem Sozialcharakter die Differenz zwischen der Beurteilung eines Dinges und der Beurteilung seiner Brauchbarkeit oder Verfügbarkeit für eigene Zwecke nicht zu existieren. Solche Unfähigkeit zur Objektivierung drückt sich dann im Sprachgebrauch aus, in Redewendungen wie »was bringt mir das« oder »ich will auf meine Kosten kommen«, und ganz allgemein im übermäßigen Gebrauch persönlicher Fürwörter, beispielsweise der Ich-Form in Kommentaren und Essays. Die Wahrnehmungsstörung wird erstaunlicherweise durch Institutionen oder Apparate nicht weggefiltert oder neutralisiert, sondern der Sozialcharakter prägt sogar die Regierungspolitik, deren Pannen und Fehleinschätzungen das Unvermögen verraten, zumindest während strategischer Überlegungen sich in die Lage anderer hineinzudenken. Wenn die Deutschen sich selber Arglosigkeit und ihren Feinden Arglist bescheinigen, so hieße dies demnach, daß sie für eine Tugend halten, was in Wahrheit verhärteter Egoismus ist, der sich, weil er realitätsblind macht, am Ende auch gegen die eigenen Interessen wendet.

Mit der Differenz zwischen der Beurteilung eines Dinges und der Beurteilung seines Nutzwerts für eigene Zwecke entfällt die Frist, die zwischen dem Hingerissensein von einem schönen Anblick und dem ernüchternden Blick in den Spiegel liegen kann, bei einem junges Mädchen etwa, welches melancholisch darüber werden darf, daß es Greta Garbo nicht ähnelt. Den Erwachsenen und noch mehr den Alten kennzeichnet es hingegen, daß von solcher Trauer nicht mehr als ein leiser Anflug übrig geblieben sein darf und er gelernt haben muß, von der eigenen Person zu abstrahieren.

Die kindliche Devise »Ich auch!« würde ihm jeden Spaß an Filmen, an Romanen oder am Leben überhaupt verderben, weil der fertige Mensch im Unterschied zum Jugendlichen keinen Trost bei der Illusion finden kann, er würde in ferner Zukunft vielleicht einmal seinen Idolen ähneln. In seinem eigenen Interesse läge es daher, die Fähigkeiten zu entwickeln, welche der Erwachsene und noch mehr der Alte den Kindern und Jugendlichen voraus haben sollte, die Fähigkeit beispielsweise, nicht selber ganz dringend ein Eis haben zu müssen, wenn man den anderen eines schlotzen sieht, die Fähigkeit zur objektiven, nicht permanent von Neid und persönlichem Interesse gefärbten Beurteilung. Je älter er wird, desto mehr werden seine Freuden spezifisch menschliche sein – Identifikation mit Gesehenem, Gehörtem oder Gelesenem – , oder er wird andernfalls wenig Freude haben, weil schon der 30jährige verheiratete Bankangestellte mit zwei Kindern nicht mehr darauf rechnen kann, daß er in eigener Person je ein ganz anderer würde.

Demgegenüber hat man bei den Deutschen oft das Gefühl, daß sie das Stadium kindischer Habsucht nie überwanden, obgleich sie natürlich keineswegs die kindliche Begeisterungsfähigkeit und die Intensität der Empfindungen besitzen, welche bei Kindern die Gier, das unbedingte Habenwollen auch wieder reizvoll und niedlich macht. Während das Kind nämlich wenigstens für einen Moment entzückt ist, wenn es die Puppe bekommt, mit der es nie spielen wird, fallen beim infantilen Erwachsenen Wunscherfüllung und Enttäuschung unmittelbar zusammen. Er kennt daher kein Glück, sondern nur Unglück in dieser oder jener Form.

Die Unfähigkeit zur Identifikation, unter welcher die Schönheitsverächter leiden, ist die Ursache einer unheilbaren Armut, weil dem Affektlosen die Welt so fern und fremd bleiben muß wie er sich. Und keineswegs tritt die Störung ausschließlich im Verhältnis zu anderen Personen auf, sondern sie macht sich darin nur besonders kraß bemerkbar. Der Affektlose mag die fremde Person so wenig wie den eigenen Besitz und sich selbst, mit dem Unterschied allerdings, daß er seinen Besitz und sich selbst haben, wenn auch damit wenig anfangen kann, ohne beides mögen zu müssen. Während bei den veräußerlichen Gegenständen also der Besitztitel die Genußunfähigkeit überdeckt, trifft den Affektlosen die Störung seines Realitätskontakts ungemildert, wenn er mit begehrenswerten unveräußerlichen Dingen konfrontiert wird. Weil Schönheit oder andere an eine Person gebundene Eigenschaften als bloße Eigenschaften nicht transferierbar sind – ich kann jemandes Taschenuhr ohne diesen Jemand haben, nicht aber seine Schönheit – , muß einer, der von einer schönen Person nicht entzückt sein oder sich in sie verlieben kann, in der Schönheit nichts als den Stachel sehen, der ihm Schlimmeres bewußt macht als die eigene Häßlichkeit, nämlich seine Unfähigkeit, die Welt zu genießen.

Denn erst die Fähigkeit, Personen und Sachen zu mögen, gestattet es, aus vorhandenen Rechtstiteln auf diese Personen oder Sachen, aus der Verfügungsgewalt über sie, auch einen Nutzen zu ziehen. Um ihrer selbst froh werden zu können, darf Herrschaft gleichsam in ihrem Begriff nicht so restlos aufgehen, wie dies die deutsche unter den Nazis und vorher schon in den Kolonien tat, aus denen die Deutschen als Massenschlächter zurückkamen, ohne wenigstens Gewürze, Genußmittel oder ein paar Eingeborene mitzubringen, im Unterschied zu den Engländern oder Franzosen etwa, die bei aller Härte den Opfern ihrer kolonialen Unterdrückung doch wenigstens genug Zuneigung entgegenbrachten, um sich an ihnen bereichern zu können, indem sie selbst oder ihre Speisen und Genußmittel importiert wurden.

Wie die koloniale Vergangenheit den englischen oder französischen Alltag angenehmer machte, indem sie ihn beispielsweise mit Ingwerplätzchen oder Gebäck aus marokkanischen Konditoreien versüßt hat, während die koloniale Vergangenheit im deutschen Alltag keine Spuren hinterließ, nichtmal ein paar Deutsche schwarzer oder dunkler Hautfarbe, so scheint generell das Verhältnis zu Personen und Sachen in Deutschland ein eigentümlich beziehungsloses zu sein. Die im vorigen Kapitel schon erwähnten gemeinsamen öffentlichen Auftritte von bundesdeutschen Politikern und ihren Gattinnen beispielsweise strahlen eine solche Fremdheit, Lieblosigkeit und Beziehungslosigkeit aus, daß der Mann sich im Glanz seiner Frau auch dann nicht sonnen könnte, wenn sie eine atemberaubende Schönheit oder eine imposante Erscheinung wäre. Wie aber die Frau den Mann nicht ziert, weil er sie wie ein zufällig am Weg aufgelesenes Stück Holz, wie einen Fremdkörper behandelt, so tragen die Frauen meist die Kleider auf eine Weise, als wäre der Stoff radioaktiv kontaminiert, und alle sehen ein wenig danach aus, als würden sie sich voreinander und vor sich selber ekeln.

Die Unfähigkeit, ein erworbenes teures Kleidungsstück auch tragen zu können, und allgemein die Unfähigkeit, den eigenen Besitz zu mögen und zu nutzen, dürfte einer der Gründe für die speziell bei faschistoiden Deutschen anzutreffende Aversion gegen die Zirkulationssphäre sein, gegen den Handel, der als Domäne betrügerischer Juden und Ausländer betrachtet wird. Der Selbstbetrug – durch Erwerb eines Dinges überdecke ich meine Unfähigkeit, es zu benutzen – wird als betrügerische Handlung eines Fremden interpretiert, dem der arglose Deutsche zum Opfer fällt, und als wahrer Kern der Lüge entpuppt sich der unbestreitbare Sachverhalt, daß die Deutschen tatsächlich am Ende stets die Betrogenen sind, wie sehr sie auch selber andere übervorteilen, plündern und berauben. Sie gewinnen nichts dabei, wenn sie etwas kriegen, und eben daraus entwickelt sich eine zwanghafte Beschäftigung mit nichtigen Geldangelegenheiten, die nervtötende öffentliche Feilscherei um Pfennigbeträge beispielsweise, welche die Nachrichtensendungen zur Tortur macht, wenn über Tarifverhandlungen, Kindergeld für Trümmerfrauen oder Rentenerhöhungen berichtet wird.

Das aus Lieblosigkeit resultierende Unvermögen, Schönheit in Gestalt einer anderen Person besitzen zu können, unterscheidet sich vom Unvermögen aus Mangel an Gelegenheit durch seine grundsätzliche Unaufhebbarkeit. Wer nur arm und häßlich ist, kann sich beim Anblick von für ihn momentan unerreichbarer Schönheit tagträumend mit der Hoffnung auf künftigen Erfolg trösten, darauf beispielsweise, daß er als mächtiger Industriekapitän oder als berühmte Sängerin besitzen wird, was er einstweilen nur aus da Ferne bewundern darf, nämlich die schöne Frau oder den begehrenswerten Mann. Sein Ziel ist Eroberung, nicht aber Zerstörung und Vernichtung, während der Lieblose jede in Gestalt einer anderen Person existierende und daher für sein verhärtetes Selbst unerreichbare Schönheit als Kränkung, Beleidigung und Bedrohung empfinden muß, die in letzter Konsequenz Zerstörung und Vernichtung verdient.

Das Universum der Genüsse wird von ihm als eine Quelle unausgesetzten bitteren Leidens erlebt, dem er nicht entkommen kann, weil er sich in seinem freudlosen Dasein doch nach Genüssen sehnt und alle Genüsse nur sein Unglück schüren: grausame Welt, wenn die Trapezkünstler im Zirkus den bösartigen 60jährigen nur zu weinerlichen Betrachtungen über die Klapprigkeit der eigenen alten Knochen stimulieren, und wenn die Eltern sich durch ihre halbwüchsigen Kinder weniger an die eigene Jugend erinnert fühlen, als daß sie vielmehr den Konkurrenzdruck verspüren, mitmachen und siegen zu müssen. Vermutlich in keinem anderen Land sind die Ressentiments so bitter, welche die 40jährigen gegen die beneideten 20jährigen entwickeln, vermutlich in keinem anderen Land auch zeigen die Alten jene realitätsfremde Brutalität, der sie manchmal zum Opfer fallen, wenn sie sich in Verkennung ihrer wirklichen Körperkräfte mit Jugendlichen messen wollen.

Aus der allgemein hohen Zustimmung zur Behauptung, echte Persönlichkeit sei wichtiger als äußere Schönheit, wird also auf einen Sozialcharakter geschlossen, dessen hervorstechender Zug seine Bereitschaft ist, die Welt als ihm feindlich gesonnene, ihn immer nur frustrierende zu erleben, und das erste nicht vorläufige, sondern endgültige Resultat dieser Studie lautet: Es besteht allgemein in der Bevölkerung die Disposition dafür, ein Wahnsystem nach dem Schema 'Wir sind umzingelt von Feinden und müssen sie ausrotten' zu entwickeln – die allgemein hohe Zustimmung zur Behauptung, wichtiger als äußere Schönheit sei echte Persönlichkeit, erlaubt keine andere Interpretation.

Eine Disposition zu finden aber heißt noch nicht viel, weil Menschen neben der einen Disposition meist auch noch ganz andere besitzen, weil ferner das Subjekt kein blindes Vollzugsorgan der in ihm enthaltenen Anlagen ist, und weil es schließlich weitgehend von den Bedingungen und Umständen abhängt, ob einer wird, wozu er die Voraussetzungen hätte. Zu prüfen blieb also, ob neben der Disposition auch schon das Wahnsystem bestand, welches aus der Disposition allein nicht einmal logisch zwingend abgeleitet werden könnte, welches aber dennoch Formen und Konturen gewinnt, wenn man die Disposition assoziativ verknüpft mit Alltagserfahrungen, mit Kenntnissen über den Verlauf der deutschen Geschichte und über Eigenheiten des Nationalcharakters. Anders als in der »Authoritarian Personality« wird in dieser Studie ein Nationalcharakter unterstellt, und zwar als Worst-Case-Hypothese.

Im schlimmsten Fall, so die Annahme, hätten die Bundesbürger nicht nur äußerlich zu Deutschland, sondern auch innerlich zur nationalen Identität zurückgefunden, wie dies jahrelang von Linken wie Rechten behauptet und gefordert worden war. Die erste Frage lautet dann, was man sich unter einem deutschen Nationalcharakter heute vorzustellen hätte. Die zweite Frage wäre, ob und in welchem Maß dies Ding in der Realität existiert. Zunächst ist der Nationalcharakter, von dem bislang schon fortwährend die Rede war, ohne daß das Kind auch beim Namen genannt worden wäre, also ein Konstrukt,

ein Gemenge aus Fakten, Tatsachenbehauptungen und Verdächtigungen, welches zweifellos ebensowenig von der Ansicht durchdrungen ist, die Deutschen seien harmlos, wie ein Kriminalist sich bei seinen Ermittlungen nicht vom arglosen Glauben an das Gute im Menschen leiten lassen und der Arzt nicht das Beste hoffen darf. Deutschfeindlichkeit oder gar Deutschenhaß, wie sie mancher der Studie vielleicht vorwerfen wird, hat also in diesem Fall mit Parteilichkeit nichts zu tun, sondern dergleichen ist nur die unvermeidliche methodische Konsequenz aus dem Ziel der Untersuchung. Es handelt sich dabei, dies sei noch einmal betont, um den Versuch, zunächst einen faschistoiden Nationalcharakter zu zeichnen, mit Seitenblick auf lebende Personen zwar, aber zugleich unter Inanspruchnahme voller künstlerischer Freiheit. Erst die Empirie wird zeigen, welche Ähnlichkeit mit lebenden Personen das Monster hat, dessen seelische Grundhaltung – Identifikationsunfähigkeit und Lieblosigkeit – schon beschrieben wurde, und dessen Steckbrief nun um einige Charaktereigenschaften ergänzt werden soll.

**Unzufriedenheit und Asozialität**

Aus der Bereitschaft, Schönheit zu disqualifizieren, war auf Unfähigkeit zur Identifikation geschlossen worden, und die macht, wie gezeigt wurde, das Leben trübe und freudlos. Kein Wunder daher, daß die Deutschen sich in einer bemitleidenswerten Figur bespiegeln, im sprichwörtlichen deutschen Michel eben, der ungefähr folgendes zu Protokoll geben würde, wenn er reden könnte:

*Allen geht es besser als mir, und das liegt nur daran, daß ich zu anständig und zu gutmütig bin. Mein Leben lang wurde ich eigentlich betrogen, übervorteilt, hintergangen und verkannt. Stets wurde mir vorenthalten, was mir zusteht. Weil ich immer zu kurz kam und nie auf meine Kosten, bin ich gekränkt und beleidigt. Ich verspüre Nachholbedarf und besitze Anspruch auf Wiedergutmachung, die Welt schuldet mir was, und nicht nur den Platz an der Sonne.*

Die dominierende Komponente im Lebensgefühl wäre demnach eine tiefe Unzufriedenheit, ein allgemeines und grundsätzliches Unwohlbefinden in der Welt, und wenn die Deutschen Gemütlichkeit als einen ihrer hervorstechenden Wesenszüge reklamieren, so ähnelt dies Selbstbild den Kritzeleien kurzbeiniger kleiner Jungen, die immer Zweimetermänner malen. Gerade Abwesendes, Fehlendes wird in Deutschland gern durch das Gerede darüber, durch Gerede wie über Vorhandenes ersetzt, und die Versicherung, man habe oder finde es gemütlich, bedeutet fast immer, daß man sich dabei lausig fühlt. Überhaupt markieren Eigenschaften, die als typisch deutsche gelten, in der Regel Charakterlücken, d.h. Heimatverbundenheit und Vaterlandsliebe sind die Namen für zwei Leerstellen im hiesigen Gemütshaushalt. Die Phantomhaftigkeit ihres Nationalcharakters wiederum läßt die Deutschen als unberechenbar und unergründlich erscheinen, und sie ist die Erklärung dafür, warum hier häufig betont wird, es müsse sich jemand zu seinen Gefühlen bekennen und zu seinen Gefühlen stehen, oder warum man hier alles Künstliche zurückweist und sich stattdessen nach dem Echten, Kernigen, Urigen, Unverfälschten sehnt. Auch diese Sehnsucht weist auf Abwesendes hin oder darauf, daß insgeheim alle die Schaumschlägerei durchschauen, den hysterischen Anfall, zu dem einer sich erst furchtbar zwingen muß, um richtig in Rage zu kommen, den gepreßten, penetranten Sound, der das gemeinsame Merkmal der Reden von Genscher, Lafontaine und Joseph Fischer ist, die wiederum im aktuellen Kreisch- und Fuchteltheater keine schlechte Figur machen würden, welches seinerseits wie der O-Ton von Ufa- und Nazi-Schinken klingt.

**Ziellose Rebellion und Aggressivität**

Analog dazu drückt die Forderung, sich unterzuordnen, einzufügen, anzupassen, nicht die besonders gut entwickelte Fähigkeit aus, dieser Forderung auch nachzukommen, sondern umgekehrt soll der Wortschwall einen realen Mangel kompensieren. Auch der Gemeinschaftskult ist eher Ersatz für Zusammengehörigkeitsgefühl als dieses selber, er wird desto dicker aufgetragen, je mehr tiefsitzende Asozialität es zu überschminken gilt, und wenn den Deutschen eine Neigung zu Disziplin und Gehorsamkeit nachgesagt wird, eine gewisse Förmlichkeit und Steifheit, ein Denken in den Kategorien von Unterordnung und Überordnung, so wird dabei übersehen, daß die genannten Eigenschaften und Verhaltensmuster meist Reaktionsbildungen darstellen auf ihnen genau zuwiderlaufende Triebe.

Die prätentiöse Anrede 'Herr Doktor' oder 'Herr Oberstabsgefreiter', über die so viele Deutschenwitze im Ausland kursieren und die im Deutschen sowohl ehrerbietig als auch bedrohlich gemeint sein und klingen kann, kommt nicht daher, daß die Anerkennung und Achtung sozialer Distanz den Menschen zur zweiten Natur wurde, sondern die Förmlichkeit ist ein Reflex auf den mächtigen Wunsch, es nicht zu dulden, daß einer anders sei, und jedem durch das aggressiv-vertrauliche Du zu bedeuten, daß keiner sich von der Masse absondern und unterscheiden dürfe. Daß die gesellschaftlichen Formen in Deutschland oft als Zwinger empfunden werden, weshalb man 'die Sau rauslassen' will oder 'den inneren Schweinehund bekämpfen' muß, verrät daher den unzivilisierten und asozialen Zustand der darin eingesperrten Triebe.

Während also nach außen oft der Anschein entsteht, als ginge gerade der Deutsche restlos auf in den Rängen und Ämtern, die er bekleidet, in den Titeln und Orden, mit denen er sich schmücken oder behängen darf, zeichnet ihn in Wahrheit die Unfähigkeit aus, sich ohne Ressentiment mit bestimmten Formen gesellschaftlicher Ungleichheit oder überhaupt mit

gesellschaftlichen Formen, auch mit vernünftigen und berechtigten, anzufreunden, die er vielmehr als Einengung, Einschränkung oder Fesselung seiner wahren Natur betrachtet. Sein Mangel an Begabung zur Revolution resultiert nicht aus übermäßiger Friedfertigkeit oder Genügsamkeit, sondern aus übermäßiger und deshalb so zielloser wie kraftloser Aggressivität einerseits, andererseits aus der Unfähigkeit, sich für irgendeine Gesellschaftsform entscheiden zu können. Und weil er nicht fähig ist, sich selber Regeln zu setzen, wird eine Führerfigur gebraucht, die freilich die tiefsitzende Unzufriedenheit nur verschlimmern kann, weil alle das Unmögliche von ihr erwarten.

Als typisch darf man deshalb die Entwicklung in der DDR bezeichnen, wo eben kein Volk einem Ancien Régime die Herrschaft entriß, um sie selber anzutreten, sondern wo ein verfolgungs- wie akklamationswütiger Mob die Schwäche der alten Machthaber nutzte, um die Macht einem vermeintlich spendableren Führer anzutragen.

**Verbitterter Frohsinn**

Auch dies Unbehagen in der Kultur, eben die grundsätzliche Unfähigkeit des Deutschen, irgendwelche gesellschaftlichen Formen zu akzeptieren, führt dazu, daß er unter der schon erwähnten Genußunfähigkeit leidet, und er leidet noch mehr, wenn er sich per Kraftakt über die Deformation hinwegsetzen will. Übertrieben vielleicht, aber nicht ganz falsch ist deshalb das Klischee vom Deutschen, der im Urlaub oder an Fest- und Feiertagen besonders aggressiv und unglücklich ist und am zufriedensten und verträglichsten dann, wenn eine geregelte Arbeit ihm die Qual erspart, sich amüsieren zu müssen. Dem Puritanismus, den kein Glaube versöhnt, der Verzicht auf irdische Genüsse werde durch himmlische Freuden belohnt, entspricht ein Hang zum Orgiastischen, worunter die freudlose Ausschweifung verstanden wird, der Exzeß, der wieder nicht glücklich macht, im Extremfall das unartikulierte Gegröhle, wie es mit Duldung der Öffentlichkeit und der Polizei hier von hordenweise auftretenden Wehrpflichtigen angestimmt wird, bei denen der feste Vorsatz, einmal lustig sein und sich richtig austoben zu wollen, schon daran scheitert, daß sie Text und Melodie der Lieder nicht wissen, die sie gern gemeinsam singen würden.

Beim sich selbst als lustorientiert mißverstehenden bundesdeutschen Mittelstand wiederum, welcher beispielsweise meint, zusätzlich zu seinem eigenen Überfluß auch noch die Folklore der Armen mitkonsumieren zu müssen, unbekümmert darum, daß ein steifer deutscher Büromensch sich beim Flamenco oder beim Bauchtanz zum Affen macht, fühlt man sich an das Verhalten verzogener Kinder erinnert, die sich den Teller vollschaufeln, obwohl sie schon an dem Bissen im Mund fast ersticken. Der Zweck solchen Verhaltens besteht gerade darin, die eigene Genußunfähigkeit als eine Deformation der Person vergessen zu machen. Sie wird stattdessen auf äußere Armut oder einen Mangel an Gelegenheit zurückgeführt, etwa nach der Devise: Eine morgenländische Prinzessin steckt in der pensionsberechtigten 40jährigen Grund- und Hauptschullehrerin allemal, wenn sie nur irgendwie Bauchtanzunterricht kriegen könnte. Der Illusion folgt freilich die Enttäuschung auf dem Fuße, und so läuft der genußunfähige Genußsüchtige mit hungrigen Augen und neidischem Blick als ewig und unheilbar Benachteiligter durch die Welt. Daraus wiederum resultiert seine Härte, der oft notierte Mangel an Mitleid: Im Flüchtling noch, wenn dieser nicht gerade ein Gerippe ist, wird er nicht den Leidenden sehen, sondern eher den beneidenswerten Abenteurer, der endlich mal herauskommt aus dem Alltagstrott.

**Durch Frust gehärtet**

Denn keineswegs wird dieser Sozialcharakter nur durch die Existenz von Personen gekränkt, die mit Grund zu beneiden sind, sondern weil ihm jeder soziale Unterschied, eigentlich jeder Unterschied überhaupt, eine Benachteiligung seiner selbst bedeutet, beneidet er ebenso Leute, die eher sein Mitleid erregen müßten. Er kann es den hungrigen Armen nicht verzeihen, daß sie ihre karge Mahlzeit mit Appetit verschlingen, und obgleich er mit keinem Arbeitslosen tauschen wollen würde, erträgt er die Vorstellung nicht, daß dieser Arbeitslose sich mit seiner Situation arrangiert haben oder daran sogar einen bescheidenen Spaß finden könnte. Oft stellt sich hier der Eindruck her, daß die Habgier eigentlich nur Vorwand ist und das Habenwollen eher auf den Genuß zielt, den andere aus dem Gebrauch eines Dinges ziehen, als auf den Besitz dieses Dinges selber. Man möchte ihm weniger den Reichtum als die Freude daran wegnehmen, und wer keinen Neid erregen will, muß es nur glaubhaft machen, daß alle von ihm besessenen Privilegien ihm nichts nützen.

**Von Feinden umstellt**

Wohin er auch blickt – überall kann er nur Verursacher seines Unglücklichseins erkennen, analog etwa zum Hypochonder, der jede Mahlzeit und jedes Atemholen unter dem Aspekt der damit möglicherweise verbundenen Schadstoffaufnahme betrachtet. Wie der eingebildete Kranke, dessen Leiden ein Eigenfabrikat ist, sich selber als von Natur aus kerngesund voraussetzt, deshalb für jede Unpäßlichkeit einen fremden, äußeren Verursacher sucht und insgeheim denkt, das Alter käme nur von der falschen Ernährung, so wird der hier in den schwärzesten Farben gemalte Bilderbuch-Deutsche die Welt generell als eine ihn verderbende und benachteiligende betrachten, von Schadstoffen und Fremdkörpern verseucht und von Feinden, Schmarotzern und Parasiten bevölkert. Mit den wirklichen Bundesbürgern verbindet den Bilderbuch-Deutschen

allerdings, daß in seiner Figur zwei Glaubensrichtungen zusammengefunden haben, die einstweilen noch auf verschiedene Schichten der Gesellschaft verteilt sind, einerseits die Angst vor Verseuchung und Vergiftung nämlich, die beim aufgeklärten, bessergestellten akademischen Mittelstand dominiert und dort die Spezies der Tschernobyl-Mütter hervorbrachte, eine besonders häßliche Perversion der menschlichen Natur, andererseits die Aversion gegen Fremdkörper und Schadstoffe in Menschengestalt, wie man sie wohl eher bei der bedrängten unteren Mittelschicht findet.

**Unschuldig aus Prinzip**

Wie kommt es nun, daß der Deutsche überall nur Verursacher seines Unglücklichseins erkennt und sich als Opfer, nicht als Tölpel fühlt, auch wenn niemand als er selber sich auf den Daumen drosch? Jan Philipp Reemtsma schreibt:

»Die Nach-45er-Deutschen haben nicht verdrängt, sie haben aber dafür gewissermaßen ihren Subjekt-Status aufgegeben. Keine Verdrängung hat stattgefunden, sondern an ihre Stelle ist eine Spaltung in zwei Welten getreten: die der Apperzeption und die der Handlungen und Konsequenzen. Diese Trennung bleibt natürlich für die Wahrnehmungen nicht ohne Konsequenzen: die Einheitlichkeit meiner Welterfahrung – daß ich zu dem *bundle of perception* 'Ich' sage – liegt darin, daß ich als Handelnder Kontinuität stifte. Ich handele, meine Handlungen haben Konsequenzen (intendierte und nicht intendierte), ich habe einen Begriff von Ursache-und-Wirkung, weil ich etwas bewirke, und von Verantwortung, weil ich zur Verantwortung gezogen werden kann für das, was ich anrichte. Wird der Begriff der Verantwortlichkeit so gründlich suspendiert wie nach 1945, bleibt der Begriff des Wirkungen zeitigenden Handelns nicht unbeschädigt und damit auch der Grund der Fähigkeit, 'Ich' zu sagen.(...) Ich denke, daß man mit dieser Erklärung der vorherrschenden moralischen Wurschtigkeit in der Bundesrepublik wie dem merkwürdig clownesken Umgang mit der Wirklichkeit ein wenig näher kommt.«2

Solche Preisgabe des Subjekt-Status läuft auf die Selbstentmündigung hinaus, mit der sich die Deutschen auf vielfältige Weise (ich habe es nicht gewußt, ich habe es nicht gewollt, ich kann nichts dafür, was hätte ich denn tun sollen, etc.) gern brüsten. Wenn ich nun aber unzurechnungsfähig bin und mich an der heißen Herdplatte verbrenne, so ist das natürlich nicht meine Schuld, sondern die Schuld des Aufsichtspersonals, welches mich daran hätte hindern müssen. Scheide ich als Subjekt aus, so komme ich als Täter, als Handelnder grundsätzlich nicht infrage, sondern kann stets nur der Leidende sein. Kriege ich Rheuma oder fallen mir die Haare aus, so nicht deshalb, weil mein Körper den Gang aller Dinge geht, denn weder ich noch mein Körper können der Verursacher von irgendwas sein, sondern das muß an den Dioxinen und der übrigen Schadstoffbelastung liegen.

Auch natürliche Vorgänge verwandeln sich also, wenn das Subjekt seinen Subjekt-Status verleugnet, in finstere Machenschaften, und es findet etwas statt, was man als Rückkehr des Animismus bezeichnen könnte, wobei die Vorstellung, es würden in den Dingen böse Geister hausen, sich mit naturwissenschaftlicher Halbbildung zu jenem unauflösbaren Gemisch verbindet, welches der Form nach die Blut- und Rassetheorien der Nazis ebenso waren, wie es die heute kursierenden Theorien über die Unvermeidlichkeit der Klimakatastrophe sind.

**Freudlos aus Verantwortungslosigkeit**

Im Zustand permanenter Unzurechnungsfähigkeit entfällt mit dem Risiko, für seine Taten bestraft zu werden, allerdings auch die Möglichkeit, sich Leistungen als eigene zuschreiben, auf sie stolz sein, durch sie Befriedigung finden zu können, und vielleicht liefert die Preisgabe des Subjekt-Status auch die Erklärung dafür, daß die Deutschen ein offenbar unstillbares Verlangen danach haben, sich selbst zu verwirklichen, sich selbst einzubringen oder persönlich etwas zu gestalten. Gerade weil der Grundsatz »Jeder ist sich selbst ein Würstchen« (Adorno) das praktische Handeln aller lenkt, ist und war die Selbstverwirklichung ein deutsches Massenbedürfnis seit den Tagen der ersten Jugendbewegung. Obendrein wird einer, der zu seinem 'bundle of perception' nicht 'Ich' sagen kann, unter allen Bedingungen unzufrieden und leidend sein, weil die Bedürfnisbefriedigung ein Ich voraussetzt, welches Entscheidungen trifft: Ich muß mich entscheiden, ob ich nach Abwechslung oder nach Bewegung hungere, weil ich im Kino stillsitzen muß und beim Spazierengehen nichts Sensationelles zu sehen bekomme. Demgegenüber scheinen besonders die Deutschen unter einer chaotischen, unorganisierten Bedürfnisstruktur zu leiden, unter der Unfähigkeit, sich selbst wenigstens kurzfristig auf bestimmte Wünsche oder Ziele festzulegen. Was im Alltag oft nervt, die logische Inkonsequenz des Gejammers von Leuten beispielsweise, die in der Stadt unter Lärm oder schlechter Luft und im Vorort unter der Öde dort zu leiden meinen, prägt selbst die Meinungen über Politik. Gleichzeitig, und mit beinahe gleicher Intensität, will man beispielsweise die Wiedervereinigung haben und den gewohnten Lebensstandard behalten, man möchte das eine tun und das andere dabei nicht lassen, wie Kinder, die es noch nicht begriffen haben, daß man die Schokolade nur aufessen oder aufsparen kann, aber nicht beides zugleich.

**Konkurrenzneid**

Damit wiederum dürfte sich die Neigung verschärfen, welcher die Unfähigkeit zum Gebrauch der Dinge entstammt, die Neigung, die Welt hauptsächlich in den Kategorien von Konkurrenz und Machtgefälle zu erleben. Wenn nämlich das Ding absolut genommen nicht zählt, bleibt nur die Relation übrig. Wenn mir mein Leben grundsätzlich nicht gefällt, weil ich nichts und niemanden mögen kann, meine Kinder nicht, meinen Beruf nicht, meine Wohnung nicht, und am allerwenigsten mich selber, muß ich dies Leben ausschließlich nach Maßgabe seines Rangplatzes auf der Einkommens- oder Machtskala beurteilen. Weil es auf jeder Stufe der Hierarchie aber welche gibt, die höher stehen und mehr haben, wird der Rangvergleich relativ unabhängig von der materiellen und sozialen Lage oder von der Schichtzugehörigkeit zur permanenten Frustration und zur Entwicklung verhaltener rebellischer Impulse gegen die gesellschaftliche Ordnung führen, wie sie für den faschistoiden Charakter typisch sind.

Wenn die Deutschen Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit für ihre Nationaltugenden halten, so basiert dies falsche Selbstbild in der Regel auf maßlosem Ehrgeiz. Der 50jährige rechtsradikale Schichtarbeiter, der insgeheim mit einer richtige Karriere in der Politik liebäugelt, oder die gleichaltrige Mittelständlerin, die erstmals in ihrem Leben Ballettunterricht nimmt – sie werden sich beide Anspruchslosigkeit und Bescheidenheit attestieren, weil der eine nicht Minister ist und die andere nicht auf der Bühne steht. Wie die Deutschen in Wahrheit nicht mögen, was sie ihre Heimat oder ihr Vaterland nennen, so hängen sie auch nicht an ihrer Schicht oder überhaupt an ihrer sozialen Lage und den mit ihr verbundenen Lebensgewohnheiten. Sie haben daher, wenn sie sich selbst im Vergleich mit anderen beurteilen wollen, keinen realistischen Maßstab, sie sind als Privatpersonen wie als Nation nie saturiert. Wie es keine ausgeprägten proletarischen, mittelständischen oder individuellen Bedürfnisstrukturen gibt, die es berechenbar machen, worauf jemand nicht verzichten und was er gar nicht haben wollen würde, so besitzen die Deutschen als Nation keine halbwegs klar umrissenen Ziele. National zu empfinden heißt für sie, sich gleichzeitig als Opfer der Polen und als den Amerikanern ebenbürtig, wenn nicht überlegen zu fühlen.

**Angst vor der Macht**

Wie der Deutsche heute seines Lebens nicht froh wird, so wurde das deutsche Bürgertum seiner politischen Macht nicht froh, die es auch gar nicht haben wollte. Seit dem Vormärz schon waren die deutschen Bürger der Mob, welcher die Herrschaft nicht selber antreten, sondern sie einem anderen antragen will. Mehr der Not als dem freien Willen gehorchend griffen sie 1918 selber zu, als die Gefahr bestand, daß andernfalls die Kommunisten bekommen hätten, was der Kaiser nicht mehr halten konnte, und bei der erstbesten Gelegenheit gaben sie die ihnen mehr zugefallene als von ihnen eroberte Macht an den Führer ab.

Nie erkämpfte das deutsche Bürgertum sich soviel Machtbewußtsein, Entscheidungsfreude und Zuversicht, wie der Job an der Spitze nun mal erfordert. Weltuntergangsgestimmt vom ersten Augenblick an, gab es sich volkstümlich, leutselig und bescheiden, sein gesellschaftliches Privileg erfüllte nicht, wie in anderen Ländern, auch den Zweck, den Ausgebeuteten Souveränität und Luxus vorzuführen, die zu erstreben das Recht eines jeden ist und die in einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft alle genießen würden. Fast könnte man sagen, daß die deutsche Gesellschaft schon seit der ausgebliebenen bürgerlichen Revolution eine subjektlose und vaterlose war, weshalb dann die Väter, Feldwebel, Führer und andere Subjekte, wenn sie sich in Positur warfen, immer wie schlechte Laienschauspieler wirkten, die den Mangel an Darstellungskunst zu verbergen suchten mittels Gehampel und Gebrüll, welches in diesem Fall zusätzlich die eigene Angst übertönen mußte. Nur in Deutschland konnte daher das Wort vom »Willen zur Macht« geprägt werden und Furore machen, weil anderswo keiner verstanden hätte, warum die Selbstverständlichkeit, daß der Machthaber ein solcher sein will, eigens betont und wie eine großartige Entdeckung dargeboten werden muß. Und nur hier, wo die Amöbenhaftigkeit des Menschen als dessen Normalzustand vorausgesetzt wurde, konnte man sich über normale menschliche Fähigkeiten dermaßen wundern, daß ihr Besitzer als Genie bestaunt wurde.

Nicht auszuschließen ist daher, daß die Wiedervereinigung sehr viel tiefer sitzende kollektive Ängste mobilisieren wird als die vordergründige Sorge um die Stabilität der Währung und der Renten, beispielsweise die tiefsitzende alte Angst davor, Macht und Verantwortung übernehmen zu müssen, mit dem Effekt, daß die Überforderten panikartig nach der Entlastung suchen, die ihnen ein seine eigene Panik überspielender Führer verspricht. Der Anschluß der DDR an die BRD könnte dann zum Modell für eine gesamtdeutsche Lösung der Machtfrage dergestalt werden, daß abermals eine Regierung, nur diesmal eben die gesamtdeutsche, die Geschäfte mit dem Ausdruck der Erleichterung an den Nächstbesten übergibt, der sie haben will und dafür der Bevölkerung eine Extraration Bananen verspricht.

Nachträglich scheint das Erfolgsgeheimnis der deutschen Nachkriegsgeschichte die Tatsache zu sein, daß einer Nation, die keine zur ihrer politischen Führung befähigte Klasse besitzt, die volle Souveränität erspart blieb. Als Kollektiv ähneln die Deutschen einer Person, welcher es nicht gelang, im richtigen Alter erwachsen zu werden, und deren viel zu späte Emanzipationsversuche dann etwas Psychopathisches an sich haben und mit fataler Konsequenz in noch größere Abhängigkeit zurückführen, wie bei jenen unglücklichen Verbrechernaturen, bei denen das eigentliche Tatziel nicht die Millionenbeute, sondern der Gefängnisaufenthalt ist, weshalb sie erst richtig rabiat werden, wenn man sie mit Nachsicht

behandelt. Man fühlt sich jedenfalls, wenn man die Propaganda für nationale Souveränität und Identität und Selbstbestimmung hört, an die vielen hier erinnert, die im stolzen Alter von 40 oder 50 Jahren mit der Aufarbeitung ihrer Pubertätskonflikte und der Emanzipation von ihren Eltern beginnen, und die es nicht zu merken scheinen, daß Versäumtes sich nicht beliebig nachholen läßt, daß also ein 50jähriger sich durch die Beschäftigung mit seinen Eltern nicht von ihnen emanzipieren, sondern nur kindisch werden kann.

**Faschistisch aus Angst und Schwäche**

Statt sich der Gesellschaft als die sie politisch beherrschende Klasse entgegenzustellen, wie dies ihrer Rolle im Produktionsprozeß entsprochen hätte, versuchte die deutsche Bourgeoisie stets, in dieser Gesellschaft unterzutauchen, und der Grund für die Volkstümlichkeit war derselbe, aus dem sich die Revolution gegen Kaiser und Fürsten verbot. Hannah Arendt schreibt: »In seinem fieberhaften Bemühen, es dem Adel nach- und gleichzutun, hatte das deutsche Bürgertum noch nicht einmal den Mut, sich von den unteren Klassen des eigenen Volkes ideologisch zu distanzieren, obwohl dies faktisch natürlich schon durch die Einführung des Privilegs der Bildung und eben das Bildungsphilistertum geschehen war.« Die Verzagtheit von Machthabern wiederum, welche Angst vor der offenen Ausübung ihrer Klassenherrschaft hatten, war der Grund für die Aggressivität der deutschen Außenpolitik und dafür, daß das Wort 'Rasse', welches als politischer Kampfbegriff ursprünglich soviel wie 'Klasse' meinte, in Deutschland eine seltsame Bedeutung bekam: »Wie der Rassebegriff der französischen Aristokratie dazu bestimmt war, das Volk zu spalten und daher eine Bürgerkriegswaffe werden konnte, war das völkische Nationalbewußtsein der Deutschen, in dessen Rahmen der spezifisch deutsche Rassebegriff erwuchs, dazu bestimmt, die Einheit des Volkes nach außen zu sichern; er konnte daher vor allem für nationale Kriege mobilisiert werden.«3

Analog dazu steht zu befürchten, daß ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein wieder ein völkisches mit allen Konsequenzen werden wird, eben deshalb, weil es keine zur Herrschaft befähigte Klasse gibt, die aufs Paktieren mit dem Mob verzichten würde.

Anmerkungen

1) Die Gefahren der Volkszählung wurden gern unter Verweis auf das Dritte Reich beschworen, wo der Unterdrückungsapparat in der Tat auf vielerlei Archivmaterial zurückgreifen konnte. Daß die Vernichtungsmaschinerie auf das Archivmaterial gar nicht angewiesen war, bewies sie dort, wo sie die meisten Opfer forderte, in Polen und generell im Ausland. Auch in Deutschland selber aber war auf die Nachbarn mehr Verlaß als auf die Akten der Gestapo. Die Volkszählungsbespitzelungs-Paranoia erfüllte eben auch den Zweck, den Nationalsozialismus nachträglich als volksfremden Big Brother erscheinen zu lassen.

2) Jan Philipp Reemtsma: Baustein zu einer Konstruktion des sozialen Unbewußten in der BRD

3) Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Tb-Ausgabe 1975, Band 2: Der Imperialismus, S. 81

Konkret 07/90, S. 44

**Regine Geraedts**

# Männerjustiz und Genokratie

**Daß die Einführung des genetischen »Fingerabdrucks« in das Strafverfahren vor allem den Frauen nütze, weil mit seiner Hilfe Vaterschaften bestimmt und Vergewaltiger überführt werden könnten, ist eine leicht zu widerlegende Behauptung. Mit ihr wird in Wahrheit die These einer genetischen Bedingtheit von Kriminalität und abweichendem Verhalten plausibilisiert. Schon diskutieren Wissenschaftler die Einrichtung von Erbgutkarteien, in denen die genetischen Daten aller Neugeborenen gespeichert werden sollen. Damit könnten, so die Begründung, schließlich alle zukünftigen Täterinnen und Täter präventiv erfaßt werden**

»Gentest für Verbrecher – Eindeutige Identifikation nach Vergewaltigung«, mit diesem Aufmacher, der beispielhaft für andere steht, lenkte die »Süddeutsche Zeitung« im Februar 86 die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein neues, ein gentechnologisches Verfahren in der Strafverfolgung. Die Schlacht um die Akzeptanz der Genomanalyse im Strafverfahren – verharmlosend gern als »genetischer Fingerabdruck« bezeichnet – wird vor allem mit Hilfe der Medien geschlagen. Wieder einmal sind es besonders Frauen, an denen Mann Nutzen und »Chancen« der Gentechnologie zu demonstrieren versucht. Vergewaltigungsopfer sollen die Einführung des »DNA-Fingerprinting« legitimieren. Und da bedient man sich gern besonders brutaler und damit medienwirksamer Gewaltdelikte gegen Frauen. Aktuellstes Beispiel der Promotionskampagne ist die Verurteilung eines Vergewaltigers und Mörders in Münster Anfang des Jahres. Auch die »TAZ« beteiligte sich unter der Überschrift »Genetischer ‘Fingerabdruck' überführte Frauenmörder« eifrig und unkritisch am Propagandafeldzug.

Nun kann sicher niemand behaupten, die bundesdeutsche Justiz und ihr bewaffneter Arm, die Polizei, seien Freunde und Helfer der Frauenbewegung. Durch besondere Frauenfreundlichkeit haben sie sich noch nie ausgezeichnet, ganz im Gegenteil. Auf den Polizeiwachen und in den Gerichtssälen sehen sich Frauen tagtäglich paternalistischer Ignoranz, sexistischer Diskriminierung und demütigender Behandlung ausgesetzt. Die Einrichtung einer immer wieder von Frauen geforderten Sonderabteilung für Vergewaltigungsdelikte bei Polizei und Staatsanwaltschaft scheiterte bisher zumeist am männlichen Widerstand in den Behörden. Und wenn sich diese Justiz nun einer Methode bedient, die direkt den Labors der Gentechnologen entstammt, und darüber hinaus schwärmt, »ihr Menschheitstraum« (der für uns bisher allemal ein Alptraum war) gehe in Erfüllung (siehe »Spiegel« 33/89), dann ist höchste Vorsicht geboten. Was also ist dran an der Technik, die als der Beginn einer »neuen Dimension« in der Kriminalistik gehandelt wird (BKA), und was steckt dahinter?

## Das Verfahren

Der genetische »Fingerabdruck« ist Abfallprodukt des gigantischen Projekts der Genomanalyse. Die Erbsubstanz (das Genom) des Menschen wie der allermeisten Lebewesen besteht aus DNA, einem riesigen Molekül, das sich aus nur vier Grundbausteinen zusammensetzt: den Basen Adenin, Cytosin, Guanin und Thymin. Der DNA-Doppelstrang mit seiner spezifischen Struktur, die man sich wie eine spiralig angeordnete Strickleiter vorzustellen hat, entsteht dadurch, daß jeweils Adenin und Thymin bzw. Cytosin und Guanin zweier Einzelstränge durch Wasserstoffbrücken miteinander verbunden werden und als Basenpaare zusammenhalten.

Um auf diesem Riesenmolekül einzelne Gene isolieren zu können, ist Ende der 70er Jahre ein ebenso trickreiches wie kompliziertes Verfahren entwickelt worden. Mit Hilfe spezieller Enzyme, sogenannter Restriktionsenzyme, wird die gesamte DNA an Stellen mit bestimmter Basenfrequenz aufgeknackt. Dabei entstehen Hunderttausende von Fragmenten unterschiedlicher Länge. Diese Bruchstücke werden durch Gelelektrophorese ihrer Größe nach sortiert (die in Lösung elektrisch geladenen DNA-Fragmente wandern unter dem Einfluß eines elektrischen Feldes durch ein Gel, das wie ein Sieb funktioniert. Je größer das Molekül, desto kürzer die Wegstrecke, die es zurücklegt) und die Doppelstränge zu Einzelsträngen aufgetrennt. Gibt man nun einen zu dem gesuchten DNA-Abschnitt genau gegengleich aufgebauten Einzelstrang hinzu – im Fachjargon DNA-Sonde genannt – dann geht der an genau der Stelle eine Bindung ein, an der sein Gegenstück im Gel fixiert ist. Ist die DNA-Sonde radioaktiv markiert, so läßt sie sich zusammen mit dem gesuchten Abschnitt der menschlichen DNA auf einem Röntgenfilm sichtbar machen.

Etwa sieben Milliarden Basenpaare umfaßt die menschliche DNA. Die Anzahl der Gene, also der informationstragenden, sogenannten kodierenden Bereiche wird mit ungefähr 50.000 angenommen. Jedes soll durchschnittlich aus 1500 Basen bestehen. Bleibt ein Rest von immerhin mehr als sechs Milliarden Basenpaaren, und der stellt die ehrgeizigen Genomforscher vor ein schier unlösbares Rätsel. Auf mehr als 90 Prozent der DNA können sie weit und breit nicht das winzigste Gen entdecken. Da kriegen sie keinen naturwissenschaftlichen Sinn rein. »Junk-DNA« sei das, Müll also, schimpfen sie verächtlich, nichts als eine »weite Wüste«, in der sich die Gene wie »kleine Oasen« ausnähmen.

Doch seit der Erfindung des genetischen »Fingerabdrucks« durch Alec Jeffreys ist die Wüste nun wenigstens zu etwas nutze, wenn man sie schon nicht versteht. Jeffreys entdeckte nämlich 1985 in den »nicht-funktionellen« DNA-Bereichen

kurze, sich wiederholende Basensequenzen, die sogenannten »Minisatelliten«, die über das gesamte menschliche Genom verstreut sind.

Jeffreys, der an der englischen Universität Leicester eigentlich an der Erforschung genetisch bedingter Krankheiten arbeitete, fand eine DNA-Sonde, die die Minisatelliten nach dem in der Genomanalyse üblichen Verfahren abbilden kann. Das für jeden Menschen einzigartige Verteilungsmuster der Minisatelliten auf der DNA wurde so fürs bloße Auge sichtbar. Auf einem Röntgenfilm zeichnet es sich als ein Bandmuster ab, das mit dem Strichcode auf Waren im Supermarkt fatale Ähnlichkeit hat. Seine Entdeckung nannte Jeffreys verharmlosend, aber geschäftstüchtig, »genetischer Fingerabdruck« und ließ sich die Technik patentieren.

**Ein Rückblick**

In die Schlagzeilen geriet der genetische »Fingerabdruck« erstmals 1987. Nachdem in einem Provinzdorf nahe der Universitätsstadt Leicester ein fünfzehnjähriges Schulmädchen vergewaltigt und ermordet worden war, wurden 6000 nach Raster selektierte Männer aus der Umgebung zu einem »freiwilligen« Bluttest genötigt. Die aus den Blutproben isolierte DNA sollte mit der des Spermas des Täters verglichen werden. Mehr als 5500 Männer, die sich allesamt unversehens mit einem Mordverdacht konfrontiert sahen, traten schließlich tatsächlich zu dem genetischen Massenscreening an, um ihre Unschuld zu beweisen. Der Mörder war nicht darunter.

Trotz dieses Mißerfolgs wurde der genetische »Fingerabdruck« in der internationalen Presse schnell als »neue Waffe der Justiz im Kampf gegen das Gewaltverbrechen« bejubelt und gefeiert. Denn künftig, so hieß es, brauche man nur noch ein Tröpfchen Blut, eine Spur Sperma, ein Hautfetzchen oder ein verlorenes Haar am Tatort zu finden, um einen Täter zweifelsfrei identifizieren zu können. Begeisterung löste Jeffreys Verfahren auch im zivilrechtlichen Bereich aus. Der Nachweis von Vaterschaften sei nun auch in strittigen Fällen unproblematisch, meinten die Experten. Weil sich die Minisatelliten stabil nach den Mendelschen Regeln vererben, setzt sich das DNA-Bandmuster eines Kindes immer aus dem der Mutter und dem des leiblichen Vaters zusammen, was dessen eindeutige Identifizierung in allen Fällen möglich mache.

Das »DNA-Fingerprinting« hatte einen neuen Markt eröffnet. Der britische Pharma- und Chemiegigant ICI sicherte sich flugs die Patentrechte für das gewinnträchtige Zukunftsgeschäft, und nur eineinhalb Jahre nach der Veröffentlichung der Technik durch Jeffreys lief die industriell organisierte Gewinnung der »Fingerabdrücke« in speziellen Labors der ICI-Tochter Cellmark Diagnostics an. Als potentieller Kundinnen- und Kundenkreis wurden Mütter anvisiert, die zahlungsunwillige Väter in die finanzielle Pflicht nehmen wollten, Vergewaltigungsopfer und ihre Anwältinnen und Anwälte und natürlich Polizei und Staatsanwaltschaft.

Weil der »Genetische Identifizierungsservice« durchaus erschwinglich für die angepeilten Zielgruppen war – ein Test ist schon für umgerechnet 360 Mark zu haben – florierte das Geschäft prächtig. Innerhalb der ersten Monate wurden von Cellmark mehr als 1500 DNA-Analysen auf Bestellung angefertigt, wenn auch vorwiegend für einen Kundinnen- und Kundenkreis ganz anderer Art. Immigrantinnen und Immigranten versuchten durch den genetischen »Fingerabdruck« den unanfechtbaren Nachweis von Verwandtschaftsbeziehungen zu erbringen, der ihren Angehörigen den legalen Zuzug nach Großbritannien ermöglichen sollte. Doch schon bald verweigerten die rassistischen Ausländerbehörden in England die Anerkennung der DNA-Analyse als Beweismittel. Gleichzeitig aber hielt der genetische »Fingerabdruck« triumphalen Einzug in englische Gerichtssäle. In Hunderten von Strafverfahren fand die neue kriminalistische Technik Eingang und führte schließlich 1987 erstmals zu einer Verurteilung. ICI expandierte und machte sich auf dem nordamerikanischen Markt breit, andere Anbieter folgten.

Doch der leuchtende Stern am Himmel der Kriminalistik begann jäh zu sinken, als im letzten Jahr zunächst in den USA harsche Kritik am Verfahren laut wurde. Die kam nicht etwa von Gegnerinnen und Gegnern der Gentechnologie, sondern aus den Reihen der Wissenschaftler selbst, die lautstark ihre Zweifel an der Seriosität der Methode bekundeten. Die wissenschaftliche Kontroverse um die Beweiskraft des genetischen »Fingerabdrucks« entzündete sich an einem als »Castro-Case« in die Literatur eingegangenen Mordprozeß. Die in diesem Fall mit der DNA-Analyse beauftragte Firma mit dem interessanten Namen »Lifecode« hatte die DNA-Strichcodes des Täters und des Tatverdächtigen kurzerhand als identisch interpretiert und Abweichungen der Einfachheit halber zu »Verunreinigungen« erklärt. Von »genetischer Kaffeesatzleserei« war in der Kritik die Rede, und die Wissenschaftler forderten klare Richtlinien und Validitätskontrollen für die Interpretation der Strichcodes. Ein Jahr bevor dieser Streit entbrannte, im Sommer 1988 nämlich, war in den USA das erste Todesurteil aufgrund eines genetischen »Fingerabdrucks« gefällt worden.

Der Gen-Euphorie bei Polizei und Gerichten in der BRD tat das keinen Abbruch. Schließlich hatten die us-amerikanischen Kollegen nicht die Technik an sich, sondern nur die ungenügend standardisierte Auswertung des Befunds bemängelt. Der Leiter der Abteilung Kriminalistik des BKA, Wolfgang Steinke, wischte die Kritik mit einem einzigen Satz vom Tisch. »Bei uns wird nicht geschlampt.«

Zum ersten Mal waren die bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden im Sommer 1988 mit der neuartigen Identifizierungstechnologie an die Öffentlichkeit getreten. »Genetischer Code führte zu Haftbefehl«, so titelte die »Frankfurter Rundschau« damals. Auch in diesem Fall ging es um eine spektakuläre Vergewaltigung und Mord. In einer eigens einberufenen Pressekonferenz gab die Staatsanwaltschaft feierlich bekannt, die Anklage gegen den Tatverdächtigen basiere vor allem auf dem genetischen »Fingerabdruck«. In aller Stille war eine DNA-Analyse bei ICI in England in Auftrag gegeben worden, die den Angeklagten mit »hoher Wahrscheinlichkeit« als den Täter auswies. Derart in die Enge getrieben, legte der Beschuldigte ein Geständnis ab, bevor der Prozeß in die bundesdeutsche Kriminalgeschichte eingehen konnte, wie die ehrgeizige Staatsanwaltschaft gehofft hatte. Und Christian Ströbele, der als Anwalt an dem Verfahren beteiligt gewesen war, wurde durch das schnelle Geständnis seines Mandanten daran gehindert, als Kritiker einer Einführung der Gentechnologie in das Strafverfahren in Aktion zu treten. Stattdessen blieb der zweifelhafte Ruf an ihm hängen, daß er Vergewaltiger verteidigt.

Allein das BKA konnte das Medienspektakel für seine Selbstdarstellung nutzen und stellte publikumswirksam seine bis dahin im Verborgenen durchgeführten Experimente mit dem »DNA-Fingerprinting« vor. In Zusammenarbeit mit den Landeskriminalämtern von Baden-Württemberg und Berlin hatte es nämlich schon längst damit begonnen, eigene Labors aufzubauen – derweil eine Anhörung zu den Risiken der Genomanalyse im Strafverfahren vor dem Rechtsausschuß des Bundestages immer wieder hinausgezögert wurde. Seit Oktober 89 kann nun die bundesrepublikanische Justiz von dem genetischen Identifizierungsprogramm im eigenen Hause Gebrauch machen, und noch in diesem Jahr sollen die LKAs aller Bundesländer mit entsprechenden Labors nachgerüstet werden.

Die Infrastruktur steht also schon, und damit alles seine Ordnung hat, muß nun noch ein Gesetz her, das den Einzug der Gentechnologie ins Strafverfahren »klar, ausgewogen und vernünftig« regeln und vor allem die »in weiten Teilen der Bevölkerung anzutreffenden, mit der Gentechnik ganz allgemein verbundenen Befürchtungen« beschwichtigen soll (Bundesjustizminister Engelhard). Doch dieweil Engelhard sein Ministerium noch über ein solches Regelwerk brüten läßt, bedienen sich Richter und Staatsanwälte der umstrittenen Technik bereits ungeniert. Nachdem in der Umgebung von Münster zwei junge Frauen vergewaltigt und getötet worden waren, wurde der mutmaßliche Täter Anfang des Jahres aufgrund seines genetischen »Fingerabdrucks« zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

**Hilfreiche Gentechnologie**

Zukünftig soll es für uns Frauen also leichter sein, uns von den Männern, die die Vaterschaft leugnen, um sich um die Zahlungen herumzudrücken, den Unterhalt für unsere Kinder zu sichern. Und Vergewaltiger, so wird uns weisgemacht, können dank des genetischen »Fingerabdrucks« endlich dingfest gemacht und hinter Schloß und Riegel gebracht werden. »Für die betroffenen Frauen«, so das Fazit einer Journalistin in der »Süddeutschen Zeitung« vom Februar 1986, »bringt der Einzug der Gentechnik ins gerichtsmedizinische Labor sicher Vorteile«.

Ja wirklich?

Was die Vaterschaftsgutachten anbelangt, so ist es in der Vergangenheit nur in etwa 4 Prozent der Fälle nicht möglich gewesen, den Vater mit Hilfe der herkömmlichen Blutuntersuchungen eindeutig zu identifizieren. »Wenn wir eine frische Blutgruppe haben, brauchen wir zwecks Individualisierung keine Gentechnik«, so der Blutgruppengutachter Henke bei der Expertenanhörung vor dem Rechtsausschuß des Bundestages. Nur in einem Bruchteil der Fälle wäre die Identifikation per DNA-Analyse also überhaupt interessant. Und der aufreibende Rechtsweg, Unterhaltsansprüche gegen einen zahlungsunwilligen Vater einzuklagen, bleibt ohnedies keiner Frau erspart.

Auch bei Gewaltdelikten gegen Frauen sieht die Bilanz nicht anders aus. Nur in wenigen Fällen ist der Nachweis der Täterschaft durch konventionelle biochemische Methoden nicht möglich. Und im Strafprozeß selbst bringt der genetische »Fingerabdruck« den Opfern schon gleich gar keine Erleichterungen. Denn auch der DNA-Analyse gelingt allenfalls der Täternachweis, nicht aber der Tatnachweis. Und das macht einen gewaltigen Unterschied, denn es bedeutet, daß noch immer die vergewaltigte Frau den Beweis erbringen muß, daß es sich tatsächlich um eine Vergewaltigung gehandelt hat. Und mit der Masche: »Die hat es doch eigentlich auch gewollt«, werden sich weiter viele Männer vor Gericht aus der Affäre ziehen können.

Doch damit nicht genug. Wenig bekannt ist bisher, daß nicht nur der Verdächtige, sondern auch sein Opfer regelmäßig in die gentechnische Untersuchung einbezogen wird – zur »Validitätskontrolle«, wie es so schön heißt. »Entscheidend für die Interpretation der Befunde«, so der Rechtsmediziner Rittner, »ist die parallele Untersuchung der DNA des Opfers«. Eine vergewaltigte Frau wird also zukünftig nicht nur durch die peinlichen Fragen von Richter und Staatsanwalt genötigt werden, sehr Intimes offenzulegen, sie wird darüber hinaus gezwungen sein, dem Gerichtsmediziner ihre Gene preiszugeben. Im Dunstkreis des Männerbundes Justiz wird schon heute darüber spekuliert, ob gentechnische Methoden nicht auch zur Überprüfung der Glaubwürdigkeit von Zeuginnen und Zeugen einsetzbar seien.

Sexuelle Gewalt wird durch den genetischen »Fingerabdruck« nicht abgeschafft, ja nicht einmal in ihrem Ausmaß beschränkt. »Hilfe« für Frauen in der immerhin zweifelhaften Form von Gefängnisstrafen für die Täter kommt erst, wenn es schon zu spät ist. Doch die Angst vor Vergewaltigung wird von Gentechnologen und ihren Spießgesellen von Polizei und Justiz geschickt genutzt, um gesellschaftliche Akzeptanz für das brisante Pärchen Gentechnologie und soziale Kontrolle herzustellen.

**Der »genokratische Polizeistaat«**

Den Kritikerinnen und Kritikern der Genomanalyse im Strafverfahren wird gern das Argument entgegengehalten, der genetische »Fingerabdruck« werde schließlich nur von den Abschnitten der DNA hergestellt, auf denen sich keine Gene, sprich keine Informationen befänden. Die Analyse sei also »persönlichkeitsneutral« und deshalb völlig unbedenklich. »So wie man mit dem Hautleistenmuster der Fingerbeere (klassischer Fingerabdruck) nicht die gesamte Persönlichkeit erfassen kann«, verharmlost eine Forschergruppe des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München, die im letzten Jahr eine der Technik Jeffreys sehr ähnliche, eigene Methode entwickelt hat und inzwischen über die Firma Fresenius vermarkten läßt, »so ist es auch anhand des genetischen Fingerabdrucks nicht möglich, z.B. auch nur auf einzelne Charaktereigenschaften zu schließen«. Auch der Leiter der Abteilung Kriminalistik des BKA, Wolfgang Steinke, beschwichtigt, mit der DNA-Analyse sei es unmöglich, persönlichkeitsspezifische Merkmale zu erfassen. »Wir wollen das nicht, und wir können das nicht«, so einfach ist das für Steinke. Und schließlich, rechnen uns Kriminalisten und der Gesetzgeber vor, könne mit Hilfe des genetischen »Fingerabdrucks« »eine Person mit wesentlich höherer Wahrscheinlichkeit als Spurenleger festgestellt oder ausgeschlossen werden« als nach herkömmlichen Untersuchungsmethoden, und allein darauf käme es an.

Doch die gentechnologische Forschung hat ihre eigene Dynamik, und die hat diese Argumentation längst schon zum Anachronismus gemacht. Tatsächlich haben sich die Wissenschaftler bereits in die kodierenden Bereiche der DNA vorgewagt, um eine Alternative zu Jeffreys Methode in die Hand zu bekommen. Einer von ihnen ist Professor Rittner vom Mainzer Institut für Rechtsmedizin. Er arbeitet an einer Methode, die sich der informationstragenden Sequenzen des Erbguts bedient, um, so legitimiert Rittner seine Forschung, eine exaktere und sicherere Zuordnung von DNA-Mustern zu ermöglichen.

Tatsächlich ist die Mutationsrate bei den Genen sehr viel geringer als bei den dazwischenliegenden nicht-kodierenden Abschnitten der DNA, und die Wahrscheinlichkeit, daß sich bei der Weitergabe der Basensequenzen der Gene von Eltern auf Kinder verfälschende Veränderungen einschleichen, nimmt demzufolge ab. Das »Sicherheitsargument« wird schon in absehbarer Zeit dafür sorgen, daß eine Analysetechnik im Strafverfahren Fuß fassen wird, die Untersuchungen der menschlichen Gene einschließt und weit über die bloße Identifizierung eines Tatverdächtigen hinausgeht. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind in dem Anfang des Jahres vorgelegten Diskussionsentwurf für die gesetzlichen Regelungen zum genetischen »Fingerabdruck« aus dem Hause Engelhard bereits gelegt. Dort heißt es nämlich: *Steht mit dem DNA-Fingerprinting eine Methode zur Verfügung, die für das Strafverfahren wesentliche Erkenntnismöglichkeiten bietet, so erscheint es zur Erfüllung der staatlichen Aufgabe einer effektiven Strafverfolgung geboten, diese Methode im Strafverfahren auch zu nutzen.*

Mit anderen Worten, was machbar ist, muß auch erlaubt sein – wenn es denn der Wahrheitsfindung dient. Weiter steht da zu lesen: *Die Untersuchung darf sich nicht auf die Bereiche des menschlichen Genoms erstrecken, die Aufschluß über Erbanlagen, Krankheiten, Krankheitsanlagen oder sonstige persönliche Merkmale des Beschuldigten geben können; dies gilt nicht für äußerlich sichtbare Körpermerkmale.*

Die Brisanz verbirgt sich in dem letzten Halbsatz, der die kodierenden Bereiche der DNA ausdrücklich für Schnüffeleien freigibt. Daß den Herren in ihren Erläuterungen peinlicherweise kein anderes Beispiel für solche »Körpermerkmale« einfällt als ausgerechnet die Hautfarbe, bedarf keines Kommentars. Im übrigen wird in dem erläuternden Teil zum Gesetzentwurf nachdrücklich darauf hingewiesen, daß mit Einwilligung des Beschuldigten selbstverständlich auch »sonstige gentechnische Untersuchungen« zulässig seien. Und wie man die gesetzlich vorgeschriebene »Freiwilligkeit« herstellt, damit haben die Strafverfolgungsbehörden spätestens seit dem schon erwähnten Massenscreening in England einschlägige Erfahrung.

Bereits heute ist es möglich, auf Grund mancher Erbanlagen Rückschlüsse auf das Aussehen eines Menschen zu ziehen und bestimmte Krankheiten zu diagnostizieren. Doch das ist der internationalen Genomknackerbande noch längst nicht genug. Sie wollen die gesamte menschliche DNA analysieren, entschlüsseln und »kartieren«. Das wohl ehrgeizigste Erbgutprojekt ist das us-amerikanische Human Genome Project (HUGO). Drei Milliarden Dollar wird HUGO mindestens verschlingen, um in spätestens 15 Jahren das gesamte menschliche Genom dechiffriert zu haben. Der Ziehvater des Projekts ist James D. Watson, Entdecker der Struktur des DNA-Moleküls und Nobelpreisträger. Von der Omnipotenz der DNA ist er fanatisch überzeugt: »Wir müssen der Realität ins Auge sehen. Es liegt alles in dieser DNA, und wir werden es herausfinden.« Und weiter: »Ich bin überzeugt, daß (Unmusikalität) genetisch bedingt ist, genauso wie Schizophrenie oder auch Alkoholismus.« Bliebe noch die Kriminalität nachzutragen.

Kriminalbiologische und eugenische Theorien sind seit Lombroso und Galton stets Hand in Hand auf der historischen Bildfläche erschienen. So verwundert es denn auch nicht, daß gerade heute, in einer Zeit, in der die Biologie einen ursächlichen Zusammenhang zwischen sowohl physischen als auch psychischen Erkrankungen und dem Erbgut behauptet, einer Zeit, in der die Eugenik langsam, aber mit Macht wieder Einzug in die Medizin, die Euthanasie Einzug in die »Ethik«debatten hält, daß also gerade heute die Stimmen lauter werden, die meinen, das gesellschaftliche Phänomen Kriminalität biologisch, d.h. genetisch erklären zu können. Hat sich die Genomanalyse im Strafverfahren erst einmal etabliert, dann wird auch offen nach den behaupteten genetischen Ursachen von Kriminalität und abweichendem Verhalten geforscht werden. Was wird in der Zukunft mit denen geschehen, die zu Trägerinnen und Trägern von »Kriminalitätsgenen« erklärt werden?

Material für eine derartige Forschung steht dank der Genomanalyse im Strafverfahren bereits in Fülle zur Verfügung. Einmal konservierte DNA kann jederzeit nachträglich mit (noch zu erfindenden) DNA-Sonden analysiert und die gewünschten Abschnitte können isoliert werden. Das gleiche Land, das sich für drei Milliarden Dollar ein Projekt wie HUGO leistet, investiert gleichzeitig Millionen in die Einrichtung von Datenbanken für den genetischen »Fingerabdruck«. Die erste dieser Erbgutkarteien wird heute in Kalifornien betrieben. Jährlich sollen dort die DNA-Charakteristika von mehr als 8000 sogenannten Gewaltverbrechern eingespeist werden. Das britische Innenministerium bereitet ein ähnliches Projekt vor, und es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann auch die BRD nachzieht. Und wer weiß schon, wer – ob legal oder illegal – Zugang zu den gespeicherten Daten hätte. Der amerikanische Professor James Stars schlug unlängst vor, man könne doch routinemäßig jedem in den USA geborenen Säugling eine Blutprobe entnehmen, die DNA analysieren und den so gewonnenen genetischen »Fingerabdruck« in Datenbanken speichern. Alle zukünftigen Täterinnen und Täter wären dann präventiv erfaßt. Und die Strafverfolgungsbehörden bräuchten nur noch zu warten, bis jene den Kinderschuhen entwachsen sind und endlich die erwartete Tat begehen.

Konkret 07/90, S. 48

**Udo Sierck**

# Alle vs. Behinderte

**Um die 'Liberalität' ihrer Thesen zu unterstreichen, bemühen sich »Euthanasie«-Befürworter darum, die Behinderten in die Tötungsdebatte einzubeziehen**

In der Weimarer Republik erlebte die Krüppelseelenkunde in Deutschland ihren endgültigen Durchbruch. Behinderten Kindern und Erwachsenen wurde von Medizinern, (Behinderten-)Pädagogen und Vertretern der privaten und öffentlichen Fürsorge unterstellt, daß mit der »körperlichen Bewegungshemmung« zwangsläufig das »seelische Krüppeltum« einhergehe. Krüppel galten als krankhaft anmaßend, mißtrauisch, ungerecht, verbittert, nur im Haß leicht zu verbinden und verantwortungslos gegenüber der für sie aufkommenden Gemeinschaft und dem sorgenden Fachpersonal. Die Spezies der intelligenten Krüppel vermute demzufolge überall Gemeinheiten, neige selbst zu hinterhältigem Verhalten und drohe ständig als »Verstandespsychopath« zu enden, hieß es. Diese behinderten Frauen und Männer wollten angeblich aus purer Lust an der überlegenen Stellung, die ihnen die scheinbar berechtigte Unzufriedenheit und wiederholtes Aufbegehren verliehen, unzufrieden bleiben.

Gegen diese diffamierende Charakterisierung ihrer Psyche in wissenschaftlichen und populären Schriften hatten behinderte Menschen keine Chance, sich erfolgreich zur Wehr zu setzen. Ihre Kritik an ihren Lebensumständen, ihre – vereinzelten – Warnungen vor dem Durchbruch eugenischer Bestrebungen wurden nur als ein spannendes Phänomen der verletzten Krüppelseele betrachtet. Ein Phänomen, das nach der Überzeugung der in dem Bereich der Behindertenfürsorge unermüdlich Tätigen die wohltätige Bedeutung und den Gemeinschaftswert ihrer eigenen Arbeit noch unterstrich.

Die Mehrheit der behinderten Frauen und Männer reagierten, wenn ihnen dieser Teufelskreis bewußt wurde, mit Resignation und Überanpassung. Sie taten, was von ihnen verlangt wurde, übernahmen für sich die geltenden Normen und Werte, die vorgaben, wie ein Mensch auszusehen, sich zu bewegen oder zu äußern habe. Gleichzeitig erfolgte die Teilung in »gute« und »schlechte« Behinderte. Wer sich noch anpassen konnte, grenzte sich ab gegen jene 'schwachsinnigen' oder der produktiven Krüppelfürsorge »nicht mehr Zugänglichen«, deren Unnormalität nicht zu überdecken war und die in den Heil- und Pflegeanstalten ihr Dasein fristen mußten. Die Bereitschaft, alles zu tun, um am herrschenden gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, führte dazu, daß nach 1933 sogar Reichsbanne der Hitlerjugend für Körperbehinderte, Blinde und Gehörlose aufgestellt wurden, daß behinderte Erwachsene selbst Entwürfe zur Selektion an die zuständigen Dienststellen der Gesundheits-, Sozial- und Rassepolitik schickten oder als Beisitzer am Erbgesundheitsgericht fungieren wollten, um dort als Fachmann aus Betroffenheit in Kooperation mit den medizinischen Kapazitäten für den korrekten Ablauf der eugenischen Maßnahmen zu sorgen.

Einige Grundzüge der Krüppelseelenkunde haben diese Zeit erstaunlich gut überlebt. Nachdem vor sechs Jahren aus der bundesdeutschen Krüppel- und Behindertenbewegung die Forderung nach der Schließung der humangenetischen Beratungsstellen öffentlich erhoben worden war, waren die Reaktionen derjenigen, die sich angegriffen fühlten, bezeichnend einmütig: Während der eine Humangenetiker ein kommunistisches Pamphlet witterte, fragte sich ein anderer, ob die Autoren der Kritik eine schwere Kindheit durchlitten hätten und wohlmöglich psychisch labil seien. Auf öffentlichen Podiumsdiskussionen werden wir seither von selbstgerechten großen und kleinen Lichtern aus der Berufsgruppe der Genetiker, Mediziner oder Pädagogen – und nicht nur von ihnen und an solch arrivierten Orten – aufgefordert, doch endlich ehrlich zu sein und zuzugeben, daß Behinderung Leid bedeute; wenn diese Aufforderung zur Antwort bekommt, daß behinderte Menschen diejenigen sind, die glücklicherweise durch ihr Anderssein die Langeweile der Normalität durchbrechen, richtet sich auf uns ein diagnostischer Blick, der feststellen möchte, was neben den sichtbaren Auffälligkeiten noch alles in Unordnung geraten ist.

Aus der links-alternativen Ecke kommt derweil der Vorwurf, die 'Behinderung zur Waffe' machen zu wollen, sei ein überholtes politisches Konzept. Als ob die Aktiven aus den Behinderteninitiativen es in den letzten Jahren nicht mühsam gelernt hätten, gerade die Ausläufer der deutschen Studentenbewegung kritisch zu betrachten: auslaufende Protestfiguren oftmals, die uns heute begegnen, wenn sie sich und anderen ihr antiautoritäres Mütchen beweisen müssen und im Namen des ehedem beliebten Tabubruchs und der imaginären Freiheit von Wissenschaft und Lehre die 'Euthanasie'-Forderung vorantreiben. Dabei wird dann auch die Vernichtung bestimmter Menschen zum interessanten Gedankenspiel, das man sich nicht verbieten lassen möchte. Daß die neuaufgelegte 'Euthanasie'-Debatte fortwährend und alle Proteste ignorierend mit realen oder konstruierten Fallbeispielen von behinderten Menschen geführt wird, zeigt allerdings, daß das mörderische Gedankenspiel, soll es popularisiert werden, an vorhandenes Ressentiment anknüpfen muß. Die philosophierenden Geister zwingt das zwangsläufig zu ahnungsloser Arroganz: Nur so ist ihre Aussage zu verstehen, mit behinderten Frauen und Männern könne diese Auseinandersetzung nicht geführt werden, weil diese emotional zu sehr eingebunden seien. Daß die potentiellen Opfer sachlich über Tötungskriterien nachdenken sollen, die einigen von ihnen das Existenzrecht absprechen, ist indes die wirklich abstruse Vorstellung, die aber dennoch fraglos hingenommen wird.

Denn die geschickte, wahrscheinlich aber schon in die ganz selbstverständlichen Denkstrukturen eingefügte Diskreditierung und Verächtlichmachung radikaler Positionen von Behinderteninitiativen hat den Effekt, daß weder die Verfechterinnen und Verfechter der 'Euthanasie' noch die Praktikerinnen und Praktiker der Humangenetik ihr Selbstverständnis in Frage zu stellen brauchen. Sie stützen sich auf die Meinung der Mehrheit, ohne darüber stolpern zu müssen, daß das (Existenz-)Recht gesellschaftlicher Minderheiten nicht per Mehrheitsbeschluß verweigert werden darf. Daß kollektive Erschütterung und volksgemeinschaftliches Entsetzen demonstriert wurden, als immer neue Berichte das langsam-qualvolle Sterben behinderter Kinder im fernen Rumänien anprangerten, widerspricht dem nicht. Denn die gleichen Kommentatoren erhoben den Umstand zum Skandal und zur Ursache der Tötungen, daß unter Ceausescu Kinder zur Welt kamen, »auch wenn sich Behinderungen abzeichneten«, wie die »Frankfurter Rundschau« verständnislos monierte, daß also nicht bereits pränatal selektiert wurde. Und niemand nahm daran Anstoß. Kinder-Selektion ist eben nur schlecht, wenn sie unmodern, schmutzig, in dreckigen Asylen und versifften Kliniken praktiziert wird.

Behinderte Menschen, die jenseits der Denk- und Wahrnehmungsschemata und gegen diese argumentieren, können machen, was sie wollen, ihr Standpunkt wird immer interpretiert als Reaktion auf das 'Dilemma' ihrer eigenen Behinderung. Ein Dialog mit den Erbforscherinnen und Erbforschern, 'Mitleidstöterinnen' und '-tötern' wird daher immer eine Fiktion sein, die die gegebenen Machtverhältnisse außer acht läßt. Die behinderten Personen geraten ständig in die Beweispflicht, daß ihr Dasein wertvoll sei. Ein zutiefst unwürdiger, verletzender und indiskutabler Part in der Auseinandersetzung, der bei vertauschten Rollen und Vorzeichen denn auch als undenkbar und absurd bezeichnet werden würde. Der Trend geht dessen ungeachtet dahin, sich den – erzeugten – Anpassungsdruck auf behinderte Menschen zunutze zu machen und sie in die Überlegungen einzubeziehen sowie kritisch an Entwürfen mitarbeiten zu lassen, die darüber befinden, wer von ihnen zuerst in den Katalog der tunlichst zu verhütenden (Erb-)Leiden aufgenommen wird und damit künftig auch zuerst von der Bildfläche der Lebensvielfalt verschwindet. Exemplarisch formuliert wurde diese Wendung der 'Lebensunwert'-Diskussion von dem als links-liberal geltenden Philosophen Ernst Tugendhat. Nachdem er miterleben durfte, wie Behindertengruppen ein Seminar am Philosophischen Institut der Freien Universität Berlin über die Tötungsvorschläge des australischen Philosophie-Professors Peter Singer verhinderten, befand er in einem Beitrag für die »TAZ«: Die Bedrohung, die von dieser Debatte ausgehe, sei durchaus real, keinesfalls abwegig und auch nachvollziehbar. Sie müsse dennoch geführt werden, denn sie sei zwar »im negativen Interesse der Behinderten, sie ist aber zugleich im positiven Interesse aller«. Eine an Deutlichkeit in ihrer parteilichen Vorverurteilung nicht zu überbietende Aussage, die die Behauptung der Philosophen-Zunft, sie würde wertfrei medizin-ethische Probleme erörtern, ad absurdum führt. Um seinen Rückgriff auf das 'gesunde Volksempfinden' – wir alle gegen die belastende soziale Minderheit behinderter Menschen – einigermaßen plausibel zu machen und um der Verantwortung für die tödliche Konsequenz solcher Aussagen sich zu entheben, bietet Tugendhat in seinem Schlußappell die große Koalition an: Es müsse gelingen, in diesen Fragen »die Behinderten wirklich miteinzubeziehen« .

Sollten sich einzelne Behinderteninitiativen oder Selbsthilfegruppen darauf nicht einlassen, ist absehbar, daß die etablierte Behindertenfürsorge mit dem Verweis einspringen wird, daß es unter ihren Mitgliedern unterschiedliche Meinungen gebe. Dieser Opportunismus einem scheinheiligen Liberalismus gegenüber argumentiert so, als ob es tatsächlich eine diskussionswürdige Alternative zum Existenzrecht behinderter Menschen geben könne. Wenn die geplanten bzw. geforderten Richtlinien und Empfehlungen dann noch – wie es üblich geworden ist – den Zusatz 'ethisch' bekommen, läuft die Selektion mit gutem Gewissen und endlich fern von dem historische Assoziationen weckenden, unangenehmen Vorwurf des Täter-Opfer-Verhältnisses. Ausmerze selbstbestimmt – ein alter Traum der staatlichen Sozialhygiene rückt in greifbare Nähe.

An dem einseitigen Bild des Opfers ist zu kritisieren, daß es die Rolle des Ohnmächtigen und Hilflosen festschreibt. Denn obwohl die den Alltag dominierende Normalität eindeutige Hierarchien schafft, sind behinderte Menschen nicht nur Objekte des Geschehens. Es ist im Gegenteil wahrlich verrückt: Die Handvoll behinderter Erwachsener, die vehement den 'Lebensunwert'-Philosophien entgegentreten, haben diese Chance nur, weil sie gelernt haben, sich individuell durchzusetzen. Mit dieser Fähigkeit gelten sie aber als Exponenten des modernen Lebensgefühls, das in extremer Weise auf den Individualismus setzt und soziale Zusammenhänge auflöst, einer Entwicklung also, die der 'Euthanasie'-Idee Vorschub leistet und sie so attraktiv macht. Darüber hinaus werden die sich regenden behinderten Frauen und Männer, ob sie wollen oder nicht, als positive Ausnahmen präsentiert, um desto leichter Anderen den 'unwert'-Stempel auf drücken zu können. Die selbstverständliche Verknüpfung von sozialem Wert und (Arbeits-)Leistung offenbart darin ihre Mechanismen.

Es wird darauf ankommen, wieviele behinderte Menschen sich weigern, das offene oder versteckte Angebot zur Teilhabe an der Definitionsmacht über Existenzrechte und Lebensqualitäten anzunehmen. In den vergangenen Monaten sind einige Kongresse und Seminare, die die Diskussion von Lebensrechten auf die Tagesordnung gesetzt hatten, gestört oder von den Veranstaltern wegen angekündigter Proteste abgesagt worden. Daß bisher nicht zum bewährten Mittel des Polizeieinsatzes gegriffen wurde, liegt nicht an der Entschiedenheit der sich erst langsam findenden demonstrierenden Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen oder an möglichen Skrupeln gegenüber protestierenden behinderten Frauen und Männern: Erst in diesen Tagen wurde im rot-grün regierten Westberlin eine Behinderten-Demonstration für den Umbau des öffentlichen

Nahverkehrs von den Ordnungshütern rücksichtslos und handgreiflich beendet. Vielmehr wird die mit dem verharmlosenden Signet 'Ethik-Debatte' umschriebene Einführung der 'Euthanasie'-Idee nur dann erfolgreich sein, wenn die Fiktion der Selbstbestimmung und Freiwilligkeit aufrechterhalten bleibt. Das Eingreifen der Staatsgewalt würde den Propagandisten der legalen aktiven Sterbehilfe ihr Argumentationsmuster erheblich durcheinanderbringen. Die Forderung an die Gegnerinnen und Gegner der 'Lebensunwert'-Philosophien, sich endlich der Pro- und Contra-Diskussion zu stellen, hat dort derzeit ihren Ursprung und ihren Schwachpunkt. Deshalb können die hier und da entstehenden Anti-Eugenik-Initiativen darauf beharren, den Rahmen zu bestimmen, in dem die Antworten auf die neue 'Euthanasie'-Bewegung gegeben werden.

*Zur Auseinandersetzung mit »Euthanasie« ist gerade der Band »Tödliche Ethik – Beiträge gegen Eugenik und Euthanasie« im Verlag Libertäre Assoziation erschienen. Er hat 90 Seiten und kostet 12,80 Mark*

Konkret 07/90, S. 49

**Oliver Tolmein**

# Demütiger Antifaschismus

(Text ist im Heft Kasten im Artikel von Udo Sierck)

Den Liebhabern von Verschwörungstheorien hat der »TAZ«-Redakteur und Historiker Götz Aly eine kleine Kostbarkeit geliefert: »Stellungskrieg oder Diskussion«, ein Beitrag zur aktuellen Debatte über »Euthanasie«, wie ihn die Würdenträger der katholischen Kirche und die Promoter des australischen Tötungs-Propagandisten Peter Singer besser plaziert und an entscheidenden Stellen unpräziser formuliert sich nicht hätten kaufen können.

In der »TAZ« vom 6. Juni war ein Debattenbeitrag von Prof. Ernst Tugendhat, Unterzeichner der »Erklärung Berliner PhilosophInnen«, erschienen, der einen halben Schritt von Singers Positionen abwich, um die »Euthanasie«-Debatte in der BRD einen Schritt voranzubringen. Aly, der zwar einen Ruf zu verlieren, offensichtlich aber auch einen zu gewinnen hat, sollte, das war angekündigt, Ernst Tugendhats »Euthanasie«-Thesen kritisieren, formulierte in Wirklichkeit aber, bleibt man in seiner eigenen Metaphorik, eine Kampfansage an die »Euthanasie«-Gegner aus der bundesdeutschen Behindertenbewegung: Attacke statt Debatte. Von Stellungskrieg ist bei ihm viel die Rede, von taktischen Manövern; er warnt vor vorschneller »Frontbegradigung«, kritisiert, daß sich manche in Gräben einigeln und will die Offensive: »Ist es nicht lohnend, mit Tugendhat zu versuchen, eine konsistente, nicht allein auf der bröckelnden jüdisch-christlichen Basis begründete Moral zu entwickeln, sich also offensiv auf die Diskussion einzulassen?«

Lohnend – das ist die Sprache der Utilitaristen, deren Philosophie nichts ist als ein Kalkulieren von Interessen: Was bringts unterm Strich? Grenznutzen errechnen und Glücksausbeute optimieren. Wer profitieren soll – das ist in diesem philosophischen System, das die herrschenden Verhältnisse klaglos akzeptiert und jeden darüber hinausweisenden Gedanken als »Metaphysik« oder »Spekulation« abtut, sowenig eine Frage wie für Aly. Das Lob der Konsistenz von Singers Ethik hatte schon die »Erklärung Berliner PhilosophInnen« (KONKRET 3/90) gesungen, von der sich Tugendhat selbst mittlerweile weiter distanziert hat, als es Aly anscheinend lieb war. Konsistent, widerspruchsfrei kann eine gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung sein – eine humanistische Ethik kann es nicht. Nur eine den äußeren Mißverhältnissen geschuldete innere Widersprüchlichkeit zwingt sie zur permanenten Kritik und bewahrt sie so davor, Lösungen als Endlösungen parat zu halten – und verhindert damit das Arrangement mit dem scheinbar Unabänderlichen.

Aly hat mit seinem Plädoyer für Konsistenz gleiches im Sinn wie die Westberliner Philosophinnen und Philosophen in ihrer Erklärung: Sie wollen die wirkungsvolle Koalition von feministischen und Behindertengruppen sprengen und variieren dafür Singers Tierschutz-Argument, wer Tierfleisch esse, müsse auch bereit sein, Neugeborene zu töten. Wer für Abtreibung ist, soll nicht gegen »Euthanasie« sein dürfen, wer geborenes Leben nicht vernichten lassen will, soll auch das »intra-uterine Leben« (Aly) zu erhalten verpflichtet werden. Nicht differenzierendes und dialektisches Denken, sondern festgefügter Glaube macht den wahren Antifaschisten aus: »Wirklich entschlossenen Widerstand (gegen »Euthanasie«, O.T.) leisteten deutsche Katholiken. Sie taten das, weil sie gegen freiwillige und zwangsweise Sterilisierung und Abtreibung eintraten... Eine moralisch ernstzunehmende Diskussion wird auch das eigene Menschenbild zur Diskussion stellen müssen: Nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit dem christlichen Menschenbild« (Aly).

Daß die Behindertenbewegung ihr Menschenbild, das die Gleichheit in der Differenz fordert, schon lange nachdrücklich zur Diskussion gestellt hat, gerade die »Euthanasie«-Philosophen darauf aber nicht eingehen, irritiert des »TAZ«-Redakteurs Glaubensgang wenig, weil er »zur Diskussion stellen« schreibt, aber »zur Disposition stellen« meint. In Zeiten allgemeiner Kapitulation, meint Aly wohl, soll man die Sieger auch nicht mit kleinen eigenen Erfolgen reizen. Seine eigenen Erkenntnisse aus besseren Zeiten gibt er gleich mit preis: Daß es mit dem Widerstand *der* katholischen Kirche gegen die NS-Euthanasie lange nicht so weit her ist, wie deren selbstgeschaffener Mythos will, ist in einigen der Arbeiten nachzulesen, die auf den Literaturlisten von Alys Texten zu finden sind, und daß die berüchtigten Einbecker Empfehlungen von 1986 zur selektiven Nichtbehandlung behinderter Neugeborener auch von katholischen Moraltheologen und evangelischen Pfarrern unterstützt und unterzeichnet worden sind, dürfte dem sympathisierenden Aly ebensowenig entgangen sein, wie die Tatsache, daß auch bei anderen »Euthanasie«-Symposien stets Theologen beteiligt werden, um die Akzeptanz des mörderischen Gedankenguts zu erreichen. Der Herr hats Wissen gegeben, der Herr hats genommen. Demut hat Zukunft.

Konkret 07/90, S. 52

**Winfried Schwarz**

# Ein Königreich für die MEGA

**Unter der Parole »Freiheit für Forschung und Lehre« rollt die bundesdeutsche Dampfwalze längst auch den Wissenschaftsbetrieb der DDR platt. Dort versuchen ganze Fakultäten, Sektionen und Institute das verräterische Etikett »marxistisch« in ihrem Namen loszuwerden, um unter der neuen Staatsmacht wenigstens als Planstelle zu überleben. Gibt es unter solchen Bedingungen noch eine Chance für die Weiterführung der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werte von Marx und Engels?**

Seit 1975 bringen die beiden Institute für Marxismus-Leninismus in Moskau und Berlin gemeinsam Jahr für Jahr zwei bis drei neue Bände der MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe) heraus. Mittlerweile sind davon vierzig erschienen. Geplant ist ein Gesamtumfang von über hundert Bänden, denn das Ziel ist, alles, was Marx und Engels jemals zu Papier gebracht haben, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen – also auch sämtliche nicht für den Druck bestimmte Entwürfe, alle Exzerpte aus gelesenen Büchern oder eventuelle Randbemerkungen in ihnen. Würde nun aufgrund der veränderten politischen Situation dieses Projekt gekippt, bliebe die MEGA ein Torso – wie jene erste MEGA des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Instituts, die es, auf 40 Bände konzipiert, von 1927 bis 1932 lediglich auf 12 dunkelblaue Bände mit goldener Titelprägung gebracht hatte.

Immerhin waren in jener alten MEGA so wichtige Werke wie die »Deutsche Ideologie«, die »Dialektik der Natur«, die »Ökonomisch-philosophischen Schriften von 1844« und schließlich die »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie von 1857/58« erstmals aus dem handschriftlichen Nachlaß von Marx und Engels veröffentlicht worden. Schuld am damaligen Abbruch der Edition war äußerlich der deutsche Faschismus, der die Drucklegung in Leipzig beendete; doch die innere Ursache war die stalinistische Herrschaft in der UdSSR: Der seit 1921 aufgebaute und eingespielte Wissenschaftlerstab am Marx-Engels-Lenin-Institut unter dem weltbekannten Marxforscher David Rjasanoff wurde ab 1931 politisch weitgehend ausgeschaltet, Rjasanoff selber später ermordet. Einer der Vorwände: »menschewistische« Kontakte zu den deutschen »Sozialfaschisten«, d.h. der SPD. Ein absolut unsinniger Vorwurf – lagerten doch die auf Parteibeschluß in der MEGA zu publizierenden Marx-Engels-Originale damals im Parteiarchiv eben jener SPD!

Wenn insofern die erste MEGA am Stalinismus scheiterte, so wäre es ein bitterer Witz der Geschichte, wenn die zweite MEGA infolge der Entstalinisierung gestoppt würde.

Warum überhaupt eine MEGA? Die neue Gesamtausgabe soll die »blauen Bände« der MEW nicht ersetzen oder sie überflüssig machen. Ihr Adressatenkreis ist ein anderer, kleinerer: die sogenannte Fachwelt, was sich übrigens auch an ihrer Auflagenhöhe zeigt: pro Band nur zwischen 4000 und 7000 Stück, wovon allein nach Japan 1000 und in die Bundesrepublik 200 verkauft werden. Die MEGA erscheint ausschließlich in der Sprache der geschriebenen Originale, d.h. zu 70 Prozent in Deutsch. In ihr wird nichts übersetzt, vielmehr soll sie ihrerseits als Ausgangsbasis für Übersetzungen Marx-Engels'scher Schriften in andere Sprachen dienen. Mit einem Wort: Sie ist als vollständige Quellenbasis das langfristige Grundlagenwerk für die internationale wissenschaftliche Erforschung und Verbreitung des Marx-Engels'schen Lebenswerks.

Ist das Museumsarbeit, Ahnenkult, kulturpolitische Verpflichtung gegenüber zwei großen deutschen Denkern? Gewiß auch. Doch die politische Linke, die sich mit den Grundintentionen von Marx und Engels auch heute noch einig weiß, muß ihr Eigeninteresse an der historisch-kritischen Erforschung der Marx-Engels'schen Werke artikulieren. Kann es doch mit ihrer Hilfe gelingen, unter veränderten historischen Bedingungen die kritische Substanz des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels im Sinne politischer Eingriffsfähigkeit zu wahren, oder besser: stets aufs neue zu erarbeiten.

Der Gedankengang ist einfach, aber nicht falsch: Moderner Marxismus, einer, der die Realität von heute bewältigen will, muß wissen, welche Realitäten Marx und Engels selber in ihrem Werk verarbeitet haben und welche nicht. Nur wer außer dem fertig vorliegenden Werk sowohl seine innere, oftmals verschlungene, Entstehungsgeschichte – von der ersten Gedankenskizze bis zur Fassung letzter Hand – als auch die Bedingungen, unter denen es im 19. Jahrhundert entstanden ist, umfassend kennt, schützt sich l beim Auftauchen neuer gesellschaftlicher Probleme – und wir haben nicht erst seit November 1989 welche – vor zwei großen Gefahren: vor Dogmatismus einerseits, nämlich dem Verharren auf Positionen, deren konstitutive Geltungsbedingungen historisch nicht mehr existieren, und vor Praktizismus andererseits, dem voreiligen Verzicht auf jegliche Theorieanleitung.

Die historisch-kritische MEGA liefert die Entstehungsgeschichte der Werke bis ins kleinste Detail. Das sei an ihrem ökonomischen Teil illustriert: Von den drei Bänden des »Kapital«, die als MEW 23 bis 25 vorliegen, erschien zu Marx' Lebzeiten bekanntlich nur der erste. Den zweiten und dritten Band brachte Engels nach Marx' Tod heraus, indem er in mühevoller Kleinarbeit überlieferte Marxsche Manuskripte aus einem Zeitraum von zwölf Jahren zusammenstellte. Diese verschiedenen Marxschen Entwürfe zum zweiten Band sowie der Entwurf zum dritten lagen seitdem in den Archiven verborgen. In der MEGA erscheinen sie zum ersten Mal im Original, ohne die Engels'sche redaktionelle Ordnung. Für die Forschung wird der Vergleich jener Manuskripte mit dem, was Engels daraus gemacht hat, eine spannende Angelegenheit

werden, und zwar unabhängig von der Auseinandersetzung mit der immer wieder aufgestellten, aber nun erst überprüfbaren Behauptung, daß Engels das Marxsche Werk verfälscht habe.

Noch wichtiger ist folgendes: In den zehn Jahren bevor 1867 der erste Band des »Kapital« erschien, hat Marx insgesamt drei vollständige »Kapital«-Entwürfe verfaßt. Davon wurde 1939/41 in der UdSSR der erste unter dem Titel »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie von 1857/58« herausgebracht. Die 2. Abteilung der neuen MEGA, die »Das Kapital« und seine Vorarbeiten umfaßt, hat nun die Lücke ganz geschlossen und auch den zweiten (1861-63) und dritten (1863-65) Entwurf vollständig veröffentlicht. Damit ist das »Kapital« erstmals in seiner gesamten inneren Textentwicklung nachvollziehbar. Dem von Marx 1867 präsentierten Werk sind durch den Vergleich mit seinen Vorentwürfen, durch das, was weggefallen, und das, was hinzugekommen ist, ganz neue theoretische Seiten abzugewinnen.

Weiter: Nach 1867 erschienen vom ersten Band des »Kapital« bis zum Tod von Marx noch drei neue Auflagen und zwei Übersetzungen, eine ins Französische und eine ins Englische. Wer nun in der MEGA diese sechs Fassungen des ersten Bandes nebeneinanderlegt, wird von den gewaltigen Unterschieden, die zwischen ihnen bestehen, überrascht sein. Vor allem aber bedürfen die Abweichungen der Erklärung. Soviel ist immerhin klar: Das »Kapital«, von 1857 bis 1883 laufend verändert, war für Marx selber nie etwas Statisches, Vollendetes, Ein-Für-Alle-Mal-Abgeschlossenes, das bloß noch auswendig gelernt zu werden brauchte.

Und: Schon die Briefwechsel, insbesondere der zwischen Marx und Engels, haben geholfen, die eine oder andere schwer verständliche Stelle im Werk zu interpretieren. Die neue MEGA bietet mit ihrer deutlich erweiterten Edition dieser Briefwechsel (erstmals auch Briefe, die Marx und Engels selber empfingen) einen zusätzlichen Vorzug: Alle Exzerpte, die sich Marx seit 1850 vor und während der 26-jährigen Arbeit am »Kapital« anfertigte, werden – in zahlreichen Bänden der 4. Abteilung – veröffentlicht. Eine wirklich wissenschaftliche Beurteilung des »Kapital« ist in Zukunft ohne die Kenntnisnahme jenes Materialberges nicht mehr möglich.

Die Bearbeiter der MEGA geben grundsätzlich alle Manuskripte chronologisch wieder und verzichten auf jeden ordnenden Eingriff. Getrennt von der originalgetreuen Textdarbietung verzeichnen sie die Abweichungen der Texte untereinander und bieten – ebenfalls separat vom Original – ihre eigenen Erklärungen der Abweichungen an. Eben darin zeigt sich der wissenschaftliche und keineswegs parteipolitische Charakter der Edition, daß jede Zutat der Editoren als solche deutlich kenntlich gemacht wird, womit der Originaltext für die weitere Forschung und andere Interpretationen offengehalten wird. Die strenge Einhaltung dieser Editionsrichtlinien ist den MEGA-Herausgebern von der internationalen Fachwelt, gleich aus welcher politischen Richtung, bescheinigt worden.

Doch wie steht es gegenwärtig – nach dem vollzogenen bzw. absehbaren Ende des realen Staatssozialismus in den bisherigen Herausgeberländern – um die Chance, die MEGA fortzuführen?

Eine bezeichnende Anekdote: Kurz nach den DDR-Volkskammerwahlen im März 1990 kündigte der Leipziger Kommissions-Großhandel, der das zentrale Auslieferungslager für den DDR-Buchhandel unterhält, dem Berliner Dietz-Verlag die bisherigen Konditionen für die Vorratshaltung der MEGA-Bände. Zwischen den gewiß zu Recht auf Dauer unverkäuflichen Beständen mit Reden ehemaliger SED-Größen und den für den internationalen Verkauf bereitliegen, den wissenschaftlichen Werken von Marx und Engels machten die Leipziger Händler keinen Unterschied: Kommunistische Bücher brauchen wir nicht mehr.

Mit einer rührend-beherzten Aktion reagierten die Mitarbeiter des Dietz-Verlages (»Wir sind ein linker Verlag und wollen einer bleiben«): Auf LKWs holten sie eigenhändig aus Leipzig die vorhandenen Exemplare der vierzig MEGA-Bände ab und brachten sie im Berliner Gebäude des Dietz-Verlags an der Wallstraße unter. Dort werden sie zur Zeit in einer kleinen Verkaufsstelle zum Verkauf angeboten (meines Wissens der einzige Ort in der DDR mit dem kompletten MEGA-Sortiment) zum Preis von 155 Mark pro Band. Die bereits erschienenen Bücher sind damit vorerst wenigstens in Sicherheit. Doch was wird aus den geplanten nächsten mindestens 60 Bänden?

Das war und ist in erster Linie eine Geldfrage. Die 155 Mark Verkaufspreis decken, so die Lektorin des Dietz-Verlags, Almut Rieck, nicht einmal die technischen Kosten der Herstellung. Die eigentliche wissenschaftliche Arbeit – die überlieferten Handschriften originalgetreu und in ihrer inneren Textentwicklung zu erforschen und darzustellen, sie sachgemäß zu kommentieren, Register zu erstellen über von Marx und Engels selbst vorgenommene Textvariationen und Korrekturen, Sachhinweise und Quellenbelege für die wissenschaftliche Benutzung zusammenzustellen usw. – das wurde bisher von rund 100 Spezialisten in der DDR und 40 in der Sowjetunion geleistet. Nirgendwo in der Welt können sich seriöse historisch-kritische Ausgaben bedeutender Werke selber tragen. Das ist der Grund dafür, daß es so wenige gibt, bzw. daß die wenigen mit hohem Subventionsaufwand erstellt werden mußten. Das ist bei der MEGA nicht anders.

Der personelle Kern der wissenschaftlichen Marx-Engels-Edition bestand in der DDR aus 80 Forschern und Forscherinnen am Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin, das von der SED finanziert wurde. In der UdSSR sind es 40 Experten am – noch! – von der KPdSU getragenen Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau. Darüber hinaus hat sich in der DDR auch eine beträchtliche Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der MEGA beteiligt, die ihr Gehalt von

Universitäten (Berlin, Halle, Leipzig, Erfurt) oder von der Akademie der Wissenschaften bezog. Was Marx und Engels angeht, so war die Staatspartei der DDR in der Tat großzügig. Für die Herausgabe und Verbreitung ihrer Schriften floß das Geld reichlich.

Doch was bis 1989 diesem wissenschaftlichen Vorhaben in der DDR höchste Sicherheit bot, die beschlossene Finanzierung durch die SED, ist seit deren historischem Abgang als Staatspartei keinen Pfifferling mehr wert. Die PDS verfügt nicht mehr über die Finanzierungsquellen ihrer Vorgängerin Die SPD (West) tut sich gar mit der Forderung hervor, ihr das noch verbliebene Vermögen zu nehmen, und tatsächlich hat die DDR-Volkskammer Ende Mai beschlossen, alle Parteivermögen der Kontrolle einer Parlamentskommission zu unterstellen. Daß sich die von Bonn aus gesteuerte DDR-Regierung wenigstens aus kulturpolitischen Gründen für die Fortsetzung der Edition der Werke jener beiden »großen Deutschen« begeistern ließe, ist gewiß eine naive Vorstellung.

Die realistischen Kräfte der im SED-Institut für Marxismus-Leninismus untergebrachten »MEGA-Gruppe« erkannten schon Ende letzten Jahres, daß sie sich zwecks möglicher Fortsetzung der MEGA-Edition finanziell so unabhängig wie möglich machen mußten. Sie schickten ihre alte Leitung in Rente (was im übrigen das notwendige »Abspecken« des MEGA-Teams von 80 auf nunmehr 50 direkt Beschäftigte erleichterte) und bemühten sich um andere Finanzquellen – zu einem Zeitpunkt, als die alten »Leitungskader« der MEGA noch fest an den bevorstehenden Wahlsieg der PDS glaubten. Mittlerweile ist immerhin die Hälfte der Berliner MEGA-Gruppe an der – staatlichen – »Arbeitsstelle für Marx-Engels-Forschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR« relativ sicher untergebracht.

Anfang Mai wurde schließlich die »MEGA-Stiftung Berlin e.V.« (Vorsitzender: Carl-Erich Vollgraf) geschaffen. Ihr Zweck: erstens das Berliner MEGA-Team und die kleineren MEGA-Gruppen an den DDR-Universitäten zusammenzuhalten; zweitens als parteiunabhängige Einrichtung die Internationalisierung der MEGA-Edition zu erleichtern.

Und das eben ist der wahrscheinlich entscheidende Punkt für die Weiterführung der MEGA: daß ihre Edition aus einem Monopol zweier Parteiinstitute zu einer möglichst breiten internationalen Angelegenheit wird. Zu Optimismus gibt hier das niederländische »Internationale Institut für Sozialgeschichte« in Amsterdam Anlaß. Diese mit der »Königlich Niederländischen Akademie der Wissenschaften« verbundene Einrichtung ist bereit, künftig eine tragende Rolle bei der MEGA-Edition zu übernehmen. Ende Mai tagte in Amsterdam erstmals eine »Internationale Marx-Engels-Stiftung«. Tagesordnungspunkt: Sicherung der MEGA. Aus Moskau war das Institut für Marxismus-Leninismus vertreten, für die DDR nahm die »MEGA-Kommission bei der Akademie der Wissenschaften« teil, einige japanische Professoren waren da, und aus der Bundesrepublik kam der Leiter des Trierer Karl-Marx-Hauses, das der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung gehört.

Sollte mithilfe des Amsterdamer IISG die Fortsetzung der MEGA-Edition gelingen, dann hätte sich jenes Institut zum zweiten Male in der Geschichte gewaltige Verdienste um den Marx-Engels-Nachlaß erworben. Denn bereits 1938 hatte es dem durch den Naziterror in finanzielle Not geratenen SPD-Parteivorstand sämtliche Marx-Engels-Archivbestände abgekauft und sie auf diese Weise für die Nachwelt gerettet. Andererseits wäre es durchaus zu begrüßen, wenn die heutige SPD-Führung der historischen Verantwortung für ihre ehemaligen Marx-Engels-Bestände gedächte und sich wenigstens finanziell an ihrer Publikation beteiligte. Und sei es auch nur, um vergessen zu machen, daß sie sie 1938 für lumpige 72.000 Gulden nach Holland verhökert hatte.

Konkret 07/90, S. 56

**Werner Rügemer**

# Päckchen von drüben

**Über Nutzen und Nachteil der Finanzierung des ehemaligen Pahl-Rugenstein Verlags durch die DDR**

Es war ein Ritual: Wenn in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« zum wiederholten Male vom »DKP-nahen Pahl-Rugenstein Verlag« die Rede war, dann ging postwendend der Brief der Verlagsleitung ab: der Pahl-Rugenstein Verlag sei nicht DKP-nahe, er sei ein selbständiger demokratischer Verlag usw. Dieses Ritual zog sich über drei Jahrzehnte hin. Noch kurz vor dem Ende verwahrte sich die Verlagsleitung mit ebenso pompöser wie hohler Geste gegen einen »Spiegel«-Report, in dem die Finanzierung von Pahl-Rugenstein durch die DDR erwähnt wurde – einige Wochen später, im November 89, als das SED-System zusammenbrach, gab die Verlagsleitung zum ersten Mal öffentlich zu: Geld kam aus der DDR, kommt aber nun nicht mehr; man müsse Konkurs anmelden. Es war nicht nur ein Konkurs aus finanziellen Gründen, es war auch der Konkurs einer politischen Lebenslüge.

»Der Pahl-Rugenstein Verlag war kein DKP- und DDR-Verlag«, hieß es nach dem Konkurs bei erschrockenen ehemaligen Beschäftigten, Autoren, Lesern. Man wußte doch, daß dort viele wichtige und auflagenstarke Bücher erschienen waren, die nicht nur zur Grundausrüstung der bundesdeutschen 68er Bewegung gehörten, sondern auch aus ihren originären Impulsen entstanden waren: so Reinhard Kühnls Dokumentensammlung zum deutschen Faschismus, der BRD-DDR-Systemvergleich, Winfried Schwamborns Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, Wolfgang Haugs Einführung ins »Kapital«, das Chile-Schwarzbuch, die zahlreichen Veröffentlichungen aus dem Kreis der sozialen Bewegungen. Das war doch bundesdeutsche Politik, die da in Buchform gefaßt wurde. Dafür ließen sich auch aus der umfangreichen Zeitschriftenproduktion des Verlags, der zuletzt knapp 60 Beschäftigte hatte, weitere Belege anführen.

Dem stehen freilich Gegenbeispiele gegenüber, hatte doch gerade der PRV die Zusammenarbeit und den Austausch mit den sozialistischen Ländern bereits im Programm, als andere Verlage dort noch das Reich des Bösen erblickten. Dutzende von Büchern wurden seit den 60er Jahren insbesondere aus der DDR übernommen. Am bekanntesten dürfte die mehrbändige »Geschichte des Alltags des deutschen Volkes« von Jürgen Kuczynski geworden sein.

Aber es ist lebensfremd, auf die eine Seite die garantiert BRD-reine Produktion zu sortieren – als Beleg für Selbständigkeit – und auf die andere, böse Seite die DDR-Bücher – als Beleg für die »Abhängigkeit« des PRV.

Ein Blick in die Entstehungszeit des Verlages kann deutlich machen, was da warum zusammengewachsen war. Während nach 1945 die SPD und die Gewerkschaften die Pläne der US-Regierung und Adenauers zur deutschen Teilung faktisch unterstützten, gab es politischen Widerstand vor allem in konservativen und in kommunistischen Kreisen. 1952 wurde der »Bund der Deutschen« gegründet, in dem, es klingt wie ein Märchen, Mitglieder der KPD und Konservative sich zusammentaten. Sie wollten die nationalstaatliche Einheit Deutschlands wiederherstellen und die Remilitarisierung verhindern.

Zu diesem Zweck verließ der damalige Justizminister und spätere Bundespräsident Gustav Heinemann protestierend Adenauers erstes Kabinett und gründete mit Johannes Rau, Erhard Eppler und Dieter Posser die Gesamtdeutsche Volkspartei. Der »Bund der Deutschen« schlug ihr alsbald vor, zur zweiten Bundestagswahl 1953 ein Wahlbündnis zu bilden. Heinemann und seine Freunde rochen natürlich, woher hier der Wind wehte, und nahmen nur den Renommier-Konservativen des »Bundes«, Joseph Wirth – Weimarer Zentrumspolitiker, »Rapallo-Kanzler« – mit aufs Wahl-Ticket. Dafür durfte dann der »Bund« den Löwenanteil der Wahlkampfkosten übernehmen.

Die Wahl ging glänzend aus für den Teilungskanzler – es war das beste CDU-Wahlergebnis in der bisherigen deutschen Geschichte – und schlecht für die damaligen Freunde der deutschen Einheit. Die Gruppe um Heinemann, ob ihres ungewohnten Minderheitenstatus tief erschrocken, fand sich alsbald bei der SPD besser aufgehoben.

Nachdem vom Fähnlein der eintausend Aufrechten – soviele Mitglieder etwa hatte der »Bund der Deutschen« – seit 1952 zusammen mit Joseph Wirth die »Deutsche Volkszeitung« herausgegeben wurde, erschien ab 1956 die Zeitschrift »Blätter für deutsche und internationale Politik«, das erste und bis heute wohl renommierteste Projekt des damit aus der Taufe des Kalten Krieges gehobenen Pahl-Rugenstein Verlags. 1960 wurde aus diesem Umkreis wiederum die Deutsche Friedens-Union gegründet, die mit Namen etwa der Historikerin Renate Riemeck, dem CDU-Bürgermeister von Mönchengladbach, Wilhelm Elfes, und dem Arzt Albert Schweitzer verbunden ist. Die »Deutsche Volkszeitung« wurde zum publizistischen Organ der Deutschen Friedensunion.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die nach dem Krieg ursprünglich ein einheitliches, neutrales, entmilitarisiertes Deutschland anstrebte, war diejenige der Bonner Parteien, die am längsten an gesamtdeutschen Strukturen festhielt. 1956 wurde sie verboten. Das ergab komplizierte Verhältnisse. Es kam hinzu, daß diejenigen, die in der »Deutschen Volkszeitung« und im Pahl-Rugenstein Verlag mitarbeiteten, den 1952 von Ulbricht verordneten illusionären, letztlich selbstzerstörerischen Weg zum DDR-Sozialismus anzweifelten.

Daß sie, die zwischen vielen Stühlen saßen und am Rand der Legalität lebten, das wenige Geld, das Ulbrichts SED ihnen dennoch zukommen ließ, gut brauchen konnten, ist verständlich. Heinemann, Rau, Eppler und Posser hatten ihrerseits auch nichts dagegen, über den »Bund der Deutschen« den Wahlkampf ihrer Gesamtdeutschen Volkspartei von Ulbricht mitfinanzieren zu lassen. Ich kann auch nachträglich nichts Schlechtes an der Finanzierung der Gesamtdeutschen Volkspartei und des Pahl-Rugenstein Verlags durch die DDR finden. Vielmehr sollten wir uns zumindest rückblickend die Frage stellen, wie antikommunistisch primitivisiert die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland in dieser Zeit war, daß für solch urdemokratische Projekte wie ein republikanisches, entmilitarisiertes Deutschland im eigenen Land kaum politische und finanzielle Unterstützung zu finden war.

Das Bild rundet sich freilich erst, wenn wir auch in Gelddingen die Konservativen einbeziehen. Karl Graf von Westphalen, Mitbegründer der »Blätter für deutsche und internationale Politik«, ließ in seinen Wäldern so manche Buche schlagen, um die ersten Ausgaben der Zeitschrift zu finanzieren. Die Textilfabrikanten Bentele aus Baden-Württemberg haben manchen liberal abgepreßten Mehrwertgroschen beigetragen.

Interessant sind nun die Umstände, unter denen sich diese Konstellation änderte: 1968. Den Konservativen wurde angesichts der sozialistischen Losungen der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition angst und bange. Als in der 1968 gestarteten »Kleinen Bibliothek« strammer DDR-Marxismus sein Pulver gegen vermeintliche Marx-Fälscher verschießen durfte, führte dies zu einem Bruch in der Verlagskonzeption. Wenn etwa Wilhelm Raimund Beyer in seinem Buch »Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung« gnadenlos mit »Marxologen, Revisionisten und Putativ-Marxisten« wie Herbert Marcuse abrechnete, dann mußte dies nicht nur gestandene Konservative erschrecken. Sie zogen sich allmählich aus dem Verlag zurück. Freilich äußerte sich darin eine für die politische Kultur fatale Erschöpfung des progressiven Bildungsbürgertums alter Schule.

Andererseits meinte die Verlagsleitung das in Kauf nehmen zu können, sah sie sich doch einer endemischen Sozialismus- und Marx-Besoffenheit gegenüber, in der die nachholende Rezeption des lange verteufelten Marxismus zwar ineins ging mit seiner Verflachung und Identifizierung mit dem damals für real gehaltenen Sozialismus, aber eben dadurch den PRV-Umsatz nach oben trieb.

Jedenfalls war seitdem im Ergebnis der PRV eng und einseitig mit SED und neukonstituierter DKP verschwistert. Das führte einerseits zu einer fast zwanzigjährigen Expansion, andererseits barg es den Keim der politischen Instrumentalisierung in sich. Jahre vor seinem finanziellen Konkurs war der PRV denn auch konzeptionell gestorben. Die ausufernde Friedensliteratur und die Nachläuferproduktion zu den Bewegungsthemen Feminismus und Ökologie – das war schon der Abgesang.

Hunderttausende Menschen haben die Bücher des PRV gekauft und hoffentlich Freude und Nutzen davon gehabt. Wenn sie nun erfahren, daß ihre politische Bildung von Ulbricht und Honecker mitfinanziert worden ist, sollte ihnen das kein schlechtes Gewissen machen. Gerade dieser Punkt sollte aber aus der politischen Bildung jetzt nicht ausgespart werden.

Daß die meisten Projekte nach dem Konkurs weitergeführt werden – die »Blätter für deutsche und internationale Politik«, die »Volkszeitung«, die Zeitschriften »päd. extra & demokratische erziehung«, »Demokratie und Recht«, »Dritte-Welt-Zeitschrift«, die Buchprogramme in den bislang zwei Nachfolgeverlagen (Papyrossa; Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH) – , das zeugt von Lebensfähigkeit auch ohne den bisherigen Finanzier. Wenn aber der langjährige Redakteur der »Volkszeitung« Heinz P. Siebold nun schreibt, der PRV-Konkurs befreie die Fortsetzungsprojekte endlich vom leidigen »Ruch der DDR-Finanzierung«, so tut er mit dieser Geschichtsklitterung weder sich selbst noch den Projekten noch der demokratischen Kultur dieses Landes etwas Gutes. So, meine ich, können wir uns nicht aus der realen deutschen Misere davonstehlen. Die Finanzierung des PRV durch DDR und DKP war real. Daß niemand anders ihn auf Dauer finanziert hat, das gehört zu den Bedingungen republikanisch-demokratischer Kultur in Deutschland. Da hilft kein Auseinanderdividieren. Und keine neue Lebenslüge, die die Geheimniskrämerei und das schlechte Gewissen endlos in die Zukunft verlängert.

Konkret 07/90, S. 58

**Matthias Altenburg**

# What a Mess

**Offener Brief an den amerikanischen Schriftsteller Tom Wolfe, den Umgang mit Bestien betreffend.**

Lieber Tom Wolfe,

erinnerst Du Dich noch an mich?

Es war auf der Buchmesse '88. Erst war ich mit Karlheinz Braun, meim Scheff vom Verlag der Autoren, drüben in Sachsenhausen beim Empfang des Fischer Verlages. War wirklich schön da. Die waren grad umgezogen in die alte Stempelfabrik in der Hedderichstraße. Haben sich alles schönmachen lassen von italienischen Designern. Mein Scheff hat immer gestaunt, wie schön das alles ist und was das alles gekostet haben muß. Herr Boehlich war auch da und hat Pfeife geraucht. Und Ra-Ra-Rasputin-Lev-Kopelev, bei dem ich in Göttingen studiert hab, als er grad rübergekommen war, und der mir fast mal vors Auto gelaufen wär, als er mit seiner Frau bei Rot über die Kreuzung ist. Vito von Eichborn hat Bier getrunken. Und Wolfgang Hilbig immer so belegte Cracker in sich rein und dabei ganz traurig geguckt, vielleicht, weil er dachte, daß einer ausm Osten im Westen traurig gucken muß. Sag ich zu ihm, daß er nicht so traurig gucken soll, wo doch alles so schön ist. Dann bin ich aber doch weg, rüber auf die andere Seite in den Frankfurter Hof, wo 18/19 die roten Soldaten residiert haben und was heute so ein Supersuperluxushotel ist, wo angeblich Heiner Müller gerne wohnt. Da war ich dann erst bei einem Empfang von so schönen Italienern, Fabbri-Bompiani, glaubich, aber Umberto Eco hab ich nicht gesehen. Der lustige Joseph von Westphalen war da und die lustige Keto von Waberer. Ham wir nett beisammeh gesessen, schön geplaudert und bißchen was getrunken. Wie ich dann aufgestanden bin, weil die Italiener Schluß machen wollten, hab ich gemerkt, daß ich doch schon ganz schön besoffen bin. Nebenan war noch mächtig Auftrieb, hab ich erstmal was gegessen, Würschtln mit Kraut, war ja alles umsonst. Hab ich dann so ein schönes junges Paar gefragt, wo ich eigentlich bin, und erzählt, daß wir bei den Italienern rausgeflogen sind. Guckt ER so scheel an mir rauf und runter und wieder rauf und sagt, daß mir das hier auch gleich passieren könnte. Das fand ich aber gar nicht schön. Was meint Du, Tom? Zum Glück hab ich dann den Sven Michaelsen vom Stern getroffen, mit ner jungen Kollegin dabei, Rence Karthee, die was über die Buchmesse schreiben sollte, was sie dann gemacht hat. Ja, und die ham mir erzählt, daß wir hier auf dem Empfang von Hestia sind, was glaubich der Verlag von dem Konsalik ist, weshalb da auch so viele Blödlackln rumstanden, obwohl es trotzdem schön war.

Lieber Tom, (ich duze Dich ganz einfach, weil das bei-Euch ja sowieso alles YOU heißt, gell), ja, lieber Tom, und dann habe ich Dich gesehen. An Deim schönen weißen Anzug hab ich Dich sofort erkannt, obwohl Du den glaubich nur anhast, damit alle sagen, Tom Wolfe, ach, das ist doch der mit dem schönen weißen Anzug, und damit die Journalisten sich drüber streiten, ob der nun Eierschale oder Elfenbein ist. Ihn sie ja auch. Du warst in Frankfurt, weil der Kindler Verlag Dein Roman »The Bonfire of the Vanities« gerade auf Deutsch rausgebracht hatte unter dem Titel »Fegefeuer der Eitelkeiten«, was ja nich ganz das gleiche ist, denn Bonfire heißt ja Freudenfeuer und nicht Fegefeuer, sagt mein Langenscheidt. Alle sagen, daß das ein schöner Roman ist. Nicht, daß ich mir was drauf einbilde, keine Bestseller zu lesen, aber ich hab ihn nicht durchgekriegt. Obwohl ichs dreimal versucht hab. Bin aber nie weiter gekommen als bis Seite hundert, weil ich gedacht hab, daß Du Deine Leser für blöder hältst als sie sind, weil Du immer alles zehnmal sagst, obwohl mans schon nach dem zweiten Mal kapiert hat, zum Beispiel daß der Broker Sherman McCoy, der ja nun wirklich ein armes Würstchen is, eine echte Zappelnummer, wie wir sie alle kennen, also, daß der sich für den Master of the Universe hält, das sagst Du ja ichweißnichtwievielmal, so oft jedenfalls, daß es mich völlig angenervt hat und ich nicht mehr weiterlesen konnte. Obwohl es bestimmt ein schöner Roman ist.

Aber nich wegen Deim Roman schreib ich Dir, sondern wegen Deim »Manifest für den großen, wahren Roman«, was sie neulich im Harper's gedruckt haben und wofür Du schon soviel Schläge gekriegt hast, nich nur, weil Deine Kollegen neidisch sind auf den schönen Erfolg von Deim Roman, sondern auch, weil sie denken, daß Du jetzt willst, daß alle nur noch so schreiben wie Du. Und das willst Du ja auch. Kann aber auch sein, daß Du nur so tust, daß Du in Wirklichkeit bloß sagen wolltest, daß Du der einzige bist, der so schreiben kann, wie Du schreibst. Aber ich find es wirklich schön, wie Du die egomanischen und avantgardistischen Paperlaplapperer ordentlich abmeierst und wie Du forderst, daß die Schriftsteller wieder »Kurs auf die Realität« nehmen sollen, wie wir das früher als naseweise linke Germanistikstudenten immer genannt haben. Aber manchmal haben mein Dackel und ich doch herzlich lachen müssen über Deine Formulierungen. Darüber zum Beispiel: »Was für eine Vielfalt breitete sich vor jedem Schriftsteller in Amerika aus! Wie konnte ein Autor es sich verkneifen, da mitten hinein zu springen. Ich konnte es nicht!« Da ham wir uns vorgestellt, wie Du mit Deim schönen weißen Anzug mitten hinein springst in die Vielfalt und wie Dein schöner weißer Anzug aussieht, wenn Du da wieder rauskommst. Eine Passage ham wir sogar nachgespielt: »Die Phantasie des Romanschriftstellers steht machtlos vor dem, was er, wie er weiß, anderntags in der Zeitung lesen wird. Aber eine ganze Generation amerikanischer Schriftsteller hat aus dieser vollkommen richtigen Beobachtung genau den falschen Schluß gezogen. Die Antwort lautet nicht, die rüde Bestie, das Material, das man auch das Leben um uns herum nennen kann, den Journalisten zu überlassen, sondern dasselbe zu tun,

was die Journalisten tun oder angeblich tun, nämlich mit der Bestie zu ringen und sie sich gefügig zu machen.« Mein Dackel hat die rüde Bestie gespielt und ich den Schriftsteller, und dann ham wir miteinander gerungen, daß es eine Art war. Mein Dackel hat immer geknurrt und seine krummen Beinchen in die neue Schlingware gestemmt, richtig rein mit den Krallen, und ich geächzt und gestöhnt und ihn im Nackenfell gepackt, solange bis ich ihn endlich auf den Rücken geworfen und mir damit die rüde Bestie gefügig gemacht hatte. Dann hat er sich sein Dackelbauch gehalten vor Lachen und ich mir mein Menschenbauch und dann ham wir gelacht und gelacht und das wollt gar nich mehr aufhörn und plötzlich ham wir beide vor lauter Lachen auf den Teppich gepieselt, richtig rein in die neue Schlingware, daß es tagelang gestunken hat und wir eine Putzfirma anrufen mußten, die das dann für teures Geld gereinigt hat (Rechnung liegt bei).

Aber ich wollt ja noch fertig erzählen, wie wir uns damals während der Buchmesse auf dem Hestia-Empfang kenngelernt haben und wie wir fast zu Freunden geworden wären. Wie gesagt, ich, schon ganz schön besoffen, seh Dich plötzlich da stehen. Wars nu wegen Deim schönen weißen Anzug oder weil mir Dein »Unter Strom« ganz gut gefallen hat (was jetzt in Vito von Eichborn seim Verlag zu haben ist) oder weil ich wollte, daß die junge Kollegin vom Stern was Schönes zu schreiben hat, jedenfalls will ich vor Dir auf die Knie gehn. Und wie ich schon fast unten bin, drehst Du Dich plötzlich um, so daß ich hinter Dir auf die Knie gegangen bin. Hab ich dann son bißchen gezuppelt an den Hosenbeinen von Deim schönen weißen Anzug und Dich wohl auch ein paarmal in die Haxen gekniffen. Du Dich rumgedreht und zu mir runtergeguckt und ich, ganz polyglotter Hesse, sag zu Dir: What a Mess, sag ich zu Dir. Du dann in fast akzentfreiem Hochdeutsch die Übersetzung gleich hinterher: Ja, was für eine Messe. Und das war einer der schönsten Momente in meim Leben, als Tom Wolfe mal mein Translator war, damals, auf der Frankfurter Buchmesse von 1988.

Konkret 07/90, S. 59

**Brigitte Kronauer**

# Literatur und Umständlichkeit

Die halb verlegen, halb aggressiv vorgebrachte Äußerung, sich Literatur im engen und strengen Sinne nicht mehr leisten zu können, beruht ja eventuell auf einem richtig funktionierenden Instinkt. Abgesehen davon, daß journalistische Information und Analyse samt erwarteter Bewertungstendenz wesentlich schneller und schlagender woanders geliefert, wissenschaftliche Forschungsberichte nicht nur konzentrierter, nackter, sondern auch sprachlich aufregender, nämlich im Vokabular genuiner, in den entsprechenden Publikationsorganen vorgestellt werden, und, will man sich zur Entspannung oder aus mangelndem Spezialistentum Erkenntnisgewinn in weniger ökonomischer Form verschaffen, Profiunterhaltungskünstler zur Verfügung stehen, die den Boden auf beiden Hochzeiten unter den Füßen haben, abgesehen also davon, daß die oben erwähnte Literatur als im Vergleich unergiebigeres, zumindest weitschweifigeres Medium den Kürzeren zieht, besteht für das, was sie auszeichnet, erst recht nicht so ohne weiteres Bedarf.

Der Ansatz der hier ins Auge gefaßten Literatur, zu unterscheiden auch vom besonders in Mode gekommenen philosophisch-poetischen Essay, der sich ihrer ohne Kosten punktuell bedient, ist ein grundsätzlich anderer, ein zunächst elitärer, eine Zumutung. Ein Anachronismus?

Ob die gemeinte Literatur sich mit Zeitgeschehen, Vergangenheit, Personen, Herzensangelegenheiten Natur, Dingen beschäftigt, entscheidend ist immer, daß sie, die Gegenstände der Welt betastend – ihr konventioneller Aspekt – , diese aus geltenden Übereinkünften, aus der generellen Ideologie üblicher Verknüpfungen zu lösen sucht: ihr subversiver Impetus. Das kann spektakulär, sanftmütig, direkt oder hintenherum geschehen, kann geraten oder danebengehen. Es ist immer ein mühsames, umstandskrämerisches Unternehmen, vor allem deshalb, weil es sich nicht in erster Linie um einen inhaltlichen, sondern um einen omnipräsenten Formgegner handelt. Dabei ist diese Attacke – und natürlich geht ein Produzent so verstandener Literatur davon aus daß ein Angriff auf ästhetischer Ebene langfristig auch der massivste auf der inhaltlichen ist – nur die notwendige Folge einer Unzufriedenheit, bescheiden gesagt, mit scheinbar zementierten Weltzusammenhängen. Der Literaturhersteller, dessen Differenzgefühl zum Bestehenden für sein Schreiben unerläßlich ist, macht sich solche, zunächst privat, ja selbstversunken, mit denen er eher übereinstimmt.

Die durch Demontage und Neuaufbau von sprachlicher Realitätsorganisation bedingte, lästige Umständlichkeit kulminiert und wird abgekürzt im Bild. Bildlose Umständlichkeit ist im besten Fall nichts als komplizierte Gescheitheit. Die im Bild sublimierte, zur Anschaulichkeit hin sich vereinfachende wiederum geht gewollt das Risiko des Changierens, der Uneindeutigkeit ein als keiner Losung wörtlich gehorchende Gestalt die ein hundertprozentiges Verständnis unmöglich macht.

Rucks im politischen Bewußtsein verdanke ich wesentlich zwei fiktionalen Werken: »Germinal« von Zola und Pontecorvos Film »Queimada«. Was mich aber am nachhaltigsten beeindruckt hat, ist bei Zola gegen Romanende die Szene, in der, schon fast erstarrt, der Großvater der Bergarbeiterfamilie die ahnungslose Tochter des wohlhabenden Zechenaktionärs erwürgt, und in »Queimada« das unausdeutbare und doch die Lehre des ganzen Films einfangende Lächeln Marlon Brandos, bevor er getötet wird. Über diese Bilder, Szenen haben sich beide Werke bei mir eingeschlichen und in der Erinnerung entfalten können, unvergeßlich offenbar und in einem viel totaleren Sinn als das die zugrundeliegende Mitteilung, die mir auch damals nicht ganz neu war, als Dokumentation oder Diagnose leisten würde.

Nicht anders in Kellers »Romeo und Julia auf dem Dorfe«. Dort ist es die von den Kindern in einen Puppenkopf gesperrte Fliege, in Kafkas »Das Urteil« der mit der Uhrkette des Sohnes spielende riesige Vater, in Flauberts »Madame Bovary« die lächelnde Emma im Gespräch mit Charles unter dem Sonnenschirm, auf den Wassertropfen fallen, usw: also gar nicht unbedingt Schlüsselszenen, aber doch solche, die durch den Gesamttext unter Hochdruck stehen, die Nägel, an denen das Ganze im Gedächtnis hängt. Das Gegenteil von bloßer Bebilderung.

Der gelegentlich geforderte große Gegenwartsroman, manchem eine fixe Idee, kann, soll er nicht illustrativ und der inzwischen eingespielten Interpretation unterwürfig und damit ein bloß kleiner sein, keineswegs befohlen werden, auch nicht vom Autor sich selbst. Er kann allenfalls gelingen bei empfindlich und komplex mit den Zeitphänomenen in Verbindung stehendem Sensorium sowie ausreichender Verwandlungskraft in ein subjektives, jedoch schließlich als exemplarisch akzeptiertes Formenuniversum, nicht als redlicher oder pompöser Willensakt, nicht als sogenannte Schicksalsdaten launig addierende Fleißaufgabe, nur als Glücks- und Sonderfall, im Augenblick seines Erscheinens zwangsläufig selten als das identifiziert .

Und warum ruft man überhaupt nach ihm? Ist es nur ein Feuilletonautomatismus, ein Relikt angesichts der Überfülle von Untersuchungen und Diskussionen zu 'Fragen der Zeit' in allen Medien? Oder meldet sich hier ein ebenfalls präzise funktionierender Instinkt, der zwar verkennt, daß eine Novelle ohne grell repräsentative Fakten über eine Epoche im

Prinzip so viel aussagen kann wie ein gewaltiger Roman, der aber doch wittert, daß dezidiert künstlerische Gestalt durch ihre organische Vieldeutigkeit mit Natur, Wirklichkeit widersprüchlich, aber strukturell verbündet, am ehesten die Chance hat, Wesentliches einer Zeit zu kondensieren, weil sie, ausgerechnet dank ihrer störenden, unzuverlässigen Umständlichkeit, über alle Genauigkeit der Konstruktion, auch über Parteilichkeit der Gesamtkonzeption eines Werks hinaus – selbstverständlich ergeben Bilder, Einzelfiguren ('Helden') noch keinen Roman – anders als behender reagierende Artikel oder Essays, mehr ausschüttet, als von einem individuellen Bewußtsein in sie hineingefüllt wurde.

Für Herman Melvilles »Moby Dick«, die »Autobiographie eines Jahrhunderts« das »Epos von Amerikas unruhigem Geist« wäre eine denkbare moderne Lesart und Reduktion auf einen gesonderten Gesichtspunkt die, den Roman als Zuspitzung der Gestaltfrage zu begreifen. Bedroht von der flüssigen, formlosen Weite der Weltmeere, vor dem Hintergrund ihrer dauernden Infragestellung konturieren sich Haupt- und Nebenfiguren. Das in der Jugendbuchfassung auf eine spannende Waljagd geschrumpfte Werk besteht im Original neben Suche und Verfolgung des Moby Dick aus zahlreichen naturwissenschaftlichen und historischen Erörterungen über den Wal, seinen Fang, seine Verwertung, die – u.a. eine deftige Verzögerungsstrategie gegenüber der Rasanz dramatischer Ereignisse – ihrer Form nach aus der eigentlichen fiktionalen Geschichte zu fallen scheinen. Auf der anderen Seite gibt es eine kapitellange Reflexion über die Un-Farbe Weiß als die des Guten aber vorzugsweise des Bösen, der Ambivalenz und des Wesenlosen, des Nichts, als »unendliches weißes Leichentuch«.

Das Geniale des Romans zeigt sich nun darin, daß die sperrigen Einschübe, belehrend zur Sache gehend, integraler Bestandteil einer künstlerischen Architektur sind, daß sie, als raumfordernde, antipoetische Widersacher der Fiktion, dieser, fest verwahrt auf ihren Plätzen, zu Diensten sein müssen im Körper des Romans: der unverhohlene Diskurs in der Haut der Legende, im Symbol Moby Dick, in der siegreichen Gegenständlichkeit des fast unsichtbaren Mythos eines Wals mit der Nicht- und All-Farbe Weiß, in der vieldeutigen, der Natur verschwisterten, nicht zu ergründenden Gestalt.

Melville hat im nächsten Jahr seinen hundertsten Todestag. Als er starb, hatten ihn seine Zeitgenossen vergessen.

*Im August erscheint bei Klett-Cotta Brigitte Kronauers neuer Roman: »Die Frau in den Kissen«*

Konkret 07/90, S. 60

**Wolfgang Schneider**

# Buch des Monats: Die Trompeter der Nation

**Otto W Johnston Der deutsche Nationalmythos Ursprung eines politischen Programms, J B Metzlerische Verlagsbuchhandlung Stuttgart 1990, 296 Seiten, 33 Mark**

»Die Dichter sind eigentlich die Trompeter der Nation.«
(Christian Freiherr von Truchseß zu Wetzhausen, Förderer der deutschen Literatur zur Zeit der ‘Befreiungskriege')

»Als Schriftsteller, dem die deutsche Sprache ein grenzüberschreitendes Vermögen ist«, greift Günter Grass beim Nachdenken über 'Deutschland', statt auf Konzepte staatlicher Einheit, »lieber auf den Herderschen Begriff der Kulturnation« zurück. In der Annahme, damit ließe sich dem deutschen Chauvinismus ein Riegel vorschieben und bspw. der Verzicht auf die Wiedervereinigung begründen, sieht er in seiner Reformulierung »eine tragfähige Grundlage ... für den Versuch, den Begriff Nation neu zu definieren, bis ins Praktische hinein«. So nämlich, daß im Rekurs auf die gemeinsame Kultur den Deutschen der politische Zusammenschluß ihrer Staaten überflüssig werde. Da »wir in Deutschland zweimal mit unserem *politischen* Nationbegriff gescheitert sind«, räsonniert Grass, »böte sich doch ein Rückgriff auf diesen nichtgemachten Versuch an«.

Mit dem nichtgemachten Versuch verhält es sich nun aber so, daß er gemacht worden ist – gründlich und, weil bis ins Praktische hinein, mit eben jenen Konsequenzen, die Grass als Scheitern des politischen Nationbegriffs bloß euphemistisch umschreibt. Denn tatsächlich ist es die vorpolitische Annahme einer Sprach- bzw. Kulturnation gewesen, die dem deutschen Nationalismus den Grund legte, und tatsächlich hat Herder sie, ohne allerdings ihre Implikationen zu überschauen, entwickelt. In den 15 Jahren, die der Französischen Revolution voraufgingen, hat er eine Philosophie der Menschheitsgeschichte ausgearbeitet, die dem Universalismus der Aufklärung insofern entgegengesetzt war, als es nach ihr »außerhalb der organischen Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft« (L. Bergeron) kein Fortschreiten der Menschheitsentwicklung mehr gab. Indem sie die völkische Gebundenheit menschlicher Eigenschaften betonten und jedem Volk ein eigenes Maß der Vervollkommnung zuerkannten, indem sie den 'Volksgeist' und das 'Volkstum' als geheimnisvolle schöpferische Kräfte priesen, wurden seine *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit* (1783-1791) zur eigentlichen Substanz eines völkischen (volkssprachlichen) Nationalismus, der als Reflex auf das nationale Pathos der Französischen Revolution und zwecks Abwehr ihrer Folgen den bis dato staatlich definierten Nationbegriff sprengte und für die antinapoleonische Reaktion in Deutschland brauchbar machte.

Bereits in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts war die Behauptung einer deutschen Kulturnation zum Kern nationalistischer Visionen geworden, deren Intensität und spezifisches Ressentiment aus der Tatsache resultierte, daß die politischen Voraussetzungen fehlten, die ihnen eine progressive Tendenz hätten geben können. Denn während in Frankreich das Volk den Feudalismus zerschlagen und sich eben damit als 'Nation' konstituiert hatte, dachte die relativ schwache deutsche Bourgeoisie keineswegs daran, mit ihren Oberen ähnlich umzuspringen. Sie fühlte sich im Gegenteil unter den Fittichen der diversen 'aufgeklärt' absolutistischen Herrschaften relativ wohl und hatte nichts dagegen einzuwenden, daß diese ab 1792 Krieg gegen Frankreich führten, um die Ausbreitung revolutionärer Ideen zu stoppen.

Die deutschen Philosophen und Schriftsteller jedoch, die mit den allgemeinen Prinzipien der Revolution, die die der Aufklärung waren, sympathisierten, bedauerten, daß sich ihnen keine den französischen vergleichbaren Möglichkeiten boten, das, was sie für vernünftig hielten, mit ihren Handlungen in Übereinstimmung zu bringen. Sie trösteten sich über diesen Mangel an revolutionärem Eifer ihrer Mitbürger, »indem sie sich einredeten, daß Deutschland das Privileg einer höheren Kultur und eines überlegenen sittlichen Empfindens wahre, daß es ihm zukommen werde, die Welt zu erleuchten. So bildet sich die Vorstellung von Deutschland als der Kulturnation heraus .... die Vorstellung von einer Nation, die vom Weltgeist ausersehen sei, an der Vervollkommnung der menschlichen Kultur zu arbeiten« (L. Bergeron).

In einem Prosaentwurf zu seinem Fragment gebliebenen Gedicht *Deutsche Größe,* mit dem er auf die Eroberung der linksrheinischen Territorien durch französische Truppen reagierte, hat Friedrich Schiller sie 1797/1801 geradezu idealtypisch formuliert: »Wenn auch das Imperium unterginge, so bliebe die deutsche Würde unangefochten. Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist ... Ihm (dem Deutschen, WS) ist das höchste bestimmt, die Menschheit / Und so wie er in der Mitte von Europens Völker sich befindet, / So ist er der Kern der Menschheit, / Jene sind die Blüte und das Blatt. / Er ist erwählt von dem Weltgeist .../ Nicht im Augenblick zu glänzen und / seine Rolle zu spielen, sondern den großen / Prozeß der Zeit zu gewinnen. Jedes Volk / hat seinen Tag in der Geschichte, doch / der Tag des Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit« – »Unsre Sprache wird die Welt beherrschen.«

Mit dieser Hypostasierung des grenzüberschreitenden Vermögens des Dichters Grass, das zwar gegen die militärischen Grenzüberschreitungen nichts vermochte, gerade deshalb aber schon mal die Weltherrschaft für sich reklamierte, war um

1800 der Fundus geschaffen, aus dem jene nationalistischen Dogmatiker schöpfen konnten, die wenige Jahre später zwecks Mobilisierung der deutschen Bevölkerung gegen die französischen Besatzer eine deutsche Nation propagierten, deren politische Einheit eine natürliche Folge ihrer kulturellen Identität sein sollte. Daß und wie nun dieser kulturimperiale Messianismus, mit dem die deutsche Intelligenz ihre Defiziterfahrungen zu kompensieren versuchte, von Politikern aufgegriffen, in ein präzises politisches Programm übersetzt und dieses dann wiederum mit Hilfe zahlreicher Philosophen, Schriftsteller und Pädagogen popularisiert wurde, ist Thema der überaus spannenden Untersuchung des amerikanischen Professors für deutsche Sprache und Literatur an der University of Florida, Otto W. Johnston, über den Ursprung des deutschen Nationalmythos *als politisches Programm.*

Zentraler Gegenstand der Studie ist die intensive und konspirative Zusammenarbeit von Gelehrten und Schriftstellern mit einer patriotischen Reformergruppe um den preußischen Staatsminister Karl Freiherr von und zum Stein. Diese Zusammenarbeit setzte ein, nachdem Napoleon zunächst Österreich besiegt (1805), dann durch die staatliche Neuordnung der süd- und westdeutschen Fürstentümer das Heilige Römische Reich Deutscher Nation demontiert und schließlich auch Preußen geschlagen hatte (1806). Sie hatte zum Ziel, »durch Leitung der Literatur und der Erziehung ... den staatsbürgerlichen und kriegerischen Geist der Nation« (Stein) zu wecken. »Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurden die Dichter aufgefordert, an der Verwirklichung eines aktuell-politischen Programms zur Gründung eines neuen Nationalstaats mitzuarbeiten«, schreibt Johnston. Ihre Darstellungen sollten einerseits den Reformbestrebungen der Fraktion um Stein Vorschub leisten, die notwendig geworden waren, weil dem preußischen Staat, durch Napoleon auf die Hälfte seines Territoriums reduziert und mit hohen Kontributionen belegt, ansonsten der ökonomische Kollaps drohte. Vor allem aber sollten sie im Namen der nationalen Einigung mithelfen, einen Volksaufstand gegen die französische Herrschaft vorzubereiten.

Sie taten, was man von ihnen erwartete: In Wien verfaßte der Romantiker Friedrich Schlegel die nationalen Proklamationen des österreichischen Hofes, in Berlin erklärte sich Johann Gottlieb Fichte bereit, der antinapoleonischen Haltung das philosophische Fundament zu liefern, und hielt seine *Reden an die deutsche Nation,* in denen er eine mystische Vorstellung vom einzigartigen Volkstum entwarf. Der Theologe Schleiermacher predigte für die Einheit und verglich die künftige Entfaltung der Deutschen mit der Verklärung Christi, und Heinrich von Kleist formulierte zunächst mit seiner *Hermannsschlacht* (»Die deutschen Völker hatten sich empört / und rissen heulend ihre Ketten los«), dann auch mit *Prinz Friedrich von Homburg* eine Apologie des Nationalstaats, der nunmehr als »lebendige bio-organische Überpersönlichkeit« erscheint, »die vor dem Tun und Lassen des Einzelnen geschützt werden muß« (Johnston), und eine bis ins Detail mit den preußischen Insurrectionsplänen abgestimmte Rechtfertigung des militärischen Widerstands.

Daß der 1809 kläglich scheiterte, ehe er noch so recht in Gang gekommen war, hat jedenfalls an mangelndem Engagement der deutschen Intelligenz nicht gelegen, deren nationalistische Phrasen nur desto schriller und reaktionärer wurden, je unwahrscheinlicher ihre Erfüllung zu sein schien. Ernst Moritz Arndt agitierte für die Erlösung der Deutschen ebenso wie für die Festigung der Throne und faßte den *Geist der Zeit (so* der Titel seines Hauptwerks) in das Programm: »stolz leben und glorreich sterben lernen«. Theodor Körner mühte sich, dem Theaterpublikum den totalen Krieg schmackhaft zu machen und reimte Haß- und Schlachtengesänge, daß die Feder qualmte. Und Friedrich Ludwig Jahn, genannt der Turnvater, fügte schließlich der Vorstellung einer kulturellen und sittlichen Überlegenheit der Deutschen den fanatischen Rassenhaß hinzu, der im Antisemitismus der *Christlich-deutschen Tischgesellschaft,* die Heinrich von Kleist, Achim von Arnim und Adam Müller in Berlin unterhielten, schon angeklungen war. Sie alle, weist Johnston detailliert nach, schrieben im Auftrag und nach präzisen Vorgaben der preußischen Ministerialbürokratie, die sich in der einheitlichen Struktur ihrer Werke niederschlugen.

Aber erst als Ende 1812 die napoleonische Armee geschlagen aus Rußland zurückkehrte, fanden die patriotischen Parolen Gehör bei denen, für die sich gedacht waren. Ganze Schulklassen, Scharen von Studenten und Kleinbürgern meldeten sich jetzt, da der Ursupator am Boden schien, freiwillig zum Wehrdienst in den Freicorps, deren militärische Aktionen zwar zum Sieg der antinapoleonischen Allianz (1813) nichts Wesentliches beitrugen, dafür aber den sogenannten 'Befreiungskriegen' den Ruf einbrachten, es habe sich bei ihnen um eine Erhebung des Volkes gehandelt.

Daß dieses nicht schon längst den Proklamationen seiner Dichter und Denker gefolgt war und sich gegen die französische Herrschaft empört hatte, hängt mit den Eigenheiten einer 'Befreiungsbewegung' zusammen, die das Streben nach nationaler Souveränität an den Verzicht auf persönliche Freiheit knüpfte. Schließlich hatte Napoleon das ancien régime der europäischen Staaten zerschlagen, und wenn auch die Bevölkerung der annektierten Territorien unter Truppeneinquartierungen und -aushebungen litt, so brachte er ihr doch mit der Aufhebung des Feudalwesens die entschädigungslose Abschaffung der Leibeigenschaft und mit dem Code Civil bürgerliche Freiheiten und die Gleichheit vor dem Gesetz. Die preußischen Reformer jedoch und die Multiplikatoren ihres Programms ließen sich vom Geist der Französischen Revolution allein inspirieren, um ihr besser Widerstand leisten zu können. In den Worten des Geheimrats Karl Wilhelm Koppe: »Mit der ganzen Nation gegen Bonaparte anzukämpfen, dem König seinen Thron zu retten, dem Volke seine Eigentümlichkeit ... – das war der Zweck, für welchen die Kraft und Blüte preußischer Männer sich vereinigten.«

Ein wahrhaft paradoxes Programm: Ein Nationalgefühl, das – wie die Revolution in Frankreich gezeigt hatte – allein die Folge einer Umwälzung da Feudalgesellschaft sein konnte, stimulieren zu wollen nicht nur, um eben jene Umwälzungen zu verhindern, sondern um darüber hinaus deren potentielle Träger gegen einen äußeren Feind zu lenken, der sich anheischig machte, die 'legitimen' Herrscher auch der deutschen Staaten dauerhaft zu entmachten.

Herausgekommen ist dabei weder die staatliche Einheit noch die politische Freiheit. Wiener Kongreß (1815) und Karlsbader Beschlüsse (1819) besiegelten die Restauration in Europa, stellten die Souveränität der Partikularstaaten und die Hegemonie der Fürsten gegenüber dem Volk wieder her und verboten die patriotische Agitation, die nicht mehr gebraucht wurde. Der Bürger wars zufrieden und richtete sich im Biedermeier gemütlich ein. Das nationale Selbstverständnis der Deutschen aber hat den Kaiserschnitt, der es zur Welt brachte, nicht unbeschädigt überstanden. Von Beginn an als Substitut der politischen Freiheit aufgezogen, hat es sich von der Niederlage Preußens bis zum Sieg über Napoleon – in nur einem halben Jahrzehnt also – von einem Medium der Kompensation eigener Defizite zum rassisch unterfütterten Weltherrschaftsanspruch gemausert. Es hat damit nicht nur jedem emanzipatorischen Verlangen von vornherein entsagt, sondern auch zu verstehen gegeben, man möge doch bitte, wo und wie es sich fortan auch immer äußern würde, nicht glauben, was es sagt – in der DDR, Ende 1989, beispielsweise.

*Wolfgang Schneider schrieb in KONKRET 6/90 über die wiedervereinigte Linke*

Konkret 07/90, S. 63

# Sinn ohn´ Form - Radikale Antifa

Niedersachsen: Daß rot-grün dort schwarz-braun verdrängen wird kann nur glauben, wer die volksgemeinschaftlichen Slogans der Schröder-Partei auf den Landtagswahlplakaten übersehen wollte. Stärke-Einheit-Reichtum und ein natürliches und gesundes Deutschland resp. Niedersachsen motiviert die Leute von heute eben nicht nur zur Stimmabgabe für die Republikaner. Insofern ist zu hoffen, daß die antifaschistischen Gruppen, die in den letzten Jahren gerade in und um Göttingen ein bemerkenswertes Engagement entwickelt haben, dies auch weiter tun (können). Daß zumindest die SPD einiges in Gang zu setzen bereit ist, um das zu verhindern, läßt sich der »Dokumentation Antifaschistischer Widerstand in Südniedersachsen 1989« entnehmen, in der u.a. das Protokoll der Landtagsdebatte, die im Anschluß an die Demonstration wegen Kornelia Wessmanns Tod abgehalten wurde, abgedruckt ist. Der Abgeordnete Glogowski (SPD), begleitet vom Beifall von SPD, CDU und FDP: »Wir haben die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß in einer solchen Situation auch der Staat mit den Mitteln der Polizei den Bürger vor diesen Randgruppen schützt.« Die Randgruppen sind die Autonomen, die Mittel der Polizei haben gerade in Göttingen ihre Wirkung voll entfaltet... Außer dem Protokoll der Landtagsdebatte enthält dieser Reader Berichte zahlloser Aktionen, etliche Flugblätter, Pressereaktionen, Protokolle des Innenausschußes: Ein Muß für Leseratten und historisch interessierte Militante.

Auch die neue »**radikal Nr. 140**«, mit einigen Wochen Verspätung erschienen, hat einige Beiträge für die laufenden Antifa-Diskussionen und Aktionen. Schwerpunkt ist die Thematisierung des antifaschistischen Moments in der Anti-Shell-Kampagne: »Gegen Apartheid in Südafrika kämpfen bedeutet, daß mit dem faßbaren Rassismus vor der eigenen Haustür angefangen werden muß.« Mit dieser Argumentation wird auch ein Bogen zu den Anschlägen der RZ im Rahmen ihrer Flüchtlingskampagne geschlagen. Die Frauen der »radikal« wollen eine autonome Diskussion vorantreiben. Ein Diskussionspapier informiert, wohin die Reise gehen könnte. Debattenbeiträge können künftig direkt an die »radikal«-Frauen adressiert werden, wenn der zweite Briefumschlag statt an »zK« an »Frauen zK« adressiert ist.

*radikal Nr. 140 im Abo. Neue Adresse: Der äußere Umschlag wird adressiert en: CAV/Monatszeitung, Neulerchenfelderstr. 12, A-1160 Wien; der innere Umschlag (in den 40/80 DM für 5/10 Ausgaben eingelegt werden) erhält die Adresse: zK*

*Dokumentation Antifaschistischer Widerstand in Südniedersachsen 1989, 460 Seiten. Einzelbestellung durch Überweisung von 20 Mark an Fotografik, Konto-Nr.: 804 95 – 308 Postgiroamt Hannover. Kontakt über: Fachschaftsreferat im AStA Uni Göttingen.*

Konkret 07/90, S. 64

**Mzwakhe Mbuli; Oliver Tolmein; Uli Hentschel**

# Pick up the spear

**In Südafrika werden die Verhandlungen zwischen dem ANC und der Regierung, die »talks about talks«, sehr viel kritischer bewertet als im westlichen Ausland. Der Dichter und Musiker Mzwakhe Mbuli hält gerade jetzt »entschlossene Aktionen gegen jede Form von Rassendiskriminierung« für äußerst wichtig**

Aus der Entfernung sehen das Maschinengewehr und die Bazooka echt aus, die von einer Gruppe militärisch gekleideter junger Männer um das große Rund des Fußballstadions in Soweto getragen werden. Die allermeisten der 20.000 Menschen, die für einige Stunden am 6. Mai 1990 zu einer »Ralley«, einer Großkundgebung des ANC (African National Congress) und der SACP (Südafrikanische Kommunistische Partei) zusammengekommen sind, klatschen Beifall für diese Propaganda des bewaffneten Kampfes, stimmen in lange verbotene, aber sehr vertraute Kampfgesänge mit ein.

Die »Young Lions« sind populär bei den Massen, insbesondere in den Regionen des Landes, in denen der weiße Terror direkt durch Polizei, Armee und faschistische Milizen oder vermittels der schwarzen War-Lords des Dr. Buthelezi und seiner Inkatha-Banden fortgeführt und verstärkt wird. Die schwarze Bevölkerung in Südafrika erfährt und erleidet tagtäglich, daß die langsame Aufhebung der Apartheid-Gesetze an ihrer Situation von Ausbeutung und Unterdrückung bislang nichts geändert hat.

Während De Klerk als derzeitiger Geschäftsführer des weißen Herren-Volkes in die Fernsehkameras aus aller Welt lächelt, trifft sein Polizei-Minister daheim vor den Kameras Verabredungen mit dem Führer der faschistischen »Widerstands-Bewegung«, Terre Blanche. Es geht um die Bekämpfung von Demonstrationen, Streiks und Protesten der schwarzen Bevölkerung. Es gibt erkennbar eine Konzeption für die Reform der Apartheid: Weg von der schein-legalen, aber eben auch allzu teuren und aufwendigen rassistischen Durch-Strukturierung der Gesellschaft, hin zu einem effektiveren Repressionsapparat, der zudem die brutaleren Aktionen durch scheinbar oppositionelle, nicht-staatliche Terrorkommandos und Bürgerwehren durchführen läßt. Was macht es aber für die Frauen-Organisatorin oder den Gewerkschaftsaktivisten für einen Unterschied, ob sie von einem Weißen mit oder ohne Uniform attackiert werden? !

Wie werden sich der ANC und seine – bislang durch eine äußerst intelligente Strategie ausgewiesene – Führung verhalten? Sie alle haben sich an diesem Mai-Sonntag im Stadion in Soweto eingefunden. Nelson Mandela ist unter ihnen und etliche alte Comrads, die nach Jahren des Exils, der Gefangenschaft oder der Illegalität zum ersten Mal gemeinsam sich ihrer Basis präsentieren. Freude und Begeisterung über diesen Erfolg ihres Kampfes sind groß. Alle wissen, daß da auf den weißen Plastik-Stühlen mitten im Stadion die heimliche Regierung Südafrikas sitzt, eine im ANC zusammengefaßte Koalition aus demokratischen National-Revolutionären, aus eher sozialdemokratischen Pragmatikern, aus Kommunisten, aus Bürgerlichen. Erkennbar fehlen dort im Zentrum die Frauen, während sie auf den Zuschauerrängen im Stadion stark und aktiv vertreten sind. Einige sind mit einem Kuba-Transparent zu sehen.

Die ANC-Führung hat gemeinsam mit der SACP zu dieser Versammlung eingeladen, um Rechenschaft abzulegen über die zwei Tage zuvor beendeten ersten offiziellen Gespräche mit dem weißen Minderheiten-Regime unter de Klerk. Die Basis ist erkennbar skeptisch gegenüber diesen »talks about talks« . Werden da nicht die bisherigen Erfolge des Kampfes zu leichtfertig aufs diplomatische Spiel gesetzt? Wie kann Mandela einen der Hauptverantwortlichen für den Apartheid-Terror zum »glaubwürdigen Mann« erklären? Wie kann eine Einstellung des bewaffneten Kampfes durch den ANC überhaupt ins Gespräch gebracht werden, solange die Verantwortlichen für Mord und Totschlag, die Apartheid-Polizisten noch frei herumlaufen?

Andererseits scheint auch an der Basis des ANC akzeptiert zu werden, daß es Verhandlungen mit den weißen Noch-Herrschern geben muß, da sich diese nach wie vor und auf absehbare Zeit wieder mehr internationaler Unterstützung durch Waffen-, Technologie- und Geld-Transfer erfreuen. Gleichzeitig verdecken die roten Teppiche, die für Nelson Mandela überall ausgelegt werden, nicht, daß die internationale Solidarität für die südafrikanische Befreiungsbewegung drastisch abgenommen hat, zum Teil als direkte Folge der nationalen Volksaufstände in der DDR und anderen früher realsozialistischen Ländern, die über viele Jahre eine solide finanzielle, politische und diplomatische Unterstützung lieferten.

So ist die strategische Aufgabe für den ANC nicht leicht: einerseits den weltweiten Erwartungen einer »schönen Revolution« mit dem Ziel eines sauberen, ökologischen Kapitalismus zu entsprechen und andererseits den eigenen Analysen und der eigenen Kampf-Erfahrung entsprechend eine tatsächliche Revolution mit sozialistischer Zielsetzung zu organisieren, um die Apartheid vollständig zu beseitigen.

Den größten Beifall im Stadion in Soweto, von dessen oberen Rängen aus man – hinweg über die Sandhalden aus den Goldminen – bis zur Frankfurt-ähnlichen Glanzfassade der Johannesburger City sehen kann, bekommt Joe Slovo, der Generalsekretär der SACP. Auch wenn der politische Kurs der SACP in Übereinstimmung mit dem ANC zu bleiben und das heißt auf eine deutliche sozialistische Option für die Nach-Apartheid-Ära zu verzichten versucht, so drückt sich in

dieser Partei doch der Wille einer Arbeiterklasse aus, die mehr und anderes will als die Freiheit und Gleichheit des Ausgebeutet-Werdens. In Südafrika haben die Kommunistinnen und Kommunisten Aufwind. All die kleinen und großen roten Fahnen im Stadion mußten nicht von der Parteiführung »zugeteilt« werden; die Leute haben sie selbst mitgebracht. Für die Frauen und Männer aus Gewerkschaften, Selbsthilfe-Komitees, Jugendorganisationen repräsentiert Mandela die Geschichte und Würde der Befreiung, Slovo steht für die Zukunft und die intellektuelle Dynamik des Kampfes. Er ist zur Zeit der von der weißen Bourgeoisie meistgehaßte Mann in Südafrika.

Zum Ende der »Ralley« in Soweto wird für den Gast deutlich: Die Aktivistinnen und Aktivisten der Befreiung richten sich auf einen länger dauernden Kampf ein. Sie wollen mehr, als die einheimische weiße Geschäftswelt der schwarzen Bevölkerung zugestehen will. Sie wollen und werden sich nicht mit dem arrangieren, was die neue Internationale der Klassenversöhnung für Südafrika vorgesehen hat: einen ganz normalen, sozial und ökologisch verbrämten Kapitalismus. Denn in Südafrika würde der auch ohne Apartheid ganz einfach schwarz-weiß aussehen: Die, die schwarz sind, arbeiten und zahlen, und die, die weiß aussehen, lassen arbeiten und profitieren.

***

Ende Mai war der südafrikanische Musiker und Dichter Mzwakhe Israel Mbuli für eine knappe Woche bei den 2. Afrikanischen Literaturtagen in Hamburg. Für den 31jährigen war es die erste Tournee, die er außerhalb Südafrikas machen durfte. Bisher hatte er nicht einmal einen Paß bekommen. Seit er in Südafrika als »the peoples poet« gilt, ist er ständigen Repressalien durch die Apartheid-Regierung ausgesetzt. 1988 wurde er für ein halbes Jahr in Isolationshaft gehalten. 1990 wurden von weißen Rechtsextremisten drei Attentate auf ihn verübt. Seine 1986 veröffentlichte Platte »Change is pain« wird in der Bundesrepublik über »Pläne« vertrieben. Über die Situation in Südafrika sprachen für KONKRET Uli Hentschel und Oliver Tolmein mit Mzwakhe Mbuli:

***

**KONKRET:** Du hast in der BRD jetzt etliche Lesungen und Veranstaltungen gehabt. Was ist dein Eindruck von den Diskussionen und der Haltung der Bundesdeutschen zu Südafrika?

**Mbuli:** Ich habe da erwartungsgemäß ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Aber mir ist doch aufgefallen, daß sehr viele Leute keine Ahnung von dem haben, was zur Zeit in Südafrika passiert, oder daß sie die Situation für harmloser halten, als sie ist. Einerseits ist das verständlich: Südafrika ist weit, weit weg. Andererseits ist die Bundesrepublik das Land, das das Apartheidregime ökonomisch mit am meisten unterstützt. Da kann ich eine starke Anti-Apartheid-Bewegung erwarten – die gibt es aber nicht. Das ist auch deswegen erstaunlich, weil Deutschland eine eigene fürchterliche Vergangenheit hat und es diese Geschichte, indem es das rassistische Regime in Südafrika unterstützt, verlängert, anstatt sie zu überwinden.

**KONKRET:** Hast du den Eindruck, daß diese Kontinuität deinem Publikum hier bewußt war?

**Mbuli:** Es hat sicher einige gegeben, das merkt man ja an den unmittelbaren Reaktionen, die richtig fanden, daß wir die Verbrechen der Deutschen während des Nationalsozialismus in Beziehung zu ihrer heutigen Politik setzen. Sehr viel mehr Leute waren geschockt. Aber das ist auch gut, weil es der Beginn einer Auseinandersetzung mit uns und unseren Ansichten ist. Jetzt können sie zu denken anfangen. Das macht den Menschen aus: Ein Mensch kann motiviert werden, Menschen können sich verändern, sie können sich empören. Manche wollten aber auch nicht verstehen, was ich sage. Sie sind wie ein Stein: den kann ich auch ins Wasser werfen, in heißes Wasser, in kaltes Wasser, er wird naß, aber er bleibt hart, er ist ein Stein und kann sich nicht verändern.

**KONKRET:** Hier in der Bundesrepublik setzen viele Leute, auch aus der sozialdemokratischen und alternativen Szene, auf die angekündigten Reformen des Ministerpräsidenten de Klerk. In der bundesdeutschen Presse wird er sogar als »Gorbatschow vom Kap« bezeichnet...

**Mbuli:** Manche Leute, gerade auch Journalisten, haben eine merkwürdige Art: Sie wollen partout orginell sein. Gorbatschow ist aber Gorbatschow, und de Klerk ist de Klerk. Diese beiden Leute haben nichts, und zwar wirklich: nichts, miteinander zu tun. Das wird auch so bleiben. Und was de Klerk angeht: Er kündigt Veränderungen an. Na und? Ein Politiker soll keine Veränderungen versprechen, sondern er soll sie ins Werk setzen. Veränderungen: Das heißt zuallererst diese entsetzlichen Gesetze abschaffen, die uns zu Untermenschen machen. Apartheid ist wie ein verwesender Leichnam: Man kann versuchen, vom Gestank mit Deodorant und Parfum abzulenken, man kann den Leichnam aber auch für immer begraben. Und zwar sofort.

Genau das macht de Klerk aber nicht. Stattdessen werden Versprechungen gemacht, Reformen angekündigt, werden geringfügige Veränderungen in Szene gesetzt, werden wir vertröstet: Die Leute sind noch nicht so weit, alles braucht Zeit, Ihr müßt die Weißen verstehen... Das interessiert mich alles einen Dreck. Wir wollen keine Gettos mehr, keine Polizeikontrollen, keine Verhungernden mehr, kein Leben auf der Straße, keine Arbeitslosigkeit. Als Mandela aus dem Knast kam, hofften viele, jetzt sei unser Ziel, Freiheit, bald erreicht. Gegen diese großen Hoffnungen will ich nichts sagen, sie hängen zusammen mit der besonderen Rolle, die Mandela in unserem Freiheitskampf innehat, er ist ein wichtiger und weiser Kopf der Bewegung. Kaum daß er freigelassen worden war, kam es aber auch zu Massakern: 1990, bei der Entlassung Mandelas, wurde genauso gnadenlos und ohne Vorwarnung in die Massen geschossen, wie in den Sechzigern, als er verhaftet wurde. Es hat sich also nichts wesentliches geändert. 1990 gibt es Folter, politische Justiz, viele unserer Genossen sind im Knast – aber kein einziges Mitglied der National Party sitzt dort.

**KONKRET:** In der letzten Zeit gibt es deswegen ja verstärkt militante Aktionen von jungen Leuten, den »young lions«: gegen rassistische weiße Gruppen, gegen Kollaborateure, gegen die Gewalt von Inkatha. Was sagst du denen bei deinen Lesungen und Konzerten?

**Mbuli:** Meine Gedichte sind nicht nur für mich ein wichtiges Medium, um mit mir und meinen Gefühlen klarzukommen, sie rufen auch zu Aktionen auf. In einem Gedicht, es geht um Leute, die von Todesschwadronen massakriert wurden, heißt es: »The spear has fallen/ Africa, do something for the spear has fallen/ pick it up/ fight side by side«. Und das meine ich auch genauso. Es ist jetzt die Zeit für entschlossene Aktionen gegen jede Form von Rassendiskriminierung, jetzt ist die Gelegenheit, um gegen das 11th Commandment zu verstoßen, weil die Schmerzen, die wir heute erleiden, es uns morgen gut gehen lassen. Als Dichter will ich die Leute nicht besänftigen, sondern ermutigen. Ich sehe es als ein Ziel meiner Arbeit an, dazu beizutragen, daß sich die grenzenlose Wut der Leute in zielgerichtete Aktionen umsetzt.

**KONKRET:** Du schreibst auf Englisch und in Zulu: Wovon hängt ab, welche Sprache du benutzt, und warum schreibst du überhaupt in Englisch?

**Mbuli:** Ich bin Zulu – und ich kann kein Französisch... Das Apartheidregime separiert nicht nur Schwarz und Weiß voneinander, sondern schürt auch den Konflikt zwischen den schwarzen Stämmen. Englisch ist eine Möglichkeit, diese Stammesgrenzen zu überwinden. Ich schreibe also nicht Englisch, um mich der Kultur der Kolonialisten anzupassen, sondern um mich mit Schwarzen anderer Stämme zu verständigen. Mein Englisch ist deswegen auch kein Oxford Englisch, sondern Umgangssprache. Es kennt nicht den sauberen Reim und hat nichts mit Shakespeare zu tun: Es ist meine Sprache, die mir erlaubt, Afrikaner zu sein und trotzdem verstanden zu werden, zum Beispiel auch hier auf meiner Tournee durch die BRD. Wenn ich Zulu spreche oder schreibe, ist es etwas anderes: Ich will damit keinen Stammeskult fördern. Ich bin ein demokratischer und fortschrittlicher Zulu. Ich will ein vereintes Afrika und kein in zahllose Stammesterritorien zerfallenes. Aber gerade junge Kids aus meinem Stamm verstehen noch sehr wenig Englisch, bei manchen alten Leuten ist das ähnlich. Mit Zulu kann ich sie aber erreichen. Bei Arbeitern ist es häufig so, daß in einem Betrieb Angehörige mehrerer Stämme arbeiten und sich gegenseitig mithilfe von Dolmetschern verständigen müssen. Wenn ich vor Arbeitern auftrete, wechsele ich deshalb, damit mich alle verstehen können, die Sprache.

**KONKRET:** Benutzt du auch Afrikaans, die Sprache der Buren?

**Mbuli:** In meiner Familie bin ich der einzige, der kein Afrikaans spricht. Das ist schade. Mir ist klar, daß es hier auch politische Vorbehalte gibt, diese Sprache zu sprechen. Aber ich finde das falsch: Unser Feind ist nicht das Afrikaans. Unser Feind ist die National Party, die das Land seit 1948 regiert. Die größte Region in Südafrika ist die Kap-Provinz – und dort wird Afrikaans gesprochen: Es gibt sehr viel mehr unterdrückte Schwarze, die es sprechen, als weiße Unterdrücker.

**KONKRET:** Du sagst: Die National Party ist unser Feind. Wie beurteilst du es dann, daß Nelson Mandela über de Klerk sagt, er sei ein ehrenwerter Mann? Wie fühlst du dich, wenn der Volksheld Mandela und der Gangster de Klerk zusammensitzen und in Ruhe über die Zukunft des Landes diskutieren?

**Mbuli:** Die »talks about talks« haben eine sehr schwierige Situation geschaffen, in der niemand mehr auf unseren langen und immer noch sehr harten Kampf schaut, sondern Erwartungen in de Klerk und dessen Versprechungen setzt. Es sollte aber andersherum sein. Das Volk hat jahrelang gekämpft – das, und nur das, hat jetzt die Aussicht auf ein Ende der Apartheid eröffnet, nicht de Klerks guter Wille, seine Menschlichkeit oder sonst etwas. De Klerk kann man nicht als Individuum sehen, es ist völlig egal, ob er persönlich integer oder ehrenwert scheint. Er repräsentiert die Partei und die Klasse, die uns geknechtet und versklavt hat. Nelson Mandela wurde früher als ein hochgefährlicher Mann eingeschätzt – deswegen war er jahrelang im Knast. Heute ist er kein »Terrorist« mehr, sondern ein hochgeachteter Funktionär – so muß man auch seine Äußerungen beurteilen, er muß aufpassen, sich nicht lächerlich zu machen.

**KONKRET:** Du warst auch im Gefängnis. Du wirst bedroht, Auftritte von dir sind verboten worden. Was muß deiner Meinung nach mit den Unterdrückern geschehen? Hältst du eine nationale Versöhnung für möglich, wenn Apartheid abgeschafft wird?

**Mbuli:** Bei euch in Deutschland gab es, als das Nazi-Regime besiegt war, die Nürnberger Prozesse. Sowas muß es bei uns auch geben. Der Alltag in Südafrika ist bestimmt von nie wiedergutzumachenden Verbrechen. Eine nationale Versöhnung ist deswegen unvorstellbar. Wie sollen wir uns mit den Leuten, die uns und unsere Genossen gefoltert, im Knast oder auf der Straße ermordet haben, versöhnen? Sicher sind nicht alle, die für das Regime arbeiten, Verbrecher, deren Schuld nicht zu sühnen ist: Es gibt dort auch Mitläufer, Verhetzte, Irregeleitete. Sie müssen auch bestraft werden – aber anders als die großen Architekten der Verbrechen. Sie sind nicht besser als die Ceaucescus oder Somozas oder Rudolf Hess. Sie gehören in ein Volksgefängnis – als dauerhafte Mahnung an alle. Deswegen müssen wir auch aufpassen, daß sie sich dem nicht durch Selbstmord entziehen: Die Leute müssen die Gelegenheit haben, jeden einzelnen dieser Verbrecher als Person zu sehen und vor Gericht zu erleben. Es reicht nicht aus, nur Bücher über sie zu lesen.

**KONKRET:** Wir haben den Eindruck, daß die Kommunistische Partei in Südafrika eine zunehmend wichtigere Rolle spielt – sie hat wohl auch Zulauf an Mitgliedern. Gleichzeitig wird das antikommunistische Ressentiment in Südafrika geschürt. Was denkst du, wie die weitere Entwicklung ablaufen kann?

**Mbuli:** Joe Slovo, der Vorsitzende der südafrikanischen KP, ist bei uns ein äußerst populärer Politiker. Mit seiner Rede hat er wirklich alle aktiven Schwarzen bewegt, er hat genau den richtigen Ton gefunden und unsere Stimmung auf den Punkt gebracht. Deswegen wird jetzt natürlich gegen ihn und seine Partei der Haß geschürt. Ich muß euch enttäuschen, wenn ihr jetzt von mir Aussagen zur Zukunft des Kommunismus hören wollt. Es ist allerdings wichtig zu sagen, daß Südafrika nicht vom Kommunismus bedroht wird, sondern daß uns die National Party und ihr Apartheidregime unterdrücken. Und das müssen wir zuallererst beseitigen. Was dann kommt, wird sich zeigen, es läßt sich nicht einfach vorhersagen: Wer weiß schon, was sich in einem Südafrika entwickeln kann, in dem es keine rassistische Unterdrückung, keinen Polizeistaat, keine Zensur und keine National Party mehr gibt. . .

Konkret 07/90, S. 67

**Diedrich Diederichsen**

# Platte des Monats: Codiert und umcodiert

**Inspiral Carpets: Life; Mute/Intercord**

Gestern traf ich auf einer Vernissage den international berühmten Galeristen, der mich fragte, ob ich auch gleich auf die zu Ehren des Künstlers veranstaltete Party gehen würde und ob die Musik – denn er weiß ja, daß das mein Gebiet ist – auch klasse würde und abginge. Daß das von den Anwesenden eh keiner zu würdigen wüßte bzw. *richtig verstehen* könne, antwortete ich, genausowenig wie es meine Kollegen interessiere, ob für das richtige Ambiente eines Clubs sein origineller Besitzer oder der von ihm geheuerte Großkünstler (wie in New York Clemente, Salle und Haring) verantwortlich zeichne. Später sah ich denselben Galeristen auf der Party unterschiedlos einverstanden amüsiert zu elf Jahre alten SciFi-New-Wave-Nummern der B-52's und zu Rolling-Stones-Klassikern abhotten, der Musik, die eben läuft, wenn irgendwelche Leute, die Discotheken und andere Orte der Veränderung verabscheuen, heute tanzen wollen: seien es »vereinigte Linke« oder Vorstandsmitglieder von Shell, Kunsthändler oder Sozialarbeiter. Dazwischen tanzten er und seine Freunde, ohne irgendeinen Unterschied wahrzunehmen, zu den Inspiral Carpets, die sie an die Doors erinnerten.

Die Musik der Inspiral Carpets erinnert an unendlich viel Bekanntes aus der Geschichte der Popmusik: die in Stimmlage und Harmonik von den Früh-80er Liverpool-Bands bekannt gemachte, seitdem unzählige Male wiederaufbereitete britische Stilisierung von Melancholie z.B. Vor allem aber der Einsatz einer mehrfach umcodierten Orgel, die einst bei den Doors, einer in ihrem (Hippie-)Kontext »harten« Band, dafür stand, dem Hedonismus dieser Generation die harte Tragik ahnungsvoll hinzuzudichten, der nicht zuletzt der Sänger der Doors zum Opfer fiel: Das Aufsuchen und Gestalten künstlicher Paradiese, besonders das Zeichnen von Karten, Eintragen ihrer genauen Lage wird mit Verlust des »natürlichen« Lebens in der realen Hölle bestraft. Später hieß dieselbe Orgel bei den Stranglers, die als Punk-Band die existentialistische Melancholie der Doors-Orgel mit ihrem britischen Trotzkismus politisch aufluden, wieder: Verlust, notwendiges Scheitern, aber nicht auf dem Wege zum individuellen Glück, sondern im Kampf für Gerechtigkeit. Schließlich hatten im Verlauf des sogenannten Psychedelic Revivals unzähliger britischer, kontinentaleuropäischer und amerikanischer Bands, von denen mir auf Anhieb die Fuzztones, die Vietnam Veterans und Teardrop Explodes einfallen, diese Orgel-Töne nichts mehr mit realen Erfahrungen eines Scheiterns zu tun, sondern verliehen der Sehnsucht nach einem Bewußtsein von den Verhältnissen Ausdruck, das überhaupt noch eindeutig zwischen Weg, Ziel und Scheitern zu entscheiden wußte: postmodern-melancholische Wahrnehmung des Verlustes sogar noch der Möglichkeit des schönen Scheiterns als Ausweg.

Doch all diese traditionellen Elemente der IC-Musik, die sie für ältere Semester auf Anhieb vertraut klingen läßt, stehen im Dienste einer Jugendkultur, die vielleicht als einzige weiße Subkultur der Gegenwart – außer offen politischem, aber nie mehr als Minderheiten erreichendem Hardcore – für sich in Anspruch nimmt, nicht retro zu sein: das neue Manchester – seit zwei, drei Jahren endgültig das, was sich schon während der ganzen 80er abzeichnete und durch Bands wie The Fall, The Smiths, Joy Division und New Order vorbereitet wurde, nämlich Zentrum britischer Popmusik.

Heute wird dieses Zentrum repräsentiert von nächtelangen, sogenannten »Raves«, Parties, bei denen Ecstasy gefressen wird, das freundliche Designer-Halluzinogen, und House läuft, dem XXL-Look, extrem schlabberiger, weiter Kleidung, Elefantenjeans, den Bands Happy Mondays (undiszipliniert, versoffen und auf Drogen, Tendenz: funky), Stone Roses (die Beatles, vier Boys – vier Charaktere, Musik: noch langweiliger, älter, bekannter für den, der die aktuelle Codierung der, in diesem Falle, Gitarrenmusik nicht mitbekommen hat), 808 State (von Boys adaptierte und für Rave- und Chill-Out-Zwecke bearbeitete, ursprünglich schwarze House-Musik) und schließlich den Inspiral Carpets, die mit dem am deutlichsten von der Rock-Geschichte codierten Material arbeiten und es am deutlichsten umcodiert haben: Ihr Publikum begrüßt sie hysterisch muhend, wenn sie körper-konturenlos zu ihren Instrumenten schlabbern und eine Musik spielen, die angenehm bekannt klingt, aber von der ich immer dachte, sie wäre seit den frühen, spätestens mittleren 80ern den letzten nordenglischen und Bible-Belt-Bands endgültig langweilig geworden.

Mitnichten: Heute hört man nicht in dem Moment auf, Jugendkultur zu verstehen, wenn sie zu brachial, radikal, unerwartet, blutig, brutal etc. sich geriert und politische Radikalismen für selbstverständlich erklärt, für die jene lebenslang mit dem »FAZ«-Ehrentitel »Bürgerschreck« belegten 68er in ihrer radikalsten Phase Rücksprache mit Anwalt und Plattenfirma gehalten hätten, wie es bei HipHop, Hardcore und anderen radikalen zeitgenössischen Subszenen ja auch der Fall ist, nein, man hat in dem Moment den Kontakt verloren, wenn man im Neuen nur noch das Bekannte hört, wenn man zwei, drei Umcodierungen eines Sounds erlebt hat und sich einfach nicht vorstellen kann, daß es jetzt zur vierten, für alle Szenebeteiligten verbindlichen Codierung eines gänzlich unspektakulären Materials gekommen ist. Wenn, wie in Amerika, bei Hardcore, bei schwarzer Musik die Codierungen nicht nur von den Kriterien Subkultur-setzender, wirksam abgrenzender Szene-Soziologie geliefert werden, also im Prinzip willkürlich sind, sondern von politischen Haltungen, zu verteidigenden Lebensformen, Community-Traditionen bestimmt werden, folgen die Codierungen auch bekannten musikalischen Materials noch nachvollziehbaren, oft auch musikalisch und im Einsatz bestimmter Technologien sowie bei

den begleitenden Mode-Accessoires logischen und evolutionistischen Prinzipien. Wenn aber, wie in Großbritannien, es vor allem darum geht, Jugendkultur vor dem Zugriff aller Formen von Sinnstiftung (soziologischer Zuordnung, politischer Haltung, industrieller Verwertbarkeit, Opferung der Einbindung in die besonders in GB so ausgebaute Pop-Freizeitindustrie) zu schützen, so daß keine Bündnis-Partner oder auch nur Bündnis-Parameter in anderen, nicht generationsmäßig definierten (Sub-)Kulturen in Sicht sind, ist es klar, daß plötzlich das Normalste, Traditionellste benutzt werden muß, um sein Gegenteil zu verkünden: nämlich durch nichts gerechtfertigte, durch nichts begründete, aber total beanspruchte Neuheit, radikaler Eigensinn. Das, was immer so emphatisch zur eigentlichen Stärke von Pop erklärt wird. (Und natürlich andrerseits miteinschließt, daß gerade das Abgrenzen und Ausschließen nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet, weswegen die vertrauten Formen natürlich auch den unhippen älteren Zeitgenossen ein Mitmachen und vor allem Plattenkaufen ermöglichen, ohne sie wirklich in den Club reinzulassen).

Es ist unsinnig, dem Zensuren zu erteilen. Die Vorgehensweise ist an sich auch nicht neu, am wenigsten in England: Isch wiß et noch als wär' et jestern jewesen, wie alle englischen Bands Funk und Hollywood entdeckten und alle älteren Spezialisten erklärten, daß echter Funk und echtes Hollywood besser seien. Ja, als Funk, ja, als Hollywood, aber nicht als neue englische Youth-Musik. Aber damals war englische Popmusik noch weltweit verbindlich, also auch genötigt, verständlich zu sein. Im Sinne der Generationen- und auch der politischen Abgrenzung, während heute der eigentümliche Zustand eingekehrt ist, daß Popmusik einerseits dasselbe Schicksal ereilt wie der Jazz: durch Ausdifferenzierung so »gut« und kompliziert geworden zu sein, daß nur Spezialisten sie verstehen (wobei die Ausdifferenzierung im Gegensatz zum Jazz keine musikalische ist, sondern eine im Reich der außermusikalischen Referenzen, in der Codierung, in den Kulten und vor allem in der sozialen Verwurzeltheit in immer kleineren, sich immer präziser abgrenzenden Subsubsub-Szenen), andererseits ist sie, wie im Falle der Carpets, auch auf eine andere Weise lesbar geworden, nämlich über das allgemeinverständliche traditionelle Vokabular, das zwar mittlerweile etwas ganz anderes bedeutet, was aber diejenigen Konsumenten nicht stört, die aus einer Sub-Szene-Erscheinung einen Welt-Hit machen, unsere oben erwähnten Tänzer.

So funktioniert auch der Einwand, der immer wieder erhoben wird, nicht, man solle sich als Pop-Aktivist nicht so viel um kleine Zirkel und ihre schönen, aber idyllischen und idealistischen Verfeinerungen kümmern, sondern das Auge auf die Charts richten, es gäbe immer noch gute Charts-Musik, in der das ganze Volk betreffende Ideen und Vorstellungen aufgehoben seien. Ja, es gibt gute Charts-Musik, aber das Gute an der guten Charts-Musik gehorcht Regeln, die wieder nur Spezialisten verständlich sind. Soul II Soul ist »gute« Charts-Musik, das was sie »gut« macht, ist wieder nur einer Elite oder Subszene von Spezialisten, den am Soul II Soul-Leben der bewußten, intelligenten, schwarzen Londoner-Club-Community Beteiligten verständlich und lesbar. Die sind aber nicht für den weltweiten Erfolg verantwortlich. Doch ist Soul II Soul immer noch nachvollziehbarer codiert und damit auch immer noch mehr echte »Ideen des Volkes« als Inspirial Carpets: Die sich aus Rasta-Traditionen herleitende äußere Erscheinung, die Beziehung zu Soul, schwarzer Hipness etc. entstammen anderen als durch rein musikalische, umgewidmete Zeichen bestimmten Lebenswelten. Die Codierung der Inspiral-Carpets-Musik ist hingegen eine fast völlig beliebige Einigung einer Party-Jugend-Kultur auf Elemente aus der Rockgeschichte, deren traditionelle Bedeutung nichts mit der neu vereinbarten zu tun hat.

So präsentiert sich zwar einerseits Jugendkultur am reinsten, nutzt ihre exklusivsten Waffen am effektivsten aus, liefert sich aber andererseits der Scheinbestätigung durch die Scheinerfolge bei einer größeren plattenkaufenden Öffentlichkeit und verkaufenden Industrie, also denen aus, die nur die Zeichen konsumieren und anders lesen, als sie im Bewußtsein der Eingeweihten festgelegt sind. Die Erfolge, die damit zu erzielen sind, sind also im besten Falle große strategische, die sich aber der Möglichkeiten beschneiden, die noch jede neue »Bewegung« zumindest zeitweise genutzt hat: dem Arbeiten mit, an oder gegen Geschichte. Dafür war Popmusik, als die Kunst, deren Formen bisher am genauesten von ihrer Geschichte und anderen Bedingungen zu erzählen wußten, immer prädestiniert. Auch in dem Sinne, daß Formen, die schon mal verwendet wurden, objektiv von ihrer Geschichte erzählen, auch wenn man sie umwidmet (und viele der besten Popmusiker wußten das für die besondere Reibung zwischen einem objektiv geschichtlichen und einem persönlich jugendlich »unvernünftigen« Moment zu nutzen), dann aber, wenn man dies völlig ignoriert, wenden sie sich gegen den, der sie als völlig frei verfügbar betrachtet hat. Doch ich rede hier über ein Debüt, ein Debüt, dessen immense Wirkung mit dem Mitschleppen ahnungsloser Vertrautheitstrittbrettfahrer nicht genügend erklärt ist, das möglicherweise in seiner scheinbeliebigen Verwendung von Rockgeschichte wieder Unverwechselbarkeiten, Spuren objektiver Spannung zwischen traditioneller, konventioneller und neu festgelegter Bedeutung mit sich herumschleppt, die noch nicht genügend Formen-Eigenleben entwickelt haben, um für mich, einen, dem der Umfang erlebter Rockgeschichte das Ohr verstopfen könnte, wahrnehmbar zu sein. Oder die Inspiral-Carpets-Platte handelt von dem notwendig sich permanent anders kleidenden gleichen Satz, der aller Popmusik zugrundeliegt und im Single-Hit auch explizit ausgesprochen wird: »So this is how it feels to be lonely/this is how it feels to be small/ this is how it feels when your world means nothing at all.«

Denn wenn die Chancen, nur durch Jugend Anderssein zu definieren und wirksam zu leben und durchzusetzen, so industrialisiert und beschnitten und also tendenziell aufgehoben werden wie heute in Europa, hilft nicht mehr der schon so oft ersehnte und versuchte Schulterschluß mit wegen offensichtlich politischer Anlässe kämpfenden Schwarzen oder Hardcore und Hausbesetzern, dann hilft nur ein frontaler, primitiv strategischer, auf der Oberfläche der Codierung

ausgetragener Kampf um dieses Kriterium, um den Raum, den dieses Kriterium öffnet (und absperrt).

Konkret 07/90, S. 70

**Dietrich Kuhlbrodt**

# Wie verspielt die Partei die Macht?

**1965 gedreht diskutiert, abgesetzt, 1990, als alles vorbei ist, gezeigt: Frank Beyers DEFA-Film »Spur der Steine«**

DDR, Mai 1965, Außenaufnahmen im Kombinat Schwedt und in Leuna. Manfred Krug, damals 28 Jahre alt, spielt den Brigadier Balla. Die aufrechten Sieben von der Zimmermannsbrigade brauchen die volle Breite der Straße. Ein demonstrativer Einmarsch. Das Bildformat – Totalvision, schwarzweiß – ist voll genutzt. So treten die glorreichen Sieben im Cinemascopebild des Western auf; die Zimmermannskluft erscheint als Variante des Westernkostüms, und die Großbaustelle des Industriekombinats ist nicht minder wüst wie die Steppen des fernen Westens. Auch erkennen wir das Männerpathos des Westernfilms wieder; Balla und seine Brigade tun, was Männer tun müssen. Zum Beispiel nackt, aber mit genug Bier im Bauch, in einen See springen, vor einem voll besetzten Cafe, und den uniformierten Offizier der Volkspolizei ins Wasser kippen, eine grobe Disziplinlosigkeit. Oder ist bereits der Film selbst, der, jedenfalls in seinem ersten Teil, sich einer der DEFA bis dahin fremden Ästhetik bedient, eine grobe Disziplinlosigkeit? Nachdem nach Schluß der Dreharbeiten, im Dezember 1965, das 11. Plenum des ZK der SED getagt hatte, war die Antwort ein dogmatisch begründetes Ja, und »Spur der Steine« verschwand – nach wenigen Aufführungen im Sommer 1966 – zusammen mit fast der ganzen Jahresfilmproduktion der DDR im Keller.

Ein Vierteljahrhundert später läuft »Spur der Steine« im Kino, ungealtert, unversehrt und hochwillkommen, weil er eine Diskussion anstößt, die gesellschaftlich längst hätte geführt werden müssen, die aber in der DDR, in der es diesen exemplarischen Film gibt, nicht öffentlich war und in der Bundesrepublik nicht vorkam, weil es einen solch exemplarischen Film hier eben nicht gegeben hat. – Am Anfang provoziert Balla, der Sympathieträger, Fragen. Die Brigade kapert Kieslaster, die auf dem Weg zu einer anderen Großbaustelle sind, und dirigiert sie zur eigenen Arbeitsstelle um, dem Rückkühlwerk. Ist das nun eine vernünftige Initiative, weil die eigene Bauleitung unfähig und der Plan fehlerhaft ist? Nach der Aktion kommt die Reflektion, und der Film ändert sein Gesicht. Brigadier Balla, der nicht in der Partei ist, setzt sich mit Horrath, dem Parteisekretär, der nicht orthodox ist, auseinander – auch mit der Bauingenieurin Kati, die Liebe braucht und die Partei schädigt, weil das Dreiecksverhältnis gegen die sozialistische Moral verstößt. Kati ist die einzige, die schließlich die Baustelle verläßt: »Ich will neu anfangen! Ich habe es satt, mir selbst leid zu tun!«. Balla schwört der Brachialgewalt (»Mit dem Stuhlbein diskutiert es sich leichter ! «) ab und läutert sich zum bewußt sozialistischen Arbeiter, und über Parteisekretär Horrath, vorschriftswidrig dem außerparteilichen Dreieck verbunden, sitzt die Parteileitung unter dem Vorsitz des gütigen und verständnisvollen Bezirksparteisekretärs Jansen zu Gericht: Ausschluß oder nicht?

Auf der großen Leinwand stellt sich schon bald nichts mehr zur Schau, keine Brigade quer über die Straße, keine Totale auf die Großbaustelle. Wir sitzen stattdessen in engen, niedrigen Räumen an Tischen, Tischen, Tischen. Stets aber am äußersten Ende, das längs in den Vordergrund geschoben ist, subjektiv über die Leinwand hinaus an den Zuschauerplatz. Selbstredend kann es auch ein Tresen sein – mit einem Glas Salzstangen ganz im Vordergrund. Meist liegen jedoch Akten auf dem Tisch, und der Zuschauer wird Augen- und Ohrenzeuge von Parteileitungs- und anderen Sitzungen, von denen eine auf die andere folgt und die zum erstenmal durchsichtig und öffentlich werden. Die Kamera verzichtet auf Finessen, Dunkelzonen und Ausleuchtungen, sie dokumentiert ohne jede Aufregung eine Sitzung, in der offen die offenen Fragen der Republik zur Sprache kommen. Regisseur Frank Beyer, damals 33, hat Schluß gemacht »mit einer verlogenen Kamera- und Beleuchtungsschule, die die Ufa der DDR hinterlassen hat« (Beyer, 1960). Vielleicht ist es diese Klarheit und Durchlässigkeit, die den Film heute aufregend, der Vernunft zugänglich macht. Wie würden Sie entscheiden? Die Ausschlußsitzung ist in »Spur der Steine« Rahmenhandlung, aus der Rückblenden in die Geschichte des Dreiecks Balla - Horrath Kati zurückführen: Inaugenscheinnahme, Beweisstücke auf dem Verhandlungstisch. Zum Schluß des Films zerreißt Bezirksparteisekretär Jansen zur großen Erleichterung des Zuschauers die Ausschließungsurkunde gegen den Parteisekretär Horrath, auch wenn dieser nachgewiesenermaßen gefehlt und gesündigt hat. Und da Parteifunktionär Jansen ja keine fiktive Figur war, sondern in dem Bezirksparteisekretär Bernhard Koenen aus Halle sein reales Vorbild hatte, war zum guten Ende die Welt wieder in Ordnung, und die Partei hatte recht.

Aber es war zu viel auf den Tisch gekommen, und die subjektiv plazierte Kamera suggerierte, daß der Zuschauer damit befaßt werden sollte, gesellschaftliche Probleme zur Kenntnis zu nehmen, gar darüber zu entscheiden. Dem steuerte nach einigem Hin und Her das offizielle Verständnis des Films als verordnete (»kommandierte«) Lebenshilfe-Frage: Jemand wie Balla, ausgezeichneter Aktivist, der aber streikt, wenn die lasche Bauleitung das Schalholz nicht rechtzeitig beschafft, – grenzt man den aus (»Daraus haben Faschisten ihre Helden gemacht«) oder macht man ihn zum Verbündeten (»Wir brauchen Leute wie Balla«)? Und stellt man diese Frage, weil man Planfetischist ist oder sonst ein Ideal hat (»haben auch die Nazis gehabt«)? Worum gehts bei der Frage, ob man so etwas wie den Brigadier Balla isoliert oder nicht? Darum, ob man dabei »die Macht verspielt oder nicht«, sagt der Parteisekretär von 1965. Soll man das, was Mitte der sechziger Jahre zur Entfremdung führt, zu Gunsten eines reinen Bildes des sozialistischen Fortschrittes ausblenden? Oder nicht? Der Film spricht sich dagegen aus. Er registriert, was stört. Das FernsehDrogramm? »Schalt

um!«. – Ein Ritterkreuzträger von damals? Ein Arschkriecher von heute! – Warum gehst Du nicht rüber? Um hier das Vernünftige durchzusetzen (und das ist schwer rückgängig zu machen)! – Sozialistische Moral (»Anfälliger Lebenswandel indiziert anfällige Prinzipientreue«)? Heilsarmee-Moral! – Den Werkschutz rufen, wenn einer die Initiative ergreift? »Laß uns doch alle abführen!«

Der Mief, der sich in den sechziger Jahren in der DDR zu bilden beginnt, weil es an Lüftung fehlt, hier bläst ihn ein Film weg, ein Balla, der Flegel, mitten in Berlin, in Gegenwart des Ministers. Balla versucht, sich an Sprachrituale zu halten. Er schafft es nicht. Dafür setzt er gegenüber seiner Brigade und den Kumpels das Dreischichtensystem durch. Aber wenn er seine Rede einübt, »Hochgeschätzter Herr Minister, Hochwohlgeboren«, endet er bei »Hochwürden«, und wenn er so etwas Naheliegendes, aber Unvorhergesehenes erwähnt wie das, was im Plan nicht bedacht ist, daß nämlich das Dreischichtensystem dem Arbeiter weniger Geld einbringt, dann hat das nicht im Manuskript gestanden, sondern ist der freien Rede geschuldet.

Die freie Rede der »Spur der Steine« führte schließlich dazu, daß der Film der Abgrenzungskampagne gegen »Abweichungen«, die das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 beschlossen hatte, zum Opfer fiel. Freilich zog sich der Streit ein halbes Jahr hin, bis das Verdikt endgültig war. Denn der Roman von Erich Neutsch, den Frank Beyer mit »Spur der Steine« verfilmt hatte, war in zwei Jahren zum Bestseller geworden (9 Auflagen) und hatte dem Autor einen Nationalpreis eingebracht. Das Drehbuch hatte Beyer, schon damals mit dem Buchenwald-Film »Nackt unter Wölfen« und der gesellschaftlichen Komödie »Karbid und Sauerampfer« einer der talentiertesten und gesellschaftlich höchst geachteten jüngeren DEFA-Regisseure, zusammen mit Karl-Georg Egel, gleichfalls Nationalpreisträger, geschrieben. Dabei war durch die Rahmenhandlung (die Sitzung über den Parteiausschluß) die Rolle des menschlich integren, verständnisvollen und gerechten Parteifunktionärs Jansen weiter aufgewertet worden. – Die Jugendausschreitungen vom Herbst 1965 hatten die Partei jedoch ängstlich gemacht. Offenbar fürchtete sie, daß sich die aufmüpfigen Bürger mit der Figur des damals schon populären, aber sich anarchistisch gebärdenden Manfred Krug identifizieren könnten. Bereits Ende November 1965 ergingen in der Sorge, der Film der DDR vernachlässige seine Aufgabe als »Lebenshilfe«, Anweisungen, denen zufolge die »freizügige« Darstellung sexueller Themen »nicht mehr zulässig« war; auch wurde die Darstellung von »Entfremdung« beanstandet, weil sie der sozialistischen Gesellschaft in der damaligen Periode ihres Aufbaus unbekannt sei. Zwischen Beyer und der neu eingesetzten Studioleitung in Babelsberg entbrannte daraufhin ein monatelanger Kampf um Schnitte sogenannter freizügiger Stellen, der zur Kürzung des Films um dreißig Minuten führte. (Die ostentative Keuschheit, die daher im Dreiecksverhältnis obwaltet, ist heute der einzige Schwachpunkt des Films). Lediglich die Nacktbadeszene, an der keine Frau beteiligt ist, wohl aber ein uniformierter Polizist, blieb jedenfalls in der Schlußfassung erhalten.

Die Tabuisierung der Freizügigkeit war jedoch nur vorgeschoben. Letztlich ging es um das Thema, das »Spur der Steine« selbst angeschlagen und diskutiert hatte: Wie behält die Partei die Macht? Wie verspielt sie sie? Die Parteiführung meldete sich im Dezember 1965 selbst zu Wort. Erich Honecker griff in dem von ihm auf der Eröffnungssitzung des 11. ZK-Plenums gegebenen Bericht des Politbüros die Position der in diesen Filmen angeblich *über* der sozialistischen Gesellschaft stehenden »Beobachter« an, die, indem sie Fehler und Schwächen der DDR-Gesellschaft registrierten, die Position der Feinde des Sozialismus vertreten würden. Kurt Hager brandmarkte die Darstellung der »Entfremdung« zwischen Individuum und Gesellschaft als Kafka-Imitation, die gegen den Sozialismus und seine Lebenswirklichkit gerichtet sei. Und Walter Ulbricht wandte sich auf dem Plenum (veröffentlicht am 19. Dezember 1965 im »Neuen Deutschland«) gegen die Meinung, daß man solche Filme zeigen müsse, um sie zur allgemeinen Diskussion zu stellen und damit freie Meinungsäußerung zu ermöglichen. Erziehung der Jugend durch diese Filme? Das Politbüro sage dazu Nein. – Denn diese Diskussion zuzulassen, so formulierte es Hermann Axen, bedeute »erst das Volk vergiften und dann das Gift wieder rausziehen«.

Die Diskussionen, die in »Spur der Steine« geführt werden, gingen wie selbstverständlich in die Diskussionen der sozialistischen Wirklichkeit des Jahres 1966 über – mit dem Unterschied, daß diese eben nicht öffentlich werden sollten. Es spricht für die SED, daß sie zur Meinungsbildung ein halbes Jahr intensiver Diskussion brauchte. Noch im Mai 1966 empfahl der neu gegründete künstlerische Beirat der Hauptverwaltung Film des Ministeriums für Kultur »die baldige Aufführung dieses Werks«, wobei über die künstlerische Darstellung der Rolle der Partei der Arbeiterklasse künftig aber »Beratung« erforderlich sei. Auch das »Neue Deutschland« registrierte die Uraufführung des Films, die am 15. Juni 1966 als Auftakt der 8. Arbeiterfestspiele in Babelsberg stattfand, positiv. Am 28. Juni, vor der Berliner Premiere, beschloß das ZK des Sekretariats der SED jedoch, den Film zurückzuziehen. Die Begründung war am 6. Juli im »Neuen Deutschland« nachzulesen. Unter dem Pseudonym Hans Konrad – es sind die Initialen des »ND«-Kritikers Horst Knietzsch – wurde kritisiert, daß der Film »Spur der Steine« »ein verzerrtes Bild von unserer sozialistischen Wirklichkeit, dem Kampf der Arbeiterklasse, ihrer ruhmreichen Partei und dem aufopferungsvollen Wirken ihrer Mitglieder gebe« . – Das war eine Beurteilung, für die ein real existierender Kritiker seinen Namen nicht hergeben mochte.

Konkret 07/90, S. 72

**Horst Tomayer**

# Tomayers ehrliches Tagebuch

HANS SCHEIBNER

**Reineke Fuchs (PDS)**

«Mit Wut und Empörung«, so lese ich, «hat der Vorsitzende der PDS, Gregor Gysi, auf den Beschloß der Volkskammer reagiert, das Vermögen der alten DDR-Parteien einer Treuhand-Kommmion zu unterstellen.«

»O, weh! O, weh!«, hat der alte Fuchs im Hessischen Rundfunk gejammert, «damit wird eine Entwicklung eingeleitet, die über die Liquidierung letztendlich zum Verbot der PDS führen soll.«

Und ganz erschüttert hat er die Pfoten zum Himmel erhoben und mit sanfter Klagestimme geheult:

‚Mit allen Mitteln will die Bundesregierung verhindern, daß im geeinten Deutschland eine linkssozialistische Partei existiert.« Und hat die listigen Äuglein gerollt und geklagt:

«Das sind doch alles Verleumder, die da behaupten, wir hätten eine Milliarde Parteivermögen. Und die hätten wir auch noch von den meisten Mitgliedern erpreßt: weil, wer früher kein zahlendes Mitglied in der SED war, der konnte auch nicht vorankommen im Beruf usw. Alles Lügen. üble Lügen ...«

Verzeihung, lieber Leser. Ich bekomme da wohl etwas durcheinander. Hab grad wieder Reineke Fuchs gelesen. Von Johann Wolfgang von Goethe.

Köstlich, wie es dem Übeltäter und Mörder immer wieder gelingt, durch rührselige Reden und dreiste Lügen die Zuhörer zu betören und den König wieder rumzukriegen.

Er hat den Bären in den Hinterhalt gelockt, er hat den Kater Hinze verraten, er hat sich als betender Pilger verkleidet und das Kaninchen fast zu Tode gebissen.

Aber nun, vor'm König stehend, ist er entrüstet und empört, wie man ihn, der doch immer nur das Gute wollte. so verleumden kann. -

Das Kaninchen' Das habe ich doch in Wirklichkeit mit Brot und Butter bewirtet - und dann ist dieses böse Kaninchen auf meine Jungen losgegangen und hat die blutig gebissen! Ja, so war das, Herr König!«

Immer wieder gelingt es Reineke Fuchs. alles ins Gegenteil zu verkehren. Einfach nur dadurch, daß er da, Blaue vom Himmel herunterlügt.

Und dabei war er doch schon verurteilt, er hatte doch den Strick schon um den Hals!

»Ach. hätten wir ihn doch rechtzeitig aufgehangen. so wären wir nun erlöst von ihm!«, seufzen die Tiere immer wieder. In der Fabel. meine ich. Vom Reineke Fuchs.

**Für Kater Hinze, den Bären, das** Kaninchen und alle andern anständigen deutschen Tiere, die deswegen seufzen, weil es Reineke Gysi, dem Übeltäter und Mörder, trotz Verurteilung durch den Volksgerichtshof der anständigen deutschen Tiere immer wieder gelingt, durch rührseliges Reden und dreiste Lügen den Zuhörer zu betören und den Hals aus der schon geknüpften Schlinge zu ziehen, so daß also Kater Hinze, der Bär, das Kaninchen und alle anderen anständigen deutschen Tiere mit Sch., dem Scheißkerl, »ach, hätten wir ihn doch rechtzeitig aufgehangen, so wären wir erlöst von ihm« zu seufzen gezwungen sind:

*Was schleichst du da, du Scheißkerl, auf Sandalen*
*Den Goethegleichnisumweg längs, Du Scheißkerl*
*Statt tapfer bar des Schutzes der Parabel*
*Auf diesesjüdisch-bolschewistsche Tier*

*Das blutverschmierten Mauls vom vielen Reißen*
*Unschuldger deutscher Menschinnen und Menschen*
*Am Dialektisch Unschuld heuchelt tückisch*
*Und aufträgt das dem Himmel abgelogne Blau*
*In unverblümterRede schwerem Schuhwerk*
*In braunen Stiefeln und mit Henkers Kordel*
*Und Doktor Reinhard Heydrichs Eifer*
*Loszugehn*
*Was, Scheißkerl, Memme, traust du dich nicht, schau*
*Sooo geht der Knoten, und schon hängt die jüdischrote Sau*

**Immer mehr Menschen in Ländern** der dritten Welt interessieren sich, nicht zuletzt aufgrund der Aufdeckung der verbrecherischen 129a-Connection Honecker/ RAF-West für die Sorgen Deutschlands, mithin für Stefan Austs großes dickes Buch über den Massenmord an Bänkern, »Der Baader-Meinhof-Komplex«. In Brasilien ist die Auflage in portugiesischer Sprache dieser Tage bei 16,5 Millionen angelangt. In Bangladesh liest jeder 14. Alfabeth in jeder Taifun-, Überschwemmungs- und hungerfreien Minute Stefans »BMK«. Am Vorabend des (aus zulänglichern Grunde) letzten Gedenktages der Deutschen Einheit sahen wir in »N3 International«, wie auf Olongapo philippinische Barmädels ab fünfzehn das Herumfuhrwerken riesiger in Budweiser Bier gebadeter US-Stützpunktsoldatenschwänze in ihrem asiatischschmalen Leib für zwo Dollar (einer geht an die Familie zuhaus) die ganze Nacht erdulden, nur um sich den BM-Komplex kaufen und ein Bild von den auch nicht von schlechten Eltern stammenden Sorgen Deutschlands machen zu können. Sie lesen Stefans großes dickes Buch sogar auf der zerfledderten plastebezogenen Schaumstoffpritsche beim Gonokokkenabstrich, ja, selbst während des schmerzvollen Auspressens eines GI-Balgs, der, so weiblich, in fünfzehn Jahren an Muttis Stelle die Beine öffnen wird für zwo Dollar die Nacht, leiden sie mit unterm Massenmord unter an deutschen Bänkern leidendem Deutschland mit. Mit. Mit.

**Auf den Dächern der von Kaisers** Kaffee und der Deutschen Bank enteigneten Häuser singen die Spatzen das Lied vom ausverkauften Land. Es gäbe viel zu tun für eine satirische Schrift, das begänne mit der Sonderseite für den Magdeburger Skin und müßte mit dem Arbeitslosensuicid des Tages nicht enden. Aber das Ostberliner Wochenwitzblatt »Eulenspiegel«, ein tutig-windiges Ding, das in keiner Währung der Welt was wert ist, glaubt, im siebten Monat der Konterrevolution sich das größte Verbrechen an der Heiligen Pornografie leisten zu dürfen, nämlich die Schweinerei, eine nackte Frau mit dem vom Onanierer abgewandten Antlitz derart schenkelverschränkt ins hohe Gras zu befehlen, daß der Onanierer, wie ers auch anstellt, nicht den kleinsten Blick in den Schritt zu werfen vermag. Eine verkorkstere Wichsvorlage hat die Welt noch nicht gesehen! Hat man aber, obwohl man aufgrund von Nahrungsmittel- und Genuß-Abusus dringend uarrgh müßte, zufällig keinen Finger frei oder Handschuhe an, dann hilft der Würgereiz der Bildunterschrift und schon kann man kotzen, kotzen, kotzen.

[Bildunterschrift »Wo sind bloß die Jungs von der Kampfgruppe geblieben?«]

**17. Juni mittags im Schauspielhaus** der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. In der vorderen Reihe schlägt die Volkskammerpräsidentin die Strumpfhosen übereinander. Daneben sitzt der Anzug Kohl. Dahinter ein Einser-Zeugnis menschlicher Entfremdung namens Wohlrabe. Ich bin womöglich altmodisch, aber ich finds trotz alledem obszön.

Konkret 07/90, S. 74

**Hermann L. Gremliza**

# Gremlizas express

Was den Theo angeht, so zweifle selbst ich, der es doch wissen müßte, ob er trinkt – oder ob's an einem verschleppten Ziegenpeter liegt:

*Jetzt geht der Zweite Weltkrieg, ja das Zeitalter der europ□ischen Kriege wirklich zu Ende... Die Pl□tzlichkeit des historischen Gezeitenwechsels hat die Zeitgenossen □berrascht... Der historische Gezeitenwechsel macht einen Paradigmenwechsel*

(oder Diaphragmenwechsel?)

*nötig. Die Probleme erzwingen ihn: Wir müssen umdenken und neue Wegzeichen setzen... Geopolitik reicht nicht, jetzt tut Gaia-Politik not... Mutter Erde zeigt den Menschen gelbes Licht,*

in dem viele kleine grüne Männchen flimmern. Er muß gegen einen Bus gelaufen sein.

Rolf Schmidt-Holtz, der Chefredakteur der Illustrierten »Stern«, hat ein Problem: Er weiß nicht, ob er den rapiden Fall der Auflage mit vielen bunten Tittenbildern eher bremst oder beschleunigt, ob nämlich der kleine Mann, der das Blatt kaufen soll, lieber wichst oder Kreuzworträtsel löst. Weil bislang Versuche in beide Richtungen nicht halfen, hat er nur gelernt, daß man dem Volk zwar nach dem Munde reden muß, aber nicht trauen darf:

*Bisher konnten die Westdeutschen nicht darüber abstimmen, ob sie überhaupt die Einheit wollen. Eine Volksabstimmung ist dafür in Wahrheit aber nicht geeignet, weil der Fortbestand der Teilung eine irrwitzige Alternative wäre. Aber es wird Zeit, daß bald gesamtdeutsche Wahlen kommen,*

damit die Westdeutschen endlich darüber abstimmen können, ob sie die Einheit überhaupt gewollt haben. Obwohl die Annahme verwegen klingt, scheint zwischen der Eignung eines Kopfes, einen gut gebürsteten Schnäuzer vor die Kamera zu halten, und seiner Fähigkeit, drei Sätze einigermaßen logisch aneinanderzufügen, auch in der hochentwickelten Medienkultur noch immer ein kleiner Unterschied fortzubestehen. Immerhin hat, dem unvergeßlichen Wahrwort der Gräfin Dönhoff zufolge, »jeder Vorteil einen ihm spezifischen Nachteil, und umgekehrt«, was im Falle Schmidt-Holtz bedeutet, daß sein Nachteil, die Sache mit dem Denken, zu dem Vorteil ausschlägt, sein Tittenproblem politisch bewältigt zu haben: Der kleine Mann hat ein unverzichtbares Recht aufs Wichsen, vorausgesetzt, er hat das Kreuzworträtsel gelöst.

Ich behaupte nicht, daß es das gebe, aber ich gebe gerne zu, daß ich etwas dafür gäbe, wenn Chefkommentatoren der »Tageszeitung« nach jedem Streich, den sie der Grammatik gespielt haben, ohne Abendessen ins Bett müßten. Dieser hier wäre längst gertenschlank:

*Wenn aber die SenatorInnen sich sowohl vor dem Abgeordnetenhaus als auch vor dem Stadtparlament politisch verantworten müßten, gebe es zumindest die Chance einer gegenseitigen parlamentarischen Konktrolle.*

Da hat sich der Klaus Hartung so 'ne Mühe gegeben, es mir zuliebe (bzw. zum Haß) mit dem Konjunktiv einmal richtig zu machen und statt dem in der Szene allein bekannten Gäbe einen mutigen Konkjuktiv des Präsens zu riskieren – und ausgerechnet da ist er falsch. Ich rate ihm dennoch ab, sich das nächste Mal noch mehr anzustrengen: Es wird nichts nützen. Es gibt keinen richtigen Konjunktiv im falschen parlamentarischen Leitartikel.

Der Mann, der bei »Bild« Hans Esser war, ist jetzt »der Autor, der von ganz unten den Großen ans Bein pinkelt«, nämlich mir:

*Als ich ihr in den Mantel helfe, preßt sie ihren Hintern gegen meine Hand wie einen erntereifen Pfirsich. . .*

Pardon, ich hab mich verblättert – das kommt erst auf Seite 70 des »Playboy«, gepinkelt wird auf Seite 47 links unten:

*Playboy: Woher kommt eigentlich das Ressentiment oder der Haß so vieler Leute gegen Sie und Ihre Arbeit?*

*Wallraff: Einen solchen Erfolg wie mit »Ganz unten« zu haben, also mit einem Stück Arbeiterliteratur, dem »minderwertigsten« Bereich der hohen Pyramide in der Literatur, das war ungehörig. Ich hatte alles über den Haufen geschmissen. Mein Erfolg hat die um den Verstand gebracht. Mich hat er eher belastet, um die Wahrheit zu sagen.*

*Playboy: Na ja, wir möchten auch ganz gern einmal so belastet sein...*

*Wallraff: Das ging bei mir bis in die Privatsphäre. Ein Vernichtungswille! Und dann die Reaktion der drei ehemaligen Mitarbeiter, ein hanseatischer Stammtischtyp dabei, der mir den Erfolg neidete, weil er vor zehn Jahren mal Hilfestellung*

*leistete... Da kommt so jemand und hat einen solchen Erfolg und auch eine solche gesellschaftliche Wirkung, da schnappen die über, drehen durch.*

Die gesellschaftliche Wirkung ist in der Tat unbestreitbar – wer wollte bezweifeln, daß ohne den Erfolg von »Ganz unten« der kölsche Ali nie die reifen Pfirsiche des »Playboy« hätte ernten können. Daß der türkische Ali mit dem nackten Arsch an der kalten deutschen Wand steht wie zuvor, war durch Literatur aus dem minderwertigsten Bereich der hohen Pyramide, also mit einer Sprache, die nicht weiß, wo oben und unten ist, eh nicht zu ändern. Da ehrt es den Leidenden doch, wenn er nun von ganz unten, aus dem Süden, vom Heinrich Bauer-Verlag, nach ganz hoch oben, in den Norden, auf den mächtigen hanseatischen Stammtischtypen pinkelt. Der ist zwar ein dem Biertisch abholder in Köln geborener Schwabe, der, indem er seinen Wohnsitz in Altona nahm, das Präzisionssoll der weniger von den angepinkelten Großen als von den Anwälten des Verlags gefürchteten Recherchen des Meisters fast schon übererfüllt hat, der aber, wenn der übergeschnappte Reservechristus von Nippes noch ein einziges Mal mal von einer Hilfestellung lügt, den Bierernst aufbringen wird, seine ihm längst peinliche Autorschaft an drei der erfolgreichsten Wallraff-Bücher auf dem Wege einer Urheberrechtsklage feststellen zu lassen, damit zwischen den pressenden Pfirsichhintern und der Klaue des Arbeiterwohlfahrtsliteraten Ruhe einkehrt. Die Freunde des Dichters mögen ihn warnen. Ich sag's nur einmal.

Alle Großen leben in einem Wort fort: der Würfel ist gefallen, hier stehe ich, ich kann nicht anders, Friede den Hütten, liberté, égalité, fraternité undsofort, da wollte auch der für seine Unerschrockenheit berühmte Fernsehredakteur Klaus Bednarz nicht zurückstehen:

*Den Mächtigen unbequem sein!*

schrieb er sich aufs Paniermehl in der WDR-Kantine, so in der Art von »non olet«, »tout est perdu, hors l'honoraire«, »to have or not to be« oder »Der Etat bin ich« . Fast hätte er ja gerufen: Die Mächtigen zum Teufel jagen – aber andererseits: Wer überweist dann das Urlaubsgeld?

Schlagzeile der »Frankfurter Rundschau«:

*Nato will Moskau entgegenkommen*

Wie weit? Bis Smolensk? Bis Minsk? Die Unterzeile verrät's:

*Bedingung ist deutsche Mitgliedschaft.*

Bis Wolgograd also.

Daß die kapitalistische Ordnung dem Tüchtigen freie Bahn gibt, erweist sich immer wieder als wahr:

*Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt ist mit dem Literaturpreis der baden-württembergischen Stadt Bad Wurzach geehrt worden. Schmidt erhielt die mit 10.000 Mark dotierte Auszeichnung für sein Buch »Menschen und Mächte«. Nach dem Urteil der Jury liegt die Bedeutung des Werkes darin, daß »es die internationale Einbindung der jüngeren deutschen Geschichte auf der Grundlage des tatsächlichen Geschehens lebendig und in gültiger Weise darstellt«.*

Wenn das jetzt so geht, bestehe ich auf dem Nobelpreis für Thermonuklearphysik, ungeteilt.